
Siegfried Jäger / Dirk Kretschmer / Gabriele Cleve / Birgit Griese /
Margarete Jäger / Helmut Kellershohn / Coerw Krüger / Frank Wichert

Der Spuk ist nicht vorbei

**Völkisch-nationalistische Ideologeme im öffentlichen Diskurs der
Gegenwart**

Internetausgabe

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrags,
der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung

Inhalt:

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 2 |
| <i>Siegfried Jäger</i> Über das Eindringen von Ideologemen des Völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs | 4 |
| <i>Helmut Kellershohn</i> Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Ein knappe Begriffsklärung..... | 22 |
| <i>Siegfried Jäger / Dirk Kretschmer</i> Brisante Themen oder: Wo treten Ideologeme des völkischen Nationalismus bevorzugt auf? | 28 |
| <i>Dirk Kretschmer / Siegfried Jäger</i> Mehr Autorität im Inneren: Ein kurzer Blick auf neu-rechte Argumentationen im Diskurs der politischen Wissenschaften..... | 32 |
| <i>Dirk Kretschmer/Siegfried Jäger</i> Symbolische Politik der "Mitte" - nach rechts gewandt. Ein Überblick..... | 54 |
| <i>Birgit Griese</i> "Ich würd sagen, daß der Spuk vorbei ist". Analyse von Interviews mit Politikern der "Mitte" | 58 |
| <i>Coerw Krüger</i> Völkisch-nationalistische Ideologeme im Bundestagswahlkampf 1994 | 76 |
| <i>Frank Wichert</i> Die konjunkturelle Entwicklung des Themas Asyl im Deutschen Bundestag | 102 |
| <i>Siegfried Jäger/Dirk Kretschmer</i> Die Medien als Anstifter der Brandstifter? Völkischer Nationalismus in den Medien | 126 |

| | |
|--|-----|
| <i>Gabriele Cleve</i> | |
| Rassismus und völkisches Denken im Alltag | 228 |
| <i>Siegfried Jäger / Margret Jäger</i> | |
| Deutschland driftet nach rechts: Zusammenfassung und Gegenstrategien..... | 266 |
| Literatur..... | 280 |

Vorwort

Die folgende kollektive Monographie entstand in Verbindung mit einem Projekt des DISS, das vom MAGS NRW unterstützt und 1997 abgeschlossen wurde. Die Projektleitung lag bei Siegfried Jäger. Die einzelnen Abschnitte oder Kapitel sind den am Projekt beteiligten AutorInnen namentlich zugeordnet.

Einige Teil-Ergebnisse sind im Verlauf des Projekts in einem Forschungsbericht des DISS veröffentlicht und für dieses Buch überarbeitet worden.

Ein erster Teil dieses DISS-Projektes, das sich mit dem "Rechtsextremisten in Parlamenten" befaßte, wurde von Christoph Butterwegge angeleitet (Vgl. Butterwegge / Griese / Krüger / Niermann / Meyer 1997).

Siegfried Jäger, Duisburg im März 1998

Siegfried Jäger

Über das Eindringen von Ideologemen des Völkischen Nationalismus in den öffentlichen Diskurs

Einleitende Vorbemerkung

„>>Die Gewalttaten gegen >Feinde< sind häufig keine direkt politischen Handlungen mehr. Sie sind Bestandteil der Lebensart und der Alltagskultur.« Statt Rechtsextremismus als organisierte politische Bewegung, in der Skinheads oder Neonazis den Ton angeben, nun also rechte Gewalt als diffuse >Lifestyleströmung<, die auf wachsende Sympathien bei der Bevölkerung trifft.

>>Rechte Einstellungsmuster, die vor Jahren noch die Ausnahme waren, sind heute zum Mainstream geworden ..., dabei wollen die Jugendlichen die Gesellschaft gerade nicht provozieren. Die glauben die breite Mehrheit zu sein!¹“

So referiert und kommentiert die Journalistin Vera Gaserow die Flut von Gewalttaten gegen "Fremde" (in Ost-Deutschland) in der Wochenzeitung Die Zeit (29.11.1996). Wie viele andere rätselt auch sie den Ursachen der immer noch anhaltenden Gewalttaten gegen Ausländer nach; was aber an ihren Beobachtungen auf jeden Fall richtig zu sein scheint, dürfte die Tatsache sein, daß rechtes und rechtsextremes Denken nicht mehr allein Merkmal rechter und rechtsextremer Gruppen und Journale ist, sondern tief in den öffentlichen Diskurs unserer Gesellschaft eingedrungen ist. Ich meine: nicht erst seit kurzem, sondern bereits spätestens seit Mitte der 80er Jahre und - vielleicht weniger spektakulär - auch schon in den Jahren davor.²

1 Vera Gaserow zitiert hier Bernd Wagner, ein Mitglied eines "Mobilen Beratungsteams" gegen Ausländerfeindlichkeit aus Brandenburg.

Das zumindest weisen unsere bisherigen Untersuchungen seit 1985 aus³, und es ist zu begrüßen, daß sich allmählich der Blick der Öffentlichkeit auf dieses Faktum richtet, das vielen Deutschen - Politikern, Wissenschaftlern, Wirtschaftsleuten und sonstigen Angehörigen unserer Eliten - nicht so recht ins "Weltbild" paßt.

Wir haben uns deshalb in den hier vorgelegten empirischen Untersuchungen der Frage gewidmet, ob und wenn ja, in welcher Form und Intensität, "rechtsextreme" bzw. völkisch-nationalistische Ideologie-Elemente⁴ im öffentlichen und alltäglichen Diskurs auftauchen, ob es also, wie vielfach befürchtet wird, in der Bundesrepublik Deutschland von heute Hinweise für eine "Rechtswende" (Leggewie 1991) bzw. einen "Extremismus der Mitte" (Narr 1993, Kraushaar 1994, ähnlich Wiedemann 1996) gibt.

Diese Frage stellt sich nach den Verschiebungen in der politischen Landschaft der letzten Jahre mit einiger Dringlichkeit, insbesondere auch verbunden mit der weiteren Frage, ob und wenn ja, inwieweit solche Ideologie bereits das Bewußtsein der Bevölkerung erreicht hat.⁵

Insofern folgen wir einer ähnlichen Fragestellung wie Victor Klem-

2 Vgl. dazu auch Jäger/Jäger 1998

3 Vgl. Devantie/Gawel/Jäger/Jäger et al. 1986, Jäger (Hg.) 1988, Quinkert/Jäger 1991, Jäger 1992, M. Jäger 1996a u.a.

4 Zu der hier verwendeten Terminologie, insbesondere zum Begriff des völkischen Nationalismus s. weiter unten, insbesondere die Ausführungen von Kellershohn. Das Wort völkisch, das zwischen 1900 und 1945 hoch politisiert und höchst positiv besetzt war, verschwindet danach fast vollständig aus dem Diskurs (vgl. dazu Faye 1996, S. 94). Mit der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde dieses Wort inhaltlich negativ besetzt: Völkisch i.S. von rassistisch wollte keiner mehr sein oder genannt werden. Heute wird "völkisch" im positiven Sinne allenfalls von Parteigängern rechter Gruppierungen verwendet. In unserem Text wie etwa auch bei Lutz Hoffmann 1994 ist "völkisch" absolut negativ konnotiert. Kritisiert wird dabei vor allem, daß Gesellschaft als "das Volk" als etwas Naturegebenes aufgefaßt wird, als "Rasse". In diesem Licht sind auch die Parolen "Wir sind das Volk!" und erst recht "Wir sind ein Volk!" zu verstehen, wenn die Einheit als natürlich gegeben verstanden wird. Eine solche Haltung impliziert, daß Ansprüche auf Territorien gestellt werden, die nicht zum BRD-Staatsgebiet gehören. Auch dazu vgl. Hoffmann 1994.

perer in seiner *Lingua Tertii Imperii* (Klemperer 1987, zuerst 1947) und in seinen Tagebüchern von 1933-1945 (Klemperer 1995a und b), in denen er die Sprache des deutschen Faschismus und im deutschen Faschismus untersuchte sowie deren Fortbestehen im "Vierten Reich": Klemperer schrieb dazu in der LTI 1947: "Es wird jetzt soviel geredet, die Gesinnung des Faschismus auszurotten, es wird auch soviel dafür getan. Kriegsverbrecher werden gerichtet, >kleine Pgs< (Sprache des Vierten Reichs!) aus ihren Ämtern entfernt, nationalistische Bücher aus dem Verkehr gezogen, Hitlerplätze und Göringstraßen umbenannt. Hitler-Eichen gefällt. Aber die Sprache des Dritten Reichs scheint in manchen charakteristischen Ausdrücken überleben zu sollen; sie haben sich so tief eingefressen, daß sie ein dauernder Besitz der deutschen Sprache zu werden scheinen." (Klemperer 1987, S. 20)

Was Klemperer hier auffiel, das war die Tatsache, daß Diskurse nicht einfach abbrechen, sondern - als Einheit von sprachlichen Formen und Inhalten - eine zähe Lebensdauer haben.⁶

Seine Beobachtungen zur *Lingua Quartii Imperii* werden heute von konservativen Politikern und Journalisten gern herangezogen, um die Nähe oder gar Identität von Faschismus und Sozialismus, von "rechts" und "links" zu betonen⁷; demgegenüber ist aber sicher, daß faschistische Ideologie sowohl in der damaligen "Ostzone" wie auch in den "West-Zonen" fort dauerte und selbstverständlich auch in der DDR und der BRD - bei mancherlei Modifikationen und auch grundsätzlichen

5 Vgl. dazu auch die Analysen zum Alltagsdiskurs in diesem Bericht sowie auch Jäger 1992, wo deutlich gemacht wurde, daß und wie sehr deutsche "Normalbürger" und "-bürgerinnen" rassistisch in den Einwanderungsdiskurs verstrickt sind.- In Verbindung mit der faktischen Abschaffung des Artikel 16 des GG und des politisch-medial-militanten Vorspiels dazu spricht die *Woche*-Redakteurin Charlotte Wiedemann von einem "Verlust an Menschlichkeit und an humanitären Grundwerten, der auch jenseits dramatisch zugespitzter Verlaufsformen das Bewußtsein der bürgerlichen Mitte kennzeichnet." (Wiedemann 1996, S. 833)

6 Zur Sprachauffassung Victor Klemperers vgl. auch Jäger 1997c

7 So etwa Friedrich Karl Fromme in seinem Beitrag "Wessen Genosse Klemperer. Der Intellektuelle, sein Auto und die Sprache des Vierten Reiches", FAZ vom 15.11.1995.

Veränderungen.⁸

Und die Kontinuität der faschistischen Ideologie ist auch nicht allein dafür verantwortlich zu machen, daß die historisch späteren Diskurse vielfach völkisch geprägt blieben oder wieder völkisch unterfüttert wurden. Dazu kamen die Aufs und Abs der politischen Debatte in beiden Teilen Deutschlands, die auf die betreffenden Diskurse einwirkten.

Diese Entwicklung ist bisher kaum erforscht; und auch der hier vorliegende Band kann dazu nur einen kleinen Beitrag leisten. Unsere Untersuchungen können nur in Auszügen den derzeitigen Diskurs in Deutschland daraufhin befragen, inwieweit dieser völkisch-nationalistische oder auch offen rechtsextreme Ideologeme in sich birgt. Dabei soll es hier nicht um die rechtsextreme Ansprache im engeren Sinne gehen, also um das, was sich in rechtsextremen Organen und Gruppierungen abspielt. Dazu liegt bereits eine Vielzahl von Untersuchungen vor, auf die ich nur pauschal verweisen will.⁹

Das Gespenst eines parlamentarisch hervortretenden Rechtsextremismus scheint zwar (trotz der kürzlich erzielten Wahlerfolge der Republikaner in Baden-Württemberg und der DVU und anderer rechtsextremer Parteien in Hamburg) vorerst gebannt: Rechtsextreme Parteien haben auf breiter Front Einbußen erlitten und sind heute nur noch in wenigen Parlamenten vertreten.

Und die Einschätzung, daß rechtsextreme Parteien die Parteien der Mitte - mehr oder minder stark - gezwungen hätten, deren Ideologeme zumindest teilweise zu übernehmen, um auf diese Weise verlorengangene Wählerstimmen zurückzugewinnen, ist als Reaktion auf diese Entwicklung ebenso verbreitet wie umstritten. Ihr steht die Behauptung entgegen, daß Parteien der Mitte sozusagen aus freien Stücken Ideologeme, die als tendenziell völkisch-nationalistisch bezeichnet werden können, in ihre Programmatik und Politik integriert haben; ob sie sich

8 Zudem ist zu beachten, daß Klemperers Beobachtungen vor Gründung von DDR und BRD aufgezeichnet worden sind und eine gesamt- oder getrenntdeutsche Perspektive noch gar nicht sichtbar war.

9 Vgl. Jäger (Hg.) 1988 oder jetzt auch Butterwegge/Griese/Krüger/Meier/Niermann 1997. Ich verweise auch auf die ausführliche Bibliographie in Jäger 1996a.

dabei an Ideologemen von Organisationen, Parteien und Einzelpersonen des heutigen >rechten< Randes oder gar außerhalb des demokratischen Spektrums angesiedelter Gruppen orientiert haben oder auf Ideologien der Konservativen Revolution oder der Nazis selbst zurückgegriffen haben, tut dabei wenig zur Sache, auch wenn die Ähnlichkeiten und Verwandtschaften in dieser Hinsicht häufig frappierend sind.

Allein die Tatsache, daß unterschiedliche Organisationen aus denselben Quellen schöpfen können, in den gleichen Diskurs verstrickt sind, verweist darauf, daß die Frage der Urheberschaft kaum je völlig geklärt werden kann und auch nicht geklärt werden muß. Entscheidend für die weitere Entwicklung der Gesellschaft, in der wir leben, ist es ja wohl, welche gesellschaftlichen Kräfte, ausgestattet mit welchen Machtvolumina und mit welchen Herrschaftsmitteln, mit welchen Ideologemen welche Politik vorantreiben wollen.

Und nach unserer Einschätzung sind dies - neben den faktisch ökonomisch konzentrierten Macht- und Herrschaftszusammenballungen in Industrie, Wirtschaft und Finanzwelt - immer noch die großen Volksparteien und zunehmend auch die Grünen, die viel stärker in der Lage sind, relevante gesellschaftliche Vorgaben zu artikulieren und durchzusetzen, als die schwachen und zersplitterten rechtsextremen Organisationen und Zirkel, die immer noch wenig vermögen und einander Auseinandersetzungen liefern, die "zwischen Konkurrenz und Kooperation" (Martin Dietzsch) schwanken und in der augenblicklichen Situation in keiner Weise erwarten lassen, daß sie in absehbarer Zeit zu einer politisch relevanten Kraft werden könnten.¹⁰

Umso wichtiger ist es deshalb, diejenigen Kräfte genau zu beobachten, die sozusagen an den Schalthebeln sitzen, die - mit anderen Worten - relativ stark steuernd auf die weitere gesellschaftliche Entwicklung des Landes Einfluß nehmen können. Wenn diese sich Ideologien zuwenden oder Ideologien aufgreifen, die dazu geeignet sind, Rechtsverschiebungen einzuleiten, dann ist wirklich Gefahr im Verzug. Deshalb

¹⁰ Mit dieser Aussage soll der organisierte Rechtsextremismus keineswegs verharmlost werden. Trotz seiner Zersplitterung ist er als Faktum ernstzunehmen, insbesondere die Versuche, die "Bewegung" zu einigen. Vgl. dazu die vielfältige Literatur, bes. jetzt auch die Beiträge in Mecklenburg (Hg.) 1996.

muß der Frage nachgegangen werden, ob in der Bundesrepublik Deutschland von heute Anknüpfungspunkte für die Herausbildung eines "Extremismus der Mitte" auszumachen sind.

Diese etwas paradox klingende Formulierung vom "Extremismus der >Mitte<" mag mancherorts und aus den verschiedensten Gründen nicht gefallen, sei es wegen der darin enthaltenen Vermutung, daß es so etwas überhaupt gebe; sei es, weil diese Bezeichnung ihm/ihr begrifflich zu unscharf ist.¹¹

Es ist vielleicht nicht überflüssig zu betonen, daß "Mitte" symbolisch gemeint ist - weshalb ich dieses Wort auch in Anführungsstriche setze.¹² Der politische und größtenteils auch der politik-wissenschaftliche Diskurs in der Bundesrepublik imaginiert eine politische "Mitte", die gut und schön und zur Zeit von der konservativ-liberalen Regierungskoalition, der Sozialdemokratie und neuerdings zumindest in Teilen auch von den Grünen besetzt ist, zu der dann die Extreme in äußerster Distanz gehalten werden können.

Dieses symbolische Gebilde wird dann oft auch noch abbildtheoretisch als Modell einer direkten Entsprechung gesellschaftlicher Realität mißverstanden. Als ein solches Modell stellt es aber erst die Applikationsvorgaben für die Produktion und Reproduktion gesellschaftlicher Wirklichkeit bereit. Das symbolisch-politische Modell der Gesell-

11 Dazu eine kurze sprachwissenschaftliche Anmerkung: Die Semantik von Wörtern ist niemals eindeutig festgelegt. Je nach eigener Diskursposition (= ideologische Position, "Denkweise", "Weltanschauung") werden die Begriffe mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt. Vgl. dazu Jäger 1996. Heftige Kritik an der Formulierung "Extremismus der Mitte" übt Pfahl-Traughber 1994. Vgl. auch seine Rezension zu Kurt Lenks Buch "Rechts, wo die Mitte ist. Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus", Baden-Baden 1994, in: Neue politische Literatur 41 (1996), S. 286 f. Hier wird Lenk vorgeworfen, daß er nicht differenzierter ausgeführt habe, was er unter diesem Titel verstehe. Ich möchte deshalb im folgenden etwas genauer auf Formulierungen dieser Art eingehen. Vgl. zu diesem Thema auch die durchaus kontroverse Debatte in Jäger/Jäger (Hg.) 1996, bes. S. 20-168 mit Beiträgen von Jürgen Link, Wolfgang Lutz, Daniel Weimer/Mark Galliker, Helmut Kellershohn, Richard Faber, Christoph Butterwegge, Franz Januschek, Sebastian Reinfeldt u.a.

12 Vgl. dazu die Skizze in Link 1984, S. 14.

schaft, das im Bewußtsein der Bevölkerungen westlicher Industriegesellschaften durchweg fest verankert ist, dient diesen dazu, einer gegebenen gesellschaftlichen Wirklichkeit Bedeutungen zuzuweisen. Auf diese Weise kann ein Bild der gegebenen Gesellschaft entworfen werden, das diese als völlig normal unterstellt, so unnormal und menschenverachtend sie in vielen Hinsichten auch sein mag. Die "Mitte" aber signalisiert zugleich Normalität, so daß alle politischen Handlungen, die aus der "Mitte" heraus geschehen, als normal erscheinen müssen. Zu einer solchen Normalität der Bundesrepublik Deutschland Mitte der 90er Jahre gehört inzwischen etwa die 1993 erfolgte faktische Abschaffung des Asylartikels (Art. 16 GG), die an sich ein völkisch-nationalistischer Akt ist, der aber, da von den Parteien der Mitte vollzogen, als Akt der "Mitte" und somit als demokratisch erscheint.¹³

Die These vom Extremismus der Mitte ist in der politischen und politik-wissenschaftlichen Diskussion selbstverständlich lebhaft umstritten, wobei einmal zu beobachten ist, daß zwischen den ideologischen Positionen, die die Protagonisten einnehmen, und der Neigung, diese Frage positiv oder negativ zu beantworten, oft Zusammenhänge bestehen, derart, daß sie von konservativen Autoren eher verneint, von "linken" Autoren eher bejaht wird.¹⁴ Denn sie unterstellt ja, daß auch etwa Politiker der "Mitte" nicht dagegen gefeit sind, in den Sog "rechter" Ideologie zu geraten.¹⁵

Zum ändern ist zu beobachten, daß - wie angesprochen - manche (auch manche sich "links" fühlenden Wissenschaftler und Politiker) das Bild von der "Mitte" und den "Extremen" als tatsächliche Entsprechung der Realität auffassen. Das ist deshalb besonders fatal, weil sie damit einen hegemonialen Diskurs stützen, den sie zu bekämpfen meinen, indem sie ein (möglicherweise reaktionäres) Bild von der Wirklichkeit mit dieser selbst verwechseln.

Der ständige Verweis auf den "Rechts"- Extremismus, den ich kei-

13 Zum Problem der symbolischen "Mitte" und der Normalisierung des Extremen vgl. die Arbeiten von Jürgen Link und seiner MitarbeiterInnen zur Kollektivsymbolik in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere aber seine grundlegende Arbeit Link 1997a.

14 Vgl. dazu noch einmal Jäger 1996.

neswegs verharmlosen will, kann zugleich eine Art Alibi- oder auch Entlastungsfunktion für eine hegemoniale Politik haben, die z.B. für eine rassistische bzw. mehr noch: völkisch-nationalistische Entwicklung in der "Mitte" der BRD verantwortlich ist. So wird die rassistische Gewalt dem Extremismus zugeordnet, der in maximaler Distanz zur politischen "Mitte" verortet wird.¹⁶ Die als extremistisch markierten (meist auch noch betrunkenen, orientierungslosen oder sonstwie irregeleiteten) Jugendlichen meint man dann getrost der Polizei überlassen zu können.

Um hier zu einer Klärung beizutragen, die erforderlich ist, will man nicht nur die Gefahr "rechts"-extremer Bewegung aufzeigen, sondern die möglicherweise noch größere, daß sich diese Gesellschaft gleichsam schleichend in eine ultrakonservative und reaktionäre verwandelt, haben wir Aussagen zu politisch relevanten Themen exemplarisch auf den folgenden vier Diskursebenen untersucht¹⁷:

1. Zunächst sollen einige markante Positionen zur Frage des Extremismus der "Mitte" aus dem Bereich der Wissenschaft referiert werden.¹⁸ Zudem werden einige bekanntere Politikwissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten aus dem "neu-rechten" Spektrum vorgestellt, um herauszubekommen, ob der wissenschaftliche Spezialdiskurs selbst mit "rechten" Ideologemen verbunden ist. Zusätz-

15 Auf solche Gefahren verweist auch Leggewie 1991. Er charakterisiert einige "Sollbruchstellen" eines inneren Unionskonfliktes und, damit verbunden, "Chancen einer autonomen Neuen Rechten". (ebd. S. 91) Er meint, daß "Die sozialen Disparitäten, die ein vereintes Deutschland als Wirtschaftsgebiet und (nun tatsächlich:) Zwei-Drittel-Gesellschaft zwangsläufig aufweisen und hervortreiben wird, ... - bei entsprechender ethnisch-nationaler >Codierung< - durchaus zur politischen Formierung einer oppositionellen Rechten zusammenwachsen" können. (ebd. S. 92) Doch auch wenn das nicht der Fall sein sollte, und es ist bisher nicht so eingetreten, wie Leggewie das prognostiziert hat, kann das Eindringen völkisch-nationalistischer Ideologeme in die politische "Mitte" eine größere Gefahr darstellen, als die Herausbildung einer "neuen" rechtsextremen Partei, die - so oder so - kaum in der Lage ist, Machtpotentiale in Bewegung umzusetzen, wie sie zur Zeit nur den großen Parteien zur Verfügung stehen.

16 Vgl. dazu kritisch Gerhard o.J., S. 32

lich werden Texte von Wolfgang Schäuble, der als Chefideologe der CDU/CSU und potentieller Kanzlerkandidat gilt, analysiert, obwohl seine Aussagen im Übergangsfeld von politologischem Spezialdiskurs zum politischem Diskurs angesiedelt sind.

2. Sodann werden die Positionen einer Reihe von Politikern der "Mitte" anhand ausführlicher Interviews, die wir durchgeführt haben, vorgestellt. Ihre Aussagen werden daraufhin befragt, ob und inwieweit sie mit völkisch-nationalistischen Einstellungen übereinstimmen, wie sie etwa von Vertretern der Konservativen Revolution eingenommen wurden.
3. Entsprechend werden die Diskursebenen Medien (Printmedien) und
4. die Diskursebene-Alltag (Alltagsdiskurs) analysiert und mögliche Querverbindungen ausgelotet.

17 Die im folgenden dargestellten Untersuchungen sind im DISS teilweise in angrenzenden Projektteilen durchgeführt worden, deren BearbeiterInnen allerdings ihre Fragestellungen in enger Absprache mit der Projektleitung modifiziert und in der Regel erheblich erweitert haben. So wurden etwa im Projekt von Gabriele Cleve, das sich ursprünglich primär als Kontroll- und Fortsetzungsuntersuchung des Projektes "BrandSätze" verstand (vgl. Jäger 1992), also den Diskurs über Einwanderung und Asyl untersuchte, Themenstränge (Diskursstränge) in den Interviews angesprochen und untersucht, die auch andere Aspekte eines Völkischen Nationalismus transportieren.

18 Den politik-wissenschaftlichen Spezialdiskurs insgesamt oder auch nur den zum Thema (Neo-)Konservatismus untersuchen wir hier nicht, da dies den Rahmen dieses Projektes bei weitem sprengen würde. Das Thema ist zwar sehr reizvoll, da auf diese Weise das Zusammenspiel von Teilen der Politik Wissenschaften und völkischer Ideologie im Detail und in seiner Differenziertheit aufgewiesen werden könnte. Wir verweisen statt dessen auf einige wissenschaftliche Texte zum Konservatismus wie etwa Dubiel 1985, Lenk 1994, Lohmann 1994, Leggewie 1991, Saage 1983. Diese Texte sind selbst Teil des wissenschaftlichen Spezialdiskurses, die auf der Grundlage eher "linker" Diskurspositionen durchgeführt worden sind; umfassende diskursanalytische Untersuchungen des politik-wissenschaftlichen Spezialdiskurses selbst gibt es bisher nicht.

Theoretische Grundlagen und Analysebereiche. Ein Überblick

Die genannten Bereiche Wissenschaft, Politik, Medien und Alltag werden insbesondere unter den folgenden Fragestellungen diskursanalytisch untersucht:

1. Wie wird das Thema Einwanderung, Flucht, Asyl behandelt?
2. Wie wird der Rechtsextremismus eingestuft und beurteilt?
3. (und nur exkursiv) Wie wird das Verhältnis Mensch - Gesellschaft dargestellt?

Damit sind nur einige zentrale Ideologeme des Völkischen Nationalismus angezielt, in dem Sinne, daß solche Themen untersucht werden, in denen er primär auftauchen kann.¹⁹ Die methodologische Grundlage stellt die Diskursanalyse dar, wie sie - inspiriert durch Michel Foucault, von uns unter Einbezug der Leontjewschen Tätigkeitstheorie und sprachwissenschaftlicher Erkenntnisse - im DISS entwickelt worden ist.²⁰

Die genannten Themen werden sogenannten diskursanalytischen Verfahren unterzogen.²¹ Das verweist zugleich darauf, daß es uns nicht darum zu tun ist, einzelne Personen, ob Politiker oder einfache Leute, die wir interviewt haben, an den Pranger zu stellen. Uns interessieren in

19 Eine Untersuchung des gesamten Spektrums des Völkischen Nationalismus hätte den Rahmen dieses Buches gesprengt. Einen Überblick dazu ergibt jedoch Helmut Kellershohn in diesem Band.

20 Dieser "Duisburger Ansatz" verdankt den Arbeiten des Diskurstheoretikers Jürgen Link grundsätzliche Anregungen (Vgl. Literaturverzeichnis). Er ist erstmalig umfassender angewendet worden in Jäger (Hg.) 1988. Ich verzichte hier auf eine genauere Darstellung der Diskursanalyse und ihrer theoretischen Grundlagen. Sie werden, so weit erforderlich, in Verbindung mit den einzelnen Analysen kurz charakterisiert.

21 Vgl. dazu Jäger 1993 und M. Jäger 1996a sowie andere diskursanalytisch verfahrenende Untersuchungen aus dem Umfeld des DISS, etwa in Jäger (Hg.) 1988, in Jäger 1989, in Jäger/Jäger (Hg.) 1995, in Jäger/Jäger (Hg.) 1996, in M. Jäger/Wichert (Hg.) 1996 und in Jäger/Jäger/Ruth/Schulte-Holtey/Wichert 1997. - Einen ähnlichen Ansatz entwickelt Busse (vgl. Busse 1997 und Busse/Teubert 1994), der sich allerdings darum bemüht, diesen auf im engeren Sinne "*linguistische* Forschungsziele" (Busse 1997, S. 17, Anm. 1) zuzuschneiden.

erster Linie die diskursiven Verläufe und Zurichtungen einzelner Themen in den Diskursen. Uns interessiert nicht etwa, um ein Beispiel zu nennen, was Herr Schäuble denkt, sondern das, was heute in Deutschland gesagt wird bzw. bereits als sagbar gilt. Diskurse sind ja soziale Gebilde, deren Beschaffenheit Aussagen darüber zuläßt, welche Richtung die zu erwartende gesellschaftliche Entwicklung einnehmen wird. Sie enthalten die Applikationsvorgaben (Vor-Bilder) für die Gestaltung der Gesellschaft. Zugleich sind diese Verläufe der Diskurse jedoch nicht unabhängig von ihren subjektiven Trägern. Sie sind keine sich selbst reproduzierenden Phänomene und Strukturen, sondern das Werk der Gesamtheit der Mitglieder einer Gesellschaft, wobei selbstverständlich bedacht werden muß, daß die Macht über die Diskurse in einer Gesellschaft höchst unterschiedlich verteilt ist. Wer, um wieder ein Beispiel zu nennen, etwa leichten Zugang zu den Medien hat, verfügt über mehr diskursive Macht, als jemand, der allenfalls auf der Arbeit oder in der Kneipe politische (und andere) Themen bereden kann.

Die Tatsache der subjektiven Trägerschaft der Diskurse führt aber zwangsläufig dazu, daß empirische Analysen nicht umhin können zu zeigen, wer die dominanten Träger der Diskurse sind. Während etwa die Analyse des Alltagsdiskurses, den wir über längere Interviews zu erfassen versuchten, Anonymisierung erlaubt, da wir ermitteln wollen, wie "man" in der Bevölkerung denkt, kann der Politikerdiskurs nicht vollständig anonymisiert werden, zumal wenn hierbei Personen befragt werden bzw. Äußerungen von Personen analysiert werden, die Repräsentanten größter Gruppen sind, sozusagen deren Sprachrohr, und sie das äußern, was in diesen Gruppen sagbar ist und mit der Autorität dieser Gruppen im Rücken gesagt werden soll. Wenn also, um ihn noch einmal anzuführen, Wolfgang Schäuble in unseren Analysen mit Namen genannt und kritisiert wird, dann deshalb, weil wir ihn als Stichwortgeber und Chefideologen einer großen Volkspartei betrachten, der weitgehend den politischen Diskurs dieser Partei prägt und zugleich deren Sprecher ist. Die Person Schäuble ist dabei weniger interessant; sein verbreitetes Buch "Und der Zukunft zugewandt" (Schäuble 1994a) umso interessanter, da es eine breite politische Strömung in der Bundesrepublik Deutschland repräsentiert und prägt.

Die Autorinnen und Autoren dieses Buches verfolgen, das sei zugegeben, neben ihrem wissenschaftlichen Interesse, auch ein politisches. Mehr oder minder temperamentvoll und gelegentlich auch polemisch streiten sie für eine politische Position, die man mit dem Slogan "Mehr Demokratie wagen!" paraphrasieren könnte. Aus dieser damit knapp umrissenen Diskursposition heraus erfolgen denn auch zwangsläufig Bewertungen der vorgefundenen Diskurse und Diskursfragmente. Wenn dabei auch die Produzenten solcher Diskurse streitbar angegangen werden, so steht dabei jedoch immer die Diskurskritik im Vordergrund, nicht die Kritik an Personen. Die Person xy mag zwar einen Diskurs beeinflussen, doch auch sie ist immer in den Diskurs verstrickt, den sie zu beeinflussen sucht. Auch sie kann die Diskursregeln nicht (grob) verletzen und die Felder des Sagbaren, innerhalb deren sie sich bewegt, beliebig ausdehnen, ohne Gefahr zu laufen, dafür sanktioniert zu werden.²²

Zur Erleichterung der Lektüre möchte ich den folgenden Ausführungen einen Überblick voranstellen, der insbesondere verdeutlichen soll, daß die getrennt analysierten Bereiche (Diskursebenen) einen Zusammenhang darstellen: es handelt sich um zusammenwirkende Bestände des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, der insgesamt die Handlungsvorgaben (Applikationsvorgaben) transportiert, die den Kurs der Gesellschaft bestimmen.

1. Was ist Völkischer Nationalismus?

Einen zentralen Stellenwert unserer Argumentation nimmt der Begriff des Völkischen Nationalismus ein. Wir stellen deshalb einleitend einen knappen Definitionsversuch vor, der von Helmut Kellershohn erarbeitet

²² Wenn in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft z.B. rassistische Positionen vertreten werden, so gilt dies als Tabubruch. Daher findet man z.B. im Diskurs über Einwanderung auch mancherlei Volten und Verleugnungsstrategien, mit deren Hilfe der Versuch gemacht wird, die Regel zu wahren und zugleich zu verletzen. Solche Strategien sind Teil der Struktur der Diskurse, die besondere Aufmerksamkeit verdienen, weil hier die Bruchstellen und Anknüpfungspunkte für die Veränderung und Verschiebung von Diskurspositionen auffindbar sind.

worden ist. Dabei ist darauf hinzuweisen, daß die vorgestellten Begriffe bzw. das Begriffssystem als Ergebnis politisch-historischer Prozesse gedacht werden müssen, die sich insbesondere, aber nicht nur, auf Schriften der Vertreter der Konservativen Revolution beziehen.

2. Welches sind die brisanten Themen, bei deren Behandlung Ideologeme des *Völkischen Nationalismus* primär auftauchen können?

Siegfried Jäger und Dirk Kretschmer operationalisieren anschließend die von Helmut Kellershohn herausgearbeiteten Kernideologeme eines Völkischen Nationalismus so, daß entsprechende Diskursfragmente als Elemente "brisanter Themen" auffindbar gemacht werden können, in denen solche Ideologeme (in Reinkultur oder auch in abgeschwächten Formen) im Diskurs in Erscheinung treten.²³ Eine solche Operationalisierung soll verhindern, daß bei den empirischen Untersuchungen mit einem vorgefertigten ideologischen Raster und vorgefaßten Meinungen nach bestimmten Ideologemen gesucht wird; etwa der Art: Unter Rassismus verstehen wir das und das, und nun suchen wir, wo wir solche Rassismen finden. Statt dessen suchen wir "neutral", allerdings im oben genannten Sinne ohne Verleugnung der eigenen diskursiven Position, z.B. nach den Darstellungen der Themen Einwanderung/Flüchtlinge/Asylsuchende und stellen diese Diskursfragmente so für eine differenzierte Analyse zur Verfügung.

23 Ich führe hier den Terminus "Brisante Themen" ganz bewußt ein. Der Terminus lehnt sich an die bekannten "Brisanten Wörter" an, womit solche Wörter gemeint sind, deren Semantik politisch umstritten bis umkämpft ist. Ich übertrage diese Definition auf Themen, weil es mir wichtig erscheint, nicht allein einzelne Wörter zu betrachten, sondern größere Texte und Textfolgen zu bestimmten Themen, die wir dann auch als Diskursstränge bezeichnen. Vgl. zu den "Brisanten Wörtern" Strauß/Haß/Harras 1989, und zu Ansätzen zu einer "Diskursgeschichte der Gegenwart" Stötzel/Wengeler 1995, Böke/Jung/Wengeler (Hg.) 1996, und zur Untersuchung von Diskurssträngen Jäger 1993, 1996.

3. Empirische Untersuchungen zu brisanten politischen Themen auf relevanten Diskursebenen

Die diskursanalytischen Untersuchungen, die im Anschluß daran vorgestellt werden, sind als exemplarisch anzusehen. Untersuchten wir alle Brisanten Themen (allein aus dem ideologischen Umfeld des Völkischen Nationalismus) auf allen Diskursebenen mit all ihren mannigfaltigen Abteilungen, hätten wir es mit einem derart ausufernden Projekt zu tun, daß ganze Institute jahrzehntelang damit beschäftigt wären. Die exemplarische Analyse zeigt jedoch erstens bereits, daß die Gefahr des Eindringens völkisch-nationalistischer Ideologeme in die "Mitte" durchaus besteht; zweitens zeigt sie, daß das Auftreten solcher Ideologeme zur Normalität des alltäglichen Sprechens und Schreibens zu gehören begonnen hat. Die exemplarische Analyse stellt zugleich die Anforderung dar, weitere Tiefenlotungen in den Bereichen vorzunehmen, die hier nicht berücksichtigt werden konnten.

Ebene Politische Wissenschaften²⁴

Zunächst werden (ebenfalls von Dirk Kretschmer und Siegfried Jäger) knapp einige Aspekte des politik-wissenschaftlichen (Spezial-)Diskurses vorgestellt; dabei werden insbesondere Positionen und Kontroversen zum Thema Extremismus der "Mitte" behandelt.

In einem zweiten Schritt werden Texte neokonservativer bis "neurechter" Autoren und Publizisten dargestellt und daraufhin befragt, inwieweit deren Positionen Affinitäten zu völkischen Vorstellungen aufweisen bzw. zur Gänze übernommen haben. Solche Positionen tauchen in bürgerlichen Parteien durchaus auch auf, ohne dort jedoch bereits

24 Uns geht es hier nicht um ein Referat des Forschungsstandes, sondern um die Charakterisierung des politik-wissenschaftlichen Spezialdiskurses nach Maßgabe der spezifischen Fragestellung dieses zweiten Projektteils. Wir können uns hier zudem knapp fassen, denn zur politik-wissenschaftlichen Diskussion der Themen Rechtsextremismus und Rassismus liegt eine reichhaltige, allerdings teilweise sehr kontroverse Literatur vor. Speziell verweisen wir auf den ersten Teil dieses Projektberichts und auf den teilweise damit identischen Text von Butterwegge 1996. Einen guten Überblick enthält jetzt auch Mecklenburg (Hg.) 1996.

mehrheitsfähig zu sein.

Deshalb werden in einem dritten Schritt die politischen Positionen und Visionen von Wolfgang Schäuble behandelt. Schäuble kann durchaus als zur Zeit wohl einflußreichster "Vordenker" der Union betrachtet werden, der zunehmend auch in Kreisen der CSU respektiert wird. Er mag exemplarisch stehen für Autoren, die sich explizit und für die breite Öffentlichkeit zur politischen Mitte rechnen, deren Position jedoch - bei genauerem Hinsehen - möglicherweise solchen zuzurechnen ist, die auch aus den eigenen Reihen als rechtslastig kritisiert werden.²⁵

Ebene Politik

Die exemplarischen Analysen auf der Diskursebene Politik beginnen nach einer aktuellen Hintergrundskizze mit der Sichtung mehrerer Interviews; diese sind von Birgit Griese diskursanalytisch aufbereitet, ausgewertet und interpretiert worden. Es handelt sich dabei um ausführliche Gespräche mit Politikern der sog. "Mitte".

In einem zweiten Schritt untersucht Coerw Krüger den Bundestagswahlkampf 1994 daraufhin, wie sich Politiker der Mitte mit Themen befassen, bei denen Neigungen zu rechtsextremen Positionen möglicherweise erwartet werden können, also den sog. "Brisanten Themen".

In einem dritten Schritt untersucht Frank Wichert exemplarisch die Behandlung der Asyl-Thematik im Deutschen Bundestag.

²⁵ Vgl. dazu Pflüger 1994, Geißler 1994. Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland und prominentes Mitglied der FDP, meint - ohne auf Schäuble Bezug zu nehmen -, daß es "sogenannte Konservative" gebe, die sich selbst als konservativ sehen, aber in Wirklichkeit schon rechtsradikales Gedankengut verbreiten." (Bubis 1995, S. 1 und S. 7) - Das Beispiel Schäuble zeigt auch: Die politik-wissenschaftliche und die politische Diskursebene überschneiden sich teilweise, ebenso wie die politische und die mediale. Sie stehen in einer Art symbiotischen Beziehung zueinander. Zusammen mit anderen Diskursebenen stellen sie das Medium dar, auf dem sich der gesellschaftliche Gesamtdiskurs als "Fluß von Wissen (und Unwissen) durch die Zeit", aus der Vergangenheit kommend durch die Gegenwart hindurch und in die Zukunft hinein bewegt. Vgl. dazu Jäger 1993b und 1996.

Ebene Medien

Zur Ebene der Medien werden von Siegfried Jäger und Dirk Kretschmer exemplarische Analysen zu einigen Themenbereichen durchgeführt, deren Behandlung Aufschluß darüber zu geben verspricht, wie sich unterschiedlichste verbreitete (Print-)Medien der "Mitte" mit Politikbereichen befassen, die für unsere Fragestellung besonders brisant sind, nämlich

- mit der Darstellung des Rechtsextremismus
- mit der Darstellung von Einwanderung, Flucht, Asyl.
Diese Themen wurden für diese Untersuchung auch deshalb ausgewählt, wobei wir teilweise laufende Analysen erweitern konnten, weil sie exemplarisch verdeutlichen, ob und wenn ja, wie sehr einige (Massen-)Medien selbst neokonservative bis "neurechte" Ideen propagieren und dadurch das Alltagsbewußtsein (mit-)prägen.
- Ein weiteres Thema, das in der kritischen Reflexion bisher stark unterbelichtet ist, rundet die Analyse dieser Diskursebene ab: das Thema Bio-Politik, wobei es hier insbesondere um Vorstellungen und Techniken geht, die in weiterem Sinne als Bio-Technologien verstanden werden können. Die Annahme, soziale Gegebenheiten unterlägen biologischen Gesetzmäßigkeiten, denen Politik sich unterzuordnen und/oder sich zu bedienen habe, ist ein verbreitetes, ja das Kernideologem aller rechten "Weltanschauungen".

Ebene Alltag

Ohne die Auswirkungen auf den Alltag einschätzen zu können, blieben die voranstehenden Analysen Stückwerk. Erst die Beschaffenheit der Ebene des Alltags zeigt, wie tief völkische Ideologie in das alltägliche Denken dieser Gesellschaft bereits eingelagert ist. Gabriele Cleve hat eine Kontrollanalyse zu dem Projekt "BrandSätze" des DISS (vgl. Jäger 1992) durchgeführt, das den Alltagsdiskurs zum Thema Einwanderung, Flucht, Asyl untersuchte. Alle anderen Diskursebenen (außer der der Spezialdiskurse) beziehen sich direkt auf diese Ebene (aus der sie aber auch Elemente aufnehmen und in systematischerer Form wieder in den Alltag einspeisen). Die Untersuchung bezieht sich auf insgesamt 50 Interviews, die in Verbindung mit mehreren Projekten des DISS in drei Etappen seit 1991 erhoben worden sind.²⁶ Die analysierten

Interviews sind schon allein deshalb aufschlußreich, weil sie die Leute nicht (standardisiert) befragen, sondern diese zu den genannten brisanten politischen Themen "zum Sprechen bringen".

4. Gegenstrategien für die Arbeit mit Jugendlichen

Abschließend wird das Zusammenwirken dieser Diskursebenen thematisiert, wobei zugleich vorsichtige Schlußfolgerungen als Grundlage für die Entwicklung für Gegenstrategien in Politik und - besonders - Jugendarbeit angestellt werden.

26 Vgl. auch die Untersuchung von M. Jäger 1996a und b.

Helmut Kellershohn

Völkischer Nationalismus und seine Kernideologeme. Ein knappe Begriffsklärung¹

Die bürgerliche, kapitalistisch verfaßte Gesellschaft produziert systematisch die Sehnsucht nach Ganzheit und Gemeinschaft, ohne mit dem Bezug auf die Nation diese Sehnsucht inhaltlich einlösen zu können.

Genau an dieser "Paradoxie" (Adam Müller) setzt im Deutschland der Gegenrevolution die Politische Romantik und der "deutsche Nationalmythos" (vgl. Johnston 1990) à la Fichte, Friedrich Ludwig Jahn und Ernst Moritz Arndt an. Besonders letzterer ist für die *reaktive* Ausbildung des Völkischen Nationalismus in Deutschland von Bedeutung. Wie Sieyès als der Prophet des bürgerlich-liberalen Nationalismus gelten kann, so Arndt für seinen ideologischen Widerpart. Wie Sieyès den Begriff der Nation im Rahmen eines hegemonialen Projekts des französischen Besitzbürgertums formuliert, so Arndt die völkische Version im Rahmen einer minoritären Position der preußischen Reformbürokratie und der bürgerlichen Intelligenz. Der preußische Reformler Hardenberg hat diese Position einmal dahingehend definiert, daß es gelte, demokratische Prinzipien mit dem monarchischen System zu vermitteln, um den Siegeszug der Revolution zu stoppen. Schon hier wird im Ansatz die ambivalente Stellung des Völkischen Nationalismus zur bürgerlichen Gesellschaft deutlich, indem er antimoderne *und* moderne Elemente miteinander verschränkt. Das gilt auch für die jüngeren Versionen (bis hin zum Nationalsozialismus), die Kritik *und* Apologie des Kapitalismus zugleich betreiben und diesem Widerspruch letztendlich nur eine irrationelle Ausdrucksform verleihen können.²

1 Dieser Beitrag ist eine erheblich gekürzte Fassung eines in Jäger/Jäger (Hg.) 1995, S. 92-100, abgedruckten Artikels. Vgl. auch Kellershohn 1989, 1992, 1994 und 1996.

An die Stelle der rationalistischen, in der Tradition naturrechtlicher Argumentation stehenden Gleichsetzung von Einzelwille und gemeinschaftlichem Willen tritt die Identifizierung von Ich und Nation über die *ursprungsmythische* Konstruktion der Vermittlungsinstanz >Volk<. Nation ist hier keine fiktive Ordnung oder bloße Gedankenform, sondern hat einen "substantiellen Kern, der sie konstituiert und wesentlich bestimmt. Dieser Kern erhält sich durch eine Abstammungsbeziehung, auf die sich die einzelnen Glieder der Nation insgesamt beziehen" (Mendlewitsch 1988, S. 232).³

Aus diesem Grundaxiom ergeben sich weitere Setzungen⁴, die man in vielen völkisch-nationalistischen Texten seit Ernst Moritz Arndts "*Über Volkshaß*" (1813)⁵ erkennen kann. Ich unterscheide⁶ zusammen mit dem Grundaxiom sieben Kernideologeme:

2 Im "romantischen Antikapitalismus" wird die vehement praktizierte Kapitalismuskritik - zumeist werden bestimmte Erscheinungsformen kritisiert - wieder rückgebunden an ein Bekenntnis zu Volk, Vaterland, Nation und Staat, in deren Rahmen auch ein ordentlicher, völkischen Idealen verpflichteter Kapitalismus sein geregeltes Auskommen haben darf.

3 Im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickeln sich unterschiedliche Standardargumente, um das für die Abstammungsbeziehung ausschlaggebende Merkmal zu bestimmen. Nach Mendlewitsch "handelt es sich entweder um 1. die Kontinuität einer bestimmten Blutzusammensetzung, 2. eine spezifische Gotteskindschaftsbeziehung oder 3. eine ursprungsbezogene Sprachspekulation (Fichte)" (Mendlewitsch 1988, S. 232).

4 Daß es sich hier um Setzungen handelt, verweist darauf, daß man den Völkischen Nationalismus als ein weltanschauliches Gebilde begreifen muß. Es gehört zum Wesen einer Weltanschauung, daß sie die "Wirklichkeit", die "Welt" nicht erklärt, sondern mittels Anwendung (Applikation) a priori gegebener Grundsätze und Prinzipien zu interpretieren sucht. Weltanschauungen bemühen sich um Sinngebung, nicht um die rationale Erkenntnis von Realität. Ihre Deutungsmuster - hierin religiösen Deutungsmustern vergleichbar - schotten sich mehr oder weniger gegen die Erfahrung ab, nehmen diese nur als äußerliches Material auf und versuchen sie zu instrumentalisieren. Man kann zugespitzt sagen: Alle modernen Weltanschauungen sind säkularisierte Ersatzformen des Religiösen. Das heißt aber auch, vom Standpunkt der Individuen aus betrachtet: "Der Kern der Weltanschauung ist Glaube" (Jaspers 1932, S. 246).

5 Der Text von Arndt ist abgedruckt bei Jeismann/Ritter (Hg.) 1993

- die *Gleichsetzung* von *Volk und Nation*, also die Idee einer nach völkisch/rassistischen Kriterien "homogenisierten" Nation;
- die Überhöhung des Volkes zu einem Kollektiv-Subjekt und daraus folgend die Relativierung besonderer gesellschaftlicher Interessen an der Vorrangstellung der *Volksgemeinschaft*;
- die Rechtfertigung eines *>starken< Staates*, der die Durchsetzung des Ideals der *Volksgemeinschaft* mit Hilfe national gesonnener Eliten und/oder eines charismatischen *Führers* inszeniert und organisiert;
- die Heroisierung des Volksgenossen, des *>anständigen Deutschen<*, der sich den Geboten der staatlich garantierten *Volksgemeinschaft* freiwillig unterwirft und sich als *>loyaler Bürger<* versteht, bereit zu jedem im Namen der Nation geforderten Opfer (*nationale Identität*);
- umgekehrt die *völkisch/rassistische* Konstruktion eines inneren Feindes (vgl. Carl Schmitts "innerstaatliche Feinderklärung"), um zu erklären, wer die Schuld an der bis dato noch mangelhaften Verwirklichung der *Volksgemeinschaft* trägt (Sündenbockfunktion) und warum sich die freiwillige Unterwerfung unter das Volksganze auch lohnt (identitätsstiftende Funktion). Als Objekte der Feinderklärung dienen zum einen *>Nicht-Deutsche<* (Ausländer), zum anderen *>illoyale Bürger<* (*>unanständige Deutsche<*);
- ein *biopolitisches* Verständnis⁷¹ des *>Volkskörpers<*, das alle *bevölkerungspolitisch* relevanten Maßnahmen unter den Primat der quantitativen Vermehrung und qualitativen (*>Substanz<*)-Erhaltung der (deutschen) Bevölkerung stellt und mit Techniken der Disziplinierung des menschlichen Körpers verknüpft (Familien-, Frauen- und Bildungspolitik);
- ein *chauvinistisches* Machtstaatsdenken, das die Formierung der Gesellschaft im Sinne einer *Volksgemeinschaft* als Voraussetzung *und* als Folge dessen betrachtet, daß der Staat *>nationale Interessen<* nach außen hin mächtig zur Geltung bringen kann. Der Primat der Außenpolitik beinhaltet darüber hinaus die Fixierung auf einen

6 Vgl. auch meine Analysen der Republikaner-Programme (Kellershohn 1989 u. 1992) und der Zeitung Junge Freiheit (in: Kellershohn (Hg.) 1994)

7 Zum Begriff Biopolitik (nach Foucault) vgl. Schwarz 1991, Reinfeldt/Schwarz 1992

äußeren Feind (oder auch mehrere Feinde), der - in welcher Form auch immer - mit dem inneren Feind verknüpft wird.

Wenn der Ausgangspunkt des Völkischen Nationalismus die inneren Widersprüche seines Gegenparts sind, so löst er diese nicht auf, sondern verschiebt diese nur auf eine andere Ebene. Die Substantialisierung der Nation kann ja nur aufrechterhalten werden, weil von sämtlichen wirklichen Bestimmungen bürgerlicher Individualität und Gesellschaft, selbst in ihrer juristischen Verkleidung, von vornherein abstrahiert wird, um sie dann in verfremdeter Form auf die Nation zu übertragen. Die Selbstbehauptung in der freien Konkurrenz, die Realisierung des Privatinteresses werden so auf die Ebene der Nation projiziert und kehren hier wieder als Rassenkampf, nationale Machtpolitik usw. (vgl. Lenk 1971, S. 33).

Damit sind aber die gesellschaftlichen Widersprüche, die sich aus dem System der Konkurrenz ergeben und die der Liberalismus rational, d.h. auf der Basis eines harmonisch gedachten Marktmodells, zu lösen gedachte, nicht eliminiert, sondern bleiben weiterhin die Basis des Ganzen. Aus diesem Zirkel vermag der Völkische Nationalismus nur auszubrechen, indem er die staatliche Zwangsgewalt und die Identifikation mit ihr zum Dreh- und Angelpunkt einer Scheinlösung erhebt.⁸ Der Völkische Nationalismus tendiert, insbesondere durch seine strikte Trennung von Freund und Feind, seinem Wesen nach zu einer Apotheose der Gewalt. Er stellt - potentiell in Permanenz - die Gesellschaft unter die Drohung des Bürgerkrieges.⁹

Schlußfolgerung

Die aufgezeigte Verschränkung der beiden Formen des Nationalismus legt die Vermutung nahe, daß es sich beim Völkischen Nationalismus keineswegs um ein extremistisches Randphänomen der bürgerlichen Gesellschaft handelt. Als mögliche Bewußtseinsform des Nationalen

⁸ Der völkische Nationalist huldigt also letztendlich einem ausgesprochenen Staatsfanatismus, der freilich bereits dann impliziert ist, wenn er dagegen rebelliert, daß der Staat die Belange von Volk und Nation nicht machtvoll genug zur Geltung bringt. Identifikation, Unterwerfung und Rebellion sind in der Tat nur zwei Seiten ein und derselben Medaille.

mag er sich schwergewichtig in bestimmten nationalen Gesellschaften herausbilden, als Ausdruck der ungleichzeitigen Entwicklung zwischen verschiedenen Gesellschaften (wie z.B. im Verhältnis Frankreich - Deutschland). Aber eine einseitig historische Betrachtungsweise verkennt den systematischen Zusammenhang. Auch auf der Basis einer durch und durch modernen bürgerlichen Gesellschaft kann sich der Völkische Nationalismus immer wieder aufs neue entwickeln, sofern nämlich diese Gesellschaft in ihren grundlegenden Reproduktionsmechanismen längerfristig gestört bzw. massiven Umbrüchen und sozialen Desintegrationsprozessen unterworfen ist. Die aktuelle Kritik des "Verfassungspatriotismus", die seine unzureichende Integrationsleistungen moniert, reflektiert genau diesen Zusammenhang. Die Haltlosigkeit des Nationalen in der bürgerlichen Gesellschaft, auf der Basis allseitiger Konkurrenz und Klassenkämpfe, kann freilich auch nicht durch eine Remythisierung des Nationalen überwunden werden. Wo ein solcher Versuch endet, zeigt aktuell der prekäre Versuch postsozialistischer Gesellschaften, ihre Kehrtwende zu bürgerlich verfaßten Gesellschaften mit Völkischem Nationalismus zu überhöhen.

9 Die konkrete historische Entwicklung, auf die ich hier nicht näher eingehen kann, zeigt erstens, daß die ideologischen Gehalte des deutschen Konservatismus und des Nationalsozialismus über die Volkstumsideologie eng miteinander verknüpft sind. Sie zeigt zweitens, daß die nationalsozialistische Weltanschauung lediglich eine auf dem Hintergrund der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg radikalisierte Ausformung des völkisch-nationalistischen Denkens war. Die Radikalisierung bezog sich dabei weniger auf die Kernideologeme als solche; vielmehr wurden die politischen Konsequenzen und Durchsetzungsbedingungen der völkischen Imperative durch den Nationalsozialismus in voller Schärfe artikuliert und in eine entsprechende politische Praxis übersetzt.

Siegfried Jäger / Dirk Kretschmer

Brisante Themen oder: Wo treten Ideologeme des völkischen Nationalismus bevorzugt auf?

Das Auftreten völkischer Ideologeme, wie sie im voranstehenden Beitrag von Helmut Kellershohn systematisch entfaltet worden sind, läßt sich im gesellschaftlich-hegemonialen Diskurs von heute nur selten in völlig expliziter Form beobachten; oftmals finden sich nur vorsichtige Anspielungen, Nahelegungen und subtil verdeckte Formen solcher Ideologie. Das hat auch darin seinen Grund, daß bestimmte Aussagen aus historischen "Rücksichten" häufig noch tabuisiert sind.¹⁰ Seit einigen Jahren scheint jedoch ein Trend zu beobachten zu sein, entsprechende Skrupel kontinuierlich abzubauen.¹¹

Die Ideologie des Faschismus ist als völkisch-nationalistischer Diskurs in Rein-Kultur zu bezeichnen. Heute finden wir solche Formen der unverhüllten und historisch überholten Artikulation des Völkischen Nationalismus fast nur noch im Neonazi-Diskurs vor. Der Diskurs des

10 Kellershohn merkte andernorts dazu an: "Das völkische Denken basiert auf einer gewissen axiomatischen Grundstruktur, die sich je nach historischem und ideologischem Kontext unterschiedlich ausdifferenzieren und inhaltlich ausdrücken kann." Kellershohn 1992, S. 93.

11 Teubert hat den Wandel der "öffentlichen Diskurse" nach der Wende von 1989 anhand eines umfangreichen Corpus untersucht, das sich aus Medientexten, Parteiverlautbarungen und Politikeraussagen zusammensetzt. Er beobachtet das allmähliche Verschwinden eines ideologischen Pluralismus und sieht eine Homogenisierung der Diskurse an dessen Stelle treten, deren Gefahr er "im Entstehen einer Staatsideologie (sieht), wie es sie in der DDR und in den sozialistischen Ländern Osteuropas gab. Diese postsozialistische Staatsideologie, die ohne die Ideale von Aufklärung und Emanzipation auskäme, hätte", so fährt Teubert fort, "... keinen Widersacher mehr zu fürchten." (Teubert 1996, S. 28f.) Sie käme auf Dauer wohl pur kapitalistisch einher.

Jungskonservatismus, wie er seinen Niederschlag etwa in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* erfährt (vgl. Kellershohn (Hg.) 1994), erfüllt hierbei eine "Scharnierfunktion" zwischen "Rechts"-Extremismus und Neokonservatismus.¹² Er bestellt das Feld des an Völkischem Nationalismus bereits Sagbarem. Die "rechtsextremen" Ideologeme müssen also mehr oder minder in verdeckter und "zeitgemäßer" Form in den Diskurs der "Mitte" implantiert werden, wenn die mit ihnen verbundenen politischen Optionen durchdringen, d.h. sagbar werden sollen.

Um nicht mit einer Art Ideologie-Raster an die verschiedenen Ebenen des gesellschaftlichen Gesamtdiskurses heranzutreten, um also nicht in den Fehler zu verfallen, nur das zu finden, was man finden will, und um zu differenzierten Ergebnissen zu gelangen, haben wir eine "Übersetzung" der herausgearbeiteten Kernideologeme in "neutral" formulierte allgemeine Themen vorgenommen, bei denen zu vermuten ist, daß dort völkisch-nationalistische Ideologeme am ehesten auftauchen können.¹³

1. Das erste und vielleicht wichtigste Thema, das es zu untersuchen gilt, ist der nationale Diskurs. Zu fragen ist, wie sich im Diskurs das Verhältnis von Volk und Nation darstellt. Es geht hier also um die Idee der nationalen Identität.

Zu fragen ist: Werden Volk und Nation mit Verweis auf die sog. "Abstammung" gleichgesetzt? Dieser Diskurs bestimmt mit, wie unser Staat aussieht, welche Gesetze erlassen werden etc.

Auf diese naturalisierende und biologistische Setzung, auf dieses

12 Vgl. dazu Verfassungsschutzbericht NRW 1995 und Zwischenbericht 1996. Die JF wehrt sich gegen die Aufnahme in den Verfassungsschutzbericht und beantwortet Analysen ihrer ideologischen Position mit Diffamierungskampagnen und Denunziationen, vgl. JF 40/96, 42/96 und 44/96. Vgl. dazu auch Schobert (Hg.) 1997.

13 Wir sind uns darüber im klaren, daß wir auf diese Weise bestimmten Aussagen bestimmte Bedeutungen zuweisen, der Art, daß wir etwa sagen: Die Aussage "Einwanderer sind durchweg kriminell und sollten deshalb abgeschoben werden", ist rassistisch. Vgl. dazu auch Jäger 1996, wo dies am Beispiel des Wortes Rassismus ausführlich problematisiert worden ist. Wir operieren also durchaus mit einem - wie wir meinen und wie weiter unten gezeigt werden soll - wohldefinierten Begriff von Rassismus.

Axiom stützt sich im übrigen der gesamte sog. Völkische Nationalismus. Es ist sozusagen das Leitideologem des Völkischen Nationalismus.

2. Das zweite Thema ist der Sozialdiskurs. Es ist zu fragen: Wohin steuert der Sozialstaat? Wie werden soziale Strukturen und Bedingungen thematisiert? Wie wird Arbeitslosigkeit geleugnet oder auch legitimiert? Wie der Abbau sozialer Errungenschaften? Wird die Volksgemeinschaft tendenziell zu einem Kollektivsubjekt überhöht, dem besondere gesellschaftliche Interessen nachgeordnet sind?

3. Das dritte Thema ist der Staat. Wie sieht der derzeitige Staatsdiskurs aus? Ist dieser völkisch geprägt? Konkret geht es hier um die Frage, wie weit die Realität eines starken, autoritären Staates bereits gediehen ist.

4. Viertens geht es um das Verhältnis des Einzelnen zum Ganzen. Zu fragen ist: Wie wird der loyale Bürger eingefordert? Es geht also um die Darstellung des richtigen Verhaltens des einzelnen im Diskurs. Im Völkischen Diskurs wird die Bereitschaft zu jedem Opfer im Namen der Nation heroisiert.

5. Das fünfte Thema macht das Sprechen über Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende aus: neben dem Einwanderungsdiskurs geht es aber auch um sonstige innere Feinde, also auch um den illoyalen Deutschen, den unanständigen Deutschen, also um solche "unappetitlichen Leute" (Kanter) und sog. "Gehirnprothesenträger", wie Franz Josef Strauß die Linken einmal nannte. Zu fragen ist, wie der innere Feind im Diskurs konstruiert wird und mit welchen Mitteln und welcher Politik er bekämpft wird.

6. Das sechste Thema ist die Biopolitik. Zu fragen ist: Wie reguliert sich die Gesellschaft? Wie sieht der Diskursstrang aus, bei dem es um die gesamte Bevölkerung geht, also um Leben und Tod, um Krankheit und Gesundheit, um Bevölkerungsentwicklung, Medizin, Gentechnik etc. Liegt hier, in diesem Diskurs, ein biopolitisches Verständnis eines sogenannten Volkskörpers vor?

7. Das siebte Thema ist der militärische Diskurs in Verbindung mit der Konstruktion eines äußeren Feindes und der Notwendigkeit der Verteidigung gegen einen äußeren Feind.

2.1. Politische Wissenschaft

Dirk Kretschmer / Siegfried Jäger

Mehr Autorität im Inneren: Ein kurzer Blick auf neurechte Argumentationen im Diskurs der politischen Wissenschaften

Vorbemerkung: Die paradoxe Formulierung vom "Extremismus der Mitte"

Bevor wir uns nun den verschiedenen Diskursebenen zuwenden, möchten wir uns einleitend der kontrovers geführten politik-wissenschaftlichen Diskussion über einen "Extremismus der >Mitte<" etwas ausführlicher widmen.¹⁴

Die Formel vom Extremismus der "Mitte" wird sehr unterschiedlich definiert. In seinem Überblick diskutiert Wolfgang Kraushaar vier verschiedene Ansätze, die er folgendermaßen charakterisiert:

"Es sind dies:

- 1.einer zur Kennzeichnung der sozialen Herkunft der Täter;
 - 2.einer zur Identifizierung der Komplizenschaft zwischen Tätern und Politikern, besonders zwischen rechtsradikalen Drahtziehern und staatlichen Behörden;
 - 3.einer zur Charakterisierung moderner rechts-populistischer Parteien und
 - 4.einer zur Analyse reaktualisierter rechtskonservativer Ideologie."
- (Kraushaar 1994, S. 26)

Unser eigenes Verständnis von "Extremismus der >Mitte<" entspricht am ehesten dem vierten Ansatz, sofern dabei die "Rechts-Mitte-Links-

¹⁴ Einen Eindruck über diese Debatte vermittelt Jäger, Margret/Jäger, Siegfried (Hg.) 1996.

Achse" als symbolisch verstanden wird. Unter "Extremismus der >Mitte<" verstehen wir das Auftauchen "rechts"-konservativer bis "rechts"-extremer und völkisch-nationalistischer Ideologeme im Diskurs der Parteien und in Medien der "Mitte" und - über diese vermittelt - im Denken, Sprechen und Handeln im durchschnittlichen Alltag. Damit einher geht das Bemühen, die Blockade, die der Nationalsozialismus gegen die Rezeption völkisch-nationalistischer Ideologie aus dem Umfeld der sog. Konservativen Revolution bedeutete, abzutragen, indem jede nennenswerte ideologische Verbindung dazu geleugnet wird.¹⁵

Auch unser hier skizziertes Verständnis vom Extremismus der "Mitte" ist selbstverständlich nicht unumstritten. Die AutorInnen dieses Buches gewichten ihn selbst durchaus unterschiedlich. Kraushaar konstatiert:

"Bereits (die) Erwähnung (dieses Terminus) löst in vielen Fällen massive Gegenreaktionen aus. Offensichtlich wird mit der These vom Extremismus der Mitte ein neuralgischer Punkt getroffen. Schon der abstrakte Gedanke, daß auch die Mittelschichten in der Bundesrepublik ein antidemokratisches Potential in sich bergen könnten, wird als Zumutung, ja als Provokation empfunden". (Kraushaar 1994, S. 49).

Dies dürfte um so stärker der Fall sein, wenn nicht nur bei Wählern, sondern bei politischen Repräsentanten und in den Medien der "Mitte", also im hegemonialen Diskurs der Bundesrepublik nach solchen antidemokratischen Potentialen gefragt wird. Ein Beispiel für vehemente Zurückweisung solcher Vermutungen oder gar Behauptungen stellen die Thesen von Pfahl-Traughber dar, die dieser vor einiger Zeit in der FAZ veröffentlicht hat und in denen er diese These als überzogenes "politisches Schlagwort" abtut. (Pfahl-Traughber 1994)

Demgegenüber lassen es jedoch die Ausführungen der CDU-Politiker Heiner Geißler und Friedbert Pflüger als sicher erscheinen, daß die Befürchtungen, daß sich auch in Parteien der "Mitte" völkisch-nationale

15 Hier sind mancherlei Formen symbolischer Politik zu beobachten (wir verweisen nur auf Kanzler Kohl mit dem US-Präsidenten Reagan in Bitburg oder auf Kohls Besuch mit dem ehemaligen französischen Präsidenten Mitterand bei Ernst Jünger). Aber es gibt dieses Bemühen auch verbreitet auf publizistischem Felde, worauf wir im nächsten Kapitel noch ausführlicher zu sprechen kommen.

oder gar nationalistische Gedanken wieder breitmachen, nicht ganz und gar unberechtigt sind. (Geißler 1994, Pflüger 1994)¹⁶ Friedbert Pflüger möchte, wie er sagt, mit seinem "Buch ... dazu beitragen, daß meine Partei, die Union, gegen die Ideen der Konservativen Revolution" immunisiert wird (ebd., S. 18) und nicht weiter nach "rechts" driftet. Dem Vorwurf, die CDU erlebe zur Zeit eine "Sozialdemokratisierung", hält er die Gefahr einer "Christdemokratisierung" der Sozialdemokratie entgegen.

Heiner Geißler charakterisiert Pflügers Text folgendermaßen:

"Friedbert Pflüger zeigt in einer prägnanten Analyse die neonationalistischen Gefahren für unsere freiheitliche Demokratie. Die Weimarer Republik ist nicht nur von den Nationalsozialisten zerstört worden, sondern auch von der >Konservativen Revolution<, den Verharmlosern, Wegbereitern und Anstiftern im bürgerlichen Lager. Auch heute werden dieselben Gedanken wieder mächtig: Antiparlamentarismus, völkisches Denken, Gegenaufklärung. Pflügers Buch ist ein hervorragender Beitrag zur Sensibilisierung für die Bedrohung der Demokratie und eine mutige Aufforderung, dem Rechtsradikalismus in all seinen Erscheinungsformen beherzt entgegenzutreten."¹⁷

Exemplarisch für einen weiteren Kritiker dieser "Rechts"-Entwicklung aus dem Bereich des Journalismus sei an dieser Stelle der politische Redakteur der Süddeutschen Zeitung und Tucholsky-Preisträger Heribert Prantl genannt, der in seinem Buch "Deutschland leicht entflammbar" Beobachtungen zur "Rechts"-Drift der Bundesrepublik, die er über einen längeren Zeitraum angestellt hat, gebündelt wiedergibt. (Prantl 1994) Auch er sieht bei der CDU einen Marsch nach "rechts", der von Kanzler Kohl "billigend in Kauf" genommen werde. (ebd., S. 292) Zu FDP und SPD führt er aus: "Die FDP, die sich früher mit dem Titel >Rechtsstaatspartei< schmückte, paßt sich, ähnlich wie die Sozialdemokratie, stramm rechtskonservativen Positionen an."(ebd., S. 293)

16 Vgl. auch die Ausführungen von Heitmeyer, der hinsichtlich der Frage nach den Ursachen von Gewalt und Rechtsextremismus ebenfalls den Blick auf die Mitte der Gesellschaft richtet (s. Heitmeyer 1994, S. 11 ff.).

17 Dieser Text von Geißler befindet sich auf der Rückseite des Umschlages des Pflüger-Buchs (Pflüger 1994).

Und noch einmal zur SPD: "Die Partei, die vor fünfundzwanzig Jahren die Rechtspolitik entscheidend vorangetrieben hat, reicht der Union die Hand bei der Demontage des Rechtsstaates" (ebd., S. 292)

Aus politik-wissenschaftlicher Perspektive beleuchtete Kurt Lenk diese Entwicklung, die er in einem Buch mit dem bezeichnenden paradoxen Titel "Rechts, wo die Mitte ist" diskutiert hat. (Lenk 1994)

Es wird im folgenden darum gehen, diese Befürchtungen und deren Zurückweisungen empirisch zu überprüfen, in der Hoffnung, auf diese Weise zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen und damit um so deutlicher auf die Gefahr einer Rechtsentwicklung aufmerksam machen zu können.

Positionen rechtsintellektueller Autoren

Zunächst zu einigen Positionen, die sowohl in Teilen des wissenschaftlichen Diskurses wie in "rechts"-konservativen Zirkeln im Umfeld von CDU/CSU und FDP in den letzten Jahren publizistisch hervorgetreten sind, sowie zu Einschätzungen des Gewichts solcher Bemühungen von unterschiedlicher Seite.

Um zumindest einen skizzenhaften Einblick in die antidemokratische Ideologie des Jungkonservatismus "als kollektiver Organisator von Radikalisierungsprozessen im nationalkonservativen und national-liberalen Spektrum" (Kellershohn) zu ermöglichen und uns hier auf die thematischen Schwerpunkte der Untersuchung zu beschränken,¹⁸ konzentrieren wir uns zum einen auf die rechtsintellektuelle Selbstverortung in der "Links-Mitte-Rechts"-Symbolik; zum anderen auf diejenige Position, die die Jungkonservativen¹⁹ im Diskurs über Einwanderung, Flüchtlinge und "Ausländer" einnehmen. Diese Position möchten wir auf dem Hintergrund der Argumentationsfigur zum Thema "Volk und

18 Wir möchten zugleich auf einige andere Untersuchungen des DISS zu diesem Problem verweisen, etwa Kellershohn (Hg.) 1994, Schobert (Hg.) 1997, ferner auf verschiedene Artikel in Lohmann (Hg.) 1994, sowie auf Gessenharter/Fröchling 1996.

19 Als Jungkonservative werden die heutigen Anhänger von Ideen der Konservativen Revolution verstanden. Zu ihnen gehören im weiteren Sinne auch Redakteure und Anhänger der Wochenzeitung *Junge Freiheit*.

Nation" vorstellen. Denn erst aus dieser läßt sich das rassistische Reinheits-Phantasma eines völkisch-nationalistischen Weltbildes ausreichend erklären (vgl. Reinfeldt/Schwarz 1994).

Von der "Historisierung" des Nationalsozialismus zum "antitotalitären Konsens" der selbstbewußten Nation

Die Selbstpositionierung der Jungkonservativen in der politischen Landschaft der Bundesrepublik, von ihnen wieder als erwünschte "selbstbewußte Nation" definiert, verfolgt ausdrücklich das Ziel, zu einer etablierten Autorität im hegemonialen Diskurs aufzusteigen. Hierzu gilt es den selbstbewußt propagierten Anspruch, eine "demokratische Rechte" zu sein, "mehrheitsfähig" zu machen. In der Diktion des neurechten Historikers und Publizisten Rainer Zitelmann, Mitglied der Berliner FDP im Bezirk Spandau, etwa sieht das folgendermaßen aus: Ein erster Schritt bestehe darin, einen Platz im "Verfassungskonsens" zu beanspruchen; der darauf folgende zweite soll darin bestehen, diesen Verfassungskonsens neu zu bestimmen. Der heute etwas anachronistisch anmutende anti-kommunistische Cassandra-Schrei, als der sein "antitotalitärer Konsens" daherkommt, weist nicht nur jeden gegen ihn gerichteten Rechtsextremismus-Vorwurf von sich (vgl. Zitelmann 1994a, S. 173f.). Daneben wird kurioser Weise am Horizont der nächsten Bundestagswahl bereits eine "DDR-light" gesichtet, ein Verschwörungsprojekt gegen die Nation, hinter dem die PDS, die Grünen, die SPD (vgl. Zitelmann 1994b, S. 201f.) und nicht zuletzt die "CDU-Linksaußen" Heiner Geißler, Rita Süßmuth und Friedbert Pflüger stecken (vgl. Zitelmann 1994a, S. 167). So gießt Zitelmann die Antwort auf seine Frage Wohin treibt unsere Republik? auch in die Formel: "Deutschland driftet - nicht, wie Friedbert Pflüger 1994 meinte, nach rechts, sondern entschieden nach links." (Zitelmann 1994b, S. 10)

Dem Machtverlust der liberal-konservativen Regierung und dem Sieg der "Linksunion", die geradewegs auf den Weg in den Sozialismus führe, sei nur noch durch ein Bündnis der neokonservativen und nationalliberalen Kräfte in Union und FDP mit den "rechten Intellektuellen" zu begegnen, die versprechen, für eine "kulturelle Hegemonie im vorpolitischen Raum" zu sorgen (ebd. S. 197).

In der Beschwörung einer angeblich drohenden "antifaschistisch-demokratischen" Systemwende drückt sich die für den Völkischen Nationalismus prototypische "innerstaatliche Feinderklärung" (Carl Schmitt) aus. Handelt es sich hier auch nur um eine radikalisierte Variante der "Rote-Socken"-Kampagne des CDU-Generalsekretärs Peter Hintze, erhofft sich die selbsternannte "demokratische Rechte" dennoch mit dieser im Gepäck von der Bundesregierung nun endlich als Mitglied der "Mitte" anerkannt zu werden.

Auf dem Feld der "Kultur" können seit längerem Versuche der Rechtsintellektuellen beobachtet werden, diese sehr wohl nach "rechts" (im Sinne einer Restauration völkischer Traditionsbestände) zu verschieben, also an der Gewinnung der seit langem von rechts erträumten kulturellen Hegemonie (Alain de Benoist) zu basteln.²⁰

Im "Historikerstreit" bot sich erstmals die Gelegenheit für die jung-konservative Ideologieströmung, unmittelbar in den hegemonialen Diskurs zu intervenieren. Wurde dieser von der ZEIT etwas mechanistisch auf einige Monate eingegrenzt (Mitte bis Herbst 1986), kam der eigentliche Streit um die Deutung des NS-Faschismus erst in den darauffolgenden zwei Jahren richtig in Gang (vgl. Haug 1993, S. 335f.). Der in dieser Auseinandersetzung von Ernst Nolte behauptete "kausale Nexus" zwischen Oktoberrevolution und Nationalsozialismus, nachdem der Holocaust nur eine Antwort auf den "Archipel-Gulag" gewesen sei, wurde von einem ganzen "Zitierkartell" (Schobert 1994, S. 282) um den >Nolte-Schüler< Zitelmann zum Kampffeld der "Historisierung" ausgebaut. Mit dem Duktus des >Tabu-Brechers< hat sich die sich selbst so verstehende "Neue" Rechte angeschickt, aus dem "Schatten der Vergangenheit" herauszutreten, ein Ziel, das die gesamte Rechte bis weit hinein in die bürgerlichen Parteien seit langem anstrebt. Damit einher geht die oben angesprochene Rehabilitierung des "Rechts-Seins", wozu "Hitler" zum Linken gemacht (vgl. Zitelmann 1994a, S. 166) oder gleich ein künftiger "Rassenfaschismus" in den USA und in der ehemaligen Sowjetunion ausgemacht wird (vgl. Nolte 1994, S. S. 161). In dieselbe Kerbe schlägt die Exkulpierung der nationalkonservativen Eli-

20 Vgl. dazu die Analyse des Umgangs mit "Kultur" in der JF bei Jäger 1994a.

ten mit Blick auf den Vorwurf, auch nur irgend etwas zum Sieg des Faschismus in Deutschland beigetragen zu haben; in der jungkonservativen Lesart sind es allein die "Männer des 20. Juli", die den Widerstand gegen Hitler repräsentieren (vgl. Schneider 1995, S. 42-44). Liegt der publizistische Stellungskrieg der Jungkonservativen auch mit einem Schwerpunkt auf den Verlagen der Fleissnergruppe Propyläen/Ullstein²¹, gelang es dem Historiker Rolf Peter Sieferle, sein Buch Die Konservative Revolution im liberalen Fischer-Taschenbuch-Verlag unterzubringen. Hier versucht >Nolte-Schüler< Sieferle den Nazi-Schatten, der auf den geschätzten präfaschistischen Autoren lastet, zu verwaschen. (vgl. Sieferle 1995, S. 42f.).

Die jungkonservative Rekonstruktion der Volksgemeinschaft

Wichtige Hilfe für solchermaßen verfahrenende Versuche einer "Normalisierung Deutschlands" leistet die zentrale Kategorie der Nation. Nachdem Helmut Kellershohn den Stellenwert und die Funktion der Nation in der völkisch-nationalistischen Ideologie bereits beschrieben hat (s.o.), möchten wir im folgenden zeigen, wie sich bei den Jungkonservativen das Konzept Nation mit dem Thema "Ausländer" verschränkt.

Karlheinz Weißmann, Studienrat für Geschichte und evangelische Religion und wie Zitelmann ebenfalls jungkonservativer Grenzgänger zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus, bezieht sich bei der Definition eines "concept allemand" explizit auf die Politische Romantik, die, wie er weiß, "die Nation zuerst als eine natürliche Größe" angesehen habe! (Weißmann 1993, S. 94) Weißmann ist merklich darum bemüht, >seine< Nation allein auf "die >objektiven< Faktoren - gemeinsame Herkunft, gemeinsamer Siedlungsraum, gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur" zurückzuführen. Er bleibt aber keineswegs bei der üblich gewordenen Umgehung des diskreditierten "Rasse"-Begriffs durch kulturalistische Argumentationen stehen, sondern greift auf die Methode Ernst Noltes zurück, "Nazistisches durch die Hintertür" einzubringen (vgl. Schobert 1995). Er bedient sich dazu einer besonde-

21 Vgl. dazu Kellershohn (Hg.) 1994 und Gessenharter/Fröchling 1996.

ren Variante des diskurstaktischen Tricks, tabuisierte Inhalte durch Zitate >unverdächtiger< Personen in den politischen Diskurs gleichsam hineinzuschleusen. Die Dreistigkeit dieser Taktik besteht dabei nicht allein darin, dafür den Verfassungsrechtler Hermann Heller heranzuziehen, der, obwohl glühender Nationalist, der sozialdemokratische Gegenspieler Carl Schmitts in der Weimarer Republik war. Weißmann verfälscht dieses Zitat, indem er ein nicht unerhebliches Wörtchen hinzufügt. Heißt es in der Weißmannschen Version: ">Die wichtigsten natürlichen Bindungen, welche die Menschen ohne Zutun zusammenführen, und von anderen absondern, sind das Blut und der Boden, die Abstammung und die Landschaft. Beide bilden auch die natürliche Grundlage der Nation.<" (Weißmann 1993, S. 94; Herv., d. Verf.), so lautet der letzte Satz im Original: "Beide bilden auch natürliche Grundlagen der Nation." Angewendet auf seine Volksgemeinschaftslehre, führt Weißmann an anderer Stelle etwas deutlicher aus: Auch wenn "praktisch keine >reinrassigen< Nationen" existierten, sei nicht zu leugnen, daß "durch permanente eheliche Verbindungen innerhalb der Gruppe ethnische Homogenität ... selbstverständlich einen erheblichen Stabilitätsfaktor darstellt." (Weißmann 1991, S 18)

Um der ursprungsmythischen Konstruktion der Nation die Weihen der Normalität zu verleihen, unterstellt Weißmann der bürgerlich-liberalen Nation selbst, natürlich und daher normal zu sein. Er schreibt:

"Wer Renan zitiert, um die Nation zu einem Staatsbürger-Verband zu reduzieren, der allein auf persönlicher Entscheidung beruht, übersieht die eigentliche Denkvoraussetzung der Franzosen. Sie besteht darin, daß bereits ein Etwas erkennbar existieren muß, über das dann abgestimmt werden kann, und dieses Etwas ist durch die >Geschichte< definiert." (Weißmann 1993, S. 94f.)

Die Verdrehungen reichen soweit, daß Weißmann "die Teilhaber der atlantischen Zivilisation", zu denen er bezeichnenderweise nur Großbritannien, USA und Frankreich zählt, "zu den klassischen Ursprungsgebieten von völkischer Ideologie und politischer Rassenlehre" erklärt. (ebd., S. 182)

Die völkische Begründung der Nation wendet Weißmann dann auch nicht nur gegen die gescheiterte Sowjetunion, sondern ebenso gegen die

USA, da auch sie sich einer "utopischen Komponente" bedient hätte; gemeint sind hier die universellen Menschenrechte! Das Scheitern beider >Supermächte< ist für ihn gewiß: "Heute kann aber nichts mehr darüber hinweg täuschen, daß beide Weltanschauungen unter einer spezifischen historischen und anthropologischen Blindheit litten. Weder die fundamentalen Unterschiede der Kulturen noch die Besonderheit geschichtlicher Entwicklung noch die gegebene Mangelhaftigkeit des Menschen kamen in ihnen wirklich in den Blick." (ebd., S. 74) Weißmann fordert zum "Realismus" auf, den er mit dem Franzosen Régis Debray wie folgt beschreibt: ">Allein Völker, Nationen und Kulturen sind langfristig von Bedeutung, Begriffe und Bezeichnungen verschwinden, die Inhalte bleiben;<" (ebd., S. 75).

Gewendet auf die innenpolitische Lage in Deutschland setzt Weißmann dem "Multikulturalismus" einen "Imperativ der Homogenität" entgegen, worin die von Zitelmann aufgestellte Frontlinie wieder aufscheint. Weißmann läßt keinen Zweifel an der völkischen Basis der "demokratischen Rechten". Trotz aller rhetorischen Beschwichtigungsversuche ist sein "demos", auf den er sich als Souverän des Nationalstaates beruft, nichts anderes als das rassistische "ethnos": "Dieses läßt sich im konkreten Fall weder auf eine Summe von einzelnen reduzieren noch zur Menschheit hin erweitern. Seine Grundlage bildet eine historisch gewordene Einheit, die Nation als >Ergebnis der Geschichte< (Werner Conze)." (ebd., S. 183)

Auf dieser Grundlage liefert Weißmann einen >fundamentalen< Beitrag zur Asyldebatte: "Die Erzeugung von >Multikulturalismus< erscheint darum in dem Maße frivol, in dem deutlich wird, daß auch die Wohlstandsgesellschaft an ihre Grenzen kommt und einem >Imperativ der Homogenität< unterworfen bleibt." (ebd.) So einmal in Zorn geschrieben, bricht aus ihm offener Sozialdarwinismus hervor: "Wer sich nicht dem verantwortungslosen Optimismus hingeben will, daß Rassen- und Volkstumskämpfe durch Vernunftgründe und Erziehung aus der Welt zu schaffen sind, muß wachsam bleiben." (ebd.) Dabei verfällt er gelegentlich in offenen Rassismus: "Im übrigen befremdet die seltsame Blindheit jener, die so leicht und grundlos von >Rassismus< sprechen, aber nicht begreifen, daß tatsächlich eine >Biologisierung< des Politi-

schen droht, sobald der als >anders< identifizierbare zusätzlich zum Konkurrenten um knappe Güter wie Wohnungen oder Arbeitsplatz wird." (ebd., S. 183f.) Dem Argument, Einwanderung unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regulieren, von Weißmann undifferenziert den "Verfechter(n) des >Multikulturalismus<" zugeschrieben, wirft er ein "bedingungslose(s) Primat des Ökonomischen" vor. Weißmann kennt nur das Primat der Rassenhygiene: Die Bevölkerungsentwicklung sei besonders in Deutschland in einem "kritischen Zustand". Ein auf die "Selbstverwirklichungsideologie" reduzierter Liberalismus verstärke diese Tendenzen der "Verstädterung". "Dabei geht es allerdings weniger um die Bevölkerungszahl ..., sondern um das Problem des Bevölkerungsaufbaus und die wachsende Überalterung." (ebd., S. 184)²²

Daß die "Neue Rechte", von der hier einige Repräsentanten etwas genauer vorgestellt wurden, in bürgerlichen Institutionen und Parteien, insbesondere in der FDP, Fuß zu fassen versuchen, ist inzwischen bekannt. Das hätte für sie den Vorteil, "nicht mehr, wie bei ihren früheren Verbindungen zu den REPs, sofort in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit gerückt zu werden. Sie wäre dann zwar der politischen Hegemonie nicht unbedingt sehr viel näher gekommen, hätte jedoch mit Sicherheit einen großen Schritt im Kampf um die kulturelle Hegemonie getan." (Gessenharter/Fröchling 1996, S. 568)

Unsere Hinweise können glaubhaft machen, daß "der >alte Adam<" (ebd.) bei den Vertretern dieser politischen Richtung überdeutlich durchscheint und nicht verharmlost werden sollte; um so bedauerlicher ist, daß bei dem renommierten Parteienforscher Richard Stöss eine Tendenz dazu zu beobachten ist.

Verharmloser Richard Stöss?

Richard Stöss vom Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung in Berlin, schätzt die Bedeutung dieser neurechten "Gruppe" um Zitelmann, von Stahl und anderen als relativ gering ein. Er schreibt: Die

22 Weißmann kann seine Ansichten in der Wochenzeitung des Bundestages Das Parlament veröffentlichen, aber auch in Index, dem ehemaligen Mitteilungsblatt der verbotenen neofaschistischen Nationalen Liste, vgl. Mecklenburg 1996, S. 542.

Befürchtung, daß dieser "ideologische >Faschingszug< ... sich dereinst zu einer politischen Kraft, zu einer >neuen Rechten< zusammenfinden könnte, ist angesichts der Tatsache, daß es sich um Intellektuelle mit divergierenden Auffassungen handelt, sehr unwahrscheinlich. Gegenwärtig existiert die ... >neue Rechte< jedenfalls nicht als Akteur oder Ideologie." (Stöss 1995, S. 126) Und er vermag in diesen "Grenzgängern" weder eine ">Wiedergeburt des nationalistischen Denkens< noch eine Gefahr für die Demokratie zu sehen." (ebd., S. 127) Stössens vornehmliche Absicht ist es, diese Leute nicht aufzuwerten, was wir aus diskurstaktischer Sicht als vernünftig ansehen. Gleichzeitig unterschätzt er aber die Macht des derzeitigen anti-demokratischen Diskurses, der auf den verschiedenen Diskursebenen zu beobachten ist und der von diesen Intellektuellen zumindest erheblich verstärkt wird. So uneinheitlich sind deren Positionen nicht, daß sie keinerlei diskursive Wirkung entfalten könnten. Und sie sind durchaus aktiv; sie sind Akteure allerdings auf einem Feld, das heutige Politikwissenschaftler oft unterschätzen: auf dem symbolischen Feld, auf dem die Mythen erfunden und verbreitet werden, die Applikationsvorgaben für reale gesellschaftliche Entwicklungen darstellen können, sofern und solange ihnen Demokratie als Realutopie nicht massiv entgegentritt. Eine solche Applikationsvorgabe, die zur Zeit von allen wirtschaftsnahen Kräften vehement in den öffentlichen Diskurs eingeführt wird, ist die Idee der Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die kaum etwas anderes bedeutet als ein Alibi für Sozialabbau und Umverteilung des Reichtums von unten nach oben.²³ Diese Idee erhält ideologischen Flankenschutz durch neokonservative Ideen, die über die Medien an das Massenpublikum herangetragen werden.

Hinzu kommt, daß die Wirkung dieser Personen-Gruppe nicht für sich allein betrachtet werden darf. Sie strickt ja nur mit an einem Diskurs, der viel stärker und ausdifferenzierter ist, da er sich in vielen politischen und unpolitischen Köpfen reproduziert und von ihnen weitertransportiert wird. Das ist nicht so zu verstehen, daß die Gruppe um Zitelmann, von Stahl, Nolte und Botho Strauß usw. es geschafft hätte,

23 Vgl. dazu Demirovic 1997.

den ideologisch hegemonialen Diskurs nach ihrem Willen zu formen. Dieser Diskurs ist tief in deutscher Geschichte verankert und hat - trotz mancher Rückschläge, etwa durch die 68er im Kern prodemokratische Rebellion - niemals aufgehört, die Entwicklungsrichtung dieser Gesellschaft zu prägen. Es ist also vor allem wichtig, die gegenwärtigen Diskurse genau zu analysieren, und zwar wichtiger, als die Fußtruppen zusammenzuzählen, die bestimmte Politstrategen um sich haben versammeln können. Es sieht so aus, als zähle Stöss nur das Personal; daß sich ein völkisch-nationalistischer Diskurs auch ohne dieses direkte Personal halten, entfalten und vervielfältigen kann, entgeht seinem politikwissenschaftlich geschulten Auge, das imöglicherweise immer noch nur das für wirklich hält, was man auch anfassen kann.²⁴

Daher wollen wir uns in einem nächsten Schritt auch der Frage annähern, ob und wenn ja, wie sich ein völkischer Nationalismus bei prominenten Vertretern der politischen "Mitte" artikuliert.

Das Eindringen von Elementen eines völkischen Nationalismus auf der Ebene des politik-wissenschaftlichen Diskurses

Auch im öffentlichen politik-wissenschaftlichen Diskurs generell lassen sich entsprechende "rechts"-konservative bis völkische Positionen ausmachen. Unsere wiederum exemplarische Analyse konzentriert sich auf einige neuere Schriften von Wolfgang Schäuble, weil manche seiner Aussagen und Texte Paradebeispiele für die völkische Färbung des neokonservativen Diskurses darstellen.²⁵

24 Vgl. dazu auch die politische Diskursanalyse von Teubert 1996.

25 Schäuble ist nicht der typische Vertreter eines wissenschaftlichen Spezialdiskurses in Reinkultur. Er nährt den politik-wissenschaftlichen Diskurs jedoch in sehr wirkungsvoller Weise, auch wenn er immer zugleich andere Diskursebenen dazu benutzt, insbesondere den Mediendiskurs. Das verweist darauf, daß man sich Diskurse nicht als fein säuberlich voneinander geschiedene Phänomene vorstellen sollte, sondern als oft zugleich auf verschiedenen Diskursebenen prozessierend und als "mehrstimmig". Die Wirkung von Diskursen wird dadurch nur erhöht, wenn sie gleichzeitig auf den verschiedensten Diskursebenen verlaufen.

Wolfgang Schäuble - der richtige Kandidat zur rechten Zeit. Öffnung nach "Rechts"

Helmut Kellershohn bescheinigt in seiner Analyse der zentralen ideologischen Kategorien Schäubles diesem das >Verdienst<, "das politisch rechts von der Union stehende Lager geistig eingemeindet" zu haben. (Kellershohn 1996, S. 106) Hält Schäuble nach eigenem Bekunden viele Argumente der Jungkonservativen "für mehr Autorität im Innern" auch für "diskussionswürdig" (Schäuble 1994b), beteuert er dennoch, "weder für alte noch für neue Rechte zu haben" zu sein, "sondern nur für die Mitte." (Schäuble 1994c) CDU MdB Friedbert Pflüger sieht in den distanzierenden Äußerungen des Fraktionsvorsitzenden "gesicherte Hinweise dafür, daß der deutsche Konservatismus die Gefahr des rechten Denkens erkennt." (Pflüger 1994b)²⁶

Diese Einschätzung muß sich aber die Frage gefallen lassen, ob sie der Abwehr anti-demokratischen Denkens gerecht wird. Nicht die Reklamation eines institutionellen "Platzes in der Mitte" allein kann zuverlässige Auskunft darüber geben, welche politische Position damit verknüpft ist. Dies kann nur eine gründliche Analyse leisten.

Am Beispiel von Schäubles Verständnis der "Nation als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft" läßt sich verdeutlichen, so unsere These, daß Wolfgang Schäuble als prominentes Mitglied der CDU, versehen mit dem Etikett der "Mitte", im neokonservativen Diskurs eine "Öffnung nach rechts" (Kellershohn 1996) vollzogen hat.

Das Eigene und das Fremde. Der Volksgemeinschaftsgedanke bei Wolfgang Schäuble

Seinen "Platz in der Mitte" verteidigt Schäuble nach "rechts" u.a. damit, daß er den Jungkonservativen vorwirft, den Beweis noch schuldig geblieben zu sein, ob "sie mit dem philosophischen Rüstzeug nationaler Sinngebung verantwortlicher umgehen können als ihre geistigen Ahnen, die dazu beigetragen haben, den Weg in die größte Katastrophe der deutschen und europäischen Geschichte zu ebnen." (Schäuble 1994b)

26 Pflüger macht diese Äußerung in seiner Rezension zu dem von Schwilk/Schacht 1994 hg. >neu<rechten "Manifest" "Die selbstbewußte Nation".

Dieser Verantwortlichkeit ist sich Schäuble selbst bewußt, wenn er "das nationale Element als Band der Zusammengehörigkeit" für "unverzichtbar" hält und zu bedenken gibt: "Aber es bleibt nur so lange verträglich, wie daraus keine Ausschließlichkeits- und Ausgrenzungskriterien konstruiert werden. Ein gefestigtes Bewußtsein der nationalen Identität darf sich gegen niemand richten. Es ist aber notwendige Voraussetzung für Toleranz und Weltoffenheit." Seine Vorstellung von einer selbstbewußten Nation sei so auch vor der Gefahr gebannt, "angesichts hoher Asylbewerberzahlen oder vieler ausländischer Gesichter in Überfremdungsängste auszubrechen." (ebd.) Schäuble warnt einerseits vor Ausgrenzung, und gleichzeitig grenzt er "ausländisch" aussehende BürgerInnen aus der "nationalen Gemeinschaft" aus. Gehen wir dieser Paradoxie noch ein wenig tiefer auf den Grund.

Nach welchen Kriterien Wolfgang Schäuble die Mitglieder seiner "nationalen Gemeinschaft" aussucht, läßt sich an seinem Vortrag, den er 1995 auf dem "Deutschland-Tag der Schlesier" gehalten hat, deutlich machen. Unter dem Titel "*Politische Heimat der Vertriebenen*" merkt er zur Lage der "Deutschen in der alten Heimat" an, daß diese den "Mangel an muttersprachlichem Unterricht ... als besonders drückend" empfänden. "Ohne die Muttersprache aber kann Brauchtum und Kultur, kann Tradition und Überlieferung nicht an die Jungen weitergegeben werden. Davon hängt die Identität und Zusammengehörigkeit der Deutschen im Osten entscheidend ab." (Schäuble 1995, S. 23) Schäubles "nationale Identität", hier beschrieben am "Deutschtum im Ausland"²⁷, hängt also offensichtlich stark von der gemeinsamen Sprache ab. Die Sprache garantiere die Fortexistenz des eigentlich Wesentlichen - der *Kultur*. Die in Verbindung mit "Brauchtum", "Tradition" und "Überlieferung" gebrachte Kultur verweist auf die für den Völkischen Nationalismus typische "ursprungsmythische Konstruktion der Vermittlungsinstanz >Volk<" (Kellershohn 1994b, S. 27). Die deutsche Sprache wird so zum Abwehrinstrument gegen den kulturellen "Genozid".²⁸ Etwas sanfter und den Aspekt der >Bereicherung< hervorhebend, heißt es bei Schäuble: ohne "das jahrhundertealte kulturelle Erbe des deutschen

27 Zum Pangermanismus im Umfeld der Bundesregierung vgl. Goldenbach/Minow 1994.

Ostens ... aber wären nicht nur wir Deutschen, ganz Europa wäre um ein entscheidendes Stück ärmer. ... - großartig die Zahl der Dichter und Denker, die dieses so fruchtbare Land hervorgebracht hat, großartig seine Baudenkmäler, seine geistigen Zentren." (Schäuble 1995, S. 23) Interessant ist hier einerseits die Miteinbeziehung Europas, die uns unten noch weiter beschäftigen wird. Andererseits klingt in Schäubles "fruchtbarem Land" der völkisch-romantische Gedanke der ländlichen Verwurzelung an. Daß dies nicht nur irgendeine beliebige und nichtssagende Redewendung ist, wird schon einige Zeilen vorher deutlich, wo er bedauert, 1990 die Oder-Neiße-Grenze anerkannt haben zu müssen, und fortfährt: "Mit dem Verlust der alten Heimat, der Heimat der Deutschen im Osten finden wir uns nicht ab. Das kann auch niemand verlangen, denn das wäre gegen die Natur. Das Recht auf Heimat ist ein Menschenrecht, unveräußerlich, unverlierbar." (ebd., S. 22; Herv. Vf.)

Während Karlheinz Weißmann seine "Blut-und-Boden"-Ideologie über ein verfälschtes Zitat des Sozialdemokraten Hermann Heller expliziert (vgl. oben), bemüht Schäuble den Begriff der Menschenrechte, die er als natürlich ausweist. Denn Schäuble führt hier eine entscheidende Radikalisierung des ideologischen Postulats des universellen Rechts aller auf menschenwürdige Lebensumstände herbei:²⁹ Das "Recht auf Heimat" verewigt die deutschen Ansprüche auf weite Teile Polens (hier spez. "Schlesiens"), Rußlands ("Königsberg"), Tschechiens ("Sudetenland") und andere Territorien, auf denen sich noch irgendwelche "deutschen Minderheiten" finden lassen. Das Menschenrechtspostulat wird zur Androhung einer Expansion benutzt, die so, in welcher Form auch immer, als "legitime" Option dargestellt werden kann.

Nimmt er die Vokabeln "Blut und Boden" auch nicht in den Mund, so bilden sie dennoch seinen Begründungshintergrund. Schäuble

28 Der Begriff des "Genozids" an >deutscher Kultur< wird im Sommer 1996 in den hegemonialen Diskurs eingespeist. Dieser wird jedoch erstaunlicherweise nicht etwa aus dem Vertriebenen-Milieu heraus geäußert, sondern vom Deutschen Rock- & Popmusikerverband in einer "Deklaration an die Ministerpräsidenten und Landesrundfunkanstalten". Zur Abwendung des "Genozids an der deutschen Rockmusik" fordert ihr Wortführer Heinz Rudolf Kunze ganz im Sinne Schäubles eine Quote für deutsche Popmusik. Vgl. Jacob 1996.

spricht dezent von "menschlicher Natur", die dieses Recht garantiere oder von einem "fruchtbaren Land", das Dichter und Denker gebäre und "geistige Zentren" enthalte. So konstruiert auch er die "angeblich ins Blut übergegangene >Verwurzelung< in die Erde der Vorfahren und umgekehrt: die Deutsch-Gewordenheit des Bodens (Reinfeldt/Schwarz 1994, S. 223). Die pangermanistische Ansprüche der "Erlebnissgeneration" werden so in die "Bekennnisgeneration" hinein verlängert.

Die hier vertretene These von einem *implizit* durch die "Blut-und-Boden"-Ideologie fundierten Volks-Begriff Wolfgang Schäubles wird durch seine geschichtsmythologisch begründete Exklusivität erhärtet. Hierzu zitiert er den nicht ohne Grund von Weißmann vielgepriesenen Vorzeige-Soziologen völkischer Wahrheiten Karl Otto Hondrich³⁰: ">Jahrhundertlang gewachsene Identitäten, darunter die Vorstellung, wer Deutscher sei und wer nicht, kann man nicht kurzerhand ignorieren, austricksen, vergewaltigen.<" Schäuble versucht den Eindruck zu vermeiden, einem Rassismus zu huldigen, wenn er z.B. einwirft, daß es "wichtig und richtig" und "daher ... unablässig (ist), an die besseren Instinkte der Menschen und an deren Vernunft zu appellieren"; er schwächt dies aber direkt ab, indem er hinzufügt, "so wenig sollte man auf diese allein bauen." Schäuble hält (abermals mit Hondrich) ">die negative Diskriminierung gegenüber dem Fremden<" für ">eine Unabänderlichkeit<", für ein Naturgesetz - reproduziert also genau jene My-

29 "Die Vorstellung grundlegender, allgemeiner und gleicher Rechte der Menschen hat sich mit der Entstehung der modernen Nationalstaaten, der Durchsetzung des Kapitalismus und durch die damit verbundenen Kämpfe herausgebildet und bricht sich zugleich daran. Menschenrechte sind - soweit überhaupt - faktisch immer nur als Staatsbürgerrechte wirksam. Und diese Staatsbürgerschaft beruht grundsätzlich auf vielfältigen Diskriminierungen und Ausgrenzungen: der Trennung von >öffentlich< und >privat< und der damit verbundenen Begründung eines ungleichen Geschlechterverhältnisses, dem Ausschluß von >Fremden< innerhalb und außerhalb der nationalen Grenzen und auf der Ungleichheit sozialer Möglichkeiten und Rechte." (Hirsch 1995, S. 41f.)

30 Zu Hondrich vgl. "Zugeschaut und Mitgebaut. Blaupausen für die Nation. Eine Textsammlung zu den Themen: Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton." (2. erw. Aufl. Frankfurt/M. 1995). Hier besonders den diskursanalytisch verfahrenen Beitrag von Thomas Höhne (Höhne 1995).

then, auf denen Rassismus basiert! (Schäuble 1994a, S. 174f.) Auch hier begegnet uns wieder das diskurstaktische Spezifikum, die im Kern völkische Argumentation mit einer liberalen Position zu verbinden, indem an Vernunft appelliert wird. Die Grenze des Sagbaren wird damit vorsichtig verschoben.

Den Rahmen bildet auch hier die "historisch gewordene Einheit" eines Karlheinz Weißmann, die Schäuble gegen antinationalistische Positionen wendet: "Wenn wir uns aber weigern, unsere gemeinsame Geschichte, unser kulturelles Erbe, unsere repräsentativen Institutionen, die Achtung vor anderen Nationen und die Verantwortung eines jeden für das Ganze als Element unseres nationalen Selbstbewußtseins anzunehmen, so darf man sich nicht wundern, wenn das im Menschen angelegte Bedürfnis nach nationaler Bindung sich ganz andere, mitunter auch gefährliche Identifikationspunkte sucht." (ebd., S. 199f.) Das >Triebtier< Mensch kann demnach nur mit der Erziehung zu blindem Patriotismus durch eine Elite von seiner rassistischen >Natur< abgehalten werden.

Seine Argumentation driftet dann völlig ins Apokalyptische ab, wenn es darum geht, die Abschiebep Praxis des deutschen Staates zu legitimieren. Die Situation des untergehenden römischen Imperiums mit der heutigen Gesellschaft vergleichend, weist Schäuble auf die gegenwärtig sinkende Geburtenrate hin und merkt zum Untergang Roms an: "Trotz massiver Zuwanderung sanken die Geburtenzahlen weiter. Die multikulturelle Gesellschaft hat also schon Rom nicht aus der Patsche geholfen. In den Stürmen der Völkerwanderung erlosch Rom schließlich, ähnlich wie vorher Griechenland, nicht zuletzt wegen des anhaltenden Rückgangs seiner Bevölkerung. Die demographischen Veränderungen könnten in der Gegenwart wiederum zur eigentlichen Überlebensfrage der modernen Gesellschaft werden." (ebd., S. 21) In diesem Zitat stecken zwei wichtige Argumente: Schäuble spricht sich gegen offene Grenzen und für die Bewahrung einer völkisch definierten Bevölkerung ("seiner Bevölkerung") aus. Denn erstens habe Zuwanderung die sinkenden Geburtenraten nicht aufhalten können und zweitens hätten diese in Form von "Stürmen der Völkerwanderung" erst den Untergang Roms besiegelt, was in die Gegenwart projiziert wird! Schäuble

propagiert hier den "Imperativ der Homogenität" eines Karlheinz Weißmann und des gesamten Völkischen Nationalismus (vgl. oben).

Nation und (Kern-)Europa. Die >realpolitische< Normalisierung des Völkischen Nationalismus

Für Wolfgang Schäuble ist gerade die Nation das Normalste von der Welt. Während Karlheinz Weißmann die Normalisierung des Völkischen Nationalismus auf ideengeschichtlicher Basis vollzieht, unternimmt der Unionspolitiker diesen Schritt auf einer >realpolitischen< Ebene.

Er ist sich der großen "Verantwortung für die Zukunft des Friedens in Europa" bewußt und führt dazu aus:

"Die Rückbesinnung auf unsere nationale Identität steht dabei überhaupt nicht im Gegensatz zur europäischen Integration. Nur in einem vereinten Europa werden wir für unser deutsches Vaterland eine sichere Zukunft finden. Aber seine elementare, Halt und Orientierung gewährende Funktion für das menschliche Zusammenleben wird die nationale Gemeinschaft auch im europäischen Zusammenschluß noch lange behalten. (...) Kein zentralistisches, sondern ein föderal aufgebautes Europa, organisiert nach dem Prinzip der Vielfalt, wird das Europa der Zukunft sein." (Schäuble 1994a, S. 197)

Schäuble hat also zum einen als Mitverfasser des "Kerneuropa"-Konzepts, das auf eine regionale Segmentierung innerhalb einer erweiterten EU nach strikten Rentabilitätskriterien hinausläuft, der europäischen Integration in dem bisher vorherrschenden Verständnis einer sozialdemokratischen Umverteilungspolitik bereits eine klare Absage erteilt. (vgl. Huffs Schmid 1994, S. 1348) Zum anderen schreibt er der Nation die Funktion als metaphysische Sinn- und Legitimationsstifterin eines Staates zu, der sich auch auf nationalstaatlicher Ebene von der institutionalisierten Befriedung des kapitalistischen Klassengegengesatzes verabschiedet (vgl. Kretschmer 1996). Kündigt er also auf europäischer wie auf nationalstaatlicher Ebene das bestehende Kompromiß-Paradigma auf, kann im Schäubleschen Sinne wirklich von keinem Gegensatz die Rede sein - Neoliberalismus, als *politische* Ökonomie, und neokonservative Kulturpolitik stehen im gegenseitigen Einklang!

Der Taktiker Schäuble läßt diesen antagonistischen Zusammenhang jedoch vollständig verschwinden: "Dosierte" Vaterlandsstolz und (sozial-) demokratische Semantik stehen in trauer Zweisamkeit nebeneinander und scheinen einander nicht auszuschließen sondern gerade zu bedingen. Ähnlich wie oben die Menschenrechte wird hier das "Prinzip der Vielfalt" völkisch-nationalistisch radikalisiert. Diesem liegt nicht das Verständnis eines pluralen Miteinanders der Menschen zugrunde, jede/r nach ihrer/seiner Fassung, sondern im Gegenteil, das der Identifikation, d.h. Gleichsetzung des Individuums mit der "nationalen Gemeinschaft". Vielfalt gilt also nur für die abstrakten Kollektive. Mit anderen Worten: Schäuble greift demokratisch besetzte Begriffe auf, um sie völkisch-nationalistisch umzudeuten.

Es wird deutlich, daß der Politiker Schäuble und der Akademiker Weißmann primär auf unterschiedlichen Ebenen operieren, man aber dennoch einig in der Wahl der Mittel ist, wenn es darum geht, der "deutschen Nation" die letzten Weihen der Normalität zu verleihen: "Frankreich ist Frankreich geblieben - vom Übergang einer jeden Republik zu ihrer jeweiligen Nachfolgerin", berichtet Schäuble. "Und so wird Frankreich, was sich auch für die anderen Staaten der Europäischen Union ohne weiteres feststellen läßt, nicht plötzlich von der geistigen Landkarte Europas verschwinden." (Schäuble 1994a, S. 197f.) Lehnt sich Weißmann mit seinen Formulierungen auch stärker an die klassische völkische Rhetorik an, so sprechen die Aussagen Schäubles zur Unabhängigkeit der Nationalismen von der politischen Verfaßtheit eines Nationalstaates und "geistigen Landkarten" eine ebenso deutliche Sprache - den "Völkern" sei ihr jeweiliges unabänderlich-naturhaftes Wesen zu eigen. Die Europäisierung des völkischen Ursprungsmythos zur Legitimierung des Völkischen Nationalismus, der seine Spuren in den hegemonialen Traditionen nirgends so deutlich hinterlassen hat wie in Deutschland, hat sich also auch der CDU-Politiker Schäuble zu eigen gemacht.

Diese weitere ideologische Parallele wird also zum einen durch eine unterschiedliche Argumentationsweise kontrastiert. Zum anderen schlägt sich die als "dosierte" Nationalismus auftretende Diskursstrategie in einer >realpolitischen< Haltung zur Westbindung nieder. Die

nicht an taktische Bündnisse und Kompromisse gebundenen Jungkonservativen können hingegen in fundamentalistischer Art und Weise gegen den sog. "Westextremismus" polemisieren. (Vgl. Zitelmann/Weißmann/Großheim 1993) Für das jungkonservative Lager noch recht moderat, kritisiert Weißmann, "daß die >Westbindung< als ideologisches Versatzstück (der "alten Bundesrepublik", d. Verf.) überlebt hat und in Deutschland falsches Bewußtsein speist." (Weißmann 1994) Schäuble hält dem entgegen: "Wer Nation in Gegensatz zu Europa und Westbindung in Gegensatz zu Nation setzt, camoufliert letzten Endes nur seine Unfähigkeit zu tätiger Solidarität in Gemeinschaft - und zwar nach innen wie nach außen." Den Jungkonservativen wirft er "souveränitätsseelige Großmachträumereien" vor, die zwar nicht aggressiv gemeint seien, aber (nationalstaatliche) Grenzen zu wichtig nähmen. Das ist verständlich, denn protektionistische Töne würden seine Europastrategie nur gefährden. Wolfgang Schäuble verwirklicht seinen Großmachttraum mit der harten Realität der D-Mark in der kern-europäischen Schutzgemeinschaft, die sich aus der militärpolitischen Abhängigkeit von den USA im transatlantischen Bündnis lösen will!³¹

Resümee: Schäuble und der Rechtsintellektualismus

Die ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen dem CDU-Spitzenpolitiker und den Rechtsintellektuellen haben die These der geistigen Eingemeindung bestätigt. Dabei haben sich jedoch auch Unterschiede herauskristallisieren lassen:

Erstens liegen verschiedene diskurstaktische Argumentationsweisen vor, die sich in einer >dosierten< und einer stärker fundamentalistischen Reproduktion völkisch-nationalistischer Ideologeme äußern. Das Spezifikum der Rhetorik Wolfgang Schäubles besteht dabei in der Umdeutung bisher links-liberal besetzter Begriffe (semantische Verschie-

31 Zu den militärpolitischen Konsequenzen des "Kerneuropa"-Papiers, EU - "Identität durch Soldaten", und einer sich aus der Abhängigkeit von den USA lösenden "Militärmacht Europa" vgl. Huffschmid 1994, S. 1349. Die politische Realisierung hat mit der auf der NATO-Frühjahrstagung beschlossenen Strukturreform bereits nach knapp zwei Jahren die erste größere Hürde genommen, vgl. Heinrich 1996.

bungen). Der mit der Niederlage des Faschismus in Deutschland diskreditierte Völkische Nationalismus kann auf diesem Weg wieder einen stärkeren Einfluß im hegemonialen Diskurs dieses Landes entfalten. Unter solchen diskurstaktischen Erwägungen lassen sich zweitens durchaus politisch-strategisch gegenläufige Positionen feststellen. Hier ist es Schäuble selbst, der die Gratwanderung zwischen ideologie-politischer Nähe und >realpolitischer< Differenz auf den Punkt bringt: "Viele ihrer (der "Neuen Rechten", d. Verf.) diskussionswürdigen Argumente für mehr Autorität im Innern drapieren lediglich das eigentliche Plädoyer für mehr autoritäres Gebaren nach außen." (Schäuble 1994b, S. 29) Bleiben wir beim Beispiel "Westbindung", zeigt sich jedoch, daß durchaus ähnliche militärpolitische Ziele verfolgt werden, eine souveräne *Militär-Welt-Macht-Deutschland*. Ein vorschnelles *Mehr* an autoritärem Gebaren nach außen, zumal von führenden deutschen Politikern geäußert, würde aber dieses Vorhaben nun weniger drapieren als denunzieren. Die NATO-Hegemonie der USA aufzulösen, braucht seine (taktisch zu nutzende) Zeit.

Die Existenz einer >Neuen Rechten< ist also nicht unbedeutend für eine Renaissance des Völkischen Nationalismus aus der >Mitte< heraus. Dieser Wirkungszusammenhang läßt sich eben nicht daran ablesen, ob ein Mann namens Zitelmann zum anerkannten >Chef-Berater< der Bundesregierung aufsteigt oder nicht, sondern an deren Funktionen als Stichwortgeber und Alibibeschafter für eine >demokratische Mitte<. Wolfgang Schäuble ist so in der Lage, seinen "Platz in der Mitte" gegen den Vorwurf völkisch-nationalistischer Tendenzen zu verteidigen: er bleibt der Mann der >Mitte<, da er sich immer noch deutlich gegen >Rechts< abgrenzen kann, auch wenn er sich inhaltlich immer eindeutiger als Rechtsintellektueller profiliert.

2.2. Politik

Dirk Kretschmer/Siegfried Jäger

Symbolische Politik der "Mitte" - nach rechts gewandt. Ein Überblick

Die Existenz völkischer Elemente im gesellschaftlichen Gesamtdiskurs der "Mitte" der Bundesrepublik scheint uns angesichts der nicht enden wollenden Gewalt gegen sog. "Ausländer" und Andersdenkende, der De-facto-Abschaffung des Asylrechts und der Rückkehr Deutschlands in das Lager der militärischen Großmächte, außer Frage zu stehen!

Der völkisch-nationalistische Diskurs von heute bezieht sich unübersehbar auch auf das "antidemokratische Denken" der *Konservativen Revolution* der Weimarer Republik (Vgl. Sontheimer 1994), wenn möglicherweise auch nicht allein durch direkte Übernahme, so doch durch inhaltliche Verwandtschaft.¹ Die sogenannte "Alte Rechte" war in der Nachkriegszeit mit ihren offenen Bezügen zum Faschismus politisch gescheitert und bekommt auch heute - nach bestimmten vorübergehenden parlamentarischen Erfolgen - kein politisches Bein auf den Boden. (Vgl. Kühnl 1996, Gessenharter/Fröchling 1996) Trotzdem haben völkische Ideologeme wieder bzw. weiterhin Konjunktur, nicht allein weil konservative und andere demokratische Parteien durch "rechtsextreme" Politik gezwungen wären, "rechtsextreme" Positionen

¹ Gessenharter/Fröchling konstatieren: "... seit 1989 gerät der Rechtsaußenbereich teilweise geradezu ins Zentrum der politischen Sinnvermittlung." (Gessenharter/Fröchling 1996, S. 552) Auch sie lassen damit offen, ob es sich um Übernahmen aus dem aktuellen Rechtsextremismus handelt oder um Anknüpfen an historische Vorläufer. Beides verweise auf die Stärke dieses ideologischen Diskurses, dessen institutionelle Eingebundenheit variabel ist: Wirksamkeit und Stärke bezieht ein solcher Diskurs aus der Institution, die ihn propagiert.

zu kopieren, etwa allein weil sie an solche Parteien verlorengegangene WählerInnenstimmen zurückgewinnen wollten. Das war sicherlich auch der Fall und trug mit dazu bei, Positionen, die authentisch rechts-extrem sind, in Parteien der Mitte zu integrieren. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß sie dies "aus freien Stücken" tun, d.h. weil sie in ihrem mehrheitlichen Trend für eine Einheits-Politik optieren, die tendenziell völkisch-nationalistische Züge annimmt.

Zu beobachten ist, daß es ein wichtiges Ziel eines neokonservativen Projektes in der Bundesrepublik in den letzten Jahren war, das Nazi-Tabu zu schleifen, um so völkische Ideologeme wieder leichter sagbar und damit wieder hegemoniefähig zu machen.

Beeindruckende konkrete Beispiele für diese Tendenz geben nicht nur Leute wie Ernst Nolte und Ereignisse wie der "Historikerstreit" ab. Bundeskanzler Kohl setzte ein deutliches Zeichen, als er 1985 den damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan veranlaßte, mit ihm zusammen den Soldatenfriedhof in Bitburg zu besuchen, auf dem auch Angehörige der SS begraben sind. (Vgl. Schultz 1994) Seine Huldigungen an Ernst Jünger zu dessen hundertstem Geburtstag weisen in eine ähnliche Richtung.

Kanzler Kohl steht mit solchen Bemühungen keineswegs alleine da: "Oh! That inhumanity!", ein vielbeachteter Essay des Spiegel-Herausgebers Rudolf Augstein, in dem er von einer Alleinschuld Hitlers am Dritten Reich redet, spricht eine ebenso deutliche Sprache², wie es der neokonservative Diskurs zum 8. Mai 1995 tat (50 Jahre Befreiung vom Faschismus).

Bildeten in diesem revisionistischen Diskurs auch die Jungkonservativen in und neben der "Stahlhelmfraktion" der Union mit ihrer FAZ-Anzeigenkampagne ("8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen") die Speerspitze, zogen Kohl, Schäuble, Stoiber und auch die Grünen-Politikerin Antje Vollmer in der "Vertriebenen-Debatte" des Bundestages vom 1. Juni 1995 auf ihre jeweils individuelle Art nach! Manche der vielen und oft höchst aufgeregten und manchmal sogar antisemitischen Reaktionen auf Goldhagens Buch über "Hitlers willige Vollstrecker" (Goldha-

2 Vgl. dazu die kritischen Bemerkungen von Jäger 1995a.

gen 1996) sprechen in dieser Hinsicht ebenfalls eine deutliche Sprache³

Es kann nicht verschwiegen werden, daß auch einige SozialdemokratInnen zur völkischen Normalisierung Deutschlands in wichtigen Politikbereichen beigetragen haben. Beispiele sind u.E. der schon angesprochene "Asylkompromiß"⁴ und die fehlende Oppositionshaltung der Partei im Prozeß der Remilitarisierung der Bonner Außenpolitik (erster Höhepunkt war hier die Bundestagsabstimmung über den Bundeswehreininsatz in Bosnien). Dies unterstreicht auch die kritische Reaktion Oskar Lafontaines, der u.a. die "gedankenlosen Kleinbürger und Spießer" kritisierte, die die Kriegseinsätze der Bundeswehr seit der Einheit herbeigeredet hätten, und auch "einige Helden" aus den eigenen Reihen macht Lafontaine aus, die dies nachplapperten, "wenn sie mit dem Champagnerglas auf irgendwelchen NATO-Tagungen stehen."⁵ Genau 37 dieser "Helden" (plus einigen, die sich enthielten) ermöglichten dann am 30. Juni 1995 unter Regie von Kanzler Kohl und SPD-Fraktionsführer Klose den ersten ("vollwertigen") Kriegseinsatz deutscher Militärs nach dem Ende des Faschismus.

Zeigte der Gegenentwurf der SPD-Fraktion in der vorangegangenen Bundestagsdebatte wiederum eine u.E. fehlende Oppositionshaltung auf,⁶ so erntete SPD-Geschäftsführer Günter Verheugen doch wütende Attacken, als er das Hauptargument der Regierung, die Partnerstaaten

3 Vgl. die (schmale) Dokumentation von Rezensionen und Kommentaren bei Schoeps 1996.

4 Hans-Jochen Vogel, ehemaliger Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD, hatte schweren Herzens - wie er 1996 schreibt - dem "Asylkompromiß" vom 21./22. August 1992 zugestimmt (Petersberger Beschluß). Im Nachhinein bedauert er diese Zustimmung und die Beteiligung an der faktischen Abschaffung des Artikel 16 GG als Teil eines Identitätsverlustes seiner Partei. Vgl. dazu sein Buch "Nachsichten. Meine Bonner und Berliner Jahre", München 1996.

5 Lafontaine machte diese Äußerungen auf dem Parteitag der SPD-Saar, der kurz vor dem Bundestagsbeschluß zum Bundeswehreininsatz in Bosnien abgehalten wurde. Vgl. Auszüge der Rede in: *junge Welt* v. 27.06.95, S. 7.

6 Der als Ablehnung dargestellte SPD-Antrag unterschied sich von dem der Bundesregierung nur unwesentlich darin, "daß er die Tornado-Kampfflugzeuge nur zur Aufklärung eingesetzt wissen und die Bundeswehr-Mission vorerst bis zum Jahresende befristen wollte." *jW* v. 01.07.1995, S. 5.

verlangten die militärische Hilfe Deutschlands, als falsch entlarvt und auf die militaristischen Kontinuitäten des deutschen Konservatismus verwies. Dies veranlaßte Unions-Fraktionsführer Wolfgang Schäuble dazu, auf eben diese Kontinuitäten offen zurückzugreifen, als er den Sozialdemokraten Verheugen als "Geborene(n) Verräter" beschimpfte! (Vgl. jW v. 1.7.95, S. 5)

Auf diesem hier nur grob skizzierten allgemeinen politisch-aktuellen Hintergrund möchten wir im folgenden der Frage nachgehen, ob diese Art von Politik und politischer Ansprache Spuren in den Köpfen von >normalen< Menschen der Mitte hinterlassen hat, wobei wir uns zunächst PolitikerInnen aller bürgerlichen Parteien zuwenden möchten.

Birgit Griese

"Ich würd sagen, daß der Spuk vorbei ist". Analyse von Interviews mit Politikern der "Mitte" ¹

Um herauszufinden, ob und wie VertreterInnen anderer Parteien über die oben genannten brisanten Themen und über den Rechtsextremismus bzw. die Partei der REPublikaner denken, haben wir mit einigen Parlamentariern längere Interviews durchgeführt. Bei diesen Gesprächen wollten wir u.a erfahren, was die GesprächsteilnehmerInnen als politische Probleme betrachten, die ihres Erachtens dringend angegangen werden müssen, wie sie politisch brisante Themen behandeln, welche Position sie gegenüber den rechtsextremen Abgeordneten einnehmen, aber auch, wie sie ihr Verhältnis zu den WählerInnen definieren.

Die Grundlage der folgenden Auswertung stellen insgesamt 10 längere Interviews dar, die sich wie folgt regional und politisch verteilen: Vier Interviews wurden mit Abgeordneten des Landtages in Baden-Württemberg geführt, gleichfalls vier Interviews mit Abgeordneten des Rats der Stadt Dortmund. Jeweils ein Vertreter des Stadtrates in Hamm und Köln wurden interviewt. Vier der Parlamentarier gehören den Bündnis-Grünen an, drei Vertreter der SPD wurden interviewt, zwei Interviews wurden mit PolitikerInnen der CDU geführt, und in einem Gespräch äußert sich ein FDP-Abgeordneter.

Neben den bereits genannten Zielvorstellungen haben wir die Analyse auf die Fragen konzentriert, wie die PolitikerInnen die Anwesenheit rechtsextremer Parteien im Parlament einschätzen und inwieweit Elemente völkisch-nationalistischer Denkweisen bei ihnen selbst festzustellen sind.²

¹ Die Interviews wurden von Gunther Niermann und Joachim Pfennig durchgeführt.

Was die Politik interessiert: Auswertung der Interviews

Zunächst kann festgehalten werden, daß die Erfassung dessen, was wir als "aktuelle Probleme und Sorgen" der Interviewten notiert haben, den aktuellen Politikerdiskurs im Frühjahr 1995 zumindest in Teilbereichen rekonstruiert. Insgesamt dominieren fünf Diskursstränge diesen Diskurs:

- Fragen der Ökologie
- das Thema Arbeitslosigkeit
- der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und in Osteuropa
- die Wiedervereinigung
- das Verhältnis zwischen BürgerInnen/WählerInnen und PolitikerInnen.

Das Thema Einwanderer, Flüchtlinge, Asyl

Es zeigte sich sofort, daß der politische Reibungspunkt zwischen rechtsextremen und demokratischen Parteien der vergangenen Jahre (Fragen von Einwanderung und Asyl im Frühjahr 1995) offensichtlich keine zentrale Rolle mehr spielt. Die neue verfassungsrechtliche Situation für Flüchtlinge (Novellierung von Artikel 16 Grundgesetz) hat offenbar für die MandatsträgerInnen zu einer "Normalisierung" geführt und gehört nicht mehr zu ihrem Sorgenkatalog. Die Probleme, die sich in Verbindung mit dieser faktischen Abschaffung des Artikel 16 zum Beispiel durch Abschiebungen etc. ergeben, sind zum Interviewzeitpunkt für diese PolitikerInnen nicht relevant.

Das Thema Asyl und Flüchtlinge wird maximal als Problem zweiter

2 Interviewschlüssel: Interview 1: GRÜNER Stadtparlamentarier aus Köln, Interview 2: Christdemokratische Ratsfrau der Stadt Dortmund, Interview 3: GRÜNER-Abgeordneter des Landtages in Baden-Württemberg, Interview 4: FDP-Mitglied des Landtages in Baden-Württemberg, Interview 5: Abgeordneter der SPD im Rat der Stadt Dortmund, Interview 6: CDU-Abgeordneter des Landtages in Baden-Württemberg, Interview 7: Vertreter der GRÜNEN im Rat der Stadt Hamm, Interview 8: GRÜNER im Rat der Stadt Dortmund, Interview 9: SPD-Mitglied im Rat der Stadt Dortmund, Interview 10: Sozialdemokratischer Abgeordneter im Landtag Baden-Württemberg. Die Interviews wurden anonymisiert.

oder dritter Ordnung des Diskurses eingestuft, falls ihm überhaupt aktuell-politische Bedeutung beigemessen wird:

"... das Wort "Asyl" ist out-, also das Thema "Asyl" wird nirgends mehr nachgefragt ..." (4/140-141, vgl. u.a. ebenso 7/527-534, 6/295-297 und 8/250).³

Angesprochen wird dieser Komplex vor allem im Kontext der Frage nach den Gründen für den Einzug der REPublikaner in die Landtage, oder wenn explizit danach gefragt wurde. Dabei sind sich Vertreter von Bündnis-Grünen, SPD und FDP in ihrer Analyse einig: Die Form des Umgangs der CDU mit dem Thema Asyl und Flüchtlinge im Wahlkampf habe zum Wahlerfolg der REPublikaner geführt. Auf den Punkt gebracht:

"Eh, da der Wähler bekanntlich aber lieber das Original wählt als die Kopie, ..." (10/315-316).

Sehr häufig enden Ausführungen mit dieser Feststellung. Völlig ausgeklammert wird so die Grundgesetzänderung und damit die Beteiligung der Parteien an der Novellierung, die ja nur aufgrund einer 2/3-Mehrheit in Bundesrat und Bundestag möglich war.

Aussagen wie die Notwendigkeit einer "Steuerung der Zuwanderung", "das objektive Problem der überfüllten Lager" (3/608-610) oder die Symmetrie zwischen Einwanderung und steigenden Arbeitslosenzahlen (8/206-212), ebenso die Argumentation, die Neuerungen der Asylpraxis seien auch ohne Änderung des GG möglich gewesen (4/374-377) usw., machen deutlich, daß sich die Positionen von Bündnis-Grünen, FDP und SPD inhaltlich gar nicht so grundlegend von denen der CDU unterscheiden. Vor diesem Hintergrund erscheint die Kritik an der CDU in einem anderen Licht. Das grüne Ratsmitglied der Stadt Dortmund pointiert die politische Situation im Dortmunder Stadtrat:

"... wo die REPublikaner in den Rat eingezogen sind, war das so, daß sie eben in aller Freiheit und Frankheit, eh, Positionen formuliert haben, die in der CDU oder SPD auch vertreten waren, eh, und die ... >unter der

3 Die Abkürzung bedeutet hier und in Folge, daß aus dem vierten Interview die Zeilen 140-141 zitiert werden.

Decke< vielleicht feiner ausgedrückt, ja, und eleganter gesagt ..., genauso gemeint waren." (8/ 82-86)

Die Funktion der REPublikaner im politische Diskurs ist demnach die, daß sich, basierend auf den Äußerungen der REPublikaner, die Grenzen des Sagbaren im Diskurs verschieben: Auf diese Weise konnte die Katastrophenstimmung forciert werden, die wiederum ein schnelles und einschneidendes politisches Handeln nahelegte (GG-Änderung).

"... daß das was zu tun hat mit Asylkompromiß und der-, ehm, der Beruhigung ... der Situation, ... jetzt ist das Ding geregelt [Asyl] und die [REPublikaner] haben wieder ihre Schuldigkeit getan ..." (8/247-250)

Auffällig ist, daß die befragten PolitikerInnen unkommentiert kollektive Symbole benutzen, mit denen der Asyldiskurs vor ein paar Jahren aufgeladen wurde: So ist etwa die Rede von "Einwanderungswellen", die Schönhuber-Phrase "das Boot ist voll" taucht auf, man spricht unge-
nert von "Asylanten", "Asylantenflut" oder von "Asylantenschwemme", etc. Als Beispiel mag hier auch die Aussage des Bündnis-Grünen Stadtparlamentariers aus Köln dienen, der die außerparlamentarische Arbeit der REPublikaner im Slogan der Rechten wiedergibt, in deren Flugblatt "... auf die steigende Asylantenflut hingewiesen wird und die Bürger gewarnt werden ..." (1/399-400)

Das heißt: Die GesprächsteilnehmerInnen bedienen sich in ihren Ausführungen derselben Ausdrucksform und setzen dieser keine differenzierte Kritik oder Symbolik entgegen: So auch das FDP-Mitglied des Landes Baden-Württemberg. Der Politiker beschreibt das Verhalten von Rechten im "Gasthaus" wie folgt:

"... die [Rechten] versuchen ... die gesamte Versammlung zu thematisieren in Richtung meistens irgendwie Ausländer und, eh, Asylanten ..." (6/495-496, ebenso wird der Begriff des "Asylanten in 6/289-293 verwendet).

Jedoch nicht nur im Zusammenhang mit der Charakterisierung der rechten Partei werden Bedrohungsszenarien sprachlich konstruiert. Die Flucht aus Polen und Rußland in die BRD definiert der Ratsherr aus Dortmund (Bündnis-Grüne) als "heftige Wanderungswelle" (8/209-211).

PolitikerInnen bürgerlicher Parteien gehen von einer Verständlichkeit der Bilder aus - wie beispielsweise "Wanderungswelle" - und tragen damit auch dann zur Konsolidierung bestimmter Vorstellungsmuster und deren sprachlicher Realisierung bei, wenn sie sich inhaltlich davon distanzieren (wollen).⁴

Dies erinnert an die Beobachtungen Victor Klemperers, daß selbst vom Faschismus Verfolgte sich in den faschistischen Diskurs verstricken ließen (vgl Klemperer 1987, S. 202-212).

Facetten nationalistischer Denkweisen in den "Deutschlandbildern" bürgerlicher PolitikerInnen

Eng mit der Frage von Einwanderung und Flucht verknüpft ist das Bild, das die PolitikerInnen von Deutschland und den Deutschen zeichnen.

Die Interviewten beziehen sich dabei auf drei Dimensionen, wenn es um politische Bezugspunkte geht: (a) lokale Dimension (Landkreis, Stadt), (b) die BRD und (c) auf einen "äußeren Rahmen": Europa.

Dabei wird die "erweiterte" Perspektive Europa, die die nationalstaatliche Perspektive verläßt, in der Regel aus "deutscher Warte" kommentiert ("unsere Nachbarn", "unsere Umwelt", usw.). Das heißt, ein Bezugspunkt Europa existiert zu diesem Zeitpunkt für die betreffenden PolitikerInnen (noch) nicht.

Der Position der Bundesrepublik im europäischen Gefüge schreibt der sozialdemokratische Politiker aus Baden-Württemberg einen besonderen Stellenwert zu. Für ihn besitzt Deutschland eine doppelte Bedeutung: Deutschland als "Heimat" und als "Machtfaktor" in Europa. Inhärent ist der Äußerung jedoch eine gewisse Ambivalenz. Unklar bleibt, ob der Abgeordnete situativ eine der Definitionen präferiert:

4 Einschränkung soll angemerkt werden, daß die genannten Symbolkomplexe, mit denen Flüchtlinge in der BRD allenthalben codiert werden, nicht nur im rechten oder rechtsextremen Umfeld zu finden sind. Sie gelten für den gesamten bundesdeutschen Diskurs (vgl. hierzu auch Jäger/Jäger 1993 sowie Gerhard 1992). Der Unterschied ist allerdings, daß im rechten "Lager" solche Begrifflichkeiten häufiger und immer in negativen Kontexten zu finden sind, die die entsprechenden "Bilder" selbst negativ aufladen. Vgl. im einzelnen dazu M. Jäger 1996a und Weimer/Galliker 1996.

"Wenn ich Deutschland als Mittelpunkt Europas sehe mit ner politischen Aufgabe, dann hab ich immer wieder versucht in meinem Leben, wenn ich Begegnungen hatte mit ausländischen Freunden, u.a. mit Israelis, das Deutschland als meine Heimat zu sehen und nicht Deutschland als Position, als Machtfaktor oder als gewichtiges, wichtige Macht im Rahmen ... des europäischen Hauses ..." (10/53-58)

Ein Abgeordneter der Bündnis-Grünen argumentiert, daß die "nationale Lage" zu den Wahlerfolgen der REPublikaner in Dortmund führte. Aufhänger ist die Immigration-situation der BRD, die sich im Wahlkreis des Politikers "widerspiegelt". In seinen Darstellungen bemüht der Parlamentarier Natursymbole, mit denen er das "Migrationsproblem" verdeutlichen möchte. Auf dem Hintergrund hoher Arbeitslosenzahlen werde die BRD durch eine von außen heranrollende "Wanderungswelle" aus dem Osten bedroht. Zwar sieht er, daß die Flüchtlinge in eine "Blitzableiterfunktion" gedrängt werden, indem sie z.B. für den Verlust von Arbeitsplätzen und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden, jedoch basiere die "Herausbildung von wirklichen Armutsquartieren" (8/220-221) auf solchen Umständen.

"Deutschsein" wird - unabhängig von der Parteizugehörigkeit - von mehreren GesprächspartnerInnen in Verbindung mit einer "nationalen Identität" gedacht. Das bündnisgrüne Mitglied im Stadtrat Hamm spricht von der politischen und allgemeinen Identität des Menschen, welche an Staatsform bzw. politisch-gesellschaftliche Realitäten gekoppelt sei. Im Kontext der Wiedervereinigung stellt er fest:

"... die nach dem Krieg geboren sind, sind alle Kinder der Bundesrepublik oder Kinder der DDR, und das ist ihre Identität, auch ihre politische ... Identität, und jetzt müssen wir alle zusammen erst mal lernen, wie wir in diesem größeren Deutschland zurechtkommen, ..." (7/133-136).

Identität wird als "Kitt" der Nation definiert, als Grundlage für Nationalstaatlichkeit, die den Menschen quasi in die Wiege gelegt wird.

So betonen auch andere Interviewpartner, daß "Deutsch-sein" "... eine von Geburt aus zugegebene Vorgabe ..." (u.a. 8/52-53) ist. Deutschland, "Deutsch-sein" konstituiert sich über die Vorstellung eines "deutschen Volkes" ("jus sanguinis" = "Recht des Blutes"), die das

Staatsangehörigkeitsrecht in der BRD bis heute regelt. Neben dem jus sanguinis determinieren sprachliche und kulturelle Aspekte die "nationale Identität" (Literatur, Kunst und Kultur im weitesten Sinne).

Eng verbunden mit einem solchen Modell einer "nationalen Identität" ist die "Überfremdungsangst". Dies wird im Interview mit der Christdemokratin aus Dortmund besonders deutlich: Sie betrachtet die Nation als "innen", umgeben von einem "Außen", d.h. anderen Völkern. Deutschland ist umgeben von europäischen "Nachbarvölkern, -staaten".

Die Begriffe Nation und Volk werden dabei synonym verstanden und benutzt. Für diese Frau existiert ein geographisch festgelegtes Deutschland mit (mehr oder weniger) klar umrissenen Grenzen. Auf Basis dieser Betrachtung entwirft sie nun "das Recht der Deutschen, Angst vor Überfremdung zu empfinden". Das scheint ihr "natürlich, bzw. naturgegeben".

In einem weiteren Schritt wird diese Idee der Nation auf die Welt projiziert und Überfremdungsangst zum globalen Phänomen stilisiert:

"... es würde in jedem Land würde es unter allen verschiedenen Nationalitäten ähnliche Gefühle [Überfremdung] geben." (2/545-546)

Hier wird nicht nur ein Bild von einer anscheinend natürlichen Überfremdungsangst entworfen. Vielmehr wird diese quasi natürliche Angst argumentativ dazu genutzt, um Haßgefühle gegenüber Ausländern abzubauen. Gefühle seien der erste Schritt zur Kontrolle dieser Gefühle (2/547-549). Daß nun aber gerade diese irrationalen und im übrigen keineswegs natürlichen, sondern kulturell geprägten Emotionen zu Aktionen gegen AusländerInnen führen können und geführt haben, blendet sie aus.

Die Überfremdungsängste der Bevölkerung hält die Abgeordnete somit für verständlich. Insbesondere die Wohn- und Schulsituation trage zu deren Entstehung bei. Die Legitimität solcher Ängste wird mit Zahlen untermauert: 87% der SchülerInnen in der Nordstadt (Dortmund) sind nach ihren Angaben AusländerInnen, 3 deutsche Familien wohnen mit 80 "fremdländischen" Familien in einer Straße (2/533 und 543-544). Es gelingt der Interviewten auf diese Weise, die Realitäten umzukehren: Nicht Flüchtlinge sind in der Minderheit, sondern die

Deutschen, die sich "ausgegrenzt", "überfremdet" fühlen und aufgrund der Überfremdung "bestimmte Sorgen haben dürfen" (2/535, 560 und 534-536).

Interessant ist die Vorstellung, die sich die Christdemokratin über das Zusammenleben von Flüchtlingen und Deutschen macht:

"Wir brauchen nicht alle unsere Nachbarn zu lieben" (2/ 523), und sie bezieht sich auf das christliche Gebot der Nächstenliebe. Wer hier nicht geliebt werden muß, ist klar: Flüchtlinge und Einwanderer. Begründet wird diese Aussage mit einer diffusen Vorstellung von einer "Überbelastung der deutschen Gefühle". Der Terminus "Überbelastung" ruft dabei scheinbar objektive Grenzwerte auf, die nicht überschritten werden können und dürfen.

Dieses Schema wiederholt sich einige Zeilen später. Rekurrierend auf die ihr entgegengebrachte Erwartungshaltung: "...Ich muß mit jedem Türken Arm in Arm gehen können oder sonstwas" schwächt sie ab durch die Formulierung: "... ich geh auch nicht mit jedem Deutschen Arm in Arm". Eine scheinbare Gleichbehandlung und Gleichsetzung von Deutschen und "Nicht-Deutschen" wird signalisiert. Das optimale Zusammenleben sieht kein Miteinander der Menschen, sondern ein Nebeneinander vor: "Man soll den anderen leben lassen, wie er nun hierhergekommen ist". (2/524-525)

Ein solches Konzept der "gegenseitigen Toleranz" (2/551-554 und 570-572) ist dabei aber nicht gleichzusetzen mit politischer Gleichberechtigung oder Integration. Allenfalls zielt es auf "Assimilation" der Einwanderer.

Insgesamt kann festgehalten werden, daß trotz der genannten unterschiedlichen Dimensionen Dreh- und Angelpunkt der Politiker die Nation ist. Sie erscheint als

"... eine Art >urwüchsiger Lebensgemeinschaft<, ja die Lebensgemeinschaft schlechthin, der ein >natürliches< Recht auf ein eigenes politisches Gemeinwesen, auf politische Selbstbestimmung und Souveränität zukommt. " (Landshut 1972, S.569)

Es zeigt sich auf diese Weise, daß die politischen Überlegungen von Wolfgang Schäuble bei seinen Kolleginnen durchaus auf fruchtbaren Boden fallen können.

Der Umgang mit den REPublikanern

Die Partei der REPublikaner und ihr Personal werden von den meisten interviewten PolitikerInnen eher verharmlost. So ist von "Männekes", "den Nickligen", "einem sehr gemischten Völkchen", oder ironisierend von "den Herrschaften" etc. die Rede. Den FDP-Landtagsabgeordneten etwa erinnert der Umgang mit den REPublikanern bzw. mit rechten Gruppierungen an eine "Show" oder ein "Spiel", welches sogar unter Umständen "Spaß" bereite und dessen Ziel es sei, "die Begeisterung der Versammlung", "die Lacher" auf die eigene Seite zu ziehen:

"... da wart ich, bis ne gute Gelegenheit ist, und dann kriegen die eine übergeben, daß die anderen ihren Spaß dran haben, und dann ist Ruhe" (6/203-204).

Die Vertreter der REPublikaner seien nicht nur in der Sache unprofessionell, sondern auch rhetorisch der politischen Auseinandersetzung nicht gewachsen. Teilweise seien sie nicht in der Lage, ihre Emotionen zu kontrollieren. Die "Reizschwelle" könne dann relativ leicht überschritten werden; und der FDP-Politiker empfindet Vergnügen daran, wenn republikanische Abgeordnete "ausrasten und hochgehen".

Neben bzw. im Zuge solcher Verharmlosung werden die REPublikaner tendenziell normalisiert. So beruft sich die christdemokratische Ratsfrau - die hier stellvertretend die Position der CDU im Dortmunder Stadtrat formuliert - auf den demokratisch legitimierten Status der rechten Partei:

"Wir [die CDU] haben das also mehr ... dazu geschwiegen [zur Anwesenheit der Partei; B.G.], wir haben gesagt: >Auch sie sind gewählt<, das heißt Mandatsträger in dieser Stadt ..." (2/352-354).

Diese Argumentationsstruktur wird ebenfalls vom FDP-Abgeordneten aus Baden-Württemberg bemüht. Der Politiker führt aus, daß 15% der Bevölkerung für die REPublikaner votierten, und dementsprechend sei die Partei der Rechten im Landtag zu akzeptieren. Laut seiner Beschreibung verläuft der Umgang mit den Abgeordneten der REPublikaner höflich, denn als durch die Wahl bestätigte Abgeordnete seien sie letztendlich "... mehr oder weniger sympathisch ... wie, eh, ... in den anderen Parteien auch, ..." (4/192-193).

Ein Hammer Ratsmitglied führt aus, daß die unprofessionellen Bei-

träge des REPublikaners Goller Heiterkeit auf Seiten der bürgerlichen Parteien auslösten, obwohl man doch "sehr schnell dummes Zeug erzählen kann", und eben dies sei Goller "unterlaufen" (7/392-393). So kann sich in die Bewertungen des Auftretens von REPublikanern durchaus Mitleid mischen.

Teilweise enthält die Darstellung einzelner REPublikaner emphatische Konnotationen. Insbesondere ein Abgeordneter der Bündnis-Grünen versetzt sich einfühlsam in die Lage einzelner "republikanischer" Exponenten, wenn er Parallelen zwischen früheren Erfahrungen von GRÜNEN in der professionellen Politik und den Schwierigkeiten der REPublikaner zieht. "Ächtungen und Ausgrenzungen" in der parlamentarischen Arbeit, sowie die Schwierigkeit, als "Verfechter von Moral und Ethik" aufzutreten und gleichzeitig nicht an den moralischen Implikationen zu scheitern, hält er für identische Problematiken und blendet inhaltliche Unterschiede aus.

In den Ausführungen zu den kommunalpolitischen Erfahrungen des Grünen-Abgeordneten aus Köln mit der Partei der REPublikaner, hebt der Gesprächspartner die Person Rhous, des Herausgebers der rechtsextremen Zeitschrift Europa vorn, hervor. An dieser Stelle soll aus dem Interview zitiert werden, um das gefühlsbetonte "sich einlassen" auf die Situation des obengenannten Exponenten zu veranschaulichen:

"Und eins muß man dem Rhous lassen, ehm, es ist sehr schwer, das weiß ich aus eigener Anschauung, gegen einen Rat zu reden, wo 91 Leute dir deutlich durch, ehm, ... Abwesenheit, durch Zwischenrufe, durch demonstratives Rückenkehren deutlich machen: ... >wir lieben dich nicht< ... und dort oben aber gegen diese 91 Leute anzureden mit einem ständigen >Sich-nicht-aus-der-Ruhe-bringen-zu-lassen< ... ich weiß wie schwierig das ist zumindest in der Anfangszeit der GRÜNEN als wir auch geächtet wurden ... Rhous hat das immer durchgehalten ..."
(1/155-164)

Darüber hinaus hält der Abgeordnete Rhous für einen "hervorragenden Rhetoriker", der sich im Vergleich mit Beisicht, einem Funktionär der rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat, als "ideologisch feinsinnig" erweist (ebd., 153 und 154).⁵

Völkisch-nationalistische Fragmente im Politikerdiskurs

In welcher Weise sich in diesen Diskurssträngen weitere völkische Momente auffinden lassen, soll eine Aussage demonstrieren, die im Zusammenhang mit dem Thema "Krieg in Ex-Jugoslawien und Osteuropa" steht und die von einem CDU-Abgeordneten stammt:

"... wir werden im Osten ein neues Problem kriegen mit ethnischen Gruppen, die sich verselbstständigen wollen und nicht mehr berechenbar sind, Beispiel Rußland, Beispiel Jugoslawien ..." (6/131-134).

Der Begriff "ethnische Gruppen" ist hier interessant und aufschlußreich. Er suggeriert,

"... daß Ethnien eine Universalie seien, daß sie überall vorkämen. Man meint, sie seien das natürliche Organisationsmuster [Hervorhebung d. Verf.] aller Menschen, die nicht in Nationen verfaßt leben." (Elwert 1989, S.433)

Die Formulierung "ethnische Gruppen" im Interview legt die fiktive Vorstellung einer Homogenität dieser Gruppen nahe, die nach Elwert, "... das Wesen des Völkischen ausmache." (ebd., S. 446)

Hinzu kommt, daß die Entwicklung in Osteuropa als eine Art "Naturkatastrophe" wahrgenommen wird, deren Auswirkungen und Ziele als unkontrollierbar, nicht mehr "berechenbar" erscheinen. Die Systemkrise in den Ländern Osteuropas wird nicht thematisiert, ebensowenig die instabile wirtschaftliche Situation oder die Auseinandersetzungen der konkurrierenden Machtpotentiale, die die Hegemonie in den verschiedenen Gebieten anstreben.

Gewisse autoritär-staatliche Momente, die gleichfalls zum Ideologiekomplex des völkischen Nationalismus zu zählen sind, fließen in den politischen Diskurs ebenso ein. Eine CDU-Politikerin beschreibt die Aufgabe und Funktion der kommunalen Politik folgendermaßen:

5 Eine ähnliche Tendenz findet sich auch in der Analyse von Januschek, der dies in einer Fernsehdiskussion, an der u.a. Jörg Haider und der GRÜNEN-Sprecher Pilz teilgenommen haben beobachtet hat. (Vgl. Januschek 1995, S. 17f.)

"... eine große Stadt richtig zu lenken und leiten ...". (2/436-437)

Im Zusammenhang mit dem hierarchischen Verhältnis PolitikerIn vs. BürgerIn (s.u.), entsteht ein Bild von Staat und Politik, das in oben und unten, Führer und Gefolgschaft gegliedert ist und autoritäre Züge aufweist.

Auffällig an diesem Interview ist auch, daß Annahmen/Argumentationen rechter Kreise nicht wirklich kritisiert werden:

"Ich bin auch, eh, ja sehr häufig auf politischen Veranstaltungen ..., und gerade in den letzten fünf Jahren wurde ich dank den REPublikanern des öfteren [zum Thema Kommunalpolitik, B.G.] gefragt, und dann hab ich immer gesagt: >Kommt mal her in die Sitzung und schaut seht sie euch an<, nicht, dann wußten die irgendeine Parole von denen und ja, das stimmt doch, nicht, aber man-, die Parole allein macht ja-, kann ja auch nicht Politik, sondern wie ich eben, politisch handele oder nicht handele oder wie extrem ich handele oder wie dumm ich rede ...". (2/346)

Auffällig ist hier, daß es sich demnach bei den Äußerungen der REPublikaner nicht unbedingt um "falsche" politische Ansichten und Positionen handelt. Die Dortmunder Abgeordnete grenzt sich kaum oder ungenügend von den Inhalten der rechten Partei ab, wenn sie postuliert, daß allein die Parole keine Politik mache, sondern lediglich die konkrete politische Handlung (in ihrem Sinn die parlamentarische Initiative).

Im Zentrum der Aussage steht folglich nicht die inhaltliche Auseinandersetzung. Vielmehr werden Stilistik, Rhetorik, sprich die Formen der politischen Agitation, qualitativ kritisiert. Implizit veranschaulicht dies die Ansicht der Interviewten: WählerInnen seien bei den Christdemokraten besser aufgehoben, da die bürgerliche Partei über mehr Handlungskompetenz verfüge.

Unter den Stichwörtern "Opposition", "genuine Opposition", oder "Fundamentalopposition" wird die Schwierigkeit der Bündnis-Grünen und der SPD thematisiert, sich von politischen Positionen der REPublikaner abzugrenzen. Dazu ein Bündnis-Grüner aus Dortmund:

"... wenn sie [sich; die REPublikaner] sozusagen, ... zur genuinen, eh, Opposition aufspielen wollen, dann haben sie oft Berührungspunkte in-, mit uns-, ..." (8/157-159).

Ein generelles Problem der Parteien ist es, ein eigenes, klar umrissenes und detailliertes Programm zu politischen Themen und deren Umsetzungen zu entwickeln. Dies manifestiert sich nicht ausschließlich im Verhältnis zu den REPublikanern, sondern spiegelt sich z. B. ebenfalls in der "Profillosigkeit" der Parteien, d.h. Grenzen zwischen den politischen Inhalten der Parteien sind undeutlich bzw. nicht vorhanden.

Die folgenden Ausführungen Fröchlings und Gessenharters präsentieren Überlegungen, die wir aufgrund unserer Analyseergebnisse ebenfalls so formulieren könnten:

"In der Auseinandersetzung mit den Rändern [rechte Gruppierungen] führte die >Mitte< nämlich selten einen auf die Selbstverständigung gerichteten öffentlichen politisch-normativen Diskurs; vielmehr betrieb sie entweder Ausgrenzung ... mittels streng juristischer Verfahren [in diesem Falle ein häufig normierter "Verhaltenskodex"; B.G.] oder ignorierte, oft aus falsch verstandener Liberalität, einfach die von den Rändern in die Öffentlichkeit gebrachten Themen oder schloß sich opportunistisch der >rechten< Meinung an, etwa im Falle der sogenannten Ausländerkriminalität. Das Unvermögen, politische Kontroversen über fundamentale Fragen in der Öffentlichkeit auszutragen, ..., ist bis heute dominant geblieben." (Gessenharter/Fröchling 1995, S.278)

BürgerInnen/WählerInnen und PolitikerInnen: Der Vermittlungsprozeß - unter besonderer Berücksichtigung der REPublikaner-WählerInnen

Nach den Gründen für das Wahlergebnis der REPublikaner befragt (1994/1995), behaupten die PolitikerInnen u.a., daß die WählerInnen aus Protest "republikanisch" wählten.

Diese These von den ProtestwählerInnen wird vor allem von den interviewten SPD-Politikern übernommen und verfestigt. REPublikanerwählerInnen seien von den bürgerlichen Parteien enttäuscht und hätten deshalb in "Denkzettelmanier" ihre Stimme der rechten Partei gegeben. Konsequenterweise fallen die Prognosen, z.B. im Hinblick auf die Landtagswahlen 1996, entsprechend aus. Da das "Thema Asyl" - der Hauptgrund für die Wahlerfolge der REPublikaner - durch die Grundgesetzänderung entfalle, deshalb werde die Partei nicht erneut in den baden-württembergischen Landtag einziehen, eine Prognose, die sich

bekanntermaßen als Irrtum herausgestellt hat. Doch damals meinte man noch:

"...ich würd sagen, daß der Spuk vorbei ist...". (8/305)

Die Reduktion der WählerInnen auf "Alternativ- oder ProtestwählerInnen" (9/523-525; 8/543-548; 5/591-592) hat für den Diskurs Konsequenzen. Sie führt dazu, daß die konkreten politischen Beweggründe ausgeklammert werden und nur oberflächlich nach Gründen für das Wahlergebnis der REPublikaner gesucht wird. Eine konsequente Auseinandersetzung mit herrschenden politisch-ideologischen Einstellungen der WählerInnen kann so entfallen.

Das Protestwahlverhalten ist nach solchen Erklärungen eng an das soziale Milieu der WählerInnen gebunden: Es seien die benachteiligten Gesellschaftsgruppen, die für die REPublikaner votierten. Diese eindimensionale Perspektive wird übrigens der "Wirklichkeit" nicht gerecht, wie z.B. die Untersuchung Jürgen Winklers zeigt:

"... Untersuchungen, die sich auf Informationen über Gebietseinheiten wie Stimmbezirke, Gemeinden und Kreise stützen, zeigen sowohl auf Bundesebene als auch in Flächenstaaten bei den Wahlen seit 1989 keine nennenswerten Zusammenhänge zwischen den Berufsvariablen und den Stimmenanteilen der REPublikaner." (Winkler 1994, S.81)⁶

Obwohl sich Jürgen Winkler hier nicht explizit gegen den Begründungsansatz ausspricht, wird an dieser Stelle deutlich, daß die Konstruktion der sozialbenachteiligten rechten WählerInnen die Ursachen- und -analyse seitens der Politiker verstellt.

Neben der ProtestwählerInnen-These, mit der ein spezifisches Verhältnis der PolitikerIn zur WählerIn gekennzeichnet wird, argumentieren die PolitikerInnen auch mit der "Verführbarkeit" des Menschen: Bei diesen WählerInnen

"... sind die Parolen der Rechten auf en fruchtbaren Boden gefallen ..." (1/312).

Während diese Textstelle metaphorisch die Verführung codiert (Saat- fruchtbarer Boden - keimen, wachsen, usf.), formuliert die CDU- Abgeordnete direkter:

6 Vgl. dazu auch Held/Horn/Leiprecht/Marvakis 1991.

"... [es kann] immer politische, eh, Führer geben, ..., die eh, gewisse Frustrationen, ... Mißstimmungen, Unzufriedenheit benutzen, parolenschwingend dann eine gewisse Schar um sich sammeln." (2/431-433 ebenso 450-445)

Die Medien werden von den interviewten PolitikerInnen als eine außerordentlich wichtige Vermittlungsinstanz zwischen Parteien und BürgerInnen betrachtet. Eine herausragende Funktion übernehmen dabei die visuellen Medien, die sowohl politische Inhalte darstellen und vermitteln als auch das "politische Personal" präsentieren. Daß das Auftreten und die Ausstrahlung/Außenwirkung offenbar als ein zentrales Moment der Inszenierung von Politik gesehen wird, macht eine Textpassage deutlich, in der über die Wirkungsmöglichkeiten rechtsextremer Politiker nachgedacht wird:

"..., [Schlierer ist] jemand, der versucht, eh, bei den, ehm, rechten konservativen WählerInnen und Wählern so als >smarty<, ... >lovely boy< so aufzutreten, völlig adrett gekleidet ..., gepflegt und gewählt in der ... Sprache ..." (ebd./529-532)

Die Ausführungen der Dortmunder CDU-Ratsfrau bringen das Verhältnis von PolitikerInnen und ihren WählerInnen noch ein wenig allgemeiner zur Sprache. Sie setzt z.B. politische Verantwortung und Aktivität der BürgerIn mit dem Gang zur Urne gleich. Wer nicht wählt, ist politisch desinteressiert und hat resigniert. Daß sie bei einer solchen Wahrnehmung politisches Interesse gleichsetzt mit der Partizipation an parlamentarischen Strukturen, läßt sich dabei sicherlich auf ihre spezifische Diskursposition, aus der heraus sie hier spricht, eben als Abgeordnete in einem Parlament, zurückführen.

Die Einteilung der WählerInnen, so wie sie sie an Informations- und Wahlkampfständen erlebt, ist dabei sehr eigentümlich: Einerseits handelt es sich dabei um QuerulantInnen, die jede gesellschaftliche Problemlage den PolitikerInnen zur Last legen und dialogunfähig seien. Daneben gebe es BürgerInnen, die "positive Rücksprache" suchen, oder "in netter Form angesprochen werden wollen". Politische Diskussionen, Transparenz und Vermittlung politischer Anschauungen und Inhalte stehen nicht im Zentrum der Begegnungen.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Abgeordneten den Vermitt-

lungsprozeß als solchen schon als ein hierarchisches Gefüge ansehen. Politische Themen und Probleme werden nicht durch die Basis, sprich die BürgerInnen angeregt, von der Politik aufgenommen und - vor allem - einer Lösung zugeführt, sondern die Themen werden sozusagen von "oben" nach "unten" weitergegeben.

Dabei gehen die PolitikerInnen von der Annahme aus, daß das politische Verständnis und Wissen der BürgerInnen weder fundiert noch ausgeprägt oder detailliert ist. Die WählerInnen sind nicht in der Lage, das heterogene Erscheinungsbild einer Partei zu analysieren - so ein Bündnis-Grüner. Dies bedeutet in seiner Konsequenz, daß politische Parteien ein "glattes", homogenes Profil entwickeln müssen, um sich der (offensichtlich als unterbelichtet eingeschätzten) "Basis" verständlich zu machen.

Darüber hinaus existiere innerhalb der Bevölkerung eine Gruppe, die sich dem Vermittlungsprozeß der bürgerlichen Parteien entziehe. Im Zusammenhang mit den Wahlerfolgen der REPublikaner wird hervorgehoben, daß wie in allen europäischen Gesellschaften auch in der Bundesrepublik ein Tatbestand zu registrieren sei:

"... was man einfach wahrnehmen muß, es gibt ... in jeder Gesellschaft einen festen, nationalgesinnten, auf autoritären Lösungen basierenden Wählerkern ..." (1/ 321-323)

Der Begriff "Kern" vermittelt den Eindruck, die politische Einstellung gewisser Bevölkerungsteile sei unveränderlich im Subjekt verankert; infolgedessen sei jede Intervention und Aufklärung ausgeschlossen. (1/ 328-329)

Dieser Kern kann nun von den Parteien "aufgesogen", "absorbiert" oder "eingebunden" werden. Die politischen Parteien scheinen "aktiv", während den BürgerInnen die passive Rolle zugeschrieben wird.

Abschließend läßt sich zusammenfassen, daß die WählerInnen in keiner Weise als gleichberechtigte PartnerInnen in der politischen Auseinandersetzung betrachtet werden. Sie müssen aufgeklärt werden, "mögen oft einfache Sätze"(2/439), d.h. sie sind nicht in der Lage, komplizierte politische Strukturen und Vorgänge aufzufassen oder zu interpretieren. Sie werden verführt oder geben ihre Stimme ab, um den bürgerlichen Parteien einen "Denkzettel zu verpassen".

Zwar verstehen einige PolitikerInnen politische Themen als einen "Reflex" auf die Situation der Alltagsebene - und umgekehrt -, tendenziell aber wird das Verhältnis zu den BürgerInnen als ein hierarchisches wahrgenommen und beschrieben.

Dieser Befund deckt sich mit einem Teilergebnis der Untersuchung von Margret Jäger über Einwanderung und Flucht im Alltagsdiskurs. (Vgl. M. Jäger 1996a, S.151ff.) So empfinden und beschreiben BürgerInnen "große Politik" als losgekoppelt von den Interessen Einzelner bzw. der eigenen Vorstellung; so heißt es bei Margret Jäger:

"Viele der Interviewten sprechen sich selbst die Kompetenz ab, über politische Sachverhalte zu entscheiden, artikulieren dies aber gleichzeitig als Beschneidung ihrer politischen Beteiligungsrechte." (ebd., S.151)

Eine solche "freiwillige Selbstentmündigung" könne in zwei Variationen auftreten: Die einen weigern sich schlichtweg, politische Positionen zu strittigen Fragen zu beziehen und wollen diese von den Politikern, die schließlich dafür auch bezahlt würden, entschieden wissen. Die anderen stilisieren die politischen Sachverhalte zu einem so komplexen System, für dessen Problemlagen keine Lösungen vorhanden zu sein scheinen. Beide Positionen führen zur Delegation politischer Entscheidungen an ExpertInnen und an PolitikerInnen. Eine solche Delegation wird von den interviewten Politikern offenbar akzeptiert.

Ideologische Parallelen - unabhängig von der Parteizugehörigkeit. Ein Resümee

Die Untersuchung der Interviews zum Deutschlandbild, sowie die Passagen, in denen die PolitikerInnen die Partei der REPublikaner bzw. das Auftreten einzelner Abgeordneter schildern, verdeutlichen, daß sich politische Verortungen partiell überschneiden. So sind in den Ausführungen der interviewten PolitikerInnen gleichwohl nationalistische Äußerungen zu finden. Besonders prägnant scheinen die inhaltlichen Parallelen beim Thema "Flüchtlinge und Asyl". Die Grundgesetz-Änderung (Artikel 16) wird zwar nicht von allen VertreterInnen der Parteien als optimale Lösung betrachtet, die "Erkenntnis", daß ein gesteigerter Handlungsbedarf zu verzeichnen war, wird aber von fast allen Parlame-

tarierInnen geteilt. Die negativen Konsequenzen für Flüchtlinge sind in keinem Interview Gegenstand der Ausführungen. Häufig postulieren Exponenten der GRÜNEN und der SPD eine "geistige Nähe" zwischen den politischen Zielen und Grundeinstellungen der CDU und der REPUBLIKANER. Die Analyse kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß Parallelen existieren - unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

Ausprägung und Quantität - beispielsweise nationalistischer Fragmente - entsprechen zwar nicht dem sprachlichen Duktus und den Ideologien rechtsextremer PolitikerInnen. Festgehalten werden muß aber, daß auch die VertreterInnen liberaler, sog. linker, christlicher und sozialdemokratischer Weltanschauungen den politischen Diskurs mittels sprachlicher Praxen prägen, die ebenso aus dem sog. rechten "Spektrum" stammen könnten.

Skeptisch zu beurteilen sind ebenfalls die Normalisierungs- und Verharmlosungstendenzen (Vgl. die Passage "Charakterisierung der Republikaner"). Hintergründig spiegelt sich in diesen Darstellungs- und geschilderten Umgangsmustern der Umstand, daß die Auseinandersetzung mit den REPUBLIKANERN in der Kommunalpolitik für fast alle Fraktionen eine marginale Rolle spielte. Ob dies auf mangelnde Notwendigkeit zurückzuführen ist, oder ob es sich "nur" um die Vermeidung einer Grundsatzdiskussion handelt, ist letztlich für die Resultate nicht ausschlaggebend. Selbst der sog. Verhaltenskodex der Bündnis-Grünen stellt in der Konsequenz eher einen Katalog von Regeln dar (Verweigerung der Kooperation und persönlicher Kontakte, Blockade "republikanischer" Anfragen und Anträge usf.).

Auch das Bild, welches die PolitikerInnen im Hinblick auf das Verhältnis zu den BürgerInnen/WählerInnen entwerfen und die Beschreibung bzw. Stereotypisierung der REPUBLIKANERWÄHLERInnen sind Zeugnis eines Politikverständnisses, dem z.T. wesentliche demokratische Züge fehlen.

Coerw Krüger

Völkisch-nationalistische Ideologeme im Bundestagswahlkampf 1994

Zur Anlage der Untersuchung. Vorbemerkung

Das folgende Kapitel geht der Frage nach, ob sich auch in den Wahlkämpfen eine Rechtsdrift bemerkbar gemacht hat. Untersucht wird der Bundestagswahlkampf von 1994, zu dem auch die rechtsextremen REPUBLIKANER - wenn auch erfolglos - angetreten waren.¹

Archiviert und ausgewertet wurden zahlreiche Wahlkampf-Materialien etablierter bürgerlicher Parteien (SPD, FDP, CDU/CSU) zum Bundestagswahlkampf 1994, die der Zweckmäßigkeit halber in zwei Diskurskategorien eingeteilt wurden:

a) Materialien des originär-politischen Diskurses in Form von Flugblättern, Partei- und Regierungsprogrammen, Informationsbroschüren, Wahlplakaten und sonstigem Printmaterial. Dieses Material erteilt erste Informationen über politische Ziele, ideologische Orientierungen und

¹ Den theoretischen Hintergrund der Studie bildet das Konzept des Völkischen Nationalismus (vgl. Kellershohn oben und 1992). Die von Kellershohn formulierten Kern-Ideologeme des Völkischen Nationalismus stellen eine weltanschauliche Hintergrundfolie für realpolitisches Handeln dar. Sie sind nicht notwendigerweise an spezifische Politikzusammenhänge gebunden, sondern können in mehr oder weniger modifizierter Form in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen und Politikangeboten in Erscheinung treten. Der Völkische Nationalismus stellt somit kein spezifisch rechtsextremes Ideologieprogramm dar, die praktische Umsetzung seiner einzelnen Ideologeme impliziert jedoch durchaus rassistische und andere Diskriminierungs- und Ausgrenzungspraktiken. Die folgenden Ausführungen lehnen sich methodisch an diskursanalytische Verfahren an, wie sie seit Jahren im DISS entwickelt und angewendet worden sind (vgl. Jäger 1993b).

Identität einer Partei. Die Reichweite der originär-politischen Wahlwerbung ist, abgesehen von der Plakatwerbung, aber begrenzt.

b) Wahlwerbung unter Nutzung der Massenmedien, die einen Teil des medialen Diskurses konstituiert. Dabei ist zwischen Printmedien (Tages- und Wochenzeitungen, Illustrierten und ggf. parteieigenen Zeitschriften), Hörfunk- und audiovisuellen Medien (öffentlich-rechtliches und privates Fernsehen) zu differenzieren. Die Wahlwerbung in den Massenmedien erreicht ein breites Publikum in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen und stellt das Schwergewicht des Wahlkampfes schlechthin dar. Die Studie konzentrierte sich auf die Erfassung von Politikerinterviews, -stellungen und Wahlwerbung in einschlägigen Printmedien sowie auf die Analyse von Wahlwerbespots und wichtigen Wahlkampfveranstaltungen primär im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

Die analytische Einteilung des Wahlkampfes unter dem Aspekt eines originär-politischen und medialen Diskurses trägt dem gesamten Kommunikationsspektrum Rechnung und ermöglicht die Erfassung parteispezifischer Darstellungsformen von unterschiedlicher Reichweite.

Der Bundestagswahlkampf der SPD

Der originär-politische Diskurs

Das folgende Material wurde erfaßt:

- Das 34 Seiten umfassende SPD Regierungsprogramm 1994 mit acht Themenschwerpunkten
- Rede des Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping auf dem Wahlparteitag in Halle am 22. Juni 1994;
- Interview mit Rudolf Scharping in einem kleinen Faltblatt. Darin ging es um dessen Biographie;
- drei Flugblätter zu sozialen und umweltpolitischen Themen;
- Wahlplakate zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen sowie mit dem Portrait des Kanzlerkandidaten.

Die Printmaterialien der SPD hatten einen starken Bezug zu sozialen Themen wie Arbeit, Wohnen, Familie, Armut und zur Wirtschaftspolitik. Auch dem Thema "Umwelt" widmeten die Materialien Aufmerk-

samkeit. Das SPD-Wahlkampfmaterial enthielt jedoch keine Anhaltspunkte für völkisch-nationalistische Ideologiefragmente. Die Sozialdemokraten setzten sich in ihrem Regierungsprogramm 1994 vielmehr für eine Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Gewalt gegen Ausländer ein (vgl. SPD-Regierungsprogramm 1994, S.30). Die Integration ausländischer Mitmenschen und eine liberale Ausländerpolitik (humane Einbürgerungspraxis, doppelte Staatsbürgerschaft) bildeten weitere Elemente im SPD-Regierungsprogramm 1994 (vgl. ebd. S.26).

Printmedien

Der printmediale Diskursstranges wurde anhand von Interviews mit SPD-Politikern und Wahlkampfwerbung erfaßt:

- SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen in Focus Nr. 31 vom 01.08.94;
- Rudolf Scharping in Bild vom 09.09.94;
- Günter Verheugen in Bild am Sonntag vom 11.09.94;
- SPD-Fraktionschef Hans-Ulrich Klose in Bild vom 16.09.94;
- Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder in Bild am Sonntag vom 18.9.94 und in Bild vom 26.9.94;
- NRW-Ministerpräsident Johannes Rau in Focus "Wahl-Spezial 1994" vom 08.10.94;
- Rudolf Scharping im Spiegel vom 24.10.94;
- Egon Bahr im Spiegel vom 24.10.94;
- drei nacheinander geschaltete Wahlwerbeanzeigen in Bild vom 12.-14.10.94;

SPD-Politiker äußerten sich im Bundestagswahlkampf schwerpunktmäßig in der Bildzeitung. Dabei ging es inhaltlich meistens um soziale Themen (Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Gerechtigkeit) sowie um mögliche Koalitionen der SPD im Falle eines Wahlsieges. Die Interviewten zogen klare Grenzen zur PDS, mit der sie eine Zusammenarbeit strikt ablehnten; ein klares Koalitionsmodell wurde dem Wähler aber nicht vorgestellt. Hinweise auf eine mögliche Koalition der SPD mit den Grünen und der FDP im Falle eines Wahlsieges der Sozialdemokraten brachte ein Gespräch mit dem SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen (vgl. Focus Nr. 31 vom 01.08.1994). Drei nacheinander geschaltete Wahlwerbeanzeigen in der Bildzeitung vom 12. bis 14. Okto-

ber 1994 warben mit den Slogans "Wir kämpfen in Deutschland um jeden Arbeitsplatz..., Stark für Deutschland und Kanzlerwechsel für Deutschland". Sie zeigten jeweils die SPD-Spitzenpolitiker Gerhard Schröder mit Rudolf Scharping und Oskar Lafontaine und schließlich Rudolf Scharping als Kanzlerkandidaten. Die erste Anzeige mit Gerhard Schröder als kompetenten Wirtschaftsfachmann stand im Zeichen eines international wettbewerbsstarken Deutschland auf dem Weltmarkt.

Auch die Analyse der Interviews und Gespräche mit SPD-Politikern in einigen Tageszeitungen und Wochenmagazinen ergab keine Befunde, die auf mögliche völkisch-nationalistische Ideologeme hindeuten.

Audiovisuelle Medien

Die SPD hatte im öffentlich-rechtlichen Fernsehen von ARD und ZDF jeweils achtmal den gleichen Wahlwerbespot geschaltet.

Weitere Sendungen, Diskussionsrunden und Talkshows mit SPD-Politikern:

- Ein Streitgespräch zwischen Politikern und Journalisten (Titel: "Wer soll regieren?"), an dem neben Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) auch der SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen teilnahm. Diese Sendung strahlte der Privatsender SAT 1 am 12. Oktober 1994 um 20:15h aus.
- Die ARD-Wahlkampfsendung "Ihre Wahl '94", ausgestrahlt am 12. Oktober 1994 um 20:15h

Der SPD-Wahlwerbespot zur Bundestagswahl 1994, dessen Text von Rudolf Scharping selbst gesprochen wurde, bezog sich auf ein breites Themenspektrum, von der Beschäftigungs-/Arbeitslosigkeit über den wirtschaftlichen Aufschwung und die Umweltproblematik bis hin zu Familie und Armut. Auch Ausschnitte aus der Lebensbiographie des Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping wurden eingangs thematisiert.

In der Sendung "Wer soll regieren?" ging es um die deutsche Außenpolitik und Deutschlands künftige Rolle in der Weltpolitik, den Einzug der FDP in den Bundestag und mögliche Koalitionen der SPD. In dieser Sendung traten mehrmals Sympathien für eine Fortsetzung der christlich-liberalen Regierungskoalition zutage.

Der SPD-Kanzlerkandidat Rudolf Scharping stellte sich in der Sen-

dung "Ihre Wahl '94 Der Herausforderer" den Fragen von Nikolaus Brender und Gerhard Fuchs. Er äußerte sich zum Profil seiner Partei und seinem öffentlichen Image, zu sozialdemokratischen Visionen und politischen Inhalten (Umwelt-, Verkehrs-, Beschäftigungs- und Besteuerungspolitik), zu möglichen Koalitionen im Falle eines Wahlsieges und zum Verhältnis zwischen seiner Partei und der PDS.

Brender konfrontierte Scharping mit den Koalitionsbedingungen der Grünen, mit denen die SPD sich im Falle eines Wahlsieges und einer starken Affinität zu einem rot-grünen Koalitionsmodell hätte auseinandersetzen müssen. Ein Essential forderte eine Modifizierung des Asylkompromisses von 1993. Rudolf Scharping nahm dazu im O-Ton wie folgt Stellung:

"Ja, das wird auch nicht geschehen, denn..äh.. ich bin sehr zufrieden damit. Ich halte das für eine der großen staatspolitischen Leistungen, daß es nach dieser schändlichen Diskussion, die begonnen wurde in einem Kommunalwahlkampf in Frankfurt von der CDU mit diesen miesen Vokabeln >Boot ist voll< und was da alles so herumgereicht worden ist, daß wir jetzt endlich, endlich, äh das haben, was da drin steckt. Es muß noch mehr geschehen... (Zwischenfrage von Brender)... Augenblick bitte, das Staatsbürgerrecht äh muß moderner werden. Wir haben Einwanderung, aber keine Einwanderungspolitik, da muß etwas dazu kommen. Und im übrigen, angesichts der 20.000 rechtsradikalen Gewalttaten in den letzten drei Jahren, der 49 ermordeten Menschen, der angesteckten Häuser, der Zusammengeschlagenen, der angesteckten Gotteshäuser und der geschändeten Friedhöfe; ich möchte nicht wissen, in welchem Zustand dieses Land wäre, wenn das Problem der Zuwanderung nicht entschäft worden wäre".

Der SPD-Kanzlerkandidat rechtfertigte in seiner Funktion als damaliger SPD-Vorsitzender den bedenklichen Asylkompromiß von 1993 als "große staatspolitische Leistung" und führte die Gewalt und Feindseligkeiten gegen Ausländer und deren Unterkünfte auf Zuwanderung zurück. Einwanderer nach Deutschland, vermutlich aus dem Nicht-EU-Gebiet, erscheinen in dieser Argumentation als unmittelbare Auslöser der gegen sie gerichteten - rassistisch motivierten - Gewalt. Scharping sah zumindest in dieser Sendung einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und ausländerfeindlicher Gewalt. Er befürwortete nachträg-

lich den Ansatz, Zuwanderung über eine Verschärfung des Asylrechts einzuschränken. Ob mit dieser Argumentation auch das Konzept einer ethnisch homogenen Nation mitgedacht wurde, läßt sich anhand dieses einzelnen Befundes nicht definitiv klären. Die Interviewpassage belegt lediglich eine Ethnisierung der Ursachen ausländerfeindlicher Gewalt.

Der Bundestagswahlkampf der FDP

Der originär-politische Diskurs

Folgendes Material wurde ausgewertet:

- Das FDP-Regierungsprogramm (10 Kapitel auf 141 Seiten);
- ein Flugblatt mit 12 Kernbotschaften liberaler Politik;
- ein als Wahlaufdruck konzipiertes Faltblatt ohne inhaltliche Bezüge;
- zwei Wahlplakate, von denen eines den damaligen Parteivorsitzenden Klaus Kinkel zeigte.

Auf Wahlplakaten präsentierte die FDP renommierte Parteimitglieder, wie den damaligen Parteivorsitzenden und Außenminister Klaus Kinkel und Hans-Dietrich Genscher, warb mit den Wahlkampfslogans "Gegen Steuern", "Zukunft wagen Liberal wählen" oder - wie in früheren Bundestagswahlkämpfen - mit dem traditionellen Slogan "Diesmal geht's um alles". Ein Wahlplakat mit dem Slogan "Aufschwung sichern Leistung wählen" nahm dabei Bezug auf die Themen "Aufschwung" und "Standort Deutschland".

Ein Flugblatt mit 12 Kernbotschaften liberaler Politik thematisierte das Verhältnis von Bürger und Staat, die Steuern- und Abgabendiskussion, die Debatte um den Abbau des Sozialstaates, Fragen der Standort-sicherung sowie die Einwanderungs- und Asylproblematik. Zu letzterem zeigte das Blatt ansatzweise eine (bürgerrechts) -liberale Position (strikte Ablehnung von Ausländerhaß und Rassismus, Erleichterung der Einbürgerung ausländischer Mitmenschen, Befürwortung einer doppelten Staatsangehörigkeit, kommunales Wahlrecht für Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen); gleichzeitig wurde eine gesetzlich geregelte Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung für notwendig gehalten, da sonst die Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung überfordert und das Asylrecht zur Zuwanderung mißbraucht und damit zerstört würde.

Diese Position zur Frage der Einwanderung nimmt Bezug auf das Konzept der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft, da die Regelung und Begrenzung der Zuwanderung mit Verweis auf Überforderung der Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung gefordert wurde.

Das Regierungsprogramm der FDP zur Bundestagswahl 1994 behandelte folgende Themen:

Marktwirtschaftliche Erneuerung für Deutschland, ökologische Marktwirtschaft, Umwelt und Naturschutz, Innen- und Rechtspolitik, Verkehr, Wohnungsbau, Sozial-, Gesundheits- und Gesellschaftspolitik, Bildung, Forschung, Medien und Kultur, Außen- und Europapolitik. Insbesondere in wirtschafts- und standortpolitischen Bereichen fordert das Programm die Stärkung der internationalen Wettbewerbsposition Deutschlands, steuerliche Entlastungen von Unternehmen, mehr Verantwortung der Bürger für soziale Risiken, Deregulierung und Entbürokratisierung.

Die thematische Ausrichtung des FDP-Regierungsprogrammes 1994 spiegelte insofern die auch innerhalb der FDP geführte "Standort Deutschland"-Debatte wider.

Einwanderer und Flüchtlinge stufte das liberale Regierungsprogramm 1994 im Kontext der Außen- und Europapolitik als stabilitätsbedrohende Faktoren ein.

"Armut und Unterentwicklung, Bevölkerungsexplosion, Migrations- und Flüchtlingswellen sowie Umweltzerstörung bedrohen die Stabilität unserer Welt. Die Industrieländer müssen erkennen, daß sie mit den Entwicklungs- und Reformländern in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden sind. Eine umfassende Entwicklungszusammenarbeit mit diesen Ländern liegt in unserem ureigenen Interesse" (Programm der FDP zur Bundestagswahl 1994, S.117).

Ähnliches gilt auch für die Betrachtung des Wohlstandsgefälles zwischen Nord und Süd:

"Wie eng wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheit und Stabilität zusammenhängen, zeigen die weltweit zunehmenden Migrations- und Flüchtlingsbewegungen. Es ist verständlich, daß manche, die tagtäglich Armut und Hunger, Verfolgung und Gewalt ohne Aussicht auf Besserung erleben, aufbrechen, um Frieden und Wohlstand zu suchen. Dieser Pro-

zeß betrifft heute alle Erdteile, einschließlich Europa. Flüchtlings- und Migrationsbewegungen gefährden über kurz oder lang auch die Sicherheit und Stabilität bei uns, wenn es nicht gelingt, Frieden, wirtschaftliches Wachstum und den Schutz der Menschenrechte in den unterentwickelten Regionen der Welt zu schaffen" (ebd. S.133).

Das FDP-Regierungsprogramm 1994 zeichnet ein Bild von Einwanderern und Flüchtlingen als "Wirtschafts- oder Wohlstandsflüchtlingen", die in großer Anzahl in das Land kommen. Sie gelten als Bedrohung von Sicherheit und Stabilität in der westlichen Welt, wozu in erster Linie EG-Europa und die Bundesrepublik zählen. Diese Darstellung impliziert ansatzweise die Konstruktion eines äußeren Feindbildes entlang völkisch-ethnischer Kriterien. Flüchtlinge und Einwanderer nach Deutschland werden im Einwanderungsdiskurs als Bedrohung dargestellt, wobei offen bleibt, worin die Bedrohung denn genau bestehe. Die FDP leitet aus dieser Bedrohungs konstruktion eine verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd ab. Diese Entwicklungszusammenarbeit resultiert jedoch nicht aus einer humanitären Ambition, sondern aus einem nationalen Eigeninteresse.

Printmedien

Der printmediale Diskursstranges anhand von Interviews mit FDP-Politikern und Wahlkampfwerbung erfaßt:

- Spiegel-Interview mit Hans-Dietrich Genscher im Spiegel Nr. 37 vom 12.9.1994;
- Bild-Interview mit Klaus Kinkel in Bild vom 21.9.94;
- drei Wahlwerbeanzeigen in: Die Zeit, Die Welt vom 6.10.94 und in Bild vom 13.10.94.

In einem Spiegel-Interview vom 12.9.1994 nahm der FDP-Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher Stellung zu den während des Bundestagswahlkampfes 1994 geäußerten Schäuble-Thesen über ein mögliches Kerneuropa. Herr Genscher sah in dem Plädoyer von Schäuble für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion, bestehend aus drei bis vier Staaten (darunter Deutschland und Frankreich), einen Vorstoß der Union in die traditionelle außenpolitische Domäne der FDP. Diese "bedenkliche Debatte" könne zur Fragmentierung der Gemeinschaft führen und die Osterweiterung der EU gefährden.

In Bild vom 21.9.1994 bekräftigt der damalige FDP-Vorsitzende Klaus Kinkel die Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU und schloß andere Koalitionsoptionen aus. Dabei nutzt Kinkel das Interview, um erstens die SPD vor die Koalitionsfrage zu stellen (Kinkel: "Ich frage Rudolf Scharping: Mit wem wollen Sie regieren?"), und zweitens seine Partei von den Grünen abzugrenzen. Die Abgrenzung verläuft dabei nach dem Muster, dem politischen Gegner bzw. Konkurrenten eine gesellschaftlich nicht wünschenswerte Position im Hinblick auf besonders sensible Politikbereiche zu unterstellen, ohne jedoch die eigene Position zu artikulieren. Kinkel wörtlich:

"Die Grünen vertreten fast überall das Gegenteil von dem, was die FDP will. Sie wollen die Steuern erhöhen, raus aus der NATO, weg mit der Bundeswehr, fünf Mark für den Liter Benzin, totales Tempolimit, Beseitigung des Berufsbeamtentums und sofortigen Kernenergie-Ausstieg".

Klaus Kinkel identifiziert die Grünen mit einem politischen Szenario, das für die deutsche Bevölkerung neuralgische Punkte tangiert (finanzielle Überforderung, militärische Bedrohung, Einschränkung der Bewegungsfreiheit). Durch die Einspeisung solcher Bedeutungszuweisungen in den Alltagsdiskurs können individuelle Dispositionen und letztlich auch das öffentliche politische Meinungsklima beeinflusst und in eine bestimmte Richtung hin gelenkt werden.

Eine Wahlwerbeanzeige der FDP in der Bild vom 13.10.1994 lautete: "Es geht um die Zukunft Deutschlands!", wobei "Deutschland" mit schwarzer Fettschrift graphisch hervorgehoben ist. Darunter steht klein gedruckt: "Ohne F.D.P. im Deutschen Bundestag regiert in Bonn rotgrün mit PDS-Unterstützung. Dies wäre der Niedergang Deutschlands und der deutschen Wirtschaft. Deshalb Ihre Zweitstimme für die F.D.P. Initiative für Deutschland."

Mit dieser Wahlwerbeanzeige versuchte die FDP sich dem Wähler gegenüber als unentbehrliche politische Kraft darzustellen. Dazu sollte die Konstruktion eines dichotomen Schemas möglicher Regierungskoalitionen dienlich sein:

1. Die FDP muß in den deutschen Bundestag, um die Zukunft Deutschlands zu sichern (Bekräftigung der Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition).

2. Eine rot-grüne Regierung mit PDS-Unterstützung (Anspielung auf die Landesregierung in Sachsen-Anhalt) bedeutet den Niedergang Deutschlands und der deutschen Wirtschaft.

Die Botschaft dieser Anzeige lautet also: >Wer für Deutschland und den Erhalt seines Wirtschaftsstandorts ist, bekennt sich zur FDP<.

Die FDP ist in den Printmedien hauptsächlich bemüht, sich als zuverlässiger und kompetenter Koalitionspartner für die CDU zu profilieren. Dabei operiert sie auch mit politischen Feindbildkonstruktionen in bezug auf ein rot-grünes Regierungsmodell und die PDS. Repräsentanten links-alternativer politischer Werte erscheinen auf dieser Diskursebene als jene "unehrenhaften" politischen Zeitgenossen, die dem Land nur Schaden zufügen würden. Sie stellen das Gegenstück zu der Kategorie der national loyalen Bürger und der politisch Verantwortlichen dar, die stets im sog. nationalen Interesse handeln. Diese Feindbilder lassen sich durchaus an völkisch-nationalistische Ideologeme anbinden.

Audiovisuelle Medien

Die FDP schaltete in der ARD und im ZDF jeweils den gleichen Wahlwerbespot zur Bundestagswahl, der an folgenden Terminen zu sehen war:

- ARD: 19.09./21:46 Uhr, 28.09./17:37 Uhr, 06.10./23:00 Uhr, 14.10./22:00 Uhr;
- ZDF: 22.09./21:15 Uhr, 27.09./18:45 Uhr, 05.10./22:15 Uhr, 13.10./18:45 Uhr.
- Weitere Wahlkampfveranstaltungen mit FDP-Politikern im Fernsehen: Außenminister und FDP-Spitzenkandidat Klaus Kinkel zu Gast in der Wahlkampfsendung "Wer soll regieren?", ausgestrahlt am 12. Oktober 1994, 23:05 im Privatsender SAT 1.

Der FDP-Wahlwerbespot zur Bundestagswahl 1994 stellte vor allem die Koalitionsfrage in den Mittelpunkt. Er unterbreitete verschiedene mögliche Regierungsmodelle für Deutschland (Alleinregierung der Union, rot-grüne, Ampel-, große und christlich-liberale Koalition) und warb intensiv für die Fortsetzung der christlich-liberalen Koalition. In der Wahlkampfsendung "Wer soll regieren?" setzt sich Kinkel ebenso für die Fortführung der Koalition mit der CDU ein, die seiner Meinung

nach Verlässlichkeit und Stabilität garantiere, gerade in außenpolitischen Fragen in einer Zeit schwieriger internationaler Entwicklungen.

Der gemeinsame Bundestagswahlkampf der Unionsparteien CDU/CSU

Der originär-politische Diskurs

Erfasst wurden:

- Das Grundsatzprogramm der CDU;
- das 56 Seiten starke gemeinsame Regierungsprogramm von CDU und CSU 1994 mit sechs Themenschwerpunkten;
- ein kleines Faltblatt gegen eine mögliche rot-grüne Regierungskoalition mit der Aufschrift "STOP Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat";
- eine 24 Seiten umfassende Informationsbroschüre gegen die PDS mit der Aufschrift "Zukunft statt Linksfront PDS-Gefahr von links";
- die auf dem 5. Parteitag der CDU (20.-23.2.94 in Hamburg) gehaltene Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl, abgedruckt in einer 24-seitigen Broschüre;
- sechs Informationsbroschüren zu wirtschafts-, arbeitsmarkt-, sozial- und umweltpolitischen Fragen;
- ein Faltblatt zum Thema Frieden und Sicherheit für Deutschland
- ein Faltblatt mit der Aufschrift "Für ein starkes Deutschland in einem starken Europa";
- acht weitere Flugblätter zu überwiegend sozialen Themen (Arbeit, Alter, Familie, Sozialstaat, Gesundheit);
- ein mehrseitiges Flugblatt mit der Aufschrift "Unser Kanzler";
- schließlich drei Wahlplakate.

Beim Blick in das mit dem Titel "Wir sichern Deutschlands Zukunft" überschriebene gemeinsame Regierungsprogramm von CDU/CSU zur Bundestagswahl 1994 fällt zunächst der häufige Gebrauch von nationalistischem Vokabular auf. Begriffe wie "Deutschland", "Völkergemeinschaft", "Wir Deutschen" und "deutsches Volk" finden insbesondere vor dem Hintergrund der Vereinigung Verwendung. Das CDU/CSU-Regierungsprogramm 1994 hat somit einen stark deutschnationalen Zugschnitt. Die Präambel etwa schließt mit den Worten:

"Unser Land sicher in die Zukunft zu führen ist das Angebot von CDU und CSU an alle Deutschen. Helmut Kohl und Theo Waigel stehen mit CDU und CSU für eine Politik mit Augenmaß und Zukunftskraft" (Regierungsprogramm von CDU und CSU 1994, S.6).

Diese Aussage bezieht sich ausschließlich auf die deutsche Bevölkerung. Die Zugehörigkeit zur deutschen Bevölkerung und damit zu Deutschland als Nation knüpft dabei an ethnisch-kulturelle Kriterien an, auf die ein sichtbarer Anspruch erhoben wird. Dieser Zusammenhang geht auch aus den Ausführungen des CDU-Grundsatzprogrammes zum Verständnis "nationaler Identität" hervor:

"Unsere Kultur prägt die Identität unseres Landes und seiner Menschen(...). Wir Deutsche haben auf der Grundlage der europäischen Zivilisation im Laufe der Geschichte unsere nationale Identität und Kultur entwickelt, die sich in unserer Sprache und Künsten, in unseren Sitten und Gebräuchen, in unserem Verständnis von Recht und Demokratie, von Freiheit und Bürgerpflicht niederschlägt." (CDU-Grundsatzprogramm, S.28).

Ähnliche Konzepte nationaler Identität wurden auch von einigen Theoretikern der Konservativen Revolution, jener anti-demokratischen Strömung zur Zeit der Weimarer Republik, entwickelt (vgl. Hertz 1927). Nationale bzw. deutsche Identität gründet sich auf ethnische Abstammung bzw. Zugehörigkeit zu einer an einen territorial definierten "Kulturkreis" gebundenen Volksgruppe. Diese territorial definierte "Volksgruppe" konstituiert eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft, zu der prinzipiell nicht jeder Zugang hat. Der "Nicht-Deutsche", der als Mitglied eines fremden "Kulturkreises" gesehen wird, wird in diesem Modell als "Fremdkörper" kodiert, der die Ordnung und die Harmonie der Volksgemeinschaft stört:

"Ausländische Mitbürger bereichern mit ihren Beiträgen unser Leben. Die Gemeinschaft mit Menschen aus anderen Kulturkreisen bringt aber auch Probleme und Ängste mit sich, die zu Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß führen können." (ebd. S.83f).

Das CDU-Grundsatzprogramm erklärt Ausländerfeindlichkeit und -haß mit "kultureller Andersartigkeit" bestimmter Ethnien. Es weist Nicht-Deutschen anderer Kultur eine "Sündenbockrolle" zu: Ausländi-

sche Mitmenschen aus anderen, fernen Regionen der Welt trügen eine gewisse Mitschuld daran, wenn sie hierzulande Gewalt und Feindseligkeiten begegnen.

Ein Großteil der Materialien der CDU bezog sich auf das Thema "Wirtschaftsstandort Deutschland". In diesem Zusammenhang tauchte häufig das Kollektivsymbol "Aufschwung" auf. Zur Sicherung eines dauerhaften wirtschaftlichen Aufschwungs, so der allgemeine Tenor, gelte es die deutsche Wirtschaft für den internationalen Wettbewerb mit anderen Industrienationen zu rüsten. Das bedeute vor allem, die Wirtschaft umzustrukturieren. Die Realisierung des Projektes "Sicherung des Industriestandortes Deutschland" erfordere von der Bevölkerung umfangreiche Opfer materieller und immaterieller Art. Die der Bevölkerung abverlangten Opfer können im Hinblick auf die Stellung des einzelnen im Produktionssystem differenziert werden:

Den Lohnabhängigen wird allgemein Lohnverzicht im Sinne von niedrigen Tarifabschlüssen, Flexibilität, Anpassung an die Produktionsbedingungen der Unternehmen, Gemeinwohlorientierung und allgemein niedriges Anspruchsdenken abverlangt.

Der neue Unternehmertyp solle leistungsmotiviert, innovativ und vor allem risikobereit sein, um die deutsche Wirtschaft zu stärken und der High-Tech-Nation Deutschland zu internationalem Ansehen zu verhelfen (vgl. Regierungsprogramm von CDU und CSU 994, S.12ff).

Ein Flugblatt mit der Aufschrift "STOP Was Rot-Grün mit Deutschland vorhat" agitierte gegen ein mögliches Koalitionsbündnis aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Das Blatt unterstellte der SPD und den Grünen, Deutschland im Falle eines Wahlsieges in Chaos und Krisen zu stürzen. Es stufte die SPD und die Grünen in die bereits erwähnte Kategorie der illoyalen, nicht national gesonnenen politische Gruppierungen ein, die Deutschland auf keinen Fall regieren dürften. Diesen Aspekt brachte ein Flugblatt mit der Überschrift "Rot-Grün: Das Sicherheitsrisiko" in folgendem Wortlaut zum Ausdruck:

"Sicherheit statt Angst propagiert die SPD. Aber das, was SPD und Grüne in Deutschland vorhaben, bewirkt das Gegenteil: Angst statt Sicherheit.

Rot-Grün steht für Risiko, für Ungewißheit, für un stabile Verhältnisse.

Rot-Grün heißt höhere Steuern, mehr Lasten für die Wirtschaft, Verlust von Arbeitsplätzen. Rot-Grün: das ist Kapitulation vor den Verbrechen und außenpolitische Isolierung.

Deutschland braucht in dieser schwierigen Phase des Umbruchs mehr denn je Sicherheit und Verlässlichkeit. Die CDU ist auf dem richtigen Weg, unser Land aus der Rezession zu führen. Aber wir müssen jetzt Kurs halten.

Rot-Grün würde alles in Frage stellen, was bisher erreicht wurde. Und es würde neue Gefahren heraufbeschwören.

Der Weg der CDU ist manchmal steinig und unbequem. Aber es ist der sichere Weg in die Zukunft: Rot-Grün dagegen ist der Schritt auf schwankenden Untergrund. Rot-Grün käme Deutschland teuer zu stehen. Unser Land kann sich ein Sicherheitsrisiko nicht leisten.

Rot-Grün darf Deutschland nicht regieren!"

Eine Informationsbroschüre mit dem Titel "Zukunft statt Linksfront PDS - Gefahr von links!" enthält zehn Thesen gegen die PDS. Die Broschüre bezeichnet die PDS als Nachfolgepartei der SED, die mit ihren "kommunistischen Kadern" anti-deutsche Ziele verfolge. Diese seien u.a. das Schüren von Zwietracht zwischen der deutschen Bevölkerung, die Gefährdung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Sicherheit Deutschlands sowie die Förderung der ungebremsten Einwanderung nach Deutschland.

Auch die PDS fiel und fällt somit in die Kategorie der illoyalen, nicht national gesonnenen politischen Kräfte. Sowohl dieses Beispiel als auch die Agitationen gegen Bündnis 90/Die Grünen zeigen deutlich die im Wahlkampf diskursiv wirksamen Bedeutungszuweisungen im Sinne einer Identifizierung politischer Gegner mit gesellschaftlich unerwünschten politischen Zielen. Solche Bedeutungszuweisungen verfolgen eine gezielte politische Ausgrenzungsstrategie, etablieren und verfestigen quasi einen Diskurs politischer Ausgrenzung.

Ausgrenzungs- und Diskriminierungspraktiken richten sich im Wahlkampf aber auch gegen soziale Gruppen, die nicht in das Konzept einer völkisch fundierten Gemeinschaft passen, also gegen Flüchtlinge, Einwanderer und Asylbewerber aus dem Nicht-EU-Bereich. Sie gelten generell als Störpotential innerhalb der deutschen Bevölkerung. Diese

Sichtweise spiegelte sich in den untersuchten Wahlkampfmaterialien der CDU wieder. Das Grundsatzprogramm der CDU betrachtet das Zusammenleben zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen aus anderen Weltgegenden grundsätzlich als problematisch, was zu Feindlichkeit und Haß gegenüber letzteren führen könne (vgl. Grundsatzprogramm der CDU, S.83f).

Im Zuge einer Verknüpfung des Ausländer- und Einwanderungsdiskurses mit dem Diskurs über Kriminalität und innerer Sicherheit erscheint der "kulturfremde" Ausländer ebenfalls als Bedrohungs- und Störfaktor der sozialen Ordnung:

Das CDU/CSU-Regierungsprogramm 1994 behandelt die Ausländer- und Asylproblematik unter dem Kapitel "Innere Sicherheit". Ein Schwerpunktthema ist dabei die sog. "illegale Zuwanderung", welche das 1993 geänderte Asylrecht unterläuft. Gefördert würden dadurch der Mißbrauch von Sozialleistungen sowie die Kriminalität in Deutschland. Als Konsequenz lehnt die Union ein Einwanderungsgesetz, die doppelte Staatsbürgerschaft und ein Wahlrecht für ausländische Mitbürger sowie deren generelle Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen grundsätzlich ab (vgl. Regierungsprogramm von CDU und CSU 1994, S.42/47f).

Die Projektion einer inneren Feindbildrolle auf Nicht-Deutsche findet in der ethnischen Konstruktion eines äußeren Feindes seine Entsprechung. Die Gefahr, die der äußere Feind bedeute, äußere sich in den weltweiten Flüchtlings- und Migrationsbewegungen. Das CDU/CSU-Regierungsprogramm 1994 führt dazu aus:

"Kriegerische Auseinandersetzungen und Konflikte, Krisen und Spannungen überall auf der Welt sind eine Bedrohung - direkt oder indirekt - für uns Europäer, auch für uns Deutsche. Sie sind Auslöser für weltweit wachsende Flüchtlingsbewegungen, die auch die Stabilität bei uns im Westen gefährden. Wenn wir Deutsche uns daher zukünftig verstärkt an internationalen Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO oder WEU beteiligen wollen, so tun wir dies in dem Bewußtsein, damit nicht nur anderen zu helfen, sondern einen Beitrag zu leisten, um Frieden und Sicherheit für unser eigenes Land zu bewahren" (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S.52).

Dieser Text transportiert die Botschaft, Flüchtlinge seien eine allgemei-

ne Bedrohung für die Stabilität des Westens, der als große Solidargemeinschaft der EU-europäischen Staaten konstruiert wird.

Die europäische Solidargemeinschaft, zu der Deutschland sich zählt, erscheint als völkisch abgrenzbare zusammengehörige Eigengruppe, wie die Pronominalverwendung "uns Europäer", "uns Deutsche/wir Deutsche" andeutet. Sie gelte es indirekt gegen internationale "Flüchtlingswellen" zu schützen, was vor allem bedeutet, an internationalen Militärfaktionen im Rahmen internationaler Militärbündnisse teilzunehmen.

Das Flugblatt "Frieden und Sicherheit für Deutschland" befaßt sich schwerpunktmäßig mit der zukünftigen außenpolitischen Rolle Deutschlands. Internationale Unsicherheiten, Krisen und Kriege bildeten ein neues Gefahrenpotential nach dem Ende des kalten Krieges. Auch "den Islam" stuft das Blatt als sog. "Krisenregion" ein. Es spricht sich für ein verstärktes militärisches Engagement Deutschlands im Rahmen der NATO aus.

Zwei Wahlplakate, von denen eines den Bundeskanzler zeigte, warben mit den Slogans "Damit es weiter aufwärts geht" und "Es geht um Deutschland". Beide Plakate zeigen die deutsche Fahne, wehend im blauen Himmel: Der Einsatz dieses Mythos signalisiert: Kohl steht für die nationale Wiedervereinigung.

Printmedien

Der printmediale Diskursstrang wurde anhand von Interviews mit CDU/CSU-Politikern und Wahlkampfwerbung erfaßt.

- Bild-Interview mit Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) in BILD vom 12.09.94;
- Spiegel-Gespräch mit dem CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble zum Thema "Nationalismus" im Spiegel Nr. 38 vom 19.09.94;
- BILD-Interview mit Rita Süßmuth in Bild vom 20.09.94;
- Interview mit Bundesinnenminister Manfred Kanther zu den Themen "Verbrechensbekämpfung" und Einwanderung in Focus Nr. 39 vom 26.09.94;
- Welt-Gespräch mit dem regierenden Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen (Hauptthema: PDS) in der Welt vom 29.9.94;

- Bild-Gespräch mit Bundespräsident Roman Herzog in Bild vom 19.10.94;
- eine Wahlwerbeanzeige in Bild vom 10.10.94.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber äußert sich in einem Bild-Interview vom 12.09.1994 zur Reform des Staates (Stichwort: "schlanker Staat") und vor allem zu politischen Zielen der CSU nach der Bundestagswahl am 16.10.1994. Er nennt als wesentliche Punkte den Einsatz elektronischer Mittel zum Abhören von Wohnungen, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien und finanzielle Konsequenzen für Beschäftigungslose, die stärkere Heranziehung von Sozialhilfebeziehern für gemeinnützige Arbeit und Senkung der Sozialhilfe sowie die Förderung von Familien und Kindern. Auf die Frage, was denn geschähe, wenn eine rot-grüne Koalition mit den Stimmen der PDS aus der Bundestagswahl 1994 hervorgehe, antwortete Stoiber:

"Dann wird es eisig in Deutschland! Dann wird es einen Proteststurm aus dem bürgerlichen Lager von bisher nicht bekanntem Ausmaß geben. Das Kapital wird aus diesem Land fliehen. Die Bereitschaft der Menschen im Westen, noch finanzielle Opfer für die Einheit zu bringen, wird leider nachlassen und uns vor große Schwierigkeiten stellen. Deshalb: Wer PDS wählt, spaltet Deutschland neu".

Die PDS stufte Herr Stoiber eindeutig als verfassungsfeindliche Partei ein, die mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden müsse.

Bestandteil der von Stoiber vorgetragenen Ziele war damit auch die Forderung nach einer Erweiterung staatlicher Handlungskompetenzen im Hinblick auf die Verbrechensbekämpfung ("starker Staat", der "innere Sicherheit" garantiert). Die verschärften Maßnahmen gegen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger stigmatisieren diese Bevölkerungsgruppen als nicht dem Wohle Deutschlands gesonnene Individuen, die dem Staat und somit der Gemeinschaft materielle Leistungen abverlangten. Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern fällt somit ebenfalls die Sündenbockrolle zu, da sie nicht zu den Leistungsträgern gehören, die der Gesellschaft bzw. der sich im internationalen Wettbewerb behauptenden Volksgemeinschaft Nutzen bringen. In bezug auf ein mögliches rot-grünes Regierungsmodell, mit Beteiligung der PDS, entwirft der bayerische Ministerpräsident ein bedrohliches Zukunftsszenario.

Die Identifizierung der PDS mit politisch nicht wünschenswerten Folgen koppelte sich dabei mit einer in Ansätzen erkennbaren Diskreditierung von möglichen PDS-Wählern, denen Stoiber vorwirft, Deutschland neu zu spalten.

Die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth richtet im Zusammenhang der Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Politikverdrossenheit ihre Wahlappelle speziell an die Adresse potentieller Nicht-Wähler. Ihr Kernargument lautet: Wer nicht wähle, unterstütze extreme Parteien. Frau Süßmuth rechnete allen voran die PDS und die REPUBLIKANER zur Kategorie extremer Parteien. Der Gebrauch des Wahlrechts avanciert in ihren Ausführungen zu einer Art "Bürgerpflicht", deren Verweigerung nicht dem Wohl der Nation diene. Die Bundestagspräsidentin erklärte somit Nicht-Wählen zu einer "Untugend" und übte auf potentielle Nicht-Wähler moralischen Druck aus (vgl. Bild vom 20.09.1994, Focus vom 10.10.1994).

Der regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, plädiert in einem Gespräch mit der Welt vom 29.09.1994 für eine differenzierte Bekämpfung der PDS, wobei zwischen den alten "kommunistischen" Kadern und einem neuen Protest zu unterscheiden sei. Diepgen zählte zu den Wählern der PDS vor allem Bevölkerungsgruppen, welche die durch den Vereinigungsprozeß ausgelösten Veränderungen als ungerecht und inakzeptabel empfänden. Die Union müsse sich mit ihnen intensiver auseinandersetzen, auch mit Blick auf spätere Wahlkämpfe.

Der CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble nahm in einem längeren Spiegel-Gespräch Stellung zur neuen Rolle des Nationalstaates (vgl. Der Spiegel vom 19.09.1994). Laut Schäuble gehört der Nationalstaat alter Prägung, der sich vor allem über Abgrenzung gegenüber anderen Nationalstaaten definierte, der Vergangenheit an. Er begreift den neuen Nationalstaat vor allem als eine Art Solidar- und "Schutzgemeinschaft" zur Stabilisierung der Demokratie. Auf die Frage, wogegen der Nationalstaat als Schutzgemeinschaft diene, antwortete der CDU-Politiker differenzierter:

"Gegen alle Gefährdungen von Frieden und Freiheit, und zwar nicht nur im kriegerischen Sinne. Ich erinnere einmal daran, daß der Club of

Rome in seinem Bericht geschrieben hat, das dramatische wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Gefälle zwischen Ost und West in Europa, und auch zwischen Nord und Süd könne zu Wanderungsbewegungen in einer Dimension führen, die die Stabilität rechtsstaatlicher Demokratien in Westeuropa untergraben könne. Ich erinnere auch an die globalen Probleme der Überbevölkerung".

Der Nationalstaat dient somit auch als Schutzgemeinschaft gegen internationale Migrationsbewegungen und gegen eine angeblich drohende Überbevölkerung, die aus einem Wohlstandsgefälle zwischen reichen und armen Ländern resultieren. Das Feindbild "Zuwanderer/Flüchtlinge" ist hier in den Diskurs über die Dritte Welt eingebettet.

Wolfgang Schäuble plädiert weiterhin dafür, das Nationale in Form von Fahnen, Hymnen, Ritualen und des Großen Zapfenstreiches stärker als bisher zu nutzen, und es nicht den >Gegnern der Freiheit< zu überlassen. Er vermittelt damit indirekt die Botschaft, daß die zukünftige politische Aufgabe der Union darin bestehe, den Diskurs über Nation und nationale Identität zu besetzen, um politischen Gruppierungen rechts von der Union keine Profilierungschancen zu lassen.

Audiovisuelle Medien

Die CDU schaltete in den Programmen von ARD und ZDF jeweils achtmal, die CSU jeweils viermal den gleichen Wahlwerbespot. Weitere Wahlkampfsendungen mit CDU/CSU-Politikern:

1. Die ARD-Sendung "Pro & Contra Wahl '94", gesendet am 6.10.1994 um 20:15h. Daran nahm u.a. Dieter Murmann (Unternehmer und Mitglied im CDU-Wirtschaftsrat) teil. Weitere Studio Gäste waren Felix Huby (Schriftsteller), Prof. Heinrich Oberreuter (Wissenschaftler), Prof. Ernst U. v. Weizsäcker (Wissenschaftler). Die Journalisten: Luc Jochimsen (Fernseh-Chefredakteurin des hessischen Rundfunks als Pro-Sprecherin), Wolfgang Wiedemeyer (Studioleiter des Südwest- u. süddeutschen Rundfunks als Contra-Sprecher)
2. Die ARD-Sendung "Ihre Wahl '94. Der Kanzler", gesendet am 13.10.1994 um 20:15h. Der Bundeskanzler Helmut Kohl beantwortet Fragen von Nikolaus Brender und Gerhard Fuchs;

Die Wahlwerbespots stehen ganz im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs und der deutschen Einheit. Sie präsentieren Deutschland als

ökonomisch starke Wettbewerbsnation, in welcher der wirtschaftliche Aufschwung Arbeitsplätze sichere und CDU und CSU als Garanten für ein umfassendes und zukunftsicherndes Wirtschaftsprogramm stünden.

Die ARD-Sendung "Pro & Contra" war ein Streitgespräch zwischen Prominenten (aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft) und Journalisten über Vor- und Nachteile eines Regierungswechsels.

Das CDU-Wirtschaftsratsmitglied Dieter Murmann wird dazu befragt, ob die letzten 12 Jahre der christlich-liberalen Regierungskoalition eine wirtschaftsfreundliche Epoche der Bundesrepublik gewesen seien. Daraufhin lobt Murmann die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik von Helmut Kohl. Kohl habe, so Murmann, bis 1989 drei Millionen "neue" Arbeitsplätze geschaffen. Die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit führt Murmann auf Zuwanderungen von Ausländern, Asylbewerbern und Aussiedlern zurück. In diesem Zusammenhang verteidigt er auch den "Asylkompromiß" von 1993.

In der ARD-Sendung "Ihre Wahl '94. Der Kanzler" äußert sich der Bundeskanzler zu folgenden Themen:

Deutsche Einheit, europäische Einheit als Zukunftsvision, die weitere Amtszeit des Bundeskanzlers über 1998 hinaus, die Rolle der FDP in der Koalition, große Koalition, PDS (schwere Polemik von Kohl), Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Massenarbeitslosigkeit, Armut.

Nikolaus Brender konfrontierte Kohl mit der Problematik, daß in Deutschland ein sozialer Kontrast zwischen Reichtum und wachsender Armut besteht. Bei dieser Gelegenheit zitierte Brender zwei Untersuchungen (eine des Wirtschaftsmagazins Forbes zum Reichtum in der Bundesrepublik und eine der deutschen Armutskonferenz zum Thema Armut), die den krassen Unterschied zwischen Arm und Reich in der Bundesrepublik unterstrichen. Der Bundeskanzler ist zunächst stolz auf die Zahlen von Forbes, wonach 1993 unter den 100 Reichsten der Welt 25 Deutsche gewesen seien und die zehn reichsten Deutschen 1992 ein Gesamtvermögen von knapp 80 Mrd. DM besessen hätten. Diese Zahlen hätten nach Meinung des Bundeskanzlers noch um die vielen Millionen in der Bundesrepublik ergänzt werden können.

Als Antwort auf die Untersuchung der deutschen Armutskonferenz

folgte eine Bagatellisierung des Problems der Armut in Deutschland. Der Bundeskanzler stellt schlichtweg die Untersuchungsergebnisse in Frage und nimmt Bezug auf eine Untersuchung des deutschen Städtetages. Laut dieser Untersuchung sei der Anteil von Ausländern, die Sozialhilfe erhalten, beträchtlich gestiegen. Der Bundeskanzler äußerte sich im Originalton wie folgt:

"Es ist doch beispielsweise wirklich für den Hörer jetzt mal interessant, daß die Zahl der deutschen Empfänger von Sozialhilfe, etwa vergleichsweise gering gestiegen sind - in dem Jahr 1990/91 sogar zurückgegangen sind - daß sich aber die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Ausländer, vor allem in den alten Bundesländern, erheblich verstärkt hat. Waren es Mitte der 80er Jahre noch 10% Ausländer bei der Sozialhilfe, so ist diese Zahl jetzt 1992 (sic!) auf 35 und '93 auf 40% angestiegen."

Kohl unterstreicht anschließend den angeblich hohen Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Sozialhilfeempfänger und beklagt, daß es erst 1993 zu einer Neuregelung des Asylrechts gekommen ist.

Sowohl in den Äußerungen von CDU-Wirtschaftsratsmitglied Dieter Murmann und Bundeskanzler Helmut Kohl kam es zu Sündenbockprojektionen auf ausländische Mitmenschen, denen allgemein die Schuld an sozialen Mißständen, an Arbeitslosigkeit und höher verbreiteter Armut gegeben wird.

Völkisch-nationalistische Ideologie-Elemente im Bundestagswahlkampf 1994: Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Die Parteien SPD, FDP und CDU/CSU brachten in den Bundestagswahlkampf 1994 jeweils ihre spezifischen Themen mit entsprechenden politischen Zielen ein. Völkisch-nationalistische Ideologeme durchzogen den Wahlkampf nahezu aller Parteien, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

Die SPD stellte in ihrem Wahlkampf traditionsgemäß soziale, wirtschafts- und auch umweltpolitische Themen in den Vordergrund. Sie suchte mit dem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping die seit 1982/83 regierende christlich-liberale Koalition unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl - zum dritten Mal vergeblich - abzulösen. Die Lö-

sungsformel dazu schien ihr die Verknüpfung einer moderat geführten "Standort Deutschland"-Debatte mit umverteilungspolitischen Elementen. Einen erheblichen Schwachpunkt im SPD-Bundestagswahlkampf stellte die unklare Koalitionsperspektive dar, die den Unionsparteien eine günstige Angriffsfläche bot; sie konnte der SPD unterstellen, sie strebe ein rot-grünes Koalitionsbündnis mit Beteiligung der PDS an. Dieser zentrale Vorwurf brachte die Sozialdemokratie selbst in die Defensive und veranlaßte sie, sich von dem temporären Image einer nicht im "nationalen Interesse" Deutschlands agierenden politischen Kraft zu distanzieren.

Völkisch-nationalistische Ideologeme traten im SPD-Wahlkampf zur Bundestagswahl 1994 nur punktuell und eher am Rande zutage. Das belegt ein im ARD-Programm geführtes Interview mit Rudolf Scharping, der im Zusammenhang mit der Asylrechtsänderung von 1993 einen kausalen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Gewalt gegen ausländische Mitbürger herstellt. Darüber hinaus rechtfertigt er den Asylkompromiß als "Entschärfung des Problems der Zuwanderung". Diese Äußerung deutete auf den Versuch einer Ethnisierung der Ursachen ausländerfeindlicher Gewalt hin. Von einer Kontinuität eines völkisch-nationalistischen Diskurses innerhalb der Sozialdemokratie kann auf der Grundlage des analysierten Materials jedoch nicht gesprochen werden.

Für die FDP bedeutete der Bundestagswahlkampf 1994 vor allem einen politischen Überlebenskampf, nachdem eine Serie von Wahlniederlagen auf Länderebene hatte hingenommen werden müssen. Die FDP verzichtet nahezu völlig auf die Artikulation thematischer Schwerpunkte und legt das Hauptgewicht ihres Wahlkampfes auf das Bekenntnis zur Fortsetzung der christlich-liberalen Regierungskoalition unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl (vgl. Toman-Banke 1994).

Der Wahlkampf der FDP ließ an verschiedenen Stellen Anhaltspunkte für die Verfestigung völkisch-nationalistischer Ideologie-Fragmente erkennen. Diese bezogen sich zum einen auf die Darstellung der Thematik "Einwanderung und Asyl" in den originär-politischen Printmaterialien. Das Hauptargument lautete, eine unregelmäßige Zuwanderung könne die Aufnahmebereitschaft der deutschen Bevölkerung über-

steigen und zum Mißbrauch des Asylrechts führen. Diese Argumentation verweist auf die Vorstellung, nur eine ethnisch relativ homogene Bevölkerung könne inneren sozialen Frieden und Stabilität garantieren. Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen werden im Kontext der Dritte-Welt-Problematik auch als Bedrohung freiheitlicher Demokratien angesehen. Auf diese Weise erfolgt die Konstruktion eines äußeren Feindes.

Völkisch-nationalistische Ideologeme kamen innerhalb des FDP-Bundestagswahlkampfes 1994 zum anderen in Form der Konstruktion innerer Feindbildgruppen zur Geltung, worunter primär links-alternative Politikmodelle fallen. Diese ideologische Bedeutungszuweisung richtet sich gegen die Grünen, die PDS und zeitweise auch gegen die SPD. Diese Parteien erscheinen im Wahlkampf der Liberalen zumindest tendentiell als nicht "national gesonnene", sogenannte illoyale politische Akteure, die den Gegenpol zu den "national gesonnenen", sogenannten loyalen politischen Akteuren bilden, zu denen sich die Liberalen zählen.

Der stark auf die Person des Bundeskanzlers ausgerichtete gemeinsame Bundestagswahlkampf von CDU und CSU stand ganz im Zeichen des "Aufschwungs"- bzw. "Standort Deutschland"- und "PDS-Diskurses". Diese Themen prägen auch die Qualität und Dynamik des Bundestagswahlkampfes 1994 insgesamt. Den Unionsparteien gelingt es dabei, das Thema Standort Deutschland geschickt mit nationalistischer Symbolik anzureichern. Sie propagieren ein Gesellschaftsmodell, welches völkische Elemente mit ökonomischem Konkurrenzdenken verknüpft und das stets mehr an Aktualität gewinnt.

Dies paßt sich in die Untersuchungen ein, die 1995 von Joachim Hirsch in seinem Buch "Der nationale Wettbewerbsstaat" (Hirsch 1995) differenzierter beschrieben wurden. Der nationale Wettbewerbsstaat bringt verschiedene Aspekte gesellschaftlicher Realität zur Geltung: Völkische Vorstellungen von nationaler Identität, ethnische wie auch politisch-ideologische Ausgrenzungspraktiken und ökonomisch-technizistische Wertdispositionen, um nur einige wichtige Dimensionen anzusprechen.

Völkisch-nationalistische Ideologeme treten entsprechend auf allen

Diskursebenen des Unionswahlkampfes (originär-politische Ebene, Print- und audiovisuelle Medien) in Erscheinung. Sie lassen sich in fünf Punkten zusammenfassen:

1. CDU und CSU propagierten ein völkisch fundiertes Verständnis von Nation und nationaler Identität, korrespondierend mit einem ebenfalls völkisch gefaßten Politikverständnis (Politik primär im Interesse des deutschen Volkes). Die Zugehörigkeit zur deutschen Nation gründet dabei auf der Abstammung vom "deutschen Volk" und der Verinnerlichung "deutschen Kulturgutes". Eine so völkisch gefaßte Nation fand auf der Ebene des ökonomischen Diskurses ihr Pendant in der nationalen Wettbewerbsgesellschaft, welche ihre Position auf internationalen Wachstumsmärkten behaupten müsse (Standort Deutschland-Diskurs). Die nationale Wettbewerbsgesellschaft erscheint im ökonomischen bzw. Standort-Deutschland-Diskurs als eine Art "Kollektivsubjekt". Die Organisierung eines nach außen geschlossen agierenden gesellschaftlichen Kollektivsubjekts impliziert die Formierung spezifischer nationaler Interessen (Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsposition, militärische Stärke), hinter denen gesellschaftliche Partikularinteressen systematisch zurücktreten.
2. Die Unionsparteien mit ihren jeweiligen Führungspersonlichkeiten stellten sich im Wahlkampf als "national gesonnene" Verfechter oder auch politische Eliten dieses Gesellschaftsprojektes dar.
3. Die realpolitische Umsetzung des Projektes nationale Wettbewerbsgesellschaft wurde im Rahmen des Standort-Deutschland-Diskurses an eine neue Opfermoral der Bevölkerung gekoppelt. Diese neue Opfermoral gehört zur tugendhaften Ausstattung eines neuen Typs des "loyalen" oder "anständigen" deutschen Staatsbürgers, welcher, je nach der Stellung im Produktionssystem in zwei Kategorien aufgeht:
 - a) Der anspruchslose Arbeitnehmer, der sich neuen Produktionsbedingungen (Zusammenwachsen internationaler Geld- und Gütermärkte, Rationalisierung, Stellenabbau) durch zeitliche und räumliche Flexibilisierung seiner Arbeitskraft, Lohnverzicht und Verzicht auf tarifrechtlich verankerte Privilegien freiwillig unterwirft und gegenüber dem Staat auch keine materiellen Ansprüche (Stichwort: Privatisierung sozialer Risiken und individueller Lebenslagen) artikuliert.

- b) Der leistungsmotivierte, kreative und vor allem risikobereite Unternehmer, der die deutsche Wirtschaftskraft steigert und das internationale Ansehen Deutschlands als Wettbewerbsnation fördert.
4. Die Definition eines derartigen neuen deutschen Staatsbürgertums ist analog an die Konstruktion "nicht-loyaler" bzw. "untugendhafter" Personengruppen geknüpft, die nicht der nationalen Wettbewerbsgesellschaft förderlich seien und daher als innere Feinde gelten. In diese Kategorie fallen:
- a) Repräsentanten oder Träger eines links-alternativen Politikmodells und Kritiker neokonservativer Politikinhalt (die PDS, die Grünen und temporär auch die SPD aufgrund einer diffusen Affinität zu einem rot-grünen Koalitionsbündnis).
- b) Personen, die ihre Interessen nicht freiwillig den Produktionsnormen der nationalen Wettbewerbsgesellschaft unterordnen, den Staat mit materiellen Ansprüchen konfrontieren und nicht in das Beschäftigungssystem integriert erscheinen (primär Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger).
- c) Ausländische Menschen aus dem Nicht-EU-Bereich bzw. aus außereuropäischen "Kulturkreisen".
- Diesen Personengruppen wird eine "Sündenbockfunktion" zugewiesen, und sie erfahren gesellschaftliche Ausgrenzungspraktiken auf breiter Ebene. Die Konstruktion innerer Feindbilder verläuft im Unionswahlkampf entlang politisch-ideologischer, sozialer und ethnisch-rassistischer Kriterien.
5. Als äußere Bedrohung der Volksgemeinschaft und der nationalen Wettbewerbsgesellschaft prangert die Union neben dem zunehmenden Bevölkerungswachstum, internationalen Konflikten auch weltweite Flüchtlings- und Migrationsbewegungen an. Diese Position im unionsspezifischen Einwanderungsdiskurs korrespondiert mit der Position der FDP. Beide Parteien unterscheiden sich jedoch im Hinblick auf mögliche realpolitische Konsequenzen. Während die Liberalen der vermeintlichen Bedrohung durch weltweite Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen in Form einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit zwischen Nord und Süd zu begegnen vorgeben, präferieren die Unionsparteien die Mobilisierung des Nationalstaates im Sinne einer Solidar- und Schutzgemeinschaft sowie ein verstärktes militärisches Engagement im

Rahmen internationaler Militärbündnisse.

Insgesamt kann auf der Grundlage der Analyse des Wahlkampfmaterials der Schluß gezogen werden, daß im Bundestagswahlkampf 1994 völkisch-nationalistische Ideologeme auf allen relevanten Diskursebenen wirksam waren. Das gilt insbesondere für die Regierungsparteien, aber auch der Wahlkampf der Sozialdemokratie war nicht gänzlich frei von völkischen Tendenzen. Die einzelnen Befunde sprechen für eine Tendenz einer (zunehmenden) Rechtsentwicklung des politischen Klimas in der Bundesrepublik. Die sich darin andeutende "Normalisierung" extremer Ideologeme bedeutet eine Gefahr für die Demokratie, gerade deshalb, weil sie nicht mehr allein in extrem rechten politischen Gruppierungen verankert, sondern in der Tendenz von seriösen Politikströmungen angeboten werden.

Frank Wichert

Die konjunkturelle Entwicklung des Themas Asyl im Deutschen Bundestag

Für die Beantwortung der Frage, ob sich in Deutschland eine Rechtsdrift bereits längerfristig anbahnte, bietet es sich an, die Debatten des Deutschen Bundestages zum Thema Asyl seit seinem Bestehen 1949 zu untersuchen. Dabei tut sich insbesondere die Schwierigkeit auf, wie die Fülle des Materials zu sichten und einzuordnen ist.¹

In der Perspektive der Diskurstheorie Michel Foucaults kommt den Aussagen, die im Deutschen Bundestag bezüglich des Themas Asyl geäußert wurden, zentrale Bedeutung zu. Denn es ist davon auszugehen, daß nur unter *bestimmten* Bedingungen bestimmte Aussagen sagbar und denkbar werden und damit Einfluß auf Medien- und Alltagsdiskurs erhalten, wodurch sie erst entsprechende politische Wirksamkeit entfalten können.

Hierzu ein Beispiel: Als der parlamentarische Staatssekretär Dr. Riedl (CDU/CSU) 1992 die Forderung erhob, "der Münchener Süden müsse", wie er sich auszudrücken beliebte, "eine asylantenfreie Zone bleiben", wurde er unter allgemeinem Protest gegen diese Äußerung seines Amtes enthoben (s. Drucksache 12/2516, 30.4.1992). Er verstieß zu diesem Zeitpunkt gegen ein Tabu des Sagbaren: das soll nicht heißen, daß eine solche Äußerung >für alle Zeiten< ein Tabu bleiben mußte. Auf der anderen Seite lassen sich Forderungen ausmachen, die nicht die gleichen Konsequenzen nach sich ziehen, wie dies am Beispiel des

1 Die folgenden Ausführungen stützen sich auf eine Untersuchung, die ich 1995 als Magisterarbeit an der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg GH vorgelegt habe (Wichert 1994). Eine Zusammenfassung dieser Arbeit ist Wichert 1995. Der Beitrag wurde für die vorliegende Veröffentlichung überarbeitet.

Dr. Riedl gezeigt wurde, sondern die als >utopisch< bzw. nicht relevant zugelassen werden. Wie z.B. die Forderung, sämtliche Grenzen niederzureißen und allen Menschen ein Bleibe- und Wohnrecht in der Bundesrepublik Deutschland zuzusichern. Diesen Forderungen wird zwar >Unsachlichkeit< attestiert, trotzdem befinden sie sich im Raum der zugelassenen Aussagen.²

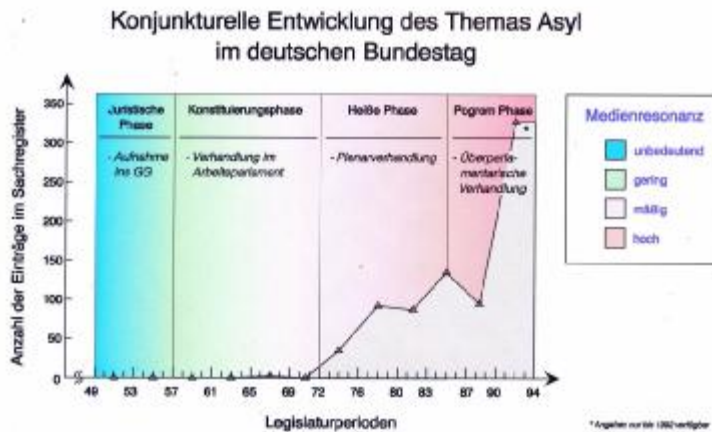
Auf diesem Hintergrund kann ich sagen, daß die folgende Analyse die Entwicklung des Themas Asyl im parlamentarischen Diskurs des Deutschen Bundestages und somit eine Genese der im Bundestag jeweils schon sagbaren Aussagen nachzeichnet.³

Im folgenden werde ich die parlamentarischen Auseinandersetzungen hinsichtlich der Asylthematik in den Jahren 1949-1992/93 anhand von vier Phasen erläutern.

Die folgende Grafik, die einer konjunkturellen Entwicklung des Themas Asyl im Deutschen Bundestag zu einer immer stärkeren interdiskursiven Verdichtung entspricht, soll diese Phasen veranschaulichen.

2 Der französische Sozialphilosoph Gilles Deleuze führt dazu aus: "Die Aussagen sind (...) untrennbar mit einem Raum der Knappheit verknüpft, innerhalb dessen sie sich gemäß einem Prinzip peinlicher Sparsamkeit oder sogar des Defizits verteilen. Im Bereich der Aussagen gibt es weder Mögliches noch Virtuelles; alles ist hier real und jede Realität manifest." (Deleuze 1992, S. 11).

3 Damit ist es möglich eine (schleichende) Entwicklung eines Themas nachzuzeichnen, in diesem Fall einer Aussage, die über die längste Zeit der Existenz der BRD nicht sagbar war, jedoch allmählich enttabuisiert wurde. Insofern stellt die folgende Analyse auch einen exemplarischen Fall für das allmähliche Erstarken eines Diskurses dar, der Handeln - auf den verschiedensten Ebenen - zur Folge hatte und weiterhin hat. Völkisches Denken und Handeln können in Demokratien nicht mit einem Schlag umgesetzt werden; dennoch höhlen sie deren demokratisches Potential aus.



Phase I: Juristische Phase

Als am 8.2.1949 der Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates die Formulierung "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" ins Grundgesetz aufnahm, war eine Diskussion vorangegangen, in der bereits auf die >Gefahren< einer solch weitgehenden Definition aufmerksam gemacht wurde. So verwies der Abgeordnete von Brentano (CDU) darauf, daß Deutschland zur "Oase" auch derjenigen werden könnte, "die ihre Tätigkeit, die sie zum Abwandern aus ihrer Heimat veranlaßt hat, auch hier fortsetzen werden, nämlich den Kampf gegen die Demokratie" (zit. n. Münch 1993, S. 20).

Trotz dieser Vorbehalte entschloß sich die Mehrheit der Abgeordneten dazu, eingedenk der Erfahrungen mit den Praxen des sogenannten 3. Reiches, einen umfassenden Verfolgungsschutz ins Grundgesetz aufzunehmen. Die Beweggründe für die Annahme dieses Gesetzes lagen einerseits darin, daß einige Bundestagsabgeordnete selbst während der Nazi-Diktatur Fluchterfahrungen gemacht hatten, andererseits auch darin, daß tausenden von Juden und auch von Kriegsflüchtlingen aus Deutschland die Möglichkeit verwehrt geblieben war, während dieser

Zeit in anderen Ländern Asyl zu erhalten.

Aus diesen eher humanistisch motivierten Beweggründen wurde politisch Verfolgten ein universales Recht auf Schutz in der Bundesrepublik Deutschland zugesprochen; das heißt, daß jedem, unabhängig von seiner Staatsbürgerschaft, die Garantie gegeben wurde, bei politischer Verfolgung in der Bundesrepublik Zuflucht zu finden.

Ein Blick in das Sachregister der Protokolle des Deutschen Bundestages zeigt, daß die Thematisierung dieses Rechtes in den ersten Jahren der parlamentarischen Verhandlungen keine bzw. nur eine marginale Rolle spielte. So wurde im Stichwortregister zur ersten Wahlperiode die Rubrik Asyl nicht aufgeführt. In der zweiten Wahlperiode findet sich der erste Eintrag zu diesem Stichwort. Der Anlaß hierfür stellt die Anfrage des Abgeordneten Kahn-Ackermann (SPD) dar, der die damalige Bundesregierung hinsichtlich der Ablehnung eines Asylgesuchs befragt (hierbei ging es um einen in den USA strafrechtlich verfolgten Amerikaner).

Der juristisch-administrative Charakter, der das Thema Asyl in der ersten Phase der parlamentarischen Verhandlungen prägt, schreibt sich auch in der dritten Wahlperiode weiter fort, als es um einen Gesetzentwurf des Abgeordneten Dr. Mommer (SPD) und die Anfrage des Abgeordneten Dr. Menzel (CDU/CSU), das Asylrecht für ausländische Flüchtlinge betreffend, geht. Diese Phase der parlamentarischen Auseinandersetzungen, die wegen ihrer vornehmlich juristischen Begründungen zur Aufnahme des Rechtes auf politisches Asyl für Verfolgte, sowie durch das eingangs erwähnte humanistische Argument gekennzeichnet ist, läßt sich als >juristische Phase< kennzeichnen. Hinsichtlich des allgemeineren Themas "Flucht" steht vor allem die Vertriebenen- und die Kriegsflüchtlingsthematik im Mittelpunkt der parlamentarischen Diskussion.

Phase II: Konstituierungsphase

Ab der vierten Legislaturperiode (1961-1965) erscheint das Stichwort "Asyl" als ständige Rubrik im Sachregister der Protokolle des Deutschen Bundestages. Unter diesem Eintrag findet man allerdings in dieser Phase nur einen Verweis auf das Stichwort "Ausländer". Damit er-

öffnet sich jedoch ein Aussagenfeld, welches der Differenzierung zwischen >politisch Verfolgten< und >Ausländern allgemein< - zumindest im Stichwortregister - nicht mehr nachkommt. Durch die Subsumierung unter das Stichwort "Ausländer" werden politisch Verfolgte in die diskursive Nähe der Aussagen zur allgemeineren Ausländerthematik gerückt.

Neben den Anfragen, die sich auf juristische Belange hinsichtlich der rechtlichen Stellung von Ausländern und politisch Verfolgten beziehen, richten sich die Anfragen einzelner Abgeordneter in zunehmenden Maße auf ein angenommenes, mögliches Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik durch die Anwesenheit von Ausländern und Flüchtlingen.

Konstitutiv für diese Phase ist, daß durch die Anfragen einzelner Abgeordneter die Semantik entfaltet wird, die für die weitere Auseinandersetzung hinsichtlich des Themas Flüchtlinge und Ausländer bestimmend ist: Bereits in der vierten Legislaturperiode ist die Rede vom "Mißbrauch des Asylrechts" - ein Schlagwort, das in der Folgezeit bestimmend für die Diskussionen um das Asylrecht ist. Ferner wird der Rauschgifthandel als der Sektor markiert, in dem angeblich insbesondere Ausländer tätig sind. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf den Gesetzesentwurf des Abgeordneten Dr. Althammer (CDU/CSU) verwiesen, der in der Einleitung dazu zunächst die Gefahr beschreibt, die von Rauschgifthändlern allgemein ausgeht. So führt er aus:

"In zunehmenden Maße hat sich gezeigt, daß der Rauschgifthändler zu einem Straftäter von besonderer Sozialschädlichkeit geworden ist. Deshalb erscheint eine Herausstellung dieser Straftat und eine härtere Bestrafung dringend geboten." (Drs. VI 1414, S. 3)

Die Kopplung an die Ausländerthematik vollzieht er pauschalisierend gegen Ende seines Gesetzesentwurfes. An dieser Stelle kommt er zu folgendem Urteil:

"Wegen der starken Beteiligung von Ausländern an Rauschgiftvergehen in der Bundesrepublik (1969 wurden 718 Ausländer als Täter überführt) ist eine Verschärfung der Ausweisungsbestimmungen geboten." (Drs. VI 1414, S. 3)

Neben der geforderten gesetzlichen Verschärfungen ist dieser Entwurf auch deshalb interessant, weil ihm eine Zeitungsmeldung folgt, die bezüglich des Rauschgifthandels folgendes konstatiert:

"Das Haschgeschäft ist heute durchorganisiert wie militärische Kommandounternehmen. ... Die eigentlichen Profitmacher in Deutschland sind die Organisatoren, fast immer Ausländer." (Die Welt vom 8.10.1970)⁴

Ein weiterer Punkt, der bereits in der Konstituierungsphase thematisiert wird, ist die Forderung, *Flüchtlinge in Sammellagern* unterzubringen. So befragt der Abgeordnete Dr. Schneider (CDU/CSU) die damalige Bundesregierung hinsichtlich der Unterbringungsmodalitäten:

"Hält es die Bundesregierung mit den Bestimmungen des Ausländergesetzes für vereinbar, wenn in den ersten drei Monaten des Jahres 1970 von 2323 neuen Asylbegehrenden nur 532 dem einzig bestehenden Sammellager für Ausländer überstellt wurden, und welche Gründe sind für die Tatsache maßgeblich, daß den zur Zeit im Fernverfahren registrierten Asylbegehrenden von weit über 8000 weniger als 200 Insassen im Sammellager Zirndorf gegenüberstehen?" (6. WP 49. Sitzung vom 30.4.1970, S. 2449)

Neben dieser Forderungen nach Ausweisung und >Konzentration< sind es insbesondere durch Ausländer verursachte Sicherheitsrisiken, die thematisiert werden. In diesen Bereich fällt die allgemeine *Kriminalität*, und es sind jene politischen Aktivitäten von insbesondere >links< gerichteten Migrantenorganisationen, die im politischen Diskurs zum Sicherheitsrisiko avancieren.

Phase III: Die >Heiße Phase<

Die Aufnahme des Stichwortes "Asyl" in das Sachwortregister der Protokolle des Deutschen Bundestages zeigt, daß sich dieser Bereich von der allgemeineren Ausländerthematik abkoppelt. Bislang galt es, daß das Stichwort "Asyl" zwar als Rubrik aufgeführt wurde, daß jedoch ein Verweisungszusammenhang auf das Stichwort "Ausländer" bestand.

4 Die wechselseitige Kopplung der Diskursebenen Politik und Medien wird hier noch einmal exemplarisch verdeutlicht.

Dies änderte sich mit der siebten Wahlperiode. Ab dieser Legislaturperiode, die 1972 konstituiert wurde, nehmen die Eintragungen zu diesem Stichwort erheblich an Umfang zu. Ein Anlaß hierfür dürfte das Ansteigen der Asylbewerberzahlen aus Jugoslawien seit Mitte der 50er Jahre sein. Der Umstand, daß die jugoslawischen Flüchtlinge über die Hälfte der Asylbewerber insgesamt ausmachen, daß aber ihre Anerkennungsquote mit 30% als relativ gering einzustufen war, setzte sie dem Verdacht aus, aus "asylfremden" Gründen in die Bundesrepublik einreisen zu wollen (vgl. Münch 1993, S. 55).

So ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich die erste Plenardiskussion unter der Rubrik "Asyl" mit einem Gesetzesentwurf der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung hinsichtlich eines Vertrags mit der "Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien" über die Auslieferung beschäftigte.

Bemerkenswert für die weitere Diskussion hinsichtlich der Gewährung des Asylrechts sind bei dieser Aussprache die diskursiven Positionen der Parteiangehörigen. Die damalige SPD-geführte Bundesregierung befürwortete die Zusammenarbeit und Kooperation mit einem Staat, der dem >Ostblock< zugerechnet wurde. Aufgrund der >ideologischen Gegensätze< in Zeiten des >Kalten Krieges< galt die Kooperation mit Staaten, die diesem Bündnis angehörten, als unerwünscht, da hier der politische und ideologische Feind ausgemacht wurde. Angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung ein Vertragssystem mit Jugoslawien anstrebte, ist die Argumentation der oppositionellen CDU/CSU hinsichtlich der Gewährung des Asylrechts bemerkenswert. Wie die Argumentation der CDU/CSU-Fraktion bezüglich Einwanderern aus einem Land, dessen Regierungsform nicht der eigenen Ideologie entspricht, aussieht, sollen die folgenden Redeausschnitte des Abgeordneten Wittmann (CDU/CSU) belegen:

"Nunmehr aber geht die Bundesrepublik durch diesen Vertrag Auslieferungsverpflichtungen ein, deren Tragweite im Moment noch nicht abzusehen ist. Ich bitte es nicht als unangemessene Kritik an einem Staate anzusehen, mit dem wir vielfältige Beziehungen haben, wenn ich die Tatsache feststelle, daß es eben in diesem Staat vielfältige Probleme politischer, ethnischer und weltanschaulicher Art gibt, daß sich auf Grund dieser Probleme strafbare Handlungen ergeben, die bei uns in

dieser Form, aus dieser Motivation heraus nicht denkbar sind, und daß schließlich auch manche Auseinandersetzungen gerade wegen der politischen Verfassung dieses Staates dort anders beurteilt werden, als es bei uns der Fall ist." (7. WP 106. Sitz. 11.6.1974, S. 7168, meine Hervorhebungen, F.W.)

Trotz der angeführten Beziehungen und der möglicherweise daraus wachsenden wirtschaftlichen Vorteile für die Bundesrepublik verweist Wittmann darauf, daß es aufgrund der "politischen Verfassung dieses Staates" mehr Verfolgte gibt:

"Ich würde die Bundesregierung sehr herzlich bitten, auf die Spruchpraxis dieses Bundesamtes (Bundesamt für die Anerkennung politisch Verfolgter; F.W.) zu achten, damit unser Land nicht allmählich in den Ruf kommt, politisch Verfolgten kein Asyl zu gewähren und hier Maßstäbe anzuwenden, die mit einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht vereinbar sind."(ebd.)

Das Recht auf Asyl auf dem Prüfstand: Die Ankunft chilenischer Flüchtlinge

In den zuvor zitierten Passagen sprach sich der Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Wittmann, für eine Ausweitung der Anerkennungskriterien hinsichtlich der Aufnahme und des Verbleibs von >Ostblock<-Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland aus. Seine Vermutung, daß die Bundesrepublik in den Verdacht geraten könnte, "politisch Verfolgten kein Asyl zu gewähren", bestätigt sich unter umgekehrten Vorzeichen, als Flüchtlinge aus Chile ihren Asylantrag an die Bundesrepublik richteten. Von den 31 mündlichen und schriftlichen Anfragen, die an die Bundesregierung in der siebten Legislaturperiode gestellt wurden, thematisieren 19 die Flucht von Chilenen. Das Gros der Anfragen beschäftigt sich mit sicherheitspolitischen Risiken bei der Aufnahme von Chilenen, die als >links< bis >linksextrem< eingestuft werden. Exemplarisch sind Anfragen folgender Art:

"Berücksichtigung der Bedürfnisse der inneren Sicherheit bei der Aufnahme von Kommunisten und linksradikalen Sozialisten aus Chile" (BT. PIPr. 7/70, 12.12.1973, S. 4308).

Sowie: "Asylgewährung für Berufsrevolutionäre, Sabotage- und

Sprengstoffspezialisten aus Chile in der Bundesrepublik Deutschland" (BT. PIPr. 7/87 21.2.1974, S. 5409).

Die Flucht chilenischer Staatsbürger hat zur Folge, daß sich das Phantasma einer Bedrohung und Unterwanderung der Bundesrepublik durch >links< gerichtete Gruppierungen im parlamentarischen Diskurs weiter ausbaut. Bereits in der Konstituierungsphase sahen einzelne Abgeordnete eine Bedrohung der Bundesrepublik durch politisch >linksgerichtete< Arbeitsmigranten. Zu diesem Zeitpunkt jedoch wurde das Gefahrenpotential dieser Gruppierungen weitgehend als niedrig eingestuft. Am Vorabend des >Deutschen Herbstes< (1977) ändert sich die Einschätzung bezüglich des Umgangs mit >Linken<. Für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Gewährung politischen Asyls stellen die 70er Jahre einen signifikanten Bruch dar.

Ein weiterer Aspekt, der für die Beschreibung der >heißen Phase< konstitutiv ist, ist der Umstand, daß die Zahl der Asylbewerber stieg, die aus Ländern kamen, aus denen bislang kein Flüchtling einen Asylantrag gestellt hatte. Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen aus >exotischen Ländern< setzte eine publizistische und semantische Kampagne ein, die ihren Niederschlag auch im Bundestag findet. Bereits am 19.9.1973 ist die Rede vom "Zustrom asylsuchender Araber" (BT. PIPr. 7/50 S. 2846), und in der Bayerischen Staatszeitung vom 21.12.1973 ist die Rede von hohen Asylbewerberzahlen, "darunter 318 Araber" (vgl. Münch 1993, S. 180).

Negativsymbole

Neben der Abkopplung des Themas "Asyl" von der allgemeineren Ausländerthematik ist zur Kennzeichnung der >heißen Phase< der parlamentarischen Auseinandersetzungen konstitutiv, daß ein neuer Begriff auftaucht, dessen stereotype Verwendung in Kontexten, in denen vom "Mißbrauch des Asylrechts" die Rede ist, mit dazu beiträgt, rassistische Tendenzen zu schüren. Bei diesem Begriff handelt es sich um den Terminus "Asylant".

Jürgen Link, der der Geschichte dieses Begriffs genauer nachgegangen ist, führt dazu aus:

"Das Wort taucht bereits in den sechziger Jahren in juristischen Kom-

mentaren zum Asylrecht sporadisch auf. Der >Duden< kannte den >Asylanten< damals noch nicht als deutsches Wort - dort (genau im West-Duden) tauchte er erstmals 1980 auf. Was war inzwischen geschehen? Kurz nach dem >deutschen Herbst< 1977 geriet der Begriff aus der juristischen Fachsprache in den Mund der Politiker und Medien." (Link 1988a, S. 51)

Link verweist in diesem Artikel darauf, daß das erste Auftauchen des Begriffs "Asylant" im Deutschen Bundestag auf Januar 1978 datiert ist (vgl. hierzu auch: Wolken 1986, S. 6 ff.). Dieses >Erscheinungsdatum< kann jedoch um zwei Jahre zurückdatiert werden; denn bereits am 11. Februar 1976 verwendet der Abgeordnete Spranger (CDU/CSU) diesen Begriff. Dieser Beleg ist deshalb interessant, weil Spranger die Bundesregierung danach befragt, welche Möglichkeiten bestehen, einen bewilligten Asylantrag zurückziehen zu können, falls ein Flüchtling in das Land einreist, aus dem er geflohen ist. Nachdem der Vizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen (SPD) ihm mitteilt, daß dies individuell zu prüfen sei, stellt Spranger (CDU/CSU) folgende Zusatzfrage:

"Herr Staatssekretär, kann ich aber ihrer Antwort entnehmen, daß an sich - abstrakt - die Voraussetzungen für einen Widerruf gegeben sind, wenn nach der Asylgewährung der Asylant wiederholt in das Land eingereist ist, aus dem er wegen Gefährdung ausreiste?" (BT. PIPr. 7/220, 11.2.1976, S. 15296)

Bis zu diesem Zeitpunkt herrschte im parlamentarischen Diskurs die Sprachregelung, daß man für politisch Verfolgte wahlweise die Begriffe "Flüchtling" bzw. "Asylbewerber" benutzte. Weiterhin galt diese Sprachregelung auch für Antworten der Bundesregierung. In zunehmendem Maße mehrten sich jedoch Anfragen an die Bundesregierung, die die Bezeichnung "Asylant" enthielten. Wie aus der oben dargestellten Zusatzfrage des Abgeordneten Spranger (CDU/CSU) ersichtlich, wird der Begriff "Asylant" dann häufig verwendet, wenn Zweifel an der Berechtigung des Antragstellers erhoben werden.

Der vorläufige Karrierhöhepunkt des "Asylanten"-Begriffs ist in der >heißen Phase< dann erreicht, als pakistanische Flüchtlinge über Berlin 1978/79 in die Bundesrepublik Deutschland einreisen. Eine charakteristische Redeweise, der sich zahlreiche Politiker bedienen, ist die, Angaben über Flüchtlinge stets mittels gerundeter Zahlen anzugeben.

So finden sich häufig Angaben, die sich im Rahmen von 100.000 bis 1.000.000 bewegen. Die Absicht, die hinter der Nennung solcher symbolischer Zahlen steckt, ist die, auch hiermit das Bild einer hereinbrechenden >Flut< zu evozieren. Darüberhinaus ist zu beobachten, daß sich diese Zahlensymbolik an eine sich ausweitende Kollektivsymbolik koppelt. Innerhalb des parlamentarischen Diskurses, aber nicht nur dort, wird insbesondere die >Flutsymbolik< stereotyp appliziert, so daß nicht nur von einem "Anstieg" oder einer "Zunahme" die Rede ist, sondern Massen verortet werden, die gleich einer >Naturkatastrophe< über die Bundesrepublik Deutschland hereinbrechen. Dies läßt sich anhand der insgesamt 93 mündlichen und schriftlichen Anfragen der Parlamentarier in der 8. Wahlperiode exemplarisch belegen, wie die folgende Auswahl zeigt.

"Maßnahmen zur Eindämmung des Zustroms pakistanischer Asylanten nach West-Berlin." (Biehle, CDU/CSU, Drs. 08/1497, Antw. 17.02.1978)

"Vermittlung politischen Asyls in der Bundesrepublik Deutschland für Tausende von Pakistanis aus türkischen Sammellagern." (Schulze, SPD, Drs 08/1200, 18.11.1977)

"Zustrom von Indern und Pakistani über West-Berlin unter Mißbrauch des Asylrechts." (Spranger, CDU/CSU, Drs. 08/2477, Antw. 26.01.1979)

"Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden zur Eindämmung des Asylmißbrauchs." (Frau Dr. Balsler, SPD, Drs. 08/4433, 07.08.1980)

"Verhinderung der Einreise von Scheinasylanten über Berlin." (Gerlach, CDU/CSU, Drs. 4433, 07.08.1980)

"Initiativen der deutschen Botschaft in Islamabad zur Unterbindung der Einschleusung asylsuchender Pakistani nach West-Berlin." (Dr. Dübber, SPD, Drs. 08/2099, 15.09.1978)

"Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl durch Überprüfung der Asylgründe durch Grenzpolizeibehörden sowie Zahl der ohne Einschaltung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zurückgewiesenen Asylsuchenden." (Dr. Laufs, CDU/CSU, Drs. 08/793, 02.08.1977)

"Konsequenzen aus dem Aufnahmestopp der Städte Essen und Frankfurt für Asylanten". (Engelhard, FDP, Drs. 08/4429, 31.07.1980)

Diese Beispiele zeigen bereits recht deutlich, daß hier das Phantasma einer abzuwehrenden Bedrohung entwickelt wird. Eigentümlicherweise wird die hier dargestellte Symbolik nicht auf Vietnamflüchtlinge angewendet. Eine kategoriale Unterscheidung dieser Flüchtlinge von anderen Flüchtlingsgruppen findet bereits dadurch statt, daß parlamentarische Beschlüsse und Anfragen zu dieser Thematik unter dem Stichwort "Flüchtlinge" im Sachregister geführt werden. An dieser Stelle ist nicht etwa von >Vietnamasylanten< die Rede, sondern der Tenor der gesetzlichen Beratungen und Anfragen richtet sich auf "unterstützende Maßnahmen" und anderweitige Möglichkeiten zur Unterstützung dieser Flüchtlinge. Für diese Flüchtlingsgruppe stehen neben Maßnahmen zur Familienzusammenführung vor allem die Möglichkeiten zur Integration und Sprachförderung im Vordergrund.

Im krassen Gegensatz zu den Maßnahmen, die gegen die unerwünschten Flüchtlinge (= "Asylanten") erlassen wurden, stehen die Vietnamflüchtlinge offensichtlich in der Gunst der Parlamentarier, insbesondere der konservativen Politiker, die anhand der Flucht der Vietnamesen die Unmenschlichkeit des Gegensystems >Kommunismus< ausmachen (vgl. Münch 1993, S. 39ff.).

Das Thema >Asyl< nach der >Bonner Wende< (1982)

Mit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU-Koalition, die als Wende auch in geistig-moralischer Hinsicht proklamiert wurde, entstand ein Streit um die >Mitte<. Denn was von einigen als >Rechtsrutsch< dargestellt wurde, deklarierte Kohl als "Koalition der Mitte" (PIPr. 121. Sitz., 13.10.1982, S. 7213). Die regierende CDU/CSU-Koalition war bemüht, fortan die SPD als "links" einzustufen⁵. Für das hier relevante Thema ist eine Distinktion zwischen einer >rechte< oder >linken< Politik hinsichtlich der Asylthematik bei den Großparteien allerdings nicht ersichtlich.

⁵ Vgl. Dregger, der Brandt vorwirft, er suche "nach einer neuen Mehrheit links von der CDU"; (PIPr. 121. Sitz., 13.10.1982, S. 7250)

Für eine Beschleunigung der Asylverfahren sprach sich mit nur vereinzelten Gegenstimmen die breite Mehrheit der Abgeordneten der CDU wie der SPD aus. Unmittelbar nach der >Bonner Wende< und dem 1982 verabschiedeten Asylverfahrensgesetz trat eine gewisse Atempause bei dem Bemühen um weitere Einschränkungen des Asylrechts ein. Zu diesem Zeitpunkt war es offensichtlich nicht >sagbar<, eine Grundgesetzänderung des Artikels 16 Abs. II zu fordern. Dieser Schritt blieb einzelnen Politikern vorbehalten, wie etwa dem Abgeordneten Lummer (CDU), der für seine Sympathien zu rassistischen Gruppierungen mittlerweile sattsam bekannt ist (vgl. hierzu diskurswerkstatt bochum 1994, S. 39). Ohne es explizit auszusprechen, arbeitet er bereits 1982 auf eine mögliche Grundgesetzänderung hin:

"Manche haben ja schon beim zweiten Schritt gesagt, damit habe man jene prekäre Grenze erreicht, die zu überschreiten man aus rechtsstaatlichen, verfassungsrechtlichen und humanitären Gründen nicht in der Lage sei. Und doch haben wir erkennen müssen, daß diese Grenze nicht ausgereicht hat, sondern daß wir gezwungen waren, Zusätzliches zu tun, und zwar - Herr Engelhard, damit greife ich ein Wort auf, das Sie verwendet haben - unter dem Druck der Verhältnisse. Unter dem Druck der Verhältnisse ist das geschehen. Und wenn wir heute den dritten Schritt tun, weiß niemand mit Sicherheit, ob es der letzte Schritt sein kann." (PIPr. 121. Sitz., 13.10.1982, S. 6106)

Hier wird mit der Formulierung "ob es der letzte Schritt sein kann" angedeutet, daß den bestehenden rechtlichen Änderungen weitere folgen werden. Was jedoch der letzte Schritt einer Änderung ist, wird nicht explizit geäußert, doch eine Grundgesetzänderung böte sich als logische Konsequenz daraus an.

Zwei Ereignisse veranlassen mich, mit dem Jahr 1985 eine weitere Zäsur bei dem konjunkturellen Überblick über die Entwicklung den Themas "Asyl" im Deutschen Bundestag vorzunehmen: Zum einen mehren sich ab diesem Zeitpunkt die Stimmen, die eine Grundgesetzänderung des Artikels 16 Abs. II fordern; zum anderen nehmen die Angriffe auf Flüchtlinge und Migranten ab diesem Zeitpunkt kontinuierlich zu. Ein weiterer Aspekt ist die Diskussion um das sogenannte >Loch in der Mauer<.

Phase IV: Pogromphase

9.1.1985: Das Tabu wird gebrochen

Die in den Jahren 1978-1982 erlassenen verfahrenstechnischen Beschlüsse (eine Vorwegverteilung der Asylbewerber auf Städte und Gemeinden, sie in Sammellagern unterzubringen sowie ihre finanzielle Abhängigkeit durch die >öffentliche Hand< festzuklopfen) zeigen in der Weise Wirkung, daß zunächst besonders die jeweiligen Kommunalpolitiker Unwillen über die ihnen zugeschobene Verantwortung für Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge äußerten. Die Beschwerden richten sich jedoch nicht gegen die gefaßten Beschlüsse, sondern die Asylbewerber werden als die eigentlich Schuldigen ausgemacht.

Dieser Druck der kommunalen Basen führt dazu, daß der Bundestag über weitere verfahrenstechnische Möglichkeiten diskutiert, die den weiteren Zugang von Flüchtlingen erschweren sollen. Bei diesen Diskussionen spielt die Thematisierung der Belastungsgrenze und der Kostenfaktor eine wichtige Rolle. Gleichzeitig werden jedoch die Flüchtlinge als Ursache für eine ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung benannt. Wie eine solche Verknüpfung gelingt, zeigt der Abgeordnete Dr. Olderog (CDU/CSU). Nachdem er den grundsätzlichen Willen zur Aufnahme von Flüchtlingen vordergründig ausspricht, benennt er sogleich die "Probleme":

"Es fehlt nicht nur an Unterbringungsmöglichkeiten. Immer häufiger kommt es zu Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen. Immer häufiger sprechen Zeitungsberichte von Schlägereien, Auseinandersetzungen, Messerstechereien, Prostitution und Ladendiebstählen im Zusammenhang mit diesem Problem. Das alles nährt leider eine ausländerfeindliche Stimmung." (PlPr. 161. Sitz. 4.10.1985, S. 12213)

Diese Probleme würden sich nach Olderogs Prognose noch verschärfen, wenn weitere Flüchtlingsgruppen hinzuträten:

"Politische Verfolgung, Bürgerkrieg sowie Not und Elend wachsen leider in vielen Teilen der Welt. Alles spricht dafür, daß sich verstärkt Flüchtlinge nach Europa wenden. Nach UN-Angaben gibt es zwischen 17 und 20 Millionen Flüchtlinge, von denen viele gerade angesichts der immer großzügiger werdenden Rechtsprechung als Asylbewerber für

uns in Betracht kommen: TAMILIEN aus Sri Lanka, Sikhs aus Indien, Schwarze aus Südafrika, Palästinenser und Libanesen aus dem Nahen Osten, mehrere Millionen Iraner, dazu Äthiopier, Afghanen; Flüchtlingslager in Pakistan mit Millionen von Flüchtlingen, Flüchtlingslager im Sudan mit einer halben Million äthiopischer Flüchtlinge und in Thailand rund 350.000 vietnamesische Flüchtlinge - meist am Rande des Existenzminimums. Und unsere Verwaltungsgerichte sprechen vielen von ihnen ein Asylrecht zu." (PIPr. 161. Sitz. 4.10.1985, S. 12214)

Es wird ersichtlich, daß nicht nur die Aufnahme jener >Wirtschaftsflüchtlinge< beklagt wird, sondern die Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland überhaupt Flüchtlinge aufnehmen soll, wird zunehmend diskutiert. Als probate Lösung all dieser Probleme scheint Olderog zukünftig folgender Schritt unabdingbar:

"Meine Damen und Herren, neben den internationalen Bemühungen werden wir letztlich um eine Diskussion über Artikel 16 Abs. 2 GG nicht herumkommen. Wenn der Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik ständig weiter anschwillt, werden wir ohne eine Änderung des Art. 16 hilflos überrollt werden.

Ich fordere hier und heute keine Änderung des Grundgesetzes; aber wir sollten uns in Wahrnehmung unserer Verantwortung auf eine sich unter Umständen dramatisch zuspitzende Situation vorbereiten." (PIPr. 161. Sitz. 4.10.1985, S. 12214)

Die eigentliche Asylkampagne

Seit dem Sommer 1991 erlebt auch die politische Diskussion über Flüchtlinge ihren bisherigen Höhepunkt. Das zeigen u.a. bereits die 118 mündlichen und schriftlichen Anfragen an die Bundesregierung sowie die Vorlage von 36 Gesetzesanträgen in den ersten zwei Jahren der 12. Wahlperiode⁶.

Für diese Phase ist es kennzeichnend, daß sich drei Entwicklungen

⁶ Zum Vergleich: In der elften Wahlperiode wurden zur gleichen Thematik 36 mündliche oder schriftliche Anfragen an die Bundesregierung gestellt, sowie sieben Gesetzentwürfe vorgebracht. Das heißt, daß sich in diesen zwei Jahren die Zahl der Anfragen mehr als verdreifacht, die Zahl der Gesetzesvorlagen mehr als verfünffacht hat.

überschneiden, die der Frage nach der zu gestaltenden Asylpolitik eine bisher einmalige Brisanz verleihen. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten siedeln zahlreiche ehemalige DDR-Bürger auf das Gebiet der alten Bundesrepublik über, nicht zuletzt aufgrund besserer sozialer Verhältnisse. Gleichzeitig kommt es mit dem Zusammenbruch der Staaten Osteuropas zu einer verstärkten Einwanderung von sogenannten >Deutschstämmigen<, die sich auf den Artikel 116 GG berufen und von diesem "Abstammungs-Recht" Gebrauch machen. Hinzu kommt, daß die Zahl der Asylbewerber ihren bisherigen Höchststand erreicht. Dies erklärt sich daraus, daß ein Großteil dieser Flüchtlinge aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien kommt, in dem ein grauenhafter Bürgerkrieg herrscht. Angesichts dieser Einwanderergruppen ist im politischen Diskurs ein Bestreben festzustellen, eine Rangfolge der berechtigten Gruppen aufzustellen.⁷

Trotz der ohnehin benachteiligten Stellung von Asylbewerbern in der bundesrepublikanischen Gesellschaft werden fortan nun Hilfe- und Schutzsuchende gegeneinander ausgespielt. Angesichts ohnehin knapper Arbeits- und Wohnungsplätze bleibt es fraglich, wer als >Gewinner< aus solchen Hierarchisierungs-Spielen hervorgehen soll, da im Alltagsdiskurs jeder Konkurrent als Bedrohung angesehen wird.

Für die Mehrzahl der führenden Politiker war diese Frage jedoch bereits geklärt. Die "Asylsuchenden" wurden als die Gruppe auserkoo-

7 Vgl. den damaligen Ministerpräsidenten Späth, der den asylsuchenden Flüchtlingen Platz 3 zuweist (BR 610 Sitz. 16.3.90. S.96). Ministerpräsident Lafontaine sorgte hingegen für Aufsehen, als er die privilegierte Einwanderungsbestimmung für Aussiedler gemäß Grundgesetzartikel 116 angesichts der Veränderungen in Osteuropa kritisierte (BR 610 Sitz. 16.3.90. S.102); vgl. hierzu auch Der Spiegel 37, 9.9.1991. Dort wird der damalige Innenminister Schäuble damit zitiert, daß er vor allem drei Personengruppen von vornherein ausschließen will, um den "wirklich aktuell politisch Verfolgten weiterhin Schutz und Zuflucht" gewähren zu können. Zuerst nennt er Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Staat Asyl beantragt haben. Zum zweiten solche, die bereits in einem anderen "westeuropäischen Staat rechtskräftig" als Flüchtlinge abgewiesen wurden. Schließlich nennt er "Asylanten aus Ländern, in denen etwa nach einer Expertise des Bonner Außenministeriums >keine politische Verfolgung (mehr) stattfindet<".

ren, denen man die Zutrittsberechtigung in die Bundesrepublik Deutschland verweigern wollte.

Nach der >Erprobung< im hessischen Wahlkampf gehen Politiker dazu über, den "Asylmißbrauch" zum innenpolitischen Hauptthema zu erklären, um eine Grundgesetzänderung durchzusetzen. Einen Vorstoß in diese Richtung unternahm auch der saarländische Ministerpräsident und damalige SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine im Vorfeld der Bundestagswahl 1990, als er dazu aufforderte, Flüchtlinge aus bestimmten Herkunftsländern von vornherein auszuschließen (vgl. Münch 1993, S. 115).

An der Auseinandersetzung darüber, wie das Grundgesetz zu ändern sei, beteiligten sich in zunehmenden Maße auch liberalere Kräfte, die sich bemüßigt fühlten, einem als Öffentlichkeitsmeinung interpretierten Druck nachgehen zu müssen.

Das Thema "Asyl" scheint auch in den Reihen der SPD als Wahlkampfthema willkommen zu sein⁸. Zunächst >entdeckte< Klaus Wedemeier (SPD) das Thema "Asyl" für seinen Bremer Wahlkampf (Sept. 1991). Wedemeier kündigte an, daß Bremen die Erstaufnahme von Flüchtlingen einstellen werde, da die "Aufnahmekapazitäten erschöpft" seien. Auch hier zeigt sich das beständige Rekurrieren auf die Belastungsgrenze. Der symbolische Effekt dieser stereotypen Wiederholung liegt darin, daß suggeriert wird, man habe alle Modalitäten zur Unter-

8 Ein Grund hierfür ist sicherlich die Tatsache, daß weite Teile der bundesrepublikanischen Bevölkerung in "rassistische Diskurse verstrickt sind". Zu diesem Ergebnis gelangte S. Jäger in Zusammenarbeit mit einem studentischen Forschungsteam (Jäger 1992, S. 295). Das Ergebnis dieser Untersuchung lautet hinsichtlich der Einschätzung gegenüber der Anwesenheit von Einwanderern und Flüchtlingen in der Bundesrepublik folgendermaßen: "Nahezu alle Interviewten, die jeweils als Repräsentanten größerer Bevölkerungsgruppen angesehen werden können, sind in rassistische Diskurse verstrickt. Dabei gibt es zwar graduelle Unterschiede. Aber selbst noch solche Menschen, die (...) Menschlichkeit zu ihrem obersten Lebensinhalt gemacht haben, sind nicht dagegen gefeit, Menschen fremder Herkunft mißtrauisch bis ablehnend gegenüberzustehen." (ebd.) Angesichts solcher Haltungen und Einstellungen in der Bevölkerung scheint die Verlockung für Politiker, auf dieser Klaviatur zu spielen, enorm groß.

bringung und Aufnahme von Flüchtlingen genutzt. Damit wird humanitäres Verständnis dokumentiert; doch durch die weitere Aufnahme von Flüchtlingen drohen, so wird in einem Atemzug beschworen, chaotische Verhältnisse, die ja doch keiner wolle. Da augenscheinlich alles getan wurde, um Flüchtlingen zu helfen, muß es nun zwingend zu einer Änderung kommen; Handlungsbedarf ist dringend geboten.

Auf den begrenzten Raum, der angeblich für Flüchtlinge zur Verfügung stehe, wies in prägnanter Weise auch der ehemalige SPD-Bürgermeister von Datteln, Horst Niggemeier, hin:

"Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren." (zit. n. Quinkert/Jäger 1992, S. 13)

Der Vergleich von Flüchtlingen mit Ameisen, die meist in wimmelnden Scharen auftauchen, ist bezeichnend.⁹

Der Strategie, ein Horrorszenario zu entwerfen, um so zu einer Änderung des Artikels 16 Abs. II GG zu gelangen, ist jedoch die CDU/CSU Koalition wesentlich stringenter gefolgt, als dies die Mehrheit der SPD-Politiker wollte. Allen voran war der damalige CDU-Generalsekretär Volker Rühle bemüht, die Partei zu mobilisieren; er entwarf und verbreitete ein Rundschreiben, das sich an die CDU-Kreisvorsitzenden und an alle Fraktionsvorsitzenden seiner Partei in den Kommunen, den Kreistagen und den Landtagen wandte. Der zentrale Ansatzpunkt war für Rühle ein >Unmut in der Bevölkerung<, der jedoch offensichtlich noch nicht groß genug war, um eine Grundgesetzänderung durchsetzen zu können. Rühle machte es den Kommunalpolitikern und Landtagsabgeordneten seiner Partei insofern leicht, den in der Bevölkerung >wahrgenommenen< Unmut zu artikulieren, als er seinem Schreiben einen Musterentwurf hinzufügte, in dem nicht wesentlich mehr als der Name der jeweiligen Stadt oder Gemeinde einzutragen war. Darüber hinaus sollten die CDU-Politiker ihre Verwaltungen danach befragen, ob Flüchtlinge in Turnhallen untergebracht seien und welche Beeinträchti-

⁹ Dieses Zitat appliziert die Boots-Kollektivsymbolik, die in diesen Tagen in nahezu allen Medien stereotyp wiederholt wurde. Insbesondere erfährt die Darstellung der biblischen Arche Noah, die die Bundesrepublik Deutschland symbolisieren soll, breite Resonanz. Vgl. exemplarisch: *Der Spiegel*, Nr. 37, 9.9.1991 (Titelbild)

gungen dies für den eigentlich vorgesehenen Verwendungszweck mit sich brächte. Auch die Unterbringung von Asylbewerbern in Pensionen und Hotels sollte von den Politikern hinsichtlich des Kostenfaktors untersucht werden sowie nach der Inanspruchnahme >staatlicher Leistungen<. Darüber hinaus sollte auf die SPD-Politiker in den Räten eingewirkt werden, um so einen Konsens für eine Grundgesetzänderung herbeizuführen.¹⁰ Die Durchsetzung dieser Ruhe-Strategie, der auch zahlreiche andere CDU-Politiker folgten, wurde darüberhinaus durch eine beispielelose Kampagne in den Medien begleitet.¹¹

Auch nachdem bereits Flüchtlingsunterkünfte brannten, ließen führende CDU/CSU-Politiker, um ihr Ziel zu erreichen, nicht davon ab, Asylbewerber als das eigentliche Problem zu thematisieren und nicht die brandschatzenden Täter. Exemplarisch läßt sich dies an den Ausführungen des Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite, und des damaligen Innenministers Rudolf Seiters darstellen, als sie zur Pressekonferenz nach Rostock-Liechtenhagen anreisten. Nachdem tagelang ein Asylbewerberheim und eine Unterkunft für vietnamesische Arbeitsmigranten angegriffen wurde und dies breite Unterstützung in der umliegenden Bevölkerung gefunden hatte, erklärten beide Politiker die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung des Artikel 16 Abs. II. Seiters am 24.8.1992:

"Aber wir müssen handeln gegen den Mißbrauch des Asylrechts, der dazu geführt hat, daß wir einem unkontrollierten Zustrom in unser Land bekommen haben." (Zit. n. Monheim 1993).

Die Äußerung Seiters thematisiert die insbesondere im Mediendiskurs verbreitete Zustromssymbolik. Demnach ist der "Zustrom" der Flüchtlinge und der "Mißbrauch des Asylrechts" verantwortlich für die Eskalation

10 Ich beziehe mich auf die Darstellung der Ruhe-Initiative durch Gert Monheim in seinem Dokumentarfilm "Wer Gewalt sät... Von Biedermännern und Brandstiftern", WDR 1993, sowie Trittin 1993, S. 89ff.

11 Vgl. zum Beitrag der Medien an der >Asyldiskussion< und der Eskalation rassistisch motivierter Gewalt, die Publikationen des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) sowie die Arbeiten der diskurswerkstatt Bochum, die im Literaturverzeichnis aufgeführt sind.

lation rassistisch motivierter Gewalt. Als am nächsten Tag Bernd Seite in Rostock eintrifft, äußert er sich folgendermaßen:

"Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, daß eine Ergänzung des Asylrechts erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den unbegrenzten Zustrom von Asylanten überfordert wird." (Zit. n. Monheim 1993).

Seite verweist zwar ebenfalls auf den "Zustrom", seiner Äußerung ist aber auch etwas über die >Befindlichkeit< der Bevölkerung zu entnehmen. Wie zahlreiche Politiker in diesen Tagen, steht auch Seite vor der Aufgabe, Ursachen für die Gewalttaten zu benennen, ohne >die Deutschen< als >ausländerfeindlich< zu brandmarken.¹²

Dies erscheint jedoch nicht als vornehmstes Ziel der politischen Bestrebungen. Im Vordergrund stehen die Bemühungen der Unionspolitiker, eine Grundgesetzänderung mehrheitsfähig zu machen. Dagegen wenden sich zunächst SPD- und FDP-Politiker. Mit dem Vorschlag des damaligen Bundesinnenministers Seiters, daß die Bundesrepublik Deutschland vollkommen gleichberechtigt an der "Harmonisierung des Asylrechts in Europa" (vgl. hierzu: BT. PlPr. 12/79) beteiligt sein sollte, rückt die FDP von ihrem Festhalten an dem Grundgesetzartikel 16 Abs. II ab.

Das Zögern der SPD, das sich noch im Frühjahr 1992 feststellen läßt, ist darauf zurückzuführen, daß man abwartete, welche Auswirkungen das Gesetz zur Neuregelung des Asylverfahrens von 1992 haben würde (Gesetz vom 26.6.1992, BGBl. I S. 1126)¹³:

12 Aufgrund der zahlreichen Anschläge sehen sich führende Politiker dazu veranlaßt, sich insbesondere in den Medien zu diesem Thema zu äußern. Als Ursache für die zahlreichen Anschläge benennen Politiker fast aller Parteien den *Zustrom* von Asylbewerbern. So auch Scharping (SPD): "Wenn ich politisch Verfolgte schützen will, muß ich sie vor dem Mahlstrom der Wanderungsbewegung schützen, die auf uns zurollt" (*Der Spiegel* 43/19.10.92). In der *FAZ* vom 21.2.92 äußert sich Schäuble folgendermaßen: "Der Kern des Problems ist, daß die Jungen und Dynamischen in der Dritten Welt durch kriminelle Schlepperbanden dazu bewegt wurden, unter Mißbrauch des Asylrechts nach Deutschland zu kommen und zu bleiben."

"In der Spitze der SPD herrschte die Vorstellung, das Individualrecht auf Asyl könne durch verschiedene Zugeständnisse und ergänzende Regelungen vor dem eben auch populistisch motivierten Zugriff gerettet werden." (Münch 1993, S. 144)

Mit dem Petersberger Beschluß vom 23.8.1992 reagierte die SPD-Spitze auf den Vorwurf der Regierungsparteien, daß das Zögern der SPD, einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, der Grund für die rassistisch motivierten Anschläge gegen Asylbewerber und ihre Unterkünfte seien.

Uneinigkeit bestand jedoch hinsichtlich der Frage, ob das Individualrecht für Asylbewerber weiterhin bestehen bleiben sollte oder nicht. Ebenfalls ungeklärt waren die Abkommen mit den europäischen Nachbarstaaten, die als > sichere Drittstaaten < - im Sinne Schäubles - angesehen werden sollten. Auch die Forderung der SPD, einem Asylkompromiß zuzustimmen, wenn gesichert sei, daß ein Einwanderungsgesetz ins Grundgesetz aufgenommen wird, verzögerte die Verhandlungen zur endgültigen Änderung des Artikels 16 Abs. II.

Neben derartigen verwaltungsjuristischen Aspekten äußern sich Politiker insbesondere in den Medien hinsichtlich der > Belastungsgrenze <, die bei weitem überschritten sei. Der ständig thematisierte > Mißbrauch des Asylrechts < wird in einen > Notstand < für die Bundesrepublik Deutschland verwandelt. So ist im Spiegel die Rede vom "Asylnotstand" (36, 31.8.1992), und der CDU-Abgeordnete Johannes Gerster spricht in Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen von einem "soziale[n] Notstand" (Der Spiegel 46, 9.11.1992).

Es bleibt dem Bundeskanzler Helmut Kohl überlassen, den Notstand in einer Quasi-Regierungserklärung auszurufen:

"Die Situation hat sich dramatisch zugespitzt, wenn jetzt nicht gehandelt wird, stehen wir vor der Gefahr einer tiefgreifenden Vertrauenskrise gegenüber unserem demokratischen Staat, ich sage mit Bedacht, ja eines Staatsnotstandes. Die Menschen erwarten von uns schnelle Lösungen. Und zwar Lösungen, die greifen und die dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam einen Riegel vorschieben" (Bundeskanzler Helmut

13 Dieses Gesetz sieht unter anderem eine Arbeitsaufnahme für Asylbewerber vor, die jedoch erst dann angetreten werden kann, wenn kein Deutscher oder EG-Ausländer diesen Arbeitsplatz ausfüllen will.

Kohl am 26.10.1992 im Deutschen Bundestag, zit. n. Monheim 1993, Herv. F.W.).

Am 26.5.1993 wird ohne weitere Probleme der Änderung des Artikels 16 Abs. II im Deutschen Bundestag zugestimmt und damit das Recht auf Asyl faktisch abgeschafft. Diese Beratungen werden von einer Welle rassistisch motivierter Gewalttaten gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte begleitet, die in dieser Form einmalig seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind.

Weniger Demokratie gewagt: Fazit

Die in dieser Untersuchung vorgenommene Anordnung der parlamentarischen Rede des Bundestages zum Thema "Asyl" nach Phasen folgte nicht der Intention nachzuweisen, daß sich die Abgeordneten bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit einer Dekonstruktion des Grundgesetzartikels 16 Abs. II beschäftigten, sondern sie dient(e) dem Zweck zu veranschaulichen, inwiefern sich diskursive Räume etablierten, die die Rede und Handlungsweise(n) zu dieser Thematik strukturierten. Mit der Untersuchung konnte belegt werden, daß die Anerkennung und Aufnahme von Flüchtlingen bereits recht früh zu einem Instrumentarium politischer Agitation genutzt wurde. So trug die Unterscheidung zwischen "Flüchtlingen" auf der einen und "Asylanten" auf der anderen Seite dazu bei, daß mittels differenzierter Bedeutungszuweisung zwei Klassen von Flüchtlingen diskursiv produziert wurden. Als Flüchtlinge wurden vornehmlich jene politisch Verfolgten codiert, die zu Zeiten des >kalten Krieges< vor dem >kommunistischen System< flohen. Dieser Tatsache ist es geschuldet, daß dabei auch die Herkunft kaum eine Rolle spielte, wie das Beispiel der "Vietnamflüchtlinge" zeigt. In diesem Kontext berufen sich sogar Unionspolitiker, die tendenziell eher für eine restriktive Asylpolitik stehen, darauf, daß bestimmte Taten, die in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu einer Strafverfolgung führen, in einem >kommunistischen Staat< die Inhaftierung nach sich ziehen können.

Ganz anders sieht die Sache jedoch aus, wenn mutmaßliche >kommunistische< Flüchtlinge einen Asylantrag stellen. Hier wird unterstellt, daß sie auch in der Bundesrepublik Straftaten begehen könnten,

und sie werden mit einer für die Asyldiskussion insgesamt konstitutiven Kriminalitätssemantik belegt, wie das Beispiel der Chileflüchtlinge exemplarisch zeigte.

Insgesamt läßt sich diese Entwicklung als ein Stück Demokratie-Verlust begreifen und als ein weiteres Vordringen völkischen Denkens. Gerade weil der Artikel 16 uns Deutsche immer wieder dazu veranlaßte, uns die von Deutschen verbreiteten Schrecken und begangenen Verbrechen des sog. 3. Reiches in Erinnerung zu rufen und somit auch Mahnmal war, bedeutet seine faktische Abschaffung zugleich, daß eine Normalität gewollt wird, die nicht "mehr Demokratie" bedeutet, sondern weniger.

2.3. Medien

Siegfried Jäger/Dirk Kretschmer

Die Medien als Anstifter der Brandstifter? Völkischer Nationalismus in den Medien

Vorbemerkung

Auch für die Diskursebene Medien haben wir (qualitative) *Diskursanalysen* durchgeführt, die dem Auftreten völkisch-nationalistischer Ideologeme nachgehen. Dies besagt, daß wir insgesamt zwar mehrere tausend Artikel archiviert, inhaltlich charakterisiert und Themen- bzw. Diskurssträngen zugeordnet haben. Dabei ging es uns jedoch nicht um *Repräsentativität* im tradierten quantitativ-statistischen Sinn, sondern um die *qualitativ vollständige Erfassung* des jeweiligen Diskurs- bzw. Themenstranges und seiner Schwerpunkte.¹

Der Mediendiskurs läßt dabei, wenn auch in vermittelter Form, zusätzlich Einschätzungen zu einem etwaigen Trend im PolitikerInnen-diskurs zu. Denn beide Diskursebenen sind eng miteinander verflochten, allein schon deshalb, weil die meisten Politiker leichten Zugang zu den Medien haben und diesen auch ausgiebig nutzen.

Unsere Untersuchung stützt sich ausschließlich auf die Print-Medien.² Die Untersuchung der Print-Medien bietet sich nicht nur aus pragmatischen Gründen für eine solche Untersuchung an (leichte Materialbeschaffung und -aufbereitung), sondern auch deshalb, weil sie den wohl wichtigsten und wirksamsten Teil der Diskursebene Medien ausmachen: Was etwa in den Print-Medien als wichtig aufgenommen wird,

1 Dieses Vorgehen ermöglicht es, den (sozialen) Diskurs einer Gesellschaft auf den verschiedenen Diskursebenen zu erfassen, hier auf der der Medien der >Mitte<, der sich der größte Teil der Medien wie auch der Gesamtbevölkerung zuordnet. Vgl. dazu auch Jäger 1993b.

erscheint auch in den TV-Medien - und umgekehrt. Unsere Studie konzentriert sich auf die relevanten, d.h. häufig gelesenen Zeitungen, die als "Mitte"-Medien klassifiziert werden können. Der Untersuchungsschwerpunkt ist im wesentlichen das sogenannte "Superwahljahr 1994" und sein Vorfeld. Gelegentlich gehen wir über diesen engen Zeitraum auch ein Stück weit hinaus.³

Für die Aufnahme in das Material-Dossier⁴ für unsere Medienanalyse sind folgende sieben Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet worden:⁵

Die Tageszeitungen FR, WAZ, FAZ und Bild und die Wochenzeitungen bzw. Magazine Die Welt, Der Spiegel und Focus.

Die einzelnen für das Dossier berücksichtigten Artikel (die Diskursfragmente bzw. einzelne Passagen daraus) werden den in (neutrale) Themen >übersetzten< Kernideologemen zugeordnet (s.o.), wobei auf diesem Wege die (vollständige) Erfassung der Diskursstränge möglich

2 Zusätzliche Untersuchungen der TV-Medien wären dennoch sinnvoll, weil bisher noch ziemlich unerforscht ist, ob und wie die TV-Medien, was ihre politische Wirksamkeit betrifft, ihre verbale und intellektuelle Dürftigkeit durch die >Kraft der Bilder< kompensieren können. Es ist zu vermuten, daß die in den TV-Sendungen ins Bild gebrachte Kollektivsymbolik, die durch Photos, Karikaturen und sprachliche Bilder auch die Print-Medien beherrscht, in den TV-Medien besondere Wirksamkeit entfaltet und damit erheblich zur Schaffung und Verfestigung politischer Gedankenzusammenhänge beiträgt. Vgl. dazu generell die Kollektivsymboltheorie Jürgen Links (Link 1982 passim) und den Beitrag des Systems kollektiver Symbole zur Erzeugung des Eindrucks gesellschaftlicher Normalität auch des abstrus Nicht-Normalen bei Link 1997a.

3 Die Archivierung erfolgte bis Ende 1996 fortlaufend, so daß wir uns auch auf gegenwartsnähere Aussagen beziehen können.

4 Damit betonen wir, daß das Material nach Thematiken archiviert wurde: Das Dossier als solches enthält also bereits eine "Aussage", die ihm dann nach den Regeln der Diskursanalyse in systematisierter Form entnommen werden kann.

5 Ohne die Benutzung des Medienarchivs des DISS, das in den letzten Jahren von den MitarbeiterInnen der Duisburger Diskurswerkstatt im DISS aufgebaut werden konnte, wären die folgenden Analysen nicht möglich gewesen. Für diese ausschließlich ehrenamtlich ausgeführte Mitarbeit möchten wir uns herzlich bedanken!

ist. Die Grundstruktur der Untersuchung macht dabei

1. die journalistische Darstellung von "Rechtsextremismus" aus, wobei die Frage nach der Reproduktion von völkischen Einstellungsmustern berücksichtigt wird;
2. wird das (mögliche) Auftreten der Kernideologeme des Völkischen Nationalismus in anderen Themenbereichen analysiert. Dabei betonen wir die Themenschwerpunkte "Einwanderung/Flüchtlinge/Ausländer" einerseits und "Bio-Politik" (Umfeld Gen-Technologie/Körperbezug allgemein) andererseits.⁶

Diese Medienanalyse besteht im Wesentlichen aus der Nachzeichnung der betreffenden Diskursstränge über einen mindestens 12-monatigen Zeitraum sowie aus Feinanalysen jeweils eines oder mehrerer typischer Artikel bzw. von Artikelfolgen, die die Bedeutung der betreffenden Zeitung für eine Renaissance des Völkischen Nationalismus sichtbar machen und Auskunft darüber geben können, welche Formen dieser in unserer Gegenwart angenommen (oder auch beibehalten) hat. Damit erhalten wir insgesamt einen aktuellen synchronen Schnitt durch den jeweiligen Diskursstrang bzw. seine Unterthemen, durch den Form und Inhalt der Medienberichterstattung zu den betreffenden Themen deutlich gemacht werden können.⁷

6 Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß wir damit nur einen Ausschnitt der möglichen Themen, die völkisch gefärbt sein können, untersuchen. Dieser scheint uns jedoch besonders charakteristisch zu sein, weil hier die für diese Ideologie typische Naturalisierung des Sozialen besonders augenfällig werden kann. Zur Bio-Politik vgl. auch Reinfeldt/Schwarz 1992, Jäger 1995b, Putzker 1996 sowie M. Jäger/S. Jäger/Ruth/Schulte-Holtey/Wichert 1997.

7 Der Zeitraum von mindestens einem Jahr ist gewählt worden, um die qualitative thematische Breite des Diskursstrangs nicht zu verfehlen. Dabei war in Kauf zu nehmen, daß sich viele Unterthemen überaus häuften, was einer qualitativen Analyse allerdings keinen Abbruch tut. Die folgenden Analysen gehen nicht nach einem bestimmten >Schema< vor und können und müssen keineswegs alle Aspekte der jeweiligen Diskursstränge berücksichtigen. Es schien uns angebracht, wegen der Fülle des Materials sowohl Verläufe von Diskursen wie auch Tiefenlotungen vorzunehmen, so daß trotzdem ein differenziertes Bild gewonnen werden kann.

Die Darstellung des (Rechts-)Extremismus und der Diskurs "Einwanderung / Flüchtlinge / Ausländer"

"Rechtsextremismus"

In der Berichterstattung über RechtsextremistInnen und Rechtsextremismus wird in der Regel zwischen drei Gruppen unterschieden: Den rechtsextremen Parteien, deren Status als extrem und verfassungsfeindlich immer wieder diskutiert wird, und dem offen gewalttätigen Rechtsextremismus, der wiederum in zwei Gruppen, nämlich einmal die angeblich unorganisiert-spontanen "Skins" und zweitens organisierte "Neo-Nazis" aufgeteilt wird. Die Untersuchung folgt zunächst dieser Kategorisierung, die sich an die Definitionen des Verfassungsschutzes anlehnt (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 803f.), um resümierend den Gesamt-Charakter des Diskurses herauszustellen.

Bild-Zeitung

In Bild, einer Zeitung, die das mystische Raunen liebt und der Vernebelungstaktiken zur zweiten Natur geworden sind, verschwimmen die genannten Kategorien oft ineinander. Doch wenn es um die Herleitung der Beweggründe für die Gewalt geht, tauchen sie in gewohnter Trennschärfe auf: da handelt es sich bei "rechtsradikalen Jugendlichen" um verwahrloste Sprößlinge aus Alkoholikerfamilien, die dem Beispiel ihrer Eltern Folge leistend, zur Flasche und dann zur Gewalt griffen,⁸ oder schlicht um "die rechten Irren" (13.08.94), womit das Problem in den sozialen oder seelischen Untergrund abgedrängt wird.

Der organisierte Rechtsextremismus und seine Funktionäre werden aber auch von Bild vehement abgelehnt: Auch im letzten Jahr des Franz Schönhuber als Vorsitzender der REPublikaner brachte er durch seine Äußerungen die Partei in die Schlagzeilen. Als er dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, "Volksverhetzung" vorwirft, hat er seine regelmäßige Erwähnung in der Bild für die nächsten Tage gesichert. So titelt etwa Bild vom 29. März 1994: "Wut,

8 Ein Beispiel: "Lübecker Brandstifter. 30 Dosen Bier am Tag", *Bild* v. 26.11.94, S. 6.

Scham - Deutsche Politiker fordern: Schönhuber ins Gefängnis!", und als die zuständige Staatsanwaltschaft entscheidet, Schönhuber nicht anzuklagen, appelliert Bild selber: "Schönhuber & Co. Stoppt die braune Flut!" Trotz des Kollektivsymbols von der "braunen Flut", das wohl >Kot und Unrat< assoziieren soll, stilisiert Bild den Rechtsextremismus zu einer "kleine(n) Schar antidemokratischer Radikaler", die "den guten Ruf Deutschlands überall auf der Welt" gefährde. Das Problem bestehe vor allem "im laschen Umgang" der Behörden und der PolitikerInnen mit dieser Randerscheinung, und es könne nur durch "Deutschlands" entschlossenes Handeln gelöst werden (8.04.94). Der Rechtsextremismus, das zeigt sich schon hier, in seiner offenen, organisierten oder gar militant terroristischen Form behagt Bild in keiner Weise. Das hindert das Blatt aber nicht im mindesten daran, wie sich zeigen wird, selbst rechtsextreme Ideen zu verbreiten.

Um entschlossenes Handeln ging es der Zeitung auch in ihrer Berichterstattung über die Diskussion der PolitikerInnen darüber, ob die REPublikaner nun extrem, also verfassungsfeindlich, oder doch >nur< rechtsradikal seien. Die >wankelmütige Position< des Bundesinnenministers Manfred Kanther (CDU), der nur von "Anhaltspunkten" oder von einem "Abrutschen zu den Extremisten" spricht, wird von Bild mit der eindeutigen Aussage unterlegt: "Verfassungsschutz. Republikaner sind rechtsextrem" (14.04.94). Für die SPD fordert der oberste Verfassungsschützer von NRW Baumann ein Verbot der Partei. Kanther wird auf der Titelseite präsentiert, Baumann findet sich umseitig in einer Kurzmeldung wieder.

Die Berichterstattung über den organisierten Rechtsextremismus erscheint in der Regel in Kurzmeldungen, in denen von Waffenfunden, vom geplanten "Rudolf Heß Gedenkmarsch" und dem staatlichen Bemühen, diese zu verhindern, oder von Gerichtsverfahren die Rede ist.

Um "die Gefahr von Rechts" bemühen sich auch die äußerst seltenen Schlagzeilen, wie "Giftgas? Terror-Alarm in Bonn. Unbekannte Chemikalien bei Neo-Nazis gefunden." (1.04.95)⁹, "Terror von rechts. Gefahr für Politiker und Gewerkschafter" (18.06.95). Auch finden sich anerkennende Kommentare wie, "FAP-Verbot. Kanther verteidigt die Demokratie" (25.02.95).

Meldungen über rechtsextreme Brandanschläge, Übergriffe auf Einzelpersonen oder antisemitische Gewalt (Schändung von Friedhöfen, KZ-Gedenkstätten, Anschläge auf Synagogen etc.), die in der Regel als Taten von Unorganisierten erscheinen, sind der Bild in der Regel ebenfalls nur eine Kurzmeldung wert oder finden gar keine Erwähnung. Konjunkturrell nehmen diese Formen rechtsextremer Gewalt auch den >begehrten< Platz auf der Titelseite ein oder bringen es auf die Länge eines bebilderten Artikels. Kann auch ein solches Festhalten an der Doppelstrategie von Distanzierung und Normalisierung festgestellt werden, wird sie jedoch zusehends durch eine neue Strategie verdrängt: Fälle von Gewalttaten, die sich gegen Flüchtlinge und MigrantInnen richten, werden immer seltener einem "ausländerfeindlichem Hintergrund" zugeordnet. Die Gewalt als diskursives Ereignis wandert in einen anderen Diskurs hinein, mit dem wir uns weiter unten noch beschäftigen werden: in den Diskurs über Einwanderung, Flucht und Asyl.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung werden Gruppen und Einzelpersonen, die als "rechtsradikal" oder "rechtsextrem" verortet werden, in die drei Kategorien "fremdenfeindliche Jugendliche", "Neo-Nationalsozialisten" und "rechtsradikale Parteien" unterteilt. Diese Kategorien werden explizit vom Verfassungsschutz übernommen (s. den Artikel "Die Fremdenfeindlichkeit als einende Klammer", FAZ vom 20.5.95). Die Bewertungen, Einschätzungen und politischen Forderungen, die daraus gezogen werden, können selbst innerhalb einer dieser Kategorien durchaus widersprüchlich erscheinen, fügen sich aber dennoch zu einem Gesamtbild zusammen, das den LeserInnen eindeutige Applikationsvorlagen liefert.

9 Der Diskurs "Rechtsextremismus" erfährt hier eine interessante Verknüpfung mit dem Giftgas-Anschlag der Aum-Sekte auf die Tokioter U-Bahn, die von *Bild* in einer nicht enden wollenden Serie apokalyptischer Bilder an die Wand gemalt wurde. Ein "Fahnder" gibt zu Protokoll: "Nach dem Giftgas-Anschlag von Tokio sind wir natürlich besonders sensibilisiert, wenn wir Chemikalien finden..."

Der Umgang mit "rechtsradikalen Jugendlichen" in der FAZ bewegt sich ganz innerhalb des neokonservativen Beklagens des "Verfalls der Werte". Auf dieser Grundlage gelingt es der Zeitung, sich von den "exzessiven Gewalttätigkeiten von Skinheads" (13.10.94) zu distanzieren; bei den TäterInnen wird eine "allseitig gestörte() Persönlichkeit" (10.8.94) ausgemacht. Alle sind bedroht: "Opfer sind Ausländer und Deutsche, Frauen und Männer." (13.10.94) Die Lösung wird im >starken Staat< gesucht.

"Doch wenn in einer Gegend der permanente Gesindel-Anteil hoch ist, dann muß dort auch die Polizei beständig mit einer großen Dichte präsent sein. Gesindel zieht Gesindel an: auch rechtsextremistische Schläger bevorzugen Tatorte, an denen die Ordnung des Rechts wie aufgelöst erscheint und sie sich wie Fische im Wasser fühlen können." (2.7.94)

Vehement wird beklagt, daß der Staat seine primäre Aufgabe als "Schutzgemeinschaft" (Schäuble) nicht einlöse:

"Wenn der Staat die Bürger vor Gewalt nicht mehr schützen kann, verliert er sein Gewaltmonopol, verliert er damit aber auch selbst die Legitimität." (13.10.94)

Verantwortung trägt aber nicht nur der (>schwache<) Staat, sondern auch die Familie, die sich in einer "Existenzkrise" befinde; entdeckt wird die "vaterlose Gesellschaft", das Fehlen starker Väter, die den ungeratenen Knaben durch körperliche Züchtigung hätten Räson beibringen können (vgl. dazu auch Kretschmer/Jäger 1996, S. 802 ff.). Zum anderen wird der Vorwurf erhoben, den BürgerInnen fehle die Zivilcourage, der rechtsextremen Gewalt aktiv entgegenzutreten. Mag dies zunächst erstaunen, erweisen sich diese und ähnliche Vorwürfe bei näherem Hinsehen als Spitze gegen links:

"So sind die Leute, wenn ihnen Heerscharen von Politikern und anderen Autoritäten jahrzehntelang einimpfen, die Bestimmung des Menschen sei sich selbst (und sonst nichts) zu verwirklichen, und dazu immer neue Rechte fordern. Der >mündige Bürger< zeigt sein erschreckendes Gesicht." (2.7.94)

Nicht der (brave) Bürger wird zum Hauptangeklagten, er wird gleich wieder verständnisvoll eingemeindet, sondern >die Linke<, deren

"Selbstverwirklichungs-Ideologie" hier im Gegensatz zu der eigenen Forderung nach Zivilcourage steht.

Die durch völkisch-nationalistisches Denken motivierte Gewalt ver-schwimmt hinter Phrasen wie "junge Deutsche", in der verschleiern-den Gleichsetzung mit "linksextremistischen Schlägern", mit "Schulhof-Schlägern" und, weit weg von jeder politischen Einfärbung: "Gesindel aller Art".

In einer 1994 beginnenden Phase verlegt die militante Neonazi-Sze-ne (nach einigen Verboten) ihre Aktivitäten aus dem öffentlichen Raum in den Untergrund hinein und baut dort ihre verdeckten, im wesentli-chen Anti-Antifa-Strukturen auf.¹⁰ Damit ist sie weitgehend ver-schwunden, auch aus den Zeilen der FAZ. Gelegentlich finden sich Kurzmeldungen und im Umfang begrenzte Artikel wie der über das "Nationale-Info-Telefon" in Mainz und die Anti-Antifa-Liste "Der Ein-blick" (25. 1. 94).

Werden auf der einen Seite beschränkte Möglichkeiten der Staatsan-waltschaft, gegen "perfid formulierte Texte" vorzugehen, reklamiert, fehlt der Hinweis auf das ernst zu nehmende "Treiben der rechtsradika-len Szene" nicht - die juristischen Möglichkeiten für das polizeiliche Vorgehen würden geprüft. Der Kanon der Berichterstattung bewegt sich zwischen einem Herunterspielen der Ausmaße terroristischer Or-ganisationsstrukturen der Neo-Nazis - was ein dosiertes Handeln der Verfolgungsbehörden gegen Neo-Nazis absichert - und der Verurtei-lung von "Herrenmenschendenken und Antisemitismus".

An der Debatte um die Einstufung der REPublikaner als "rechtsex-trem" hat sich die FAZ nicht mit einem eindeutigen Urteil beteiligt. Als Noch-REP-Vorsitzender Schönhuber und Gerhard Frey, Chef der Deut-schen Volksunion (DVU) im August 1994 die Zusammenarbeit ihrer Parteien ankündigen, ist eine, wenn auch zurückhaltende Zustimmung für die Fraktion um den baden-württembergischen Vorsitzende der RE-Publikaner Rolf Schlierer zu verzeichnen, die sich dann Ende des Jahres auch durchsetzen sollte. Dies drückt sich in der kommentarlosen Wie-dergabe seiner Äußerungen und Absichten aus. So wird Schlierers Ab-

10 Vgl. zu dieser Wende auch Maler 1996, S. 577 ff.

grenzungsbemühung, sich als "Nationalkonservativer" gegenüber dem "Sozialpatrioten" Schönhuber zu profilieren (4.10.94), mit Zitaten belegt: ">Er will nach rechtsaußen, ich will mehr in die bürgerliche Mitte.<" (2.9.94) oder: "Schlierer sagte, er wolle einen starken Staat, nicht einen starken Mann in Deutschland." (19.12.94) Insgesamt wird aber das Bild einer heillos zerstrittenen und unfähigen Partei gezeichnet, die in den "letzten ideologischen Zuckungen" läge. Ihrer diskussionswürdigen >Lieblingsthemen< seien die REPs durch "vernünftige Gesetze" entledigt worden, womit offensichtlich vor allem auf die De-facto-Ab-schaffung des Artikel 16 GG bezug genommen wird. (4.10.94)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Berichterstattung der FAZ über die rechtsradikale Junge Freiheit, die besonders in ihrer Anfangsphase ab 1986 nicht nur eine personelle Nähe zu den REPs aufwies, sondern bis heute insbesondere strategische Parallelen (in Arbeitsteilung) zu ihnen aufweist (vgl. Kellershohn 1994, S. 45-51). Auch die JF ist auf den Kurs Richtung "Mitte" umgeschwenkt. Wird auch "nach dem Zusammenhang zwischen einer rechten Publizistik und dem Rechtsradikalismus, der auf der Straße gewalttätig wird" gefragt, könne die JF dennoch "für ein unbefangenes Auge hinreichende Indizien für rechtsradikale Tendenzen nicht" bieten (24.1.94).¹¹ Als Ende 1994 autonome AntifaschistInnen einen Brandanschlag auf die Druckerei der JF verüben, die pikanterweise der FAZ-Verlagsgruppe angehört, wird den völkischen Nationalisten der JF noch einmal ihre Zugehörigkeit zur politischen "Mitte" als "rechtskonservative Wochenzeitung" bestätigt (vgl. 9.12.94).

Insgesamt erfüllt der "Rechtsextremismus" in der FAZ die Funktion einer Markierung der Grenze zur "Mitte". Völkisch-nationalistisch motivierte Gewalt, ja Gewalt im allgemeinen wird einem um sich greifenden Verfall der Werte zugeschrieben. Hinter dieser "Orientierungslosigkeit" wird die Linke entdeckt, die somit als >Volksschädling< gleichsam der "Mitte" entzogen ist. Der Rechtsextremismus erscheint nicht als ein eigentlich >deutsches Problem<, erlaubt aber dennoch -

11 Inzwischen ist ein Urteil ergangen, in dem es heißt, daß die *JF* im NRW-Verfassungsschutzbericht "zu Recht als rechtsextremistisch eingestuft worden" ist (Az.: 1L3150/96) (Quelle: FR vom 29.10.1996).

wenn erwünscht - nach dem starken Staat zu rufen. Der parteipolitische Rechtsextremismus wird nicht als solcher verhandelt. Hier wird überwiegend die sektiererische und populistische Form kritisiert. Die Inhalte >republikanischer Politik< werden offen als >Themen der Mitte< deklariert, der Wende der Partei hin zu mehr >Seriosität< (so Schlierer in der JF) wird zumindest Sympathie zuteil.

Focus

Das Magazin Focus beteiligt sich an der Reproduktion des neokonservativen Diskurses, indem es durchgehend einen "Verfall der Werte" propagiert, der für die Erklärung rassistischer und antisemitischer Gewalt von deutschen Jugendlichen herangezogen wird. Eine Berichterstattung oder gar Kommentierung von Überfällen z.B. auf linke Jugendliche oder Obdachlose sucht man hier vergebens.

Ein "Schlimmes Milieu", so betitelt der Focus seinen Artikel zum Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge im März 1994. Und dieses Milieu, das dafür verantwortlich gemacht wird, daß in Deutschland wieder Synagogen brennen, wird folgendermaßen ausgemalt: "Zerrüttete Elternhäuser, geringe Schulbildung, viel Alkohol, keine Chance auf Arbeit..." Die "Jungs" seien aber eigentlich ganz in Ordnung, denn "Rechtes Geschrei und Anschläge findet das Trio aber nur im Suff gut. Ist Nico T. nüchtern, benimmt er sich unauffällig, ist mit Ausländern befreundet." Ein Pädagogikprofessor versichert, daß "rechte Cliques ein Familienersatz" seien, "deren Mitglieder sich auf Bewährung profilieren". Gewalt erscheint als Rache gescheiterter Existenzen. Im letzten Absatz sieht der Focus-Autor dann noch den Krummdolch blitzen:

Einer der Täter, "Stephan W.", will sich seit der Verhaftung lieber von Ausländerhaß distanzieren: Er teilt sich im Gefängnis Neumünster die Zelle mit einem Araber." (19/94, S. 36f.)

Hier wird die Verbindung von Ausländern und Kriminalität auf subtile Weise nahegelegt.

Als ein wirkliches Problem wird im Focus aber folgendes verhandelt: "Image. Das leben mit dem Makel. Nach Terror-Anschlägen kämpfen deutsche Städte verzweifelt um ihren guten Ruf." Hier geht es nicht um die terrorisierten Opfer, der Terror richtet sich gegen die Deut-

schen:

">Nazi-Nest<, >Terror-Stadt<, >Radikalen-Bunker<. Beschimpfungen, mit denen immer mehr Menschen in Deutschland klarkommen müssen."

Exemplarisch wird aufgezeigt wie die Städte Magdeburg, Solingen, Mölln, Rostock und Hoyerswerda über Sozialarbeit für eine "ausländerfreundliche Umgebung" sorgten. Magdeburgs Bürgermeister beklagt: "Ich verstehe das nicht. Jahrelang haben wir erfolgreich prophylaktisch gearbeitet. Und dann so etwas." Die statistischen Angaben sollen da wohl näheren Aufschluß über die Gründe für die "Terror-Anschläge" geben: Den Angaben zu den Bevölkerungszahlen fehlt der Hinweis auf den Ausländeranteil nicht. Auch der Verweis auf Arbeitslosigkeit taucht wieder auf. Hinzu kommen Probleme wie "Wohnungssicherung", Tourismus-Image oder steigende Kriminalität. >Beschaulichen< Postkartenmotiven stehen "Bilder der Gewalt" gegenüber. (Nr. 23 1994, S. 48f.)

Werden die fürs nationale Image unbequemen Brandanschläge zu Taten von "Jungs" hochstilisiert, die vom >Pfad der Tugend< abgekommen seien, so taugen dieselben im Kontext des Diskurses über "Innere Sicherheit" dazu, der Forderung nach einer Ausweitung repressiver Praktiken eine größere >Wahrhaftigkeit< zu verleihen. Zur Integration der "Jungs" in den allgemeinen Kriminalitäts-Diskurs ("Innere Sicherheit") werden die angeblichen Opfer "zerrütteter Elternhäuser" nun zu "Terroristen" umdefiniert. So beschäftigt sich der Artikel "Nachts in Berliner S-Bahnen" (in Nr. 43/1994, S. 56) mit dem Verhalten der zuständigen Behörden folgendermaßen: Die polizeiliche Aufrüstung durch 400 BGS-BeamInnen in Berlin, die dortige S-Bahn gerät gerade im Wahlkampf als Tatort rechter Schläger in die Schlagzeilen, kritisiert ein BKA-Psychologe mit den Worten: "Da schaukeln sie sich am falschen Ende hoch." Die Zeugen müßten zur "Solidarisierung", zur Überwindung "normalbürgerlichen Verhaltens" bewegt werden. Den "hektischen Gegenmaßnahmen" der Berliner Stadtoberen wird ein >ökonomisch ausgewogeneres< Sicherheitskonzept vorgelegt: "Die Politiker sollten endlich die Gesamtrechnung aufmachen. Wenn Begleitpersonal eingespart wird, produziert die Kriminalität vielfache Kosten." Hier

wird also die konkrete Umsetzung der im Diskurs über Innere Sicherheit angelegten Vorgaben durch die kontinuierliche Anwesenheit von "Begleitpersonal" eingefordert.

Um "Kriminalität" geht es auch im eigentlichen Hauptartikel:¹² "Trittbrett für Opfer. Gewalt animiert nicht nur zu Verbrechen, sondern auch zu erfundenen Opferstorys". (ebd., S. 54ff.) Die Kernaussage des Artikels ist: "Daß die Publizität eines Verbrechens Menschen dazu bringt, sich als Täter oder als angebliches Opfer ins Rampenlicht zu stellen, ist nicht neu." Soziologe Muck von der Polizeiführungsakademie Münster bestätigt das. So kann der "Terror der Glatzen" zur immanenten "Spirale der Gewalt" erklärt werden, das Opferrollenspiel für die Zerstörung der "Bereitschaft der Bevölkerung, brutale Straftaten zu ächten," verantwortlich gemacht werden - so der Kommentar des Sprechers einer "Opferhilfsorganisation". Aber auch diesen >LaiendarstellerInnen< könne keine "Kühle Berechnung" vorgeworfen werden. Das "Potsdamer >Opfer< Elke S.", eine "hilflos und zerbrechlich wirkende Frau, habe mit ihrer Lüge >etwas eingerührt, was ihr über den Kopf wuchs<, so Professor Hans Röding." (ebd., S. 56)

Auch die Kategorie "Neonazismus" als Bestandteil des "Rechtsextremismus"-Diskurses wird zusehends in den Diskurs "Innere Sicherheit" integriert, womit Rechtsextremismus als eigenständiges Phänomen zum Verschwinden gebracht wird.¹³ Auch dem Focus ist er nur selten einen Artikel wert.

So wird etwa die juristische Verschleppungstaktik angeklagter Neonazis angeführt, um dem Anliegen der "Reformer", die Justizminister von Baden-Württemberg und Bayern, auch "vor Tabus nicht haltmachen" zu können, unmittelbar verständlich zu machen. Unter der Überschrift "Kurzer Prozeß" geht es um eine von staatswegen effizientere Gestaltung des Justizwesens. (24/94, S. 52) Anlässlich des Verbotes der "Wiking-Jugend" kommen "Extremismus-Experten" zu Wort, die ent-

12 Bei dem soeben angeführten S-Bahn-Artikel handelt es sich um einen graphisch besonders hervorgehobenen Sub-Text zum Thema.

13 Vgl. dazu ausführlich Kunz 1996, der zum IS-Diskurs eine ausführliche Analyse vorgelegt hat. Es zeigt sich, daß dieser mit neo-rassistischen Diskriminierungen einhergeht.

weder die Überfälligkeit des konkreten Verbots beklagen oder aber vor einem Abtauchen in den Untergrund warnen und deshalb raten, "Rechtsextremisten einen gewissen Auslauf zu lassen." (46/94, S. 30ff.)

Als "Schlapphut-Streit" (4/94, S. 14) taucht auch im Focus die Debatte um die verfassungsschutztechnische Definition der REPublikaner wieder auf. Ist eine eindeutige Stellungnahme auch ebensowenig zu finden, wird das Schönhuber-Frey Bündnis als eine Selbstbezeichnung gewertet ("Schönhubers Maske fällt"). Die Bemerkung, daß sich dies zu Gunsten der CSU auswirken werde, suggeriert, daß es sich bei den REPs vor diesem Bündnis um eine Partei mit normalen Inhalten gehandelt habe. (35/94, S. 14)

In der Bewertung der jungkonservativen Wochenzeitung Junge Freiheit dominieren im Focus, mehr noch als in der FAZ, deutlich die Sympathiebekundungen und damit >Hilfestellungen< zur Aufnahme in die "Mitte", gegenüber der angedeuteten Schelte, daß es sich bei der JF möglicherweise um ein >rechtsradikales< Blatt handeln könne. In einem ironisch gestylten Artikel wird die JF als "ein erfolgreiches Blatt" verhandelt, das eine "Kulturrevolution von rechts" wolle. Ob die Redaktion, bestehend aus "Ex-Reps", nun auf "dem Boden der Grundgesetzes", stünde wird offengelassen. Einerseits sei sich die JF für "dumpfe Revanchismus-Parolen á la Gerhard Frey zu fein" und interviewe nicht nur "Promi-Partner... aus der braunen Ecke". Andererseits werden Verbindungen der JF zur "militanten Neonazi-Szene" mit dem Erscheinen des Redakteurs Thorsten Thaler "im >Einblick<, der ... >Todeslisten< von linken >Feinden< abdruckte",¹⁴ aufgezeigt. (2/94, S. 37). Nach dem Anschlag im Dezember 1994 auf die JF sieht der Focus in dieser hingegen "die rechtskonservative Wochenzeitung", deren Druckerei und AbonnentInnen von "Linksextremisten" bedroht seien. (51/94, S. 171)

14 Dort findet sich auf Seite 13 der Nachdruck eines Thaler-Artikels aus der rechtsextremen Zeitung "NATION und EUROPA".

Distanzierung und Normalisierung: Ein knappes Zwischenresümee:

Anhand der bisher untersuchten Zeitungen läßt sich das Fortbestehen einer Strategie von Distanzierung und gleichzeitiger Normalisierung des Rechtsextremismus nachweisen. Charakteristisch ist hierbei die Ablehnung der Form (>Gewalt<, Populismus) bei gleichzeitiger Sanktionierung bzw. Normalisierung der Inhalte (Asylpolitik, starker Staat) der als rechtsextrem kodierten Gruppen und Einzelpersonen. Am ausgeprägtesten erscheint dieser Zusammenhang im Focus. Dies zeigt sich besonders an der offenen Verbindung des Themas mit dem der "Inneren Sicherheit" (IS), das zu einer bündelnden Klammer der beiden hier untersuchten Diskurse geworden ist; hierauf wird im Verlauf der Analyse noch näher einzugehen sein.

Die Zeit

Im Gegensatz zur Bild-Zeitung, zu FAZ und Focus sind in der Wochenzeitung Die Zeit antirassistische und antifaschistische Stimmen durchaus präsent. So erscheinen etwa die Forderungen des Lübecker Bürgermeisters Bouteiller oder des Bündnisses gegen Rassismus nach dem Brandanschlag auf die Synagoge, "faschistische Organisationen zu verbieten", als so relevant, daß sie in der Zeit erwähnt werden. Zustimmung erhält der Lübecker Bürgermeister zu diesem Zeitpunkt auch noch für seine Aussage, daß seine Stadt mit dem ersten Synagogenbrand in Deutschland nach fünfzig Jahren "ein neues Symbol erhalten" habe.¹⁵ (1.4.94)

Auch den kritischen Erklärungsversuchen des Israelischen Botschafters Avi Primor "für den wachsenden Rechtsextremismus" schenkt Die Zeit ihre Aufmerksamkeit. (12.8.94) Primor war durch seinen Besuch der KZ-Gedenkstätte Buchenwald nach einem Überfall von Nazi-

15 Anders erscheint das Bild des couragierten Bürgermeisters Bouteiller nach dem Brand des Lübecker Flüchtlingsheims in der Neuen Hafenstrasse im Januar 1996. Im Gegensatz zur konservativen Presse, die ihn in diesen Tag der "rhetorischen Exzesse" und des "unzulässigen Politisierens" beschuldigt, pathologisiert *Die Zeit*: "Angesichts der Opfer aus der Amtsrolle gefallen: Bürgermeister Bouteiller." (26.1.96, S. 10) Vgl. auch Kretschmer/Jäger 1996, S. 813 ff.

Skins in der Öffentlichkeit bekannt geworden. Kern der Kritik ist die "Unterschätzung der rechtsradikalen Gefahr" vor dem Hintergrund der wieder lebendig gewordenen "deutsch-jüdischen Geschichte". Der Zeit-Redakteur:

"Reaktionen der politischen Klasse auf die ersten massiven fremdenfeindlichen Anschläge ließen auf sich warten, besorgt wirkte man weniger um das Schicksal der Bedrohten als um das deutsche Ansehen in der Welt. Die staatsoffizielle Berliner Kundgebung gegen Ausländerhaß ließ daher nicht nur wegen der Krawallszenen gemischte Gefühle (aufkommen)."

Mit den "Krawallszenen" auf der Kundgebung vom 8. November 1992 sind die Farbeierwürfe von Autonomen auf den damaligen Bundespräsidenten Weizsäcker gemeint. Diese Protestform, die sich gegen eben diese "Reaktionen der politischen Klasse" gerichtet hatte (vgl. taz v. 10.11.92), mit letzterer gleichzusetzen, zeigt hier schon die Grenze der Kritikfähigkeit an. Dies drückt sich ebenfalls in der Beteiligung der Zeit an der diskursiven Vorbereitung zur De-facto-Abschaffung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz aus, die weiterhin eine Rechtfertigung erfährt.¹⁶ In diesem Artikel findet dann auch diese Grundgesetzänderung bezeichnenderweise keine Erwähnung. Nichtsdestoweniger fragt der Zeit-Autor, ob die Einschätzung Primors, die Lichterketten als "adäquate Gegenwehr der deutschen Demokraten" beurteilt zu haben, nicht

16 So wird der "autobiographische Bericht" des SPD-MdB's Freimut Duve "Vom Krieg in der Seele. Rücksichten eines Deutschen" unter dem Titel "Prekäre Balance" besprochen. Gemeint ist hier Duves Rechtfertigung, sich an der Demontage des Asylrechts beteiligt zu haben. Sein ">wichtigstes Motiv<" sei, daß ">die Furcht vor den Millionen, die angeblich morgen kommen..., den Frieden mit jenen, die hier sind, die zum Teil seit Jahrzehnten bei uns sind, nicht beschädigen, nicht zerstören (darf) ... Die Demokratie der Deutschen kann nicht leben, wenn in ihr und mit ihr keine Ausländer leben können.<" Anscheinend trauen Duve und Zeit-Autor der Zivilgesellschaft in Deutschland nicht sehr viel zu, wenn sie übereinkommen, daß nur die Verwirklichung der Parole >Asylan ten raus!<, "Demokratie und Zivilität möglich macht." Selbst die Deutschen deren Eltern oder Großeltern in dieses Land einwanderten bleiben hier "Ausländer", die auf die "Rücksichten eines Deutschen" angewiesen sind. (11.11.94)

eine Überschätzung der "Widerstandskraft der Demokraten" dargestellt habe. Mögliche Konsequenzen aus dieser Fragestellung werden nicht formuliert.

In der Darstellung "jugendlicher Skins" wird die besondere Funktion der liberalen Zeit im hegemonialen Konsens noch deutlicher. Ein Beispiel ist der Artikel des Soziologen Roland Eckert "Identität durch Gewalt. Punks, Skins, Autonome, Hooligans - wer sind sie? Eine Typologie" (12.8.94). Zunächst arbeitet Eckert Unterschiede "jugendlicher Subkulturen" heraus, etwa "Provokation der Nazi-Symbolik", Beteiligung an "rassistischen Ausschreitungen" durch "Skins" im Gegensatz zum Antimperialismus und einer "anarchistische(n) Vorstellung von der Selbstbehauptung in staatsfreien Räumen" bei "Autonomen". Diese Differenzierungen werden dadurch wieder nivelliert, daß gesagt wird, es handele sich dabei nur um verschiedene "Selbstdarstellungs- und Konfliktstrategien", die zum Selbstzweck einer symbolischen "Identität durch Abgrenzung" werde. Über diese argumentative Schiene klinkt sich der Zeit-Gastautor Eckert wieder in den neokonservativen Diskurs ein: Mit "Wanderungen durch die verschiedenen Lager" einzelner Jugendlicher werden unterschiedliche Formen und politische Ausrichtungen in den allgemeinen Kanon "Identität durch Gewalt" zurückgeholt. Mit dem Hinweis auf die "Herkunft eines Großteils aus Problemfamilien" wird die Verantwortung für diese diffuse Jugend-Gewalt in die Individuen und die privaten Räume hinein projiziert.

Anläßlich des diskursiven Ereignisses "Tatort S-Bahn" reiht sich Die Zeit problemlos in den neokonservativen Ruf nach dem starken Staat über den Innere-Sicherheits-Diskurs ein: "Terror auf den Schienen. Raub und Mordversuche: Wer macht die Berliner S-Bahn sicher?" (14.10.94) Hierbei favorisiert Die Zeit das staatliche Gewaltmonopol im Gegensatz zu Focus, dessen Präferenzen auf der Privatisierung der "Sicherheit" zu liegen scheinen (vgl. oben). Der Artikel behandelt den "Fall des Ghanaers Martin A.", der von Skinheads niedergestochen und aus der S-Bahn gestoßen worden sei. Dessen ist man sich in dieser Ausgabe noch sicher. Bei der Motivsuche wird "allgemeiner Frust und Abneigung gegen Ausländer" entdeckt. "Diese desolate Gemütslage ist typisch für die gewaltbereiten, rechtsextremistischen Skinheads."

Hat die Pathologisierung der rassistischen Täter hier noch die Funktion, die rassistischen Applikationsvorlagen, die der hegemonialen Diskurs bereithält, zu verschleiern, kippt eben dieser "Fall" am 2. Dezember 1994 in den "Opfer-Täter"-Diskurs um: "Große Zweifel. War Martin Agyare aus Ghana Opfer der Skins?" Nun sind für Die Zeit alle verrückt: Einer der vier Festgenommenen, der ein Geständnis abgelegt hat, "gilt nach einem psychologischen Gutachten als neurotisch und nicht glaubwürdig." Das Opfer Agyare betreffend, fragt sich Die Zeit:

"Hat der Mann schlicht gelogen? Oder hat er sich - unter den Folgen seiner schweren Kopfverletzungen und ausgefragt von Vernehmungsbeamten - eine Geschichte zurechtgelegt, die er für die Wahrheit hält?"

Die "Glaubwürdigkeit der wirklichen Opfer" werde hierdurch diskreditiert - der Überfall auf den Migranten wird in direkten Zusammenhang mit den "Trittbrett-Opfern" (Focus, vgl. oben) gestellt! Täter und Opfer werden hier gleichermaßen zu psychisch Kranken erklärt; ein rassistisch motivierter Mordversuch kann so im Nachhinein bagatellisiert und individualisiert werden.

Auch in der Darstellung von Neonazis sind Unterschiede wie Parallelen zwischen der konservativen Presse und der liberalen Wochenzeitung Die Zeit auszumachen. Ein Unterschied besteht in dem größeren Umfang, den die Beschäftigung mit neonazistischen Organisationsstrukturen einnimmt. So beschäftigen sich größere Reportagen etwa mit der FAP, die die "Bürgerruhe" in einem Ort bei Hamburg störe (22.4.94), oder mit dem nach einigen Verboten laut angekündigten (und vorübergehenden) Abtauchen der Neonazis in den "Untergrund". In einer dieser Bekundungen militärisch operierender Neonazis findet die Zeit Bezugnahmen auf Anschläge der RAF.¹⁷ Auch die Äußerungen von "überzeugte(n) National-Sozialisten", wie: ">Mit echten Linken kann ich besser reden als mit bürgerlichen Kriechern<" bestärkt Die Zeit in ihrem Urteil, es entstehe hier eine "Braune-Armee-Fraktion" (13.1.95). An die Stelle gesellschaftskritischer Analysen tritt die kurz-

17 Es handelt sich hier um die Artikel-Serie "Eine Bewegung in Waffen" im *NS-Kampfruf* (Organ der NSDAP/AO), die u.a. Anleitungen zum Bombenbau und Organisation des >Untergrunds< enthält.

sichtige Reproduktion des konservativen Totalitarismus-Diskurses, der "rechts" und "links" gleichsetzt, was um so leichter möglich ist, wenn man beide Seiten auf den gemeinsamen Nenner >Gewalt< reduziert hat.

In der Diskussion um die Bewertung der REPublikaner als "verfassungswidrig" beruft sich Zeit-Autor Hans Schueler auf den "einstige(n) >Kronjuristen< der SPD und große(n) Verfassungsrechtler Adolf Arndt", der hinsichtlich des KPD-Verbots 1956 insistiert habe: "Demokratiefeinde müsse man mit politischen und nicht mit juristischen Mitteln bekämpfen, weil ihnen sonst nur die Anscheinslegitimation der verfolgten Unschuld zuwachse." Gleiches wird für den Fall einer Einstufung der REPs als "rechtsextrem" und der daraus gezogenen Verbots-Konsequenz vorhergesagt - Urteil: "Auf jeden Fall zu viel der Mühe" (22.4.94).

Dem "Rechtsintellektualismus" und seinem Umfeld widerfährt in der Zeit sonderbares - sie werden zerlegt. So bewertet etwa Hans Sarkowicz die Junge Freiheit einerseits als "Das antidemokratische Denken der Weimarer Republik in zeitgemäßer Ausstattung", um andererseits die "spende- und interviewfreudigen Gönner(...) aus dem bürgerlichen Lager" auf deren "Trugschluß" hinzuweisen, "die Junge Freiheit und damit auch die zumeist jugendlichen Leser in ihrem Sinne beeinflussen zu können." (28.1.94) Hier wird die Konstruiertheit der "Mitte" noch einmal deutlich: UnterstützerInnen aus dem "bürgerlichen Lager" können per Definitionem als Mitglieder der *community of democrats* keine ideologischen Gemeinsamkeiten mit den völkischen Nationalisten der JF haben, weshalb es sich bei ihrem Engagement nur um ein Ergebnis eines "Trugschlusses" handeln könne.

In dem Bild vom Rechtsextremismus, das sich in der Zeit herauskristallisiert, können zwei grundlegende Unterschiede zu der bisher besprochenen Presse ausgemacht werden: Antirassistische Stimmen kommen hier zumindest am Rande zu Wort. Der hier verwendete Begriff "Rechtsextremismus", auch wenn er den ideologischen Vorgaben des Verfassungsschutzes folgt, hat insofern eine stärkere Substanz, als daß hier völkisch-nationalistische Ideologeme demonstrativ als zu bekämpfend verhandelt werden. Selbst die politische "Mitte" ("deutsche Demokraten") wird bzgl. ihres Umgangs mit rassistischer Gewalt durchaus

einer (selbst-) kritischen Betrachtung unterzogen. Dies darf jedoch nicht überschätzt werden. Denn wir haben es hier lediglich mit einer etwas anderen Akzentuierung dessen zu tun, was als "Mitte" bzw. als normal gilt. Besonders paradox mag hier die Verortung der Grenze zum >rechten Extremismus< (zwischen JF und UnterstützerInnen) wie zum >linken Extremismus< (>Farbeier<-Protest; gleichsetzende >Differenz< zwischen "Skins" und "Autonomen") erscheinen. Mit dieser Eingrenzung geht auch eine Begrenzung der Kritikfähigkeit einher.

Frankfurter Rundschau

In der links-liberal geltenden FR finden regelmäßig kritische Stimmen Gehör, so etwa die des Sprechers der Grünen, Jürgen Trittin, dessen Thesen zum Extremismus der Mitte am 26.1.1994 dort zu lesen waren; andererseits findet man doch auch hier pathologisierende und pädagogisierende Verharmlosungen des Rechtsextremismus, wie sie für den gesamten Mediendiskurs der Bundesrepublik als typisch anzusehen sind.

So kommentiert die FR am 5.5.1995 den Befund der "psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen" im sogenannten Solingen-Prozess so, daß sie von einem "unspektakulären Reflex dessen (spricht), was an kindlichen Gefühlen in dieser Gesellschaft bei Arm und Reich unbeanstandet verkümmern kann." Den "Prototyp des gefährdeten Jugendlichen" gebe es freilich nicht. Die Skala reiche hier vom herumgestoßenen Alkoholikerkind Christian R., der das ">eigene hassenswerte kindliche Selbst auf Katzen und Türkenkinder<" projiziert habe, bis zum wohlbehüteten Arztsohn Felix R., der "Weil der unerreichbare Vater '68 lange Haare getragen hatte", sich eine Glatze habe schneiden lassen. Diese "seelischen Beschädigungen" seien so schwerwiegend, "daß eine Zuflucht zu den autoritär daherkommenden Ideen des Rechtsradikalismus zumindest zeitweilig Halt zu geben versprechen."

Dieses Nebeneinander von kritischen Positionen und Übernahme des konservativen Weltbilds einer >verlotterten Gesellschaft< kann sogar zum Inhalt eines ganzen Artikels werden. Eine solch widersprüchliche Verbindung findet in einem Dokumentations-Beitrag des Politikwissenschaftlers K. Peter Fritzsche vom 24. 9. 1994 statt. Mit einer

"sozialwissenschaftlichen Streß-Theorie" breitet Fritzsche die These aus: "Es ist sozialer Streß, der Bürger anfällig macht für Xenophobie". Ohne Fritzsches Thesen hier im einzelnen vorstellen zu können, bleibt zu vermerken, daß er einerseits den "Diskurs über das >volle Boot<" als "inszenierten Streß" kritisiert, andererseits vom militanten Rechtsextremismus verniedlichend als "Gewaltreaktionen" spricht, die dann als eine Strategie, "um Streß zu bewältigen oder zu reduzieren", erläutert wird. Diese >Gewaltstrategie< funktioniere als Kompensation von Ohnmachtsgefühlen:

"Der Streß, der solcher Gewalt zu Grunde liegt, ist nicht nur - wenn überhaupt - eine Folge zunehmenden sozialen Drucks, sondern auch eine Folge subjektiver >Leerstellen< bei der Bewältigung alltäglicher Herausforderungen. Es fehlen Werte und Normen im Umgang mit anderen Menschen, und es kommt zu Lockerungen konventioneller Gewaltbremsen des Gewissens (Über-Ichs), die allein soziales Leben ermöglichen können. Vielen gerät auch der Umgang mit sich selbst zum Streß, da sie es nicht gelernt haben, mit ihrem eigenen Affekt-Haushalt umzugehen und oft ohnmächtig vor ihren eigenen Gefühlen, Enttäuschungen und Triebansprüchen stehen. Nicht mehr der >gute alte autoritäre Charakter< kommt hier ins Spiel, sondern ein Mangel an verinnerlichter, handlungsorientierender Autorität überhaupt."

Offensichtlicher kann sich Sozialwissenschaft wohl nicht von kritischer Gesellschaftstheorie verabschieden.

Das Motiv der "vaterlosen Gesellschaft" zieht sich selbst in den Diskurs über Neonazis hinein. Der so betitelte Artikel über das Buch "Die Abrechnung" des ehemaligen Funktionärs der neofaschistischen "Nationalen Alternative" Ingo Hasselbach bietet hier ein bezeichnendes Beispiel. (3.2.94) Für Hasselbach, der aus "einer antifaschistisch eingestellten Familie" in Ost-Berlin stamme, habe "die verschworene Neonazi-Gemeinschaft" des Michael Kühnen folgendes bedeutet: "Geborgenheit, Nähe und Anerkennung, die er in seiner Familie nicht fand." Die DDR-Gesellschaft als Generator des Neonazismus! Ein Bericht über den Prozeß gegen den *westdeutschen* Kühnen-Nachfolger im braunen Netz, Christian Worch, weicht mit einem Richterzitat in der Überschrift auf eine andere bewährte Diskursivierung des Rechtsextremismus aus: "Überzeugungstäter von geradezu pathologischer Realitätsblindheit."

(2.12.94)

Die FR favorisiert bei ihrer Berichterstattung über die REPublikaner eindeutig die Verwendung der Bezeichnung "Rechtsextremismus" und legt so die Verortung der REPublikaner außerhalb des demokratischen Spektrums nahe. Bekräftigt wird diese Nahelegung auch durch Analysen, die den völkisch-nationalistischen Charakter der aus bürgerlich-liberaler Sicht "falschen >Republikaner<" offenlegen und fordern, "diesen politisch falschen Traditionen wieder jene Tradition des Republik-Prinzips offensiv entgegenzustellen, die für die weltweiten Probleme einen weltoffenen Ansatz bereithält."¹⁸

Wie kommt es, so möchte man fragen, zu dieser Beschränkung der Kritikfähigkeit, die wir auch bereits bei Durchsicht der Zeit beobachten konnten? Sie besteht u.E. in einer Pathologisierung völkisch-nationalistischer Gewalt, die ebenso die TäterInnen wie die sie hervorbringenden gesellschaftlich-politischen Strukturen >in letzter Instanz< von jeglicher Verantwortung freispricht. Es handelt sich um Sedimente eines psychologischen Spezialdiskurses, der einfache und dazu bequeme Erklärungsmuster zur Verfügung stellt, die offenbar für die Erklärung der gesellschaftlichen Folgen neokonservativer Politik zu taugen scheinen. Psychologisierend wird die Verantwortung für die Verbrechen gegen Einwanderer und Flüchtlinge in die Subjekte hineinprojiziert.¹⁹

Westdeutsche Allgemeine (WAZ, Duisburger Ausgabe)

Wie auch in den bundesweit erscheinenden Zeitungen Die Zeit und FR ist in der tendenziell sozialdemokratisch orientierten Regionalzeitung WAZ Kritik an völkisch-nationalistischen Tendenzen zu vernehmen. So ist der Bericht einer Diskussion über den Film "Schindlers Liste" in Essen, an der Ignatz Bubis teilnahm, mit: "Bubis: Von Rechten nicht in die Enge treiben lassen" überschrieben. Bubis warnte vor einem "allgemeine(n) Rechtsruck", der von den Grünen bis zur CSU und denjenigen intellektuellen ">68ern< (reiche), die heute auf der Suche nach Werten

18 Gessenharter, Wolfgang: Eine Weltanschauung aus Angst und Abwehr, in: FR vom 15. 2. 1994, S. 10.

19 Zur Herausbildung rassistisch geprägter Subjekte durch den Diskurs vgl. Jäger 1997a.

die Nation entdeckten", bis hin zu Richtern, die die "Auschwitz-Lüge" nicht mehr als Vergehen ansähen. Doch "Deutschland im Jahre 1994" sei nicht "Weimar": "heute verteidigt der demokratische Staat die Freiheit der Bürger." Fraglich sei aber - und hier lugt dann die Forderung nach einem >starken Staat< hervor -, ob er das "konsequent genug tut" (21.4.94) Diese Form von Kritik kann durchaus als prototypisch für die Ruhrgebiets-Zeitung WAZ betrachtet werden. Werden einzelne Tendenzen auch thematisiert und kritisiert, enden sie immer wieder im Stil einer "Politikberatung", die Anschlußstellen zum neokonservativen Diskurs, hier in Gestalt der Beschwörung des starken Staates, aufweist.

Aber auch die pathologisierende Verniedlichung neonazistischer Pogrome hat in die WAZ Einzug gefunden. So stellt die WAZ das Ergebnis eines >Angeklagten-Gutachtens< im Solingen-Prozeß als "Provozierende Thesen zur Jugend-Gewalt" vor. "Der Kinder-Psychiater sieht nur einen graduellen Unterschied zwischen unzähligen bettnässenden, nägelkauenden, eßgestörten Kindern und den prügelnden, brandstiftenden Fremdenhassern in Solingen oder sonstwo." "Grundproblem (sei) eine mißglückte Beziehung zu den Eltern" und die Einflüsse der "Tagesschau-Bilder".²⁰ In der "Gruppe Gleichgesinnter mit ihren identitätsstiftenden Symbolen" würden ansonsten vermißte Sicherheitsgefühle gefunden usw. Der Psychiater, auch als Politiker bewandert, sieht nur zwei gesellschaftliche Perspektiven: "sittlich-politische Wandlung" oder "Krieg der Starken gegen die Schwachen." Die WAZ weiß auch, daß sein Mitleid mit den "Jungen" aus Solingen nach "Parteilichkeit" klinge, "aber in Wahrheit spricht hier tiefer Moralismus", der scheinbar allein schlimmeres verhindern kann. Denn potentiell bestehe die gesamte Gesellschaft aus Mordbrennern - eine gesellschaftliche Psychose wird entdeckt: "In uns allen steckt Haß und Selbsthaß." Sicherheit für "junge Eltern" müsse her und "gute Therapeuten". Die Mission der wis-

20 Hier sieht man schön, wie die inzwischen sattsam widerlegte These von den Nachahmetaten (Jugendliche würden durch Fernsehbilder zu Brandanschlägen etc. angestiftet) in den Mediendiskurs eingedrungen ist, vgl. dazu Brosius/Esser 1995 und Jäger 1997b. Auch dabei ist Alltags-Psychologie am Werk oder gar ein falsch kolportierter junger Goethe, dessen "Werther" (1774) keineswegs Scharen junger Bürgersöhne zum Selbstmord angestiftet hat.

senschaftlichen Heilslehre lautet:

"Wir müssen runterkommen von Geldgier und Besitzstreben, von der Ideologie, daß nur der taugt, der etwas hat und etwas kann - wir müssen lernen, die schwachen Seiten in uns zu akzeptieren." (5.10.94)

Zum Thema "Neonazis" kann das Urteil eines WAZ-Kommentators als prototypisch herangezogen werden. Dieser ist sich sicher, daß dem Land diesbezüglich keine Gefahr drohe. Zum einen seien Neonazis "kriminell" und "unwählbar". Außerdem verfüge Deutschland über eine "erfreulich große Koalition der Vernünftigen". Am Beispiel eines Sozialdemokraten macht der Kommentator deutlich, daß dieser nicht etwa "links" sei, sondern auch der >Mitte der Vernunft< zugehöre, da dieser sich an den "Erfolgreichen" orientiere (31.3.94). Zum >Qualitätssiegel< der "Mitte" wird hier das neoliberale Ideal des am Markt Erfolgreichen, das eine Auspielung gegen die sozialstaatliche Verantwortung der Politik ("links" = unvernünftig) mehr als nahelegt. Neonazis fallen offensichtlich einzig in den Aufgabenbereich der Polizei ("kriminell") und sind kein Problem für die "Vernünftigen" ("unwählbar").

Kanthers Aussage über die REPublikaner, diese seien "auf dem Weg zu immer extremeren Positionen", wird vom Kommentator der WAZ als "seltsam behutsamer >Reisebericht<" bezeichnet, könne "doch kein Zweifel daran bestehen, daß die Schönhuber-Partei rechtsextrem ist." Er rät: "Die Partei und ihre Führer sollten politisch hart bekämpft werden, und dazu gehört die Beobachtung durch den Verfassungsschutz." Die REP-WählerInnen, die "bloß Enttäuschten und Verbitterten zurückzuholen ist eine wichtige Aufgabe und Chance der demokratischen Parteien ... Dann erübrigt sich auch die leidige Diskussion um ein Verbot." (15.4.94)

Lassen sich in der Bild hinsichtlich der Diskurs-Positionen zum Rechtsextremismus Parallelen zu FAZ und Focus ausmachen, gilt gleiches für das Verhältnis von WAZ zu Zeit und FR. Bild und WAZ kommen die Funktion einer breiteren Popularisierung der entsprechenden Positionen jener Print-Medien zu, die eher einem >bildungs-bürgerlich< privilegierten Publikum zugänglich sind.

Der Spiegel

Der Spiegel wird aufgrund seiner >linken< Vergangenheit von manchem/mancher immer noch der sozialdemokratischen Seite zugeschlagen oder gar weiter >links< verortet; doch bei genauerer Betrachtung finden sich hier erheblich gegenläufige Tendenzen, die in dieser Stärke in WAZ, FR und Zeit nicht vorzufinden sind. So sind seine Sympathien für den erklärtermaßen >neu<rechten Schriftsteller Botho Strauß, der den Deutschen einen anschwellenden Bocksgesang vorhersagt (s.u.), ebenso augenfällig, wie es erstaunt, daß sein Herausgeber Rudolf Augstein Hitler (nahezu) die Alleinschuld an Auschwitz zuschreibt.²¹

Das Thema "rechtsextreme Jugendliche" wird im Spiegel allerdings durchaus gesellschaftskritisch verhandelt. So beschäftigen sich immerhin etwa zehn Prozent des Artikels "Die ewige Suche" (19/1994, S. 36f.), - es geht hier um das "Lübecker Synagogen-Attentat" -, mit einer "Klimaveränderung" in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Diese äußere sich in der Zunahme antisemitischer Angriffe, offener Beschimpfungen, Skinhead-Parolen und Noltes Relativierung des Holocaust via TV oder der Verfahreneinstellung gegen Bußgeldzahlung für derbste antisemitische Propaganda. Ein Sozialarbeiter und ein Pastor bemerkten die Wirkungen auf den Alltagsdiskurs im "Problemviertel" Moising, aus dem die jugendlichen Täter stammten.

Um den konkreten Fall der Lübecker Jung-Nazis zu erklären, verwischen sich die Unterschiede, welche in diesem Diskurs zwischen dem Spiegel und dem neokonservativen Focus bestehen, jedoch zusehends. So wird der Erklärung Ignatz Bubis' zugestimmt, der allein in DVU und REPs die "geistigen Brandstifter" ausmache. Wie andere ähnliche Anschläge ginge auch der Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge "auf das Konto typischer Mitläufer rechtsextremer Organisationen." Der Vereinfachung durch eine modifizierte "Führer-These" wird darüber hinaus noch das übliche Bild des vernachlässigten Kindes von alkohol-süchtigen Eltern zur Seite gestellt.

Das Thema Neonazis wird nahezu in gleicher Art und Weise wie in der Zeit verhandelt, was sich etwa in der identischen Terminologie aus-

21 Vgl. dazu die Analyse bei Jäger 1995a.

drückt ("Braune Armee Fraktion", 10/1995).

In der "REPublikaner"-Debatte der Bundes- und Landesinnenminister unterstützt Der Spiegel eindeutig die Position der Gruppe sozialdemokratisch besetzter Verfassungsschutzbehörden. Die "Ansicht der Sozialdemokraten", Kanthers Zurückhaltung beruhe auf "politischem Kalkül", wird weiter ausgeführt, indem etwa auf Formulierungen aufmerksam gemacht wird, die "aus dem Munde demokratischer Politiker zu hören gewesen" seien: "So sprach der frühere bayerische Ministerpräsident Max Streibl über Flüchtlinge als Wirtschaftsschmarotzer." (16/1994, S. 89)

Das Verhältnis des Spiegels zum *jungkonservativen Lager* läßt sich wohl am deutlichsten im Engagement des Magazins für den Schriftsteller und Bühnenautor Botho Strauß erschließen. Im Jahr 1993 veröffentlichte Strauß seinen Essay "Anschwellender Bocksgesang", der zu einer quer durch den hegemonialen Diskurs reichenden Debatte führte. Zu einem weiteren Höhepunkt gelangte diese Debatte, als Ignatz Bubis in einem Zeitungsinterview u.a. Strauß vage dem "Phänomen des intellektuellen Rechtsradikalismus" zugeordnet habe. Der Spiegel reagierte darauf mit einem eigenen Artikel, der durch eine Stellungnahme des als "Adorno-Kenner und Querdenker" vorgestellten Strauß und durch ein Interview seines Kontrahenten ergänzt wird. Dabei wird nicht nur die unverhohlene Sympathie des Blattes noch einmal verdeutlicht, sondern es wird zugleich ein "hilfloser Antifaschismus" (W. F. Haug) deutlich, wie er im hegemonialen Diskurs der BRD durchweg zu finden ist.²²

Der Spiegel wirft Bubis im Interview "eine grobe Verzerrung" dessen vor, was der "Dichter" tatsächlich geschrieben habe. Im einrahmenden Artikeltext vollziehen die Spiegel-RedakteurInnen ihre Rehabilitierung mit Hilfe einer "ganzen Reihe von Befürwortern und Bewunderern", wie den "Realo"-Grünen Vollmer und Cohn-Bendit. Strauß selber darf im Spiegel erneut jungkonservative Ideologie-Fragmente zum besten geben, die er in den literarischen Diskurs übersetzt hat. Die Rolle, die Ignatz Bubis dabei einnimmt, gestaltet sich dagegen ein wenig

22 Vgl. dazu Haug 1987, wo dieser den Zusammenhang zwischen der deutschen Vergangenheitsbewältigung vor 1968 und der sogenannten Historikerdebatte nach der Bonner Wende herstellt.

komplexer. Dies ist auch dem Dichter und >seiner< Zeitung fraglos bewußt. Das Problembewußtsein des Spiegel äußert sich in der Einschätzung, daß Bubis als "sehr bedacht" gelte und "für die in Deutschland lebenden Juden" spreche, "deren Empfindungen hierzulande zu Recht besonders ernst genommen werden". Der Spiegel reproduziert das Stereotyp vom >assimilierten Juden<. Deutsche StaatsbürgerInnen mit jüdischer Konfession werden ausgebürgert. Denn eine Formulierung wie "die in Deutschland lebenden Katholiken", die man "hierzulande" besonders ernst nehmen müsse, ist wohl nur schwer vorstellbar. Daß Ignatz Bubis hier noch als "sehr bedacht" charakterisiert werden muß, verdeutlicht die Sicht des Antisemiten von den Juden als >gefährliche Klasse<. Noch toller treibt es Botho Strauß, bei dem die >jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung< im Gewande einer "Psychopathologie deutscher politischer Befangenheit" daherkommt.

Das Thema aktueller "Rechtsextremismus" kommt im Magazin Der Spiegel einerseits in für die liberale Presse insgesamt typischer Weise vor: die Ablehnung des "Rechtsextremismus" kann durchaus mit einer Kritik an der "Mitte" verbunden sein. Erstaunlich sind demgegenüber aber die durchaus nationalistisch gefärbten Beiträge zur Überwältigung deutscher Vergangenheit und die deutlichen Sympathien für einen >neurechten< Autor wie Botho Strauß. Da der Spiegel immer noch als Intellektuellen-Organ gilt und zudem auch noch als eher links-liberal, dürfte seine diskursive Wirksamkeit als erheblich eingeschätzt werden: er trägt - aus der Perspektive der Behandlung des Rechtsextremismus gesagt - dazu bei, einer Anreicherung der "Mitte" mit völkischen Ideologemen Vorschub zu leisten.

Krankheit Rechtsextremismus: Ein weiteres Zwischen-Fazit

Die gesamte bundesdeutsche Print-Presse trägt - bei allen Unterschieden im einzelnen - zu einer politischen Normalisierung des Rechtsextremismus bei: denn er wird hier weniger als diskursiv-gesellschaftliches und sozio-strukturelles Phänomen analysiert, sondern eher als ein pathologisch-individuelles. Der Rechtsextremismus wird als eine Art Fehlentwicklung oder Krankheit dargestellt, die man isolieren, ausmerzen oder integrieren muß. Das gilt ohne Abstriche für den militanten

und terroristischen Rechtsextremismus. Aber auch die rechtsextremen Organisationen und Parteien werden möglichst ausgegrenzt und abgegrenzt. Das gilt nicht so sehr für >vernünftige< Formen völkisch-nationalen Denkens.

Insgesamt läßt sich sagen, daß auch die deutschen Print-Medien die Tendenz zeigen, "die vorherrschenden sozialen, politischen und ökonomischen Dispositive, von denen sie selbst ein bestimmender Teil sind, zu begünstigen." (Hall 1989b, S. 149)²³ Und die derzeit dominante politisch-diskursive Konstellation der Bundesrepublik Deutschland ist insgesamt als neokonservativ geprägt zu bezeichnen und erlaubt immer weniger Meinungsvielfalt und demokratischen Pluralismus.²⁴

Dieser allgemeine Befund zeigt sich noch deutlicher akzentuiert, wenn wir im folgenden das Thema "Einwanderung, Flucht, Asyl" unter die diskursanalytische Lupe nehmen.

Die Behandlung des Themas Einwanderer / Flüchtlinge / Ausländer / Asyl in den Medien

Kurze Vorbemerkung: Bedrohungsgefühle

Zum Thema "Einwanderung, Flucht, Asyl" in den Print-Medien liegen inzwischen viele Untersuchungen (allerdings höchst unterschiedlicher Qualität) vor.²⁵ So ist auch zu sagen, daß die Frage, ob die Medien zur Erzeugung und Verfestigung von rassistisch motivierter Gewaltbereitschaft beitragen, keineswegs neu ist. Sie wird aber unseres Erachtens meist in nicht zufriedenstellender Weise beantwortet, oft so, daß es wohl eine Wirkung der Medien gebe, man aber wissenschaftlich nicht beweisen könne, daß dies der Fall sei.²⁶

Unser Unbehagen bezieht sich auch auf die verbreitete Einschätzung, daß die Medien nur informieren und damit ihre Pflicht tun, zum

23 Übersetzung leicht geändert: statt "Anordnungen" haben wir den Begriff des "Dispositivs" nach Foucault vorgezogen, da Hall hier eine "Konstellation" ideologisch-diskursiver und praktisch-institutioneller Gegebenheiten meint.

24 Vgl. zu diesem Trend auch noch einmal Teubert 1996.

25 Vgl. die Einträge in der kommentierten Bibliographie von Jäger 1996a.

26 So etwa Merten 1994.

anderen ebenso auf die, daß die Medien Nachahmetaten provozierten und man deshalb Überfälle auf fremde oder fremd aussehende Menschen nicht mehr melden dürfe. Demgegenüber gehen wir davon aus, daß die Medien (Massen-)Bewußtsein formieren und rassistisch motivierte Straftaten provozieren, wenn sie >Ausländer<, Flüchtlinge und Asylsuchende als Bedrohung für >uns Deutsche< hochstilisieren.

Eine genauere Begründung müssen wir uns an dieser Stelle sparen; wir verweisen dazu auf eine Reihe eigener und fremder Veröffentlichungen (s. Literaturverzeichnis). Wir konzentrieren uns statt dessen im folgenden auf die Sichtung der wichtigsten Massenmedien der "Mitte" der Jahre 1994ff. mit Schwerpunkt auf 1994; insgesamt wurden mehrere tausend Artikel zum Thema archiviert und verstichwortet. Diese Artikel enthalten dann rassistische Elemente, wenn die Darstellung von Einwanderern, Flüchtlingen, Asylsuchenden diese mit biologisch und/oder kulturell unterfütterten Argumenten explizit oder implizit als "Rasse" konstruiert, diese negativ (oder auch positiv) bewertet und solche Aussagen in den Diskurs einbringt, wodurch sie die Qualität erhalten, den Betroffenen Schaden zuzufügen, weil Diskurse Macht (auch im Sinne von Power) haben.²⁷

Bild-Zeitung

Beim Thema Asyl dominieren im "Superwahljahr" gelegentliche Kurzmeldungen wie "200 Asylbewerber im Hungerstreik" (26.7.94) oder "Abschiebe-Haft: 116,55 Mark pro Gefängnis-Tag". (3.12.94) Grund-Tenor: Im Zweifel sei schon alles durch die Gesetze geregelt. So gelte "der Zwang zu leichter Arbeit für 2 Mark/Stunde", gegen den sich der (gemeldete) Hungerstreik u.a. richte, ja auch "für deutsche Sozialhilfeempfänger", und das sog. Ausländergesetz zwingt die Länder, das Geld bei "abgelehnten Asyl-Bewerbern und anderen Ausländern" zu "kassieren".

²⁷ Die damit knapp vorgetragene enge Rassismusdefinition ist in zahlreichen Veröffentlichungen (etwa Jäger 1992, Jäger/Januschek (Hg.) 1992, Jäger 1993c, Jäger/Link (Hg.) 1993, Jäger 1996c, 1997a und b, M. Jäger 1996a) vielfach ausführlich begründet und diskutiert worden, worauf wir hier nur verweisen wollen.

Poetisch wird Bild-Kolumnist Claus Jacobi, wenn er über "Die Flucht vor Armut und Gewalt" schreibt: "Wer kennt sie nicht, die Vorboten des Herbstes, wenn die Vögel in immer dichterem Schwärmen für den großen Flug nach Süden üben." (3.9.94) War eine solch pseudo-lyrische Umschreibung von "Wanderungsbewegungen" vor dem Etappenziel der Asylrechtsänderung wohl kaum denkbar, folgt der Diskurs "Einwanderung/Asyl" in Bild einer stets konjunkturell offenen Dynamik zur Unterstützung (außen-) politischer Ziele (der Bundesregierung). So wird auf dem Hintergrund der Offensive des kroatischen Militärs im Sommer 1995 im ehemaligen Jugoslawien wieder "eine große Flüchtlingswelle" entdeckt, die "auf Deutschland zukommt" (28.7.95), oder es wird die Frage gestellt, was die Bundeswehr eigentlich gegen "Islam-Raketen" mache. (23.2.95)

"Ausländer" bedrohen laut Bild Deutschland aber nicht nur durch Einwanderung von *außen*. Aus Sizilien kommend, sei die "Mafia" bereits *im Inneren* angekommen - sie "mordet durch Deutschland" (23.8.94) Hier wird die Bedrohung an Leib und Leben mit Unterstützung der Kollektivsymbolik absolut dramatisiert: Der "Feind" besetzt unseren Raum. Und selbst die *deutsche* Unterwelt, so heißt es, sei nicht mehr sicher: "Mit unglaublicher Brutalität herrschen Verbrecher aus dem albanischen Kosovo in der deutschen Unterwelt." (BamS, 21.8.94) Selbst das, was üblicherweise als eigenes Chaos im eigenen Haus codiert wird, muß gegen den von außen eindringenden Feind in Schutz genommen werden. Die Übertragung auf den >durchschnittlichen Ausländer< erfolgt dadurch, daß man sich einer besonders hohen >Kriminalitätsbelastung< von MigrantInnen vergewissert ("Jeder 3. Straftäter ist Ausländer", 21.7.94).²⁸

Die diskursive Explosion des "Feindbild Kurden" gerade in Bild muß im Kontext der im Frühjahr 1996 anstehenden Überprüfung des

28 Der in diesen von *Bild* bemühten Beispielen zu beobachtende chronologische Sprung tut nichts zur Sache. Auch wenn wir die Medien über ein Jahr und mehr analysiert haben, haben wir es mit einem aktuellen synchronen Schnitt durch den Diskursstrang "Einwanderer" etc. zu tun. Von einer besonderen >Ausländerkriminalität< ist während der ganzen letzten Jahre gegen alle Tatsachen im übrigen immer wieder die Rede in Medien, Alltag und Politik.

neuen Asylrechts durch das Bundesverfassungsgericht (BVG) gesehen werden. Dieses Mal haben sich Kurden nach Deutschland eingeschlichen und treiben hier ihr Unwesen. Die Demonstrationen anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes werden kurzerhand zu "Gewaltdemonstrationen" der PKK erklärt, auf denen sich die "Terror-Kurden" im "Straßenkampf gegen die deutsche Polizei" befänden. (BamS, 24.3.96) Dabei hat der März 1996 seine eigene (Diskurs-)Geschichte: Der "Kurden-Terror" war bereits vorher allgegenwärtig: Er richte sich "gegen Deutsche" im Ausland (19.1.95) wie im Inland, und hier sogar gegen "unsere Türken" (31.7.95) - "Der Krieg kommt zu uns!" (28.7.95). Dagegen scheint Bild der Einsatz von NVA-Panzern durch das türkischen Militär äußerst fragwürdig: "Deutsche Waffen gegen Kurden?" (25.3.95) Vielmehr wird der Ministerpräsident Bayerns, Edmund Stoiber, ausführlich mit der Forderung gewürdigt: "Ausländische Gewalttäter sofort abschieben!" Bayern wolle "jetzt Gesetze bis hin zum Asylrecht ändern", heißt es an die Adresse des BVG (BamS, 19.3.95).

Doch nicht nur das Konstrukt einer "Bedrohung Deutschlands" durch DemonstrantInnen verdeutlicht eine Akzentverschiebung des Diskurses von den "Asylantenfluten" von außen auf "Ausländer" im Inneren.

Als am 5. Juni 1993, also eine Woche nach den Morden von Solingen, in Hattingen das Haus einer "türkischen" Familie brennt, bekundet Bild bereits zwei Tage später, daß der Anschlag atypisch für Rechtsradikale sei (vgl. Jäger 1993c, S. 53). Das Ergebnis: Die Ermittlungen in Richtung eines "fremdenfeindlichen Hintergrunds" werden bald fallengelassen. Die Bewohnerin Yasar Ünver wird zunächst der Tat beschuldigt, was aber vor Gericht nicht standhält.²⁹ Diese Art von Berichterstattung, in der die Opfer zu Tätern verdreht werden, bleibt nicht auf den Brand in Hattingen beschränkt: Berichtet wird über mutmaßliche Brandstiftungen durch spielende Kinder, einen 16jährigen Libanesen, der verdächtigt wird, seine 14jährige Schwester umgebracht zu haben, oder den Brand eines Hauses, der von seinem Besitzer, einem indischen Arzt, in (versicherungsbetrügerischer Absicht selbst gelegt worden

29 Vgl. dazu auch ausführlicher Kretschmer/Jäger 1996, S. 814.

sei³⁰ - all diese Motive tauchen im Gefolge der "Flammen-Nacht von Lübeck" (Bild) wieder auf (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, S. 813ff.).

Der vormalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl bringt den Tenor der Bild-Diskursposition in seinem Kommentar "Der Anfang ist gemacht" auf den Punkt. Er begrüßt das sog. Verbrechensbekämpfungsgesetz - obwohl "noch mehr zu tun" sei. "*Rechtsextremisten* können jetzt besser verfolgt, straffällige Ausländer schneller abgeschoben werden." (Herv. i. Org.) Von Stahl macht deutlich, welche Gruppen aus seiner Sicht die Republik gefährden: Rechtsextremisten und Ausländer. Der BND dürfe nun seine "Abhörmöglichkeiten ... gegen das international operierende Schwerverbrechen einsetzen." (14.9.94)

Der Diskurs über "Einwanderer, Flüchtlinge und Ausländer" verschränkt sich mit dem über den "Rechtsextremismus", vermittelt über das gleichermaßen rassistisch aufgeladene Asylnachfolgethema "Innere Sicherheit!"³¹

Als Fazit ist festzuhalten: Bild hat im Vergleich zu 1993 tendenziell den Gegenstand in Richtung "Innere Sicherheit" gewechselt: Die rassistische Unterfütterung ist aber erhalten geblieben.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

In ihrer Berichterstattung über den Koalitionsstreit um die doppelte Staatsbürgerschaft unmittelbar nach den Bundestagswahlen 1994 zeigt die FAZ eine deutliche Unterstützung für die Position der Union, diese keinesfalls zuzulassen. Bezüglich der dann ausgehandelten "Kinderstaatszugehörigkeit", die dieses auf MigrantInnen der "dritten Generation" beschränkte Recht auf zwei Pässe nach der Vollendung des 18. Lebensjahres wieder zurücknimmt, wird dem Kanzler beigespflichtet;

30 Vgl. *Bild* vom 20. 9. 1994, S. 4; 2./ 3. 10. 1994 oder 6. u. 9. 2. 1995, "Revier-Seite". Ob eine solche Meldung stimmt oder nicht, ist von zweitrangiger Bedeutung. Wichtig ist ihre Wirkung auf die Leserschaft. Wenn eine solche Meldung stimmt, kommt es umso mehr darauf an, wie man einen solchen Bericht schreibt, ohne durch ihn rassistische Einstellungen zu reproduzieren. Zu solchen grundsätzlicheren Fragen der Medienberichterstattung zum Einwanderungsdiskurs vgl. Jäger 1997.

31 Vgl. dazu ausführlich Kunz 1996.

dieser läßt verlauten: "Sie werden sehr bald merken, daß es eine kluge Formel ist." Den LeserInnen wird klargemacht, was man trotz des strategischen Gewinns, "vor der Kanzlerwahl den Frieden der Koalition in der Ausländerpolitik" zu sichern, von der "klugen Formel" hält: "Vielleicht findet die von Kohl gerühmte Klugheit der Koalitionsvereinbarung ihre Erfüllung in einem Beschluß, von dem Vorhaben abzulassen." Ihr Problem bringt die FAZ mit der Frage auf den Punkt, "was in Personalausweisen und Reisepässen an der Stelle >Staatsangehörigkeit< stehen werde. Deutsch, kinderdeutsch, türkisch-deutsch?" (25.11.94)

Hier wird die Gegnerschaft der FAZ bzw. der Union zu einer Liberalisierung des StaatsbürgerInnengesetzes (Art. 116 GG) durchaus deutlich; doch diese Antipathie richtet sich nicht generell gegen alle MigrantInnen. Im direkten Dialog mit der Zeitung wirft CDU-Innenpolitiker Marschewski ein, es "könne über weitere Erleichterungen sowie Härtefallregelungen als Ausnahmefälle vom Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft gesprochen werden." (28.11.94) Wem diese "Härtefallregelungen" exklusiv zukommen dürfen wird zum einen in dem Vorwurf von "FDP-Politikern" deutlich, die Union verstoße "im Falle von deutschen Aussiedlern aus Rußland und Polen gegen ihre eigenen Grundsätze ..., da diesen Deutschen zusätzlich zur hergebrachten die deutsche Staatsangehörigkeit gegeben werde." (25.11.94) Mit der Verbundenheit mit dem "völkischen Kern des Grundgesetzes" (Oberndorfer 1992, S. 25) wird auch die zunächst ungewohnt erscheinende Fürsprache der FAZ für EinwanderInnen deutlich - unter der Prämisse in einer "Diaspora-Lage" "die Zugehörigkeit zum deutschen Kulturkreis" im "historische(n) Bewußtsein" nicht verloren zu haben. (19.9.94)

Ein Artikel zum Koalitionsstreit um den "Abschiebestopp für Kurden" vom 16.12.94 ist für die Position der FAZ nicht untypisch: Die gegensätzlichen Positionen werden nebeneinandergestellt: "Kanther: Das ist nicht ihr Bier, Frau Leutheusser / FDP: Menschenrechte sind keine Biertischfrage." Die Position von Bundesinnenminister Kanther (CDU), es gebe "derzeit trotz des Urteils gegen kurdische Abgeordnete in Ankara keinen Anlaß, die Abschiebung von Kurden in die Türkei weiterhin auszusetzen," wird durch eine Karikatur unterstützt, die in der Mitte des Textes postiert ist. Auf ihr ist das Logo des Koalitionspartners

FDP zu sehen. An die Stelle des "P" ist ein Trümmerhaufen getreten, der von sieben etwas ratlos wirkenden Personen umringt ist. Hiermit soll auf einen Zerfallsprozeß der Partei angespielt werden, der sich in einer >falschen< Politik ausdrückt.

Die FAZ unterstützt im hegemonialen Diskurs trotz "ausgewogener" Berichterstattung die völkisch aufgeladene Position innerhalb der Union bzw. trägt zu ihrer Verankerung im Diskurs bei.

Focus

Noch offensiver als die FAZ vertritt Focus eine solche Position. Dies läßt sich durch einen Artikel, der den Streit um einen "Minderheitenschutz für Ausländer in der Verfassung" behandelt, gut veranschaulichen. (14/94, S.18-20)

Focus unterstützt in diesem Artikel den Vorschlag der Bundestagsfraktion der Union, der sich gegen eine liberale Formulierung der parlamentarisch eingesetzten Verfassungskommission wendet. Demnach habe der Staat nur "angestammte nationale Minderheiten" und nicht MigrantInnen zu "fördern" und zu "schützen". Der erste Abschnitt des Fließtextes gibt einen Eindruck vom Zusammenspiel des Focus mit den Vertretern der Union und ihren Positionen:

">Wer von multikultureller Gesellschaft träumt, weiß nicht, was er tut. Das ist wie Hantieren mit dem Streichholz im Benzinkanister.< Im fernen Amerika grübelte CDU-Steuermann Wolfgang Schäuble über das konflikträchtige Zuwanderungsproblem. Zugleich schlug die Polizei in Deutschland sich wieder einmal mit dem importierten Kampf der Kurden gegen die Türkei herum. Multikulti, brandaktuell. Innenpolitisch ist die Lunte gelegt..." (ebd.)

Bemerkenswert ist hier auch die Kollektivsymbolik, deren sich Focus bedient. Einwanderung wird mit all den Gegenständen assoziiert, die für die Durchführung eines Brandanschlags erforderlich sind: Streichholz, Benzinkanister, Lunte. Zusammen mit dem imaginierten Import solchen Materials bedeutet dies, daß die gesellschaftliche Lage in Deutschland stark gefährdet ist. Gleichzeitig gelingt es auf diese Weise, die gegen Einwanderer und Flüchtlinge auch zu dieser Zeit immer noch stattfindenden Anschläge und Übergriffe gegen diese zu richten: die

Bedrohung, die sich gegen Einwanderer richtete, wird zur Bedrohung Deutschlands umdefiniert.³²

Unter der Überschrift: "Ein Jahr nach dem Asylkompromiß" findet man Kanthers Klage, dieser sei nur ">tragfähig, wenn sie (die Änderung des Artikels 16 GG, d. Verf.) auf der Ebene des einfachen Rechts konsequent umgesetzt wird. Und zwar in allen Bundesländern.<". Focus übersetzt, um auch die letzten Zweifel auszuschließen: "Im Klartext: Die SPD-regierten Länder sollen gefälligst abschieben, sonst kracht's." (13.6.94)

In einer weiteren >Asylbilanz< mahnt Focus an, daß "DIE ASYL-FRAGE ... auch 1994 ein wichtiges Wahlkampfthema bleiben" werde. (2/1994, S. 27) Dem "Kopfschütteln in Helmut Kohls Umfeld" und "Wettern" des damaligen NRW-Innenministers Herbert Schnoor, dies begünstige den Wahlkampf der Rechtsextremisten, zum Trotz: "des Kanzlers Jubelchoral" über den ">großen Erfolg<" des "neuen Asylrechts" teilt das Magazin nicht. Focus hält es mit "Asyl-Experte" Heinz Eggert, damals noch Innenminister in Sachsen, der über "illegale Einwanderer" klage. Nach dessen >Expertise< kämen "auch nach der Grundgesetzänderung ebenso viele Wirtschaftsflüchtlinge wie vorher nach Deutschland ... Die Folge: >Wir haben eine verschärfte Lage in der Kriminalität.<"

"Eggerts Rezept gegen die Illegalen: >Die Grenze muß besser geschützt werden.< Auch durch die Bundeswehr? Eggert: >Warum nicht?< Schließlich hätten äußere und innere Sicherheit >viel miteinander zu tun<. O-Ton Wolfgang Schäuble." (ebd.)

Ein paar Wochen später greift Focus das Bild von den "Asylantenfluten" ein weiteres Mal graphisch auf: Eine MigrantInnen-Gruppe >surft< auf überdimensional großem Pfeil über BRD-Grundriß. Dazu

32 Die Anzahl rassistisch motivierter Straftaten gegen Einwander etc. hat in den folgenden Jahren keineswegs abgenommen, wie oft glauben zu machen versucht wird. Die harten Zahlen sprechen eindeutig dagegen; so ist der FR vom 15.8.1997 zu entnehmen, daß solche Straftaten von 1995 auf 1996 allein Sachsen von 740 auf 993, als um rund 25 Prozent zugenommen hat. In 53 Fällen erfolgten dabei Körperverletzungen. Dieser Trend hielt in der ersten Jahreshälfte 1997 an (Angaben der sächsischen Polizei).

mahnt Focus:

"Das große Schweigen. Union und SPD wagen nicht eines der größten Zukunftsprobleme offen zu diskutieren: die Regulierung der Einwanderung nach Deutschland" (35/94, S.56-58)

Selbst "Schäubles ordnende Hand" halte das Thema "unter der Decke". In "Sachsen-Chef" Kurt Biedenkopf findet das Blatt diesmal einen "Warner": ">Die Einwanderungspolitik von morgen muß heute erdacht und erprobt werden - nicht erst im Jahre 2010, oder später.< Der unbequeme Umstand, daß Einwanderungspolitik vom Volk akzeptiert werden muß, >darf nicht zu dem Schluß führen, man soll über Einwanderung am besten schweigen.<" (ebd., S. 57)

In einem Interview mit Horst Waffenschmidt, Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, wird u.a. folgende Frage im gegenseitigen Einvernehmen erörtert: "Stehen uns diese Leute staatsethisch näher als Menschen aus anderen Völkern?" (bzgl. der "Deutschen aus Osteuropa"). Waffenschmidt: "Da kommt ein großer Schatz zu uns - meist große Familien mit vielen Kindern." (ebd., S. 58)

Als ein besonders hervorstechender Teil des Diskurs-Konstrukts der von >Ausländern-organisierten-Kriminalität<³³ baut Focus aus Türkisch-Kurdistan stammende MigrantInnen zum Staatsfeind Nr. 1 auf: "Auch nach ihrem Verbot ist die linksextremistische >Arbeiterpartei Kurdistans< (PKK) in Deutschland aktiv." Überall "brutal(e) PKK-Schläger", die Gelder von kurdischen MigrantInnen erpreßten und Aussteiger erschossen (8/94, S. 11; 22/94, S. 58); "Fixer finanzieren den Guerillakampf" (42/94, S. 13). In Autobahnblockaden von protestierenden KurdInnen entdeckt Focus den "Kriegsschauplatz Deutschland". (13/94, S.18-22) Immer wieder werden aber auch "Die deutschen Helfer der radikalen Kurden" aufs Korn genommen: "Ein Netzwerk aus Antifa-Gruppen, PDS und Grünen" (49/94, S.63-67) Der Rektor der Bremer Hochschule, Roland Mönch, der als "Galionsfigur der Unterstützerszene" erscheint, wird von einem Kollegen beschuldigt, "Gelder für die Unterstützung der PKK verwendet" zu haben. Besonderes Indiz: Mönch ist "mit einer Kurdin verheiratet." (1/94, S. 37)

33 Vgl. dazu auch die weiter unten folgende Feinanalyse eines *Focus*-Artikels zur sogenannten Ausländer-Kriminalität.

Dieses gesamte Repertoire zur Konstruktion des "Feindbilds Kurden" wird besonders im März 1996 im Focus systematisch aufgegriffen und mit den Forderungen der tendenziell völkischen Gruppe von Abgeordneten in der Union verbunden (vgl. 12/96, S.44; 13/96, S. 20-24). Graphisch wird hier etwa das folgende Zitat des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, hervorgehoben: "Die konsequente Abschiebung kurdischer *Straftäter* ist unsere einzige Chance im Kampf gegen die PKK." Dem wird die folgende Aussage des "PKK-Chefs" Abdullah Öcalan gegenübergestellt: "Die *Kurden* sind nahe daran zu explodieren. *Deutschland* wird es erleben." (12/96, S. 44; herv. im Org.) Präsentationsform und Textinhalt suggerieren, daß sich *Deutschland* im Kriegszustand mit den von einer "kommunistischen Kaderpartei" geleiteten *Kurden* befände. Gegen diese *Straftäter* scheinen auch die hier nicht weiter erwähnten Organisations- und Demonstrationsverbote für MigrantInnen kurdischer Herkunft nicht auszureichen, die Innenminister Kanther im November 1993 verhängt hatte. Demgegenüber meint Focus, die "staatliche Ohnmacht" sei selbst inszeniert. Die staatliche Abschiebep Praxis nun endgültig auf der gesetzlichen Ebene außerhalb der Genfer Flüchtlingskonvention zu stellen, kann so als "einzige Chance" dargestellt werden, sich der "Fanatiker" zu entledigen.

Focus, im Konkurrenzkampf mit dem Spiegel, hofft offensichtlich, durch die Anheizung des "brisanten Themas" Einwanderer, Flüchtlinge, Asyl Punkte zu machen. Für den Einwanderungsdiskurs ist dies eine Katastrophe, oder deutlicher: ein Spiel mit dem Feuer, denn solche Berichterstattung trägt erheblich zur Eskalation eines Problems bei, das behutsame und zukunftsweisende Befassung und in jedem Falle de-eskalierende Maßnahmen verlangt.

Die Zeit

Für die Beschäftigung der Zeit mit dem Thema Ausländer, Flüchtlinge, Asyl ist die folgende Passage charakteristisch:

In einem Artikel mit der Überschrift "Bonner Ausländerpolitik" vom 14.10.94 heißt es:

"Die Auseinandersetzung um die Einschränkung des Asylrechts führte

nicht in die notwendige - und von SPD und FDP gewünschte - Grundsatzzdebatte über deutsche Einwanderungspolitik."

Dabei unterstützt die Zeitung die Forderung der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) nach einer Politik, "die auf >den drei großen E< beruhen sollte: Einbürgerungserleichterung, Einwanderungsrecht, Entwicklungspolitik." Deutlich wird, daß u.a. Einwanderung über eine >Kontingentierung< reguliert werden soll. Kritisiert wird die Politik "ihres Arbeitgebers", "die sich an drei großen A ausrichtet: Abschottung, Ablehnung, Abstammung." Die "Bevorzugung der Aussiedler" aus einem "ethnischen Verständnis von Staatsbürgerschaft" wird als reformbedürftig bewertet. Der Artikel schließt mit einem Appell: "Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wer dies weiterhin leugnet, erklärt Millionen Einwanderer zu Eindringlingen."

Das bedeutet aber nicht, daß Die Zeit den Asylparagrafen nicht angreift. Die Haltung der Zeitung zum Thema Asyl ist höchst ambivalent und resultiert aus einem Spagat zwischen humanistischen Traditionsbeständen und einer Verteidigung des sog. "Asylkompromisses". Als Ausdruck hierfür kann der Artikel "Austin, Awfia, Suleiman. Vor Gericht: der dreifache Asylbewerber" herangezogen werden. (25.11.94) Die Aussagen des Flüchtlings, der "verloren" wirke, werden in einem nüchternem "Gerichtsreports"-Jargon referiert. Läßt diese Darstellungsform auch ein Verstehen der Situation des Flüchtlings zu, wird das Urteil, das über ihn gefällt wird, ebenso nüchtern-rechtsstaatlich wiedergegeben: "Dem Richter ist bekannt, daß Austins Asylanträge alleamt als >offenkundig unbegründet< zurückgewiesen worden sind. Die Einspruchsfristen sind längst abgelaufen, Austins Schicksal in Deutschland ist besiegelt."

Die Ambivalenz setzt sich fort, wenn es um "Ausländer und Kriminalität" geht. Anlässlich der Kölner "Kriminalstatistik 93" zeigt man sich "beunruhigt: Vierzig Prozent aller Tatverdächtigen, die die Polizei im vergangenen Jahr schnappte, waren Ausländer." Wird dieser "Tatbestand" auch dahingehend ein wenig korrigiert, daß der "deutsche Gauner" gar nicht gegen Asyl- und Ausländergesetze verstoßen könne, entdeckt man die "ausländischen Diebe auf der Durchreise." (11.3.94)

Die Berichterstattung der Wochenzeitung Die Zeit über die Themen Einwanderung, Asyl und >Ausländer< ist im "Superwahljahr" jedoch insgesamt deutlich liberaler als die der bisher betrachteten Print-Medien der "Mitte". Frei von rassistischen Einsprengseln ist jedoch auch Die Zeit nicht. Insbesondere überrascht die gelegentliche Verkürztheit der Berichterstattung, was Verbreitung und Ursachen des Rassismus (und Rechtsextremismus) angeht. In dieser Hinsicht wird gerne psychologisiert und individualisiert, wo es doch darum ginge, die gesellschaftlichen Kräfte beim Namen zu nennen, die durch eine problem-eskalierende >Ausländer<-Politik und/oder deren Verbreitung den Boden für die rassistisch motivierten Straftaten bereiten halfen und weiter bereiten. In dem in der Einleitung zu diesem Kapitel bereits erwähnten Artikel von Vera Gaserow in der Zeit vom 29. November 1996, in dem es um eine Attacke von Jugendlichen auf britische Arbeiter im brandenburgischen Mahlow geht, von denen einer lebensgefährlich verletzt wurde, wird zwar darauf verwiesen, daß dieser Fall typisch für eine Vielzahl solcher Delikte ist; und auch die Nutzlosigkeit sozialarbeiterischer Abhilfeprojekte wird benannt. Trotzdem wird von einem *Jugendproblem* gesprochen, und das Fazit aus dem Munde eines >Rechtsextremismus-Experten< lautet: "gegen die Verbogenheit in den Köpfen Alternativen zu finden wird immer schwerer." Doch wer da bog und biegt, das bleibt im Dunkeln. Die Ursachen von Rassismus geraten nicht ins Blickfeld der Kritik, so daß die Quellen aus denen er sich speist, weiter ungehindert sprudeln können.

Frankfurter Rundschau

In ausführlichen Dokumentations-Beiträgen, wie auch in Berichten und Kommentaren zur Tagespolitik, wird in der FR die völkische Ausgrenzungslogik der Regierungspolitik einer Kritik unterzogen, die jedoch einem nicht unproblematischen Verständnis von "Multikulturalität" folgt. Als Beispiel hierfür kann der Dokumentationsbeitrag Dieter Oberndörfers, "Deutschheit darf für die Zugehörigkeit zur Republik kein Kriterium sein" (15.10.94), sowie Bericht und Kommentar der Zeitung zur Koalitionseinigung über die sog. "Kinderstaatsangehörigkeit", "Bald Deutsche erster und zweiter Klasse", "Diffamierung von Auslän-

der" (14.11.94) herangezogen werden. Zunächst wird die >fundamentalistische< Position der Unionsparteien als ausgrenzend und diffamierend kritisiert, doch der vorgetragene links-liberale Multikulturalismus der FR bleibt in einer Ethnisierung des Sozialen stecken. Die "Deutschen zweiter Klasse" bleiben "Ausländer", und Oberndörfer erkennt "Deutschheit" als "Kriterium" an, auch wenn er den "Fremden" ein republikanisches Einbürgerungsangebot macht. Die offene Flanke zum Völkischen Nationalismus besteht hierbei in der Unterstellung eines essenziellen Kerns von Ethnien. In dem Text Oberndörfers heißt es etwa: "Kulturelle Aspekte der Integration von Neubürgern nichtdeutscher Abstammung kommen allein bei der notwendigen Einordnung in die republikanische Verfassung und ihre Rechtsordnung ... ins Spiel."³⁴

Zum Thema Asyl werden die katastrophalen Unterbringungssituationen von Flüchtlingen zur Sprache gebracht (vgl. "Nach der Flucht vor dem Krieg ein Leben im Dreck", 8.12.94), und es kommen auch kritische sowie beschwichtigende Stimmen zur Asylpolitik zu Wort: Etwa ein Flüchtlingsreferent beim Caritasverband, der u.a. die "Unzulänglichkeiten" im Asylverfahren und "die oft sehr restriktive Abschiebep Praxis" kritisiert (15.9.94); oder es spricht ein Theologe, der in Verbindung mit der Praxis des Kirchenasyls wissen läßt, daß "gewissensbedingte Rechtsverletzungen ... schließlich nicht >Sache der Kirche<" seien, und einen Mißbrauch der Kirche durch diejenigen konstatiert, die kirchliche Räume umfunktionierten, "um sich strafrechtlichen Konsequenzen zu entziehen." (29.8.94)

Aber auch in der FR kommt es gelegentlich zu offen rassistischen Entgleisungen. So berichtet etwa der Artikel "Mehr als nur der Zusammenprall zweier >Lebensorganisationen<" von "acht Roma-Familien, (die) untereinander und mit den alteingesessenen Nachbarn heillos zerstritten" seien (13.6.94). Zwar können in einigen Zeilen einer der Roma und ein Vertreter der Roma-Union etwas von der eigenen Situation und Sichtweise berichten, doch es dominieren eindeutig die Vorurteile und Ressentiments der "Alteingesessenen". Unter ihnen befinden sich Men-

34 Zur weiteren - wenn auch knappen - Vertiefung dieser Kritik an der hegemonial-multikulturellen Diskursposition siehe auch die folgende Analyse zum *Spiegel*.

schen wie ein Herr Peters, der "kein Feind der Ausländer" sei, oder Sozialbezirksvorsteher Pöhlmann, der von "den Fremden" als Gegenleistung für "die Vokabel vom multikulturellen Leben" verlangt, diese sollten sich mühen, ">etwas die deutschen Gepflogenheiten anzunehmen<", aber resigniert bemerkt: "Da ist keine Moral drin."

Die FR-Redakteurin berichtet von "halben Lammkeulen" der ">Neubürger<", die "Deutsche" in ihren Vorgärten fänden; "die Gören" der Staatenlosen "mal wieder bis eins auf der Straße tollten", was kein "Respekt für das Private" erkennen ließe oder von der Metzgerei, in der Roma nicht mehr bedient würden, da diese "Wurstkringel" einsteckten. Die Polizei bestätigt "diverse Verfahren." Neben FR-Berichten wie diesem, die zur (Re-)Produktion rassistischer Stereotypen im Interdiskurs beitragen, gruppieren sich aber immer wieder solche, die dem Diskurskonstrukt von MigrantInnen als >gefährliche Klasse< entgegenwirken.

So wird etwa zum Wort "Ausländerkriminalität" gesagt, daß dieser Terminus aus dem Sprachschatz gestrichen werden solle, "weil es ein allgemeines Etikett sei, ohne sinnvollen Inhalt, allein zur Diskriminierung eines Teils der Bevölkerung geeignet." Der Chef des LKA Hessens und der Leiter der Frankfurter Staatsanwaltschaft listen die verzerrenden Momente der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) auf, ohne jedoch den Wert solcher Statistiken grundsätzlich in Zweifel zu ziehen. (8.11.94)³⁵

Noch einmal anzumerken ist, daß auch die FR zu stark von ethnischen Homogenitätsvorstellungen ausgeht: "hybride Identitäten" im Sinne Stuart Halls scheinen hier relativ unbekannt zu sein (Hall 1994 sowie Jäger 1996b).

Westdeutsche Allgemeine (WAZ, Duisburger Ausgabe)

Die regionale Tageszeitung WAZ nimmt eine ambivalente Position ein, die Ähnlichkeiten mit der großen überregionalen Zeitungen wie der FR oder Die Zeit hat. Durch ihre Funktion als >Familienzeitung< in Konkurrenz zur Bild enthält diese Ambivalenz darüber hinaus aber eigene typische Merkmale.

35 Zur Kritik an der Forderung nach "besserer Statistik" bei der Behandlung von "Ausländer-Kriminalität" s. Kunz 1996.

Zum Thema "Asyl" nimmt die WAZ im Wahlkampfjahr 1994 eine kritische Haltung ein. So wird "Kanthers Bilanz" ein Jahr nach der Änderung des Asylparagraphen folgendermaßen kommentiert: Grundsätzlich wird begrüßt, daß der "zeitweise hemmungslosen Asyldebatte" ein Ende bereitet wurde, wodurch das "Zwischenhoch der radikalen Rechtspartei" (gemeint sind die REPs) gestoppt worden sei. Jedoch: "Es hinterläßt seltsam zwiespältige Gefühle, daß dieses erfreuliche Ergebnis letztlich aus der Erfüllung der Forderungen resultiert, die sich die Republikaner zu eigen machten." Ebenso bringt man den "neuen Regelungen" Gefühle von "Zwiespältigkeit" entgegen. Infolge einer vordergründigen "Abschreckung potentieller Asylbewerber" bleibe "Menschlichkeit wie Rechtlichkeit oft genug auf der Strecke"; in der Abschiebehaft spielten sich Tragödien ab und "unser Asylproblem" würde an die Nachbarländer delegiert. Sich auf das Kirchenasyl beziehend, wird es als "schlechtes Zeichen für den Staat" gewertet, "wenn seiner Gerechtigkeit so mißtraut wird." (6.7.94) Die WAZ ist zwar kritisch und legt den Finger auf die Wunde, doch zu einer nachträglichen Ablehnung der Grundgesetzänderung kann sie sich nicht durchringen.

Die mit dem Wort "Zwiespältigkeit" wohl treffend bezeichnete Ambivalenz herrscht auch beim Thema "Ausländer in Duisburg" vor. So berichtet die WAZ etwa über die Probleme einer jungen Familie, die aus der viel zu engen Wohnung der Schwiegereltern ausziehen möchte, aber wegen ihrer "türkischen Abstammung" keine eigene Wohnung anmieten kann (vgl. 14.6.94). Ein anderer Bericht befaßt sich mit den Reaktionen von "Bürgern" und Polizei nach "den beiden brutalen Übergriffen von türkischen Staatsangehörigen auf deutsche Nachbarn" im Stadtteil Marxloh. Die WAZ-Redaktion habe von Ohnmacht und Angst ihrer LeserInnen erfahren. "Alle fordern die sofortige Ausweisung der meist jungen Täter, die zu brutaler Gewalt neigen und häufig bereits mehrfach aufgefallen sind." Polizeibeirat Matschys >Bürger-Bericht< spricht von einer "sehr geladenen" Stimmung, Politik und Polizei seien nun gefordert. Im weiteren wird nicht mehr gefordert, sondern abgeurteilt: "Wenn die Gastfreundschaft >ausgereizt< sei, sollten, so Matschy, Gewalttäter umgehend nach Hause geschickt werden." Die geforderte Polizei gibt "sich aber ratlos", ständige Präsenz sei nicht möglich und

reiche nicht aus. Mit seinen BürgerInnen ist man sich aber einig, daß hier "die Justiz gefordert (sei), schnell abzuurteilen, um weitere Schritte wie Abschiebung einleiten zu können." Längerfristig seien aber "Maßnahmen im Sozialbereich" wie "Beschäftigungsprogramme für junge Ausländer" denkbar. (18.2.94)

Dieses Fallbeispiel aus dem Diskurs "Ausländer" in der Lokalzeitung WAZ macht die offene Flanke zum Völkischen Nationalismus besonders deutlich: Die Bevölkerung wird in deutsche und türkische Staatsangehörige eingeteilt, mit denen unterschiedlich verfahren werden kann: straffällige "Türken" können ausgewiesen werden. Die sich anschließenden LeserInnenbriefe reproduzieren deshalb auch in erster Linie diese Dichotomie.³⁶

In ähnlicher Weise kommt das Grundmuster der Zwiespältigkeiten in der Berichterstattung über politisch aktive MigrantInnen kurdischer Herkunft zur Geltung. Ein "Vertracktes Dreieck" wird zwischen "Türken, Kurden und Deutsche(n)" ausgemacht. "Mißverständnisse und Vorurteile" belasteten dieses Verhältnis. Dem sich in der Gemeinschaft von "uns Deutschen" selbst verortenden WAZ-Redakteur fällt es schwer, "zwischen den verfeindeten Nachbarn eine gerechte, vernünftige Haltung zu finden". Sollte "selbst eine so ordentliche und ferienbewußte Nation wie unsere" die Autobahn-Blockaden der protestierenden MigrantInnen "verkräften", sei es "unakzeptabel", "wenn unsere Polizeibeamten in der Auseinandersetzung mit radikalen Kurden Gesundheit und Leben riskieren müssen." Was "die Türken" betrifft, könne nicht hingegenommen werden, "wenn deutsche Journalisten und Menschenrechtler" in Türkisch-Kurdistan mit "offener Brutalität" behandelt würden.

Einen Ausweg aus dem "deutsch-türkisch-kurdische(n) Gestrüpp" kennt der WAZ-Kommentator auch. Dem "deutschen Bürger" erklärt er, "Menschen und Organisationen sind nicht identisch." Soll heißen, es sei zu unterscheiden zwischen KurdInnen, die mit der "extremistischen" PKK bzw. "unsere(n) türkischen Mitbürger(n)", die mit der "oft nicht

36 Pikanterweise handelte es sich übrigens bei den gefährdeten "deutschen Nachbarn" um eine Ortsgruppe der mittlerweile verbotenen neonazistischen FAP, "Kameradschaft FAP Duisburg Nord".

zimmerlich(en)" türkischen Regierung, nicht zu verwechseln seien. Dem "deutschen Staat" wird die Richtigkeit des sog. PKK-Verbots bestätigt, allerdings müßten "wir" dem "NATO-Partner Türkei nicht alenthalben zu Gefallen sein." Ansonsten stimmt man mit dem Vorgehen von Kanther aber völlig überein: "Wir können nicht dulden, daß ferne Bürgerkriege auf unseren Boden herübergetragen werden. Dem muß man energisch entgegentreten." (21.3.94)

Auch die WAZ ist also, wenn auch insgesamt gemäßigt, rassistisch in den Einwanderungsdiskurs verstrickt, auch wenn ein Bemühen, sich davon frei zu machen, nicht zu verkennen ist. Die Probe aufs Exempel, die angesichts der Auseinandersetzung zwischen jungen Duisburgern mit türkischem Paß und Rechtsextremisten 1994 zu bestehen gewesen wäre, hat die WAZ nicht bestanden. Im Winter 1996, wo es in Duisburg heiß herging, was die Frage betraf, den Gebetsruf des Muezzin wenigstens im Ramadan zu erlauben, hat sich das >Familienblatt< WAZ politisch klüger verhalten, indem sie auch liberalen Vorstellungen bewußt großen Darstellungsraum zuwies.³⁷

Der Spiegel

Bei seiner Berichterstattung zum Thema Einwanderung bzw. Einwanderungspolitik vermittelt Der Spiegel ein ganz besonderes Bild journalistischer "Objektivität". Was allerdings oberflächliche "Objektivität" hierbei offensichtlich zu verschleiern sucht, ist die auf Umwegen geleistete Unterstützung der völkisch aufgeladene Position durch die Konstruktion von Zwängen, durch die dieses Land an den Rand eines Ausnahmezustands geschrieben wird. Besonders ausdrucksstarkes Beispiel ist hierfür eine Artikel-Reihe in Heft 12 aus dem Jahre 1995.³⁸

Im anhaltenden Koalitionsstreit um die bereits Ende Dezember 1994 mit der "Kinderstaatszugehörigkeit" von der Union abgewendete Reform des völkisch definierten Staatsangehörigkeitsrechts (vgl. oben) läßt Der Spiegel in seiner Ausgabe vom 20. März 1995 beide Regie-

37 Zur Dokumentation dieses Konfliktes vgl. Dietzsch/Jäger/Jäger/Schulz (Hg.) 1997.

38 Im Unterschied zu den anderen Presseerzeugnissen haben wir aus technischen Gründen beim *Spiegel* insbesondere den 95er Jahrgang ausgewertet.

rungsparteien zu Wort kommen. Dabei stehen sich das Verständnis der liberalen (damals Noch-)Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberg ("Ausländerpolitik sei >im Kern Integrationspolitik<.") und des neokonservativen Bundesinnenministers Kanther ("Deutschstämmige aus dem Osten sind der Union ... als Angehörige einer Blutsgemeinschaft willkommen") gegenüber. Nur unterschwellig wird hierbei eine vage Selbstverortung des Spiegel-Journalisten deutlich. Dies macht sich etwa an der charakterisierenden Wortwahl bemerkbar, mit der die jeweiligen Positionen bedacht werden: Darf Christdemokrat Rupert Scholz "zur Abwehr der FDP-Forderung das Grundgesetz zu Hilfe" holen, wird das liberale Gegenargument des damals noch als Abgeordneter tätigen Edzard Schmidt-Jortzig, "(a)llzuviel >Irrationales< verbinde der Unionsmann mit dem Deutschtum", mit den diskreditierenden Vokabeln "Spott" und "lästert" versehen. (vgl. 12/95, S. 41-44) Der Spiegel scheint hier auf einem >Ehrenschutz< für das völkische Staatsbürgerangehörigkeitsrecht zu bestehen. Der darauf folgende Artikel "über das Drängen vieler Türken auf doppelte Staatsbürgerschaft" kann einen genaueren Eindruck davon geben, welche Position das Magazin im Diskurs über EmigrantInnen einnimmt.

Diese läßt sich als >alternativ-nationalistisch< beschreiben, alternativ in dem Sinne, daß hier nicht am völkischen Paradigma der "Blutsgemeinschaft" festgehalten wird; an seine Stelle tritt das einer als liberal verstandenen "Kulturgemeinschaft".³⁹ "Ausländern" wird unter dem Vorbehalt der bedingungslosen Assimilation eine Chance auf das Staatsbürgerrecht in Aussicht gestellt. Dennoch bleibt die Bedrohung, die von den "Fremden" für den deutschen Staat ausgehe, bestimmender Faktor auch dieser >alternativen< Diskursposition. Verfolgen wir diesen Umstand anhand einer Textpassage der besagten Ausgabe.

Zunächst stehen sich Pro & Contra wieder >ausgewogen< gegenüber. Auf der einen Seite die "Hinwendung zu Deutschland" als "Voraussetzung für die eine, unteilbare deutsche Staatsbürgerschaft." (12/95, S. 50) Auf der anderen die erleichterte Einbürgerung als Förderung dieser ">Hinwendung< der Fremden zum neuen Heimat- und erst recht

39 Zur völkischen Bedeutungszuweisung von "Kulturgemeinschaft" im neokonservativen Diskurs vgl. die Ausführungen zu Wolfgang Schäuble.

ihrer Kinder zum Geburtsland."

Der vom Spiegel als "ingedeutscht" bezeichnete Grünen-Politiker Cem Özdemir berichtete, daß es weniger darum ginge, "daß die Türken dann ihr Erbrecht verlieren" (dieser Verlust stellt sich nur bei der gleichzeitigen Aufgabe der türkischen Staatsbürgerschaft ein!). Vielmehr würden die Eltern ihren Kindern vor, mit einer Einbürgerung ihre Herkunft zu verraten. Hier findet die erste ausgrenzende Abtrennung der tatsächlich noch eingewanderten Eltern von den bereits hier geborenen Kindern statt. Das klappt aber nur dank der journalistischen "Ungenauigkeit", nicht zu erwähnen, daß Özdemir hier den Fall der "unteilbaren deutschen Staatsbürgerschaft" und eben nicht den der doppelten Staatsangehörigkeit verhandelt. So können die >Alten< als >unheilbar integrationsunfähig< dargestellt werden. Aber selbst den >Jungen< wird die Integrationsfähigkeit nicht ohne weiters zugestanden.

Dem "Gymnasiasten Ates" wird zwar auch bescheinigt, "gebürtiger Schwabe" zu sein. Trotzdem errege seine Äußerung, "von beiden Kulturen etwas, aber nicht von einer alles" zu verspüren, "Mißtrauen nicht nur bei konservativen Dogmatikern. Manche aufgeklärten Geister wittern eine Vermischung politischer und völkischer Gedanken, >Ethnizität im multikulturellen Gewand<, wie die Berliner Soziologin Sonja Margolina in der Tageszeitung schrieb: >Hinter den Türken, ob sie es wollen oder nicht, steht der türkische Obrigkeitsstaat.<" (ebd.)

So ist mit Bezug auf eine Autorin der grünen-nahen taz die zweite Trennung vorgenommen: die besondere Ausgrenzung nicht-assimilierter Türken. Einzelne, wie der "ingedeutschte" Özdemir, erfüllen für dieses Verständnis von Multikulturalismus die Funktion des assimilierten >Vorzeige-Türken<. Der Mehrheit der MigrantInnen wird die Aufnahme in die "Multikultur" jedoch verwehrt, solange ein Rest des >Türkischen< in ihnen nicht ausgelöscht sei. Selbst die aus MigrantInnen-Familien stammenden Deutschen, die eben durch zwei kulturelle Lebenspraktiken geprägt sind und dies auch nicht bestreiten, werden qua Definition als "Türken" ("ob sie wollen oder nicht") zu AgentInnen einer bösen Macht ("türkischer Obrigkeitsstaat").⁴⁰ Diese multikulturelle Diskursposition steht also einem interkulturellen Prozeß entgegen, in dessen Verlauf eine Auflösung kollektiver Identitätszuweisungen mög-

lich würde. Vielmehr bestätigt sie über den Umweg einer kulturalistischen Konstruktion von "Ethnien" den der "Rassen" im völkisch dominierten Interdiskurs. Auf dieser gemeinsamen diskursiven Basis kann dann auch in völliger Übereinstimmung der beiden Diskurspositionen das gleiche Ergebnis präsentiert werden: Mit der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft, so wird gewarnt, drohe die Beeinflussung der "deutschen Außenpolitik" durch eine islamisch-fundamentalistische Mehrheit der "türkischen Volksgruppe" (vgl. ebd., S. 50f.).

Die Akzeptanz Özdemirs als "Eingedeutschter", die er hier im hegemonial-multikulturellen Diskurs zugeschrieben bekommt, drängt diesen in die "Falle der Ambivalenz" (Zygmunt Baumann), d.h.: "Er muß beweisen, daß er etwas ist, was zu definieren er gar nicht die Macht hat. Ob die Assimilation gelungen ist, entscheidet Deutschland. Ob man das Angebot annimmt oder ablehnt - man bleibt >Türke<." (Jacob 1995, S. 8) Oder eben "eingedeutschter Türke".⁴¹

Der Artikel "Des Ministers innerer Frieden" (39/95, S. 28f.) zeigt, daß sich die beschriebene Linie des Spiegel durchaus eine Ausdehnung auf eine links-liberale Position leisten kann, ohne damit jedoch grundsätzlich den rassistischen Konsens der eben angesprochenen Mehrheitsgesellschaft in Frage zu stellen.

Auf dem Hintergrund des diskursiven Ereignisses "Abschiebung der Sudanesen" begegnet der Spiegel-Autor Hans-Joachim Noack dem

40 Günther Jacob verweist darauf, daß "gerade Angehörige der sogenannten zweiten Immigranten-Generation ... sich dem Identitätszwang bislang verweigert und nicht nach kollektiven, sondern nach *individuellen* Perspektiven gesucht (haben). Man hat weitaus häufiger ausgedrückt, was man *nicht* ist, als nach essentialistischen Identitäten zu suchen." Im Zusammenhang mit dem Brandanschlag von Solingen, nach dem einige Jugendliche mit der türkischen Staatsfahne auf einen solchen Essentialismus bezug nahmen, merkt er an: "Nichts wirkt so >identitätsbildend< wie rassistische Gewalt, die ihre gesetzliche Schützenhilfe in einer staatlichen Deutschtumsdefinition findet." (Jacob 1995, S. 7)

41 Jacob zieht, wohl nicht ganz zufällig, zur Verdeutlichung der "soziale(n) Konstruktion von Ethnie" u.a. folgende Passage des *Spiegels* (44/94) heran: ">Özdemir hat sich erst im Laufe seines deutschen Lebens zum Türken entwickelt. Als Kind konnte er kaum türkisch.<"

Bundesinnenminister Manfred Kanther und der Opposition mit einer entschiedenen Kritik. Dem Grünen Rezzo Schlauch bescheinigt er eine "peinliche Schlappe" und "amateurhaftes Verhalten", weil dieser die anlässlich der Abschiebung beantragte Aktuelle Stunde im Parlament "stiekum abgeblasen" habe. Die Meldung des stern, wonach es sich bei den Flüchtlingen "womöglich" um "die üblichen Wirtschaftsflüchtlinge" handeln solle, habe "den verunsicherten Ökopax" beeindruckt.

Gerade weil der sog. Asylkompromiß "doch eh auf wackeligen Füßen" stehe, plage die SPD "ein mordsmäßiger Bammel, über einige Sudanesen in eine neue und innere Zerreißprobe hineingezogen zu werden." So scheine "Kanthers Art, mit der er Menschen (und seien es Wirtschaftsflüchtlinge) in ein Land unter dem Joch einer wenig zimperlichen Militärdiktatur >zurückführte<", die SozialdemokratInnen von Anfang an kalt gelassen zu haben.

Bundesinnenminister Kanther wird als ">Verfassungsminister< in der Pose des entspannten Siegers" eingeführt, der als "Law-and-order-Mann" über die umgekippten Oppositionsversuche als eine ">hundsge-meine(n) Kampagne<" triumphiere, sowie Rupert Scholz als der "Christliche Hardliner" SPD und Grüne auffordere, "sich bei Kanther zu entschuldigen, als hätten die wider besseres Wissen eine in flagranti ertappte Verbrecherbande gedeckt." Kanther wird weiter noch als ">Schwarze(r) Sheriff<" kritisiert, der "zu Nacht-und-Nebel-Aktionen" neige; als "robuste(r) Ressortchef", der "strotzende Unbeugsamkeit" vorführe, die "gesamte Palette eines >Großprogramms< von der Korruptionsbekämpfung bis zum starken Staat" ausbreite und nach dessen Überzeugung das "Stichwort >Innerer Frieden< ... der Schlüssel zu allem Wohlergehen ist"; als "der Bonner Oberaufseher einer straffen Ausländerpolitik", der "auf die satten >Erfolge bei der Zurückführung des Asylmißbrauchs< verweisen darf"; als "Scharfmacher" und "der silbergraue Asylanten-Abwehrchef", der bei seinem Amtsantritt geschworen habe, "zu einer CDU-Strategie beizutragen, >zu der die Republikaner ja sagen können<, und das meint er ernst."

Wird berücksichtigt, daß im Spiegel keine kontinuierliche Kritik an der Abschiebepolitik vorzufinden ist, können zwei Umstände herangezogen werden, um diesen ungewöhnlich scharf kritisierenden Artikel zu

erklären. Zum einen >genieß< der Hungerstreik der betroffenen sudanesischen Flüchtlinge auf dem Frankfurter Flughafen eine außergewöhnliche Medien-Öffentlichkeit; die *alltägliche* Abschiebep Praxis als Folge der Grundgesetzänderung wurde also schlaglichtartig sichtbar. Zum anderen deutet sich hier eine Ausrichtung auf das vom Focus nicht beanspruchte Marktsegment >links-liberale LeserInnen< an. Doch auch der eher >rechte Flügel< des sozialdemokratischen Stammpublikums will bedient sein. So verleiht auch Der Spiegel dem von Noack angegriffenen Asylnachfolgethema "Innere Sicherheit" (IS) (vgl. Kunz 1996) diskursiv vermittelte Wahrhaftigkeit, die dem neokonservativen Bestrebungen zum Abbau von BürgerInnenrechten zuarbeitet.

Die achtseitige Reportage ">Erwartet keine Gnade<" warnt bereits im Untertitel: "Östliche Mafia-Gruppen aus Rußland, der Ukraine und Tschetschenien werden immer stärker", ein "Hauptzielort" sei die Bundesrepublik, und der damalige NRW-Innenminister Schnoor warne, "die Russen-Mafia bedrohe >die innere Sicherheit in Deutschland<." (11/95, S. 182). Unterschiede zu Artikeln über die Innere Sicherheit im neokonservativen Pendant Focus⁴² können bestenfalls darin ausgemacht werden, daß hier "deutsche Staatsbürger" am Rande als unbedeutende Mittelsmänner "osteuropäischer Mafiosi in Deutschland" auftauchen. Auch Forderungen "OK-Bekämpfer Beckstein" werden nicht offensiv, sondern indirekt unterstützt: Beckstein fordere, daß das bayerische Modell einer Beobachtung "organisierte(r) Kriminelle(r)" durch den Verfassungsschutz auch auf Bundesebene Schule machen solle. Der "Bonner Koalitionspartner FDP" sperre sich aber gegen "die Verquickung von Polizei- und Geheimdienstaufgaben" und lehne "auch den Großen Lauschangriff" ab. Wie die Befürworter einer Gesetzesänderung einräumen müßten, könne dieser "allenfalls Mosaiksteine im Ermittlungspuzzle liefern. Überdies hinken die Fahnder bei der Technik hoffnungslos hinterher..." (ebd., S. 192) Ein Wettrüsten mit dem neuen alten Feind aus dem Osten kann so als alternativlos dargestellt werden, ohne daß man sich dafür offen aussprechen müßte.

Auch der Spiegel schwimmt also im hegemonialen "Ausländer"-

42 Vgl. dazu auch die Feinanalyse eines *Focus*-Artikels zu genau diesem Thema weiter unten.

Diskurs mit und trägt zu dessen Reproduktion bei. Offen Rassistische Positionen wie in den Jahren vor Abschaffung des Artikel 16 finden sich 1995 nicht mehr. Gleichwohl strickt der Spiegel mit neuen Themen weiter am rassistisch aufgeladenen Einwanderungsdiskurs mit - wie die anderen Medien - mehr oder minder offen und direkt - das ebenfalls tun.⁴³ Diese Behauptung läßt sich weiter absichern, wenn wir im folgenden einige Artikel- bzw. Artikelfolgen einer diskursanalytischen Feinanalyse unterziehen.

Analysen einzelner Artikel zu den Themen "Rechtsextremismus" und "Einwanderung und Flüchtlinge"

Nach den voranstehenden Überblicken werden wir an zwei typischen Artikeln aus dem `94er Focus-Jahrgang im Detail herausarbeiten,

1. wie und mit welchen Mitteln über "Rechtsextremismus" berichtet wird, und
2. wie hier mit dem Thema Einwanderung, Flüchtlinge und Asylsuchende umgegangen wird.

Die Darstellung von Rechtsextremismus im Focus: "rechts" gleich "links"

Für die Darstellung des (Rechts)-Extremismus wurde der Artikel "Anschläge: Keine Entwarnung..." aus der Ausgabe 22 des Focus vom

43 In den Ausgaben des Jahrgangs 1996 waren jedoch eher wieder gegenläufige Tendenzen spürbar. Und spätestens 1997 verschärfte der *Spiegel* einen rassistisch unterfütterten Einwanderungsdiskurs jedoch bereits wieder: einen Höhepunkt bildete ein *Spiegel*-Titel zum Schwepunktthema "Ausländer und Deutsche: Gefährlich fremd. Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft" in Nr. 16 vom 14.4.97. Hier wird eine Logik suggeriert, die besagt, daß der Islam zu Gewaltbereitschaft führe und diese einer islamische Revolution zu gute kommt. *Focus* und *stern* folgten alsbald mit ähnlich suggestiven Titeln (s. *Focus* vom 28.7.1997 und *stern* vom 3.7.1997. Der niedersächsische Ministerpräsident, schon im Wahlkampf, erfreute die Presse mit seinem Spruch: "Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt es nur eins: raus, und zwar schnell!" So in der BamS vom 20.7.97 und von allen Printmedien aufgegriffen, s. etwa auch *Focus* vom 28.7.1997.

21.05.94 ausgewählt. Auch wenn dieser Artikel sehr kurz ist, ist er typisch für den Grundtenor der Berichterstattung zu "Rechtsextremismus", "Linksextremismus" und "Ausländerextremismus" (PKK, islamische Fundamentalisten).

DEUTSCHLAND

ANSCHÄGE

Keine Entwarnung

Berlin auch Hauptstadt politisch motivierter Brandstifter. Am friedlichsten: die Thüringer

Zwei die gute Nachricht: Die Brand- und Sprengstoffanschläge gegen 1992 gegenüber dem Vorjahr um 41 Prozent zurück. Trotzdem sind die jetzt erst vorliegenden Zahlen aus dem Bundeskriminalamt alles andere als beruhigend. In einer vergleichenden Studie zwischen Westfalen und anderen „red hot areas“.

Mit 343 politisch motivierten Anschlägen übertrifft sich 1992 auch das Schreckensjahr 1992/1993 Anschläge wieder den Zahlen von 1991 (320 Anschläge). Eine Statistik zu den geringsten Verlusten von 1990 mit „Zwei“ 128 Einwohnern ihrer Art. Ist nach Ansicht des Kriminologen jedoch nicht richtig zu erwarten.

Die schwersten Verbrechen gingen auf das Konto der Rechts- und Linksextremisten. Am 28. Mai 1993 hatten vier junge Neonazis mehr als 4000 Liter brennendes Öl in die Tanken eines Lastwagens geschüttet. Zwei Menschen

2000, im Morgengrauen des 21. März, war der 120 Millionen Mark teure, fast fünfjährige Neubau der Berliner Hauptbahnhofsbahn über dem Kopf der Luft geplatzt. Der Täter: ein Sprengkörper der RAF.

Rechtsextremistische Motive (1992) waren zu den stärksten gegen links Gruppenangehörigen gerichteten Taten auch jene mit dem fremdenländer- und islamischen Zielsetzung schließt sieben nach NSG-Erdverbrechen. Unter 300 der insgesamt 340 Anschläge. Damit sind die Anschläge der Rechten nach wie vor das Hauptgeschehen.

In Gegenzug hat es die extremistische Linke 1992 immer noch geschafft. Das Ziel: politische Gegner, die Polizei, der Staat, die Besten der Hochburg der linken Brandstifter in Berlin. Allein in der Hauptstadt verübten „Anschlagschütten“ und „Anschlagstifter“ 58 Anschläge bei Aktionen, zum Beispiel gegen „Olympia 2000“. Eine weitere Zielgruppe von Brand-

stiftern und Bombenlegern waren die Reichsbahn von SGA unter den meisten Anschlägen.

Von ihnen insgesamt 99 Anschläge im Jahr 1992 gingen die meisten auf das Konto der FEK-nahen Kreise. Das Personal an „politisch motivierter Ausländerhassschütten“ übergrößen 1992 über.

Deutsch abgeworfen dagegen haben die fremdenländerhassigen Aktionen. Vor allem in den neuen Bundesländern gingen die Anschläge zum Teil um 15 Prozent zurück (siehe Grafik).

Grausam: Am Hauptbahnhof waren 1992 die Bomben - gefüllt von den Staatlichen und Bayern.

SCHWELD RECHTER GEWALT: Brandanschlag folgten. Fünf Menschen starben



Brand und Sprengstoffanschläge in den Bundesländern

Anschläge im Vergleich 1991/92

Anschläge pro 100.000 Einwohner 1993



| Bundesland | 1990 | 1991 | 1992 |
|------------------------|------|------|------|
| Baden-Württemberg | 110 | 80 | 60 |
| Bayern | 100 | 70 | 50 |
| Brandenburg | 10 | 10 | 10 |
| Bremen | 10 | 10 | 10 |
| Hamburg | 10 | 10 | 10 |
| Hessen | 10 | 10 | 10 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 10 | 10 | 10 |
| Niederrhein | 10 | 10 | 10 |
| Niedersachsen | 10 | 10 | 10 |
| North Rhine-Westphalia | 10 | 10 | 10 |
| Rheinland-Pfalz | 10 | 10 | 10 |
| Saarland | 10 | 10 | 10 |
| Sachsen | 10 | 10 | 10 |
| Sachsen-Anhalt | 10 | 10 | 10 |
| Schleswig-Holstein | 10 | 10 | 10 |
| Thüringen | 10 | 10 | 10 |
| Westfalen-Lippe | 10 | 10 | 10 |

Die Darstellung des "Rechtsextremismus", hier speziell des militant-aggressiven, folgt dem Schema einer sehr platten "Totalitarismusthese". Diese These dient in ihrer heute allgemein vorherrschenden Verwendung oft zur Vereinfachung der Sicht auf diktatorische Regime. Die

Unterschiede zwischen autoritärem Staatssozialismus stalinistischer Provenienz und den Faschismen werden bis zur Unkenntlichkeit verwischt, einer "Historisierung" des Nationalsozialismus im neokonservativen Sinne wird dadurch Vorschub geleistet.

In dem Focus-Artikel haben wir es aber nicht allein mit einer Vereinfachung zu tun, sondern zudem mit einer stark vereinseitigenden Variante der "Totalitarismusthese". Diese Vereinfachung ermöglicht es einigen neokonservativ eingestellten Politikern, sich als Demokraten der "Mitte" in Szene zu setzen und so zu einer Restauration des Völkischen Nationalismus beizutragen. Das faktische Endergebnis dieser angewandten "Totalitarismusthese" ist, wie das am Beispiel des Focus-Artikels nachgewiesen werden kann, eine Banalisierung bzw. Relativierung des "rechten" Terrors. Dies geschieht durch eine Überhöhung und Dramatisierung "linker" Aktivitäten.

Unter der Rubrik "Anschläge" wird der Artikel mit dem Titel: "Keine Entwarnung" aufgemacht. Als Untertitel:

"Berlin auch Hauptstadt politisch motivierter Brandstifter. Am friedlichsten: die Thüringer."

Die unter dem Artikel abgedruckte Info-Graphik setzt "Brand- und Sprengstoffanschläge in den Bundesländern" ins Bild und unterstreicht die Aussage im Untertitel, daß Berlin in dieser Hinsicht herausragt.

In der rechten oberen Hälfte wird das "Sinnbild rechter Gewalt" mit einem Foto präsentiert: das brennende Haus in Solingen.

Die Überschrift signalisiert in Verbindung mit diesem Foto eigentlich, daß rechte Gewalt weiterhin ein ernsthaftes Problem darstellt. Daß mit dem Artikel aber auch andere Lesarten verbunden werden sollen, wird dadurch deutlich, daß in der Unterzeile der Überschrift nicht von rechter Gewalt, sondern neutral von "politisch motivierte(n) Brandstiftern" die Rede ist.

Der Artikel ist insgesamt in vier Groß-Abschnitte gegliedert, die - außer der Einleitung - jeweils fettgedruckt anlaufen.

1. Die Zahl der Anschläge 1993 ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, dennoch ist die Gesamtzahl immer noch höher als etwa 1990. Der Rückgang bewegte sich somit "auf hohem Niveau".
2. Haupttätergruppe seien "Rechts- und Linksextremisten". Jeweils ein spektakuläres Beispiel belegt diese Annahme: Solingen und

Weiterstadt.

3. Die Zahl rechtsextremer Anschläge überwiege; Anschläge der Rechten seien also "nach wie vor das Hauptproblem". Die zweite Gruppe sind Linksextremisten. Daneben gebe es eine weitere "Großgruppe". Hier ginge es um "politisch motivierte Ausländerkriminalität", wobei "Von ihren insgesamt 90 Anschlägen ... die meisten auf das Konto der PKK-nahen Kurden ging." (Z. 54-56).
4. In Ostdeutschland sei die rechte Gewalt zurückgegangen. Diskursiv dominiert aber die Bedrohung, die von "links" kommt. Zunächst werden die "rechtsextremen" Anschläge relativiert. So wird die BKA-Praxis, "auch jene mit diffus fremdenfeindlichen Zielrichtung" zu den "eindeutigen" Anschlägen gegen "links" zu addieren, angezweifelt. (Z. 32-40) Das Bild vom brennenden Haus der Solinger TürkInnen hat dabei die Funktion, dem Eindruck der Relativierung symbolisch entgegenzuwirken. Und im vorletzten Abschnitt wird zudem stolz verkündet:

"Deutlich abgenommen dagegen (im Vergleich zu den PKK-Anschlägen) haben die fremdenfeindlichen Aktionen. Vor allem in den neuen Bundesländern gingen die Anschläge zum Teil um 75 Prozent zurück (siehe Grafik)." (Z. 60-64)

Zu beachten ist hier der >sanfte< Ton; das ist die Rede von "fremdenfeindliche(n) Aktionen" oder von den "vier jungen Neonazis" von Solingen (Z. 22)), mit dem der "rechte" Terror charakterisiert wird.

Die Worte, mit denen die "extremistische Linke" bedacht wird, klingen demgegenüber weitaus drastischer:

"Im Gegenzug ließ es die extremistische Linke 150 mal brennen und detonieren. Ihre Ziele: politische Gegner, die Polizei, der Staat, die Besitzenden. Die Hochburg der linken Brandstifter ist Berlin..." (Z. 41-46)

Die militanten "Linken" werden zur Bedrohung, nicht nur der "Rechten" ("politische Gegner"), sondern der gesamten Gesellschaft, zumindest der >Focus-Gesellschaft<. Denn spätestens beim Zielobjekt "die Besitzenden" wird den LeserInnen klar sein, daß die "Linken" ihnen selbst an den Kragen wollen.

Der letzte Hinweis auf Berlin bezieht sich auf die Unterschlagzeile, die da lautet: "Berlin auch Hauptstadt politisch motivierter Brandstifter..." In der Grafik ragt der Berliner Balken weit in das obere Diagramm. "Rechte" Gewalt wird banalisiert ("vier junge Neonazis", "dif-

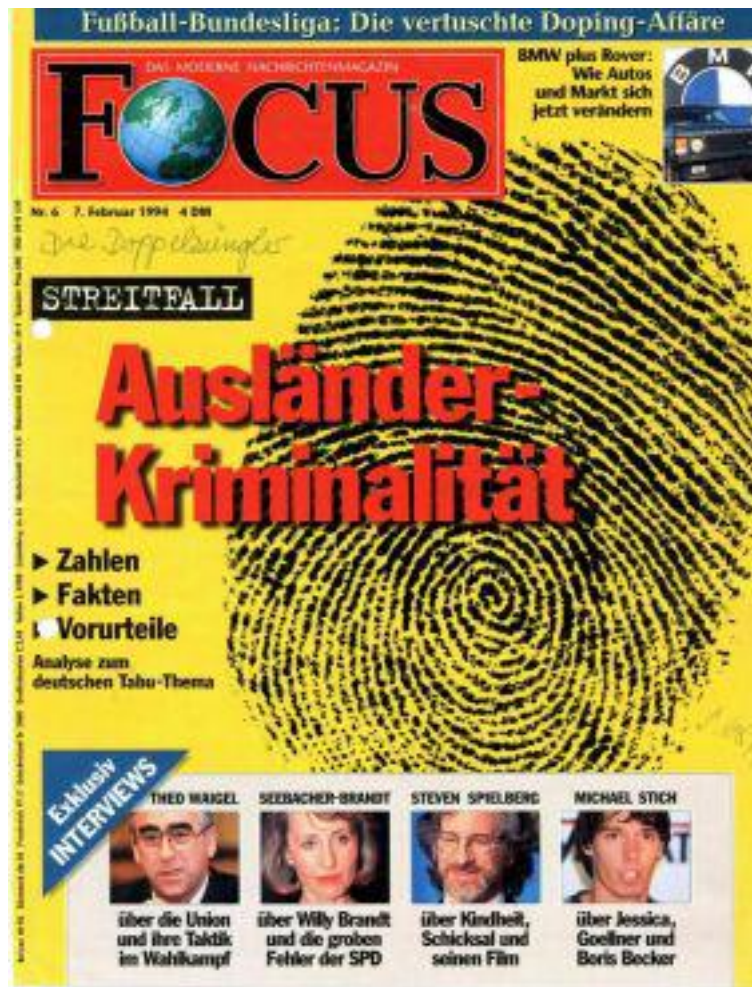
fus fremdenfeindliche Zielrichtung", "deutlich abnehmend"), "linke" Militanz wird diskursiv zum Guerilla-Krieg hochstilisiert ("Sprengkommando der RAF", "150 mal brennen und detonieren lassen", "linke Brandstifter").

Der Diskurs "Einwanderung / Ausländer" im Focus

Der Artikel zum Thema "Einwanderung / Ausländer" (aus Focus 6/1994, s. Facsimile) trägt die Überschrift "Streitfall Ausländerkriminalität". Es handelt sich dabei um die Titelstory dieser Ausgabe.

Schon an der ersten Unter-Schlagzeile ("Seit 1984 hat sich die Zahl ausländischer Tatverdächtiger in der Bundesrepublik verdoppelt. Trotz Mölln und Solingen: Das Thema Ausländerkriminalität kann nicht tabuisiert werden") und der restlichen Aufmachung der ersten beiden Seiten wird die Linie des Artikels deutlich.

Der Autor Michael Klonovsky baut sich zum aufklärenden Journalisten auf, der trotz aller Tabus die Öffentlichkeit über die Realität "informieren" will. Dabei gibt sich Klonovsky betont seriös-demokratisch, indem er auch anderen Positionen Raum zu geben scheint, diese aber gleich mit dem Tabu-Verdacht als unwahrhaftig diskreditiert werden.



Die beiden Kontra-Positionen werden hier direkt in der Volkspartei CDU verortet: Zur Linken Heiner Geißler, der "meint, >statistische Lügen< gäben >den Rechtsradikalen Futter<." Und zur rechten Herr Kanther, vorgestellt mit den Worten: "IN VIELEN DELIKTBEREICHEN ein >erschreckender Beitrag<: Innenminister Manfred Kanther will Ausländer statistisch weiter gesondert aufführen."



Der kriminalistisch anmutende Fingerabdruck (Wiederholung des Titelblatt-Motivs) suggeriert ebenso die vermeintliche Existenz einer "Bedrohung Ausländerkriminalität", wie es die darauf plazierten

**epublik verdoppelt.
er tabuisiert werden**

Wenn die Rede auf die Thema Ausländerstrafbarkeit kommt, geschieht in deutschen Zeitungen übliche Dinge.

Erstere darüber „nicht offen reden – bitte machen Sie das aber nicht“, sagt etwa der Polizeipräsident einer norddeutschen Großstadt.

Zu diesem Thema kein Kommentar, lautet der Befehl des Leiters der Kriminalpolizei – der staatsanwaltschaftliche Ermittler Gerhard Glagowski.

SPD hat seinen Bundesvorsitzenden ernannt.

Hinter dem mehrseitigen Vermerkungen, mit denen deutsche Staatsbürger das Thema behandeln, steht drinsteht ein Satz: Wer nach einer Raststätte Pörschen gegen Anführer und den Mörder von Mollat und Solingen auf ein Problem ausgeregt Ausländerstrafbarkeit, ist nicht, weil „dieser“ dem Reich rechtswidrigen Mordempfehlung.

Wie der Buchhändler führt, diesen Tabu dazu, „die soziale Ordnung zu festigen“. Doch wo Tabu aufbrechen, sind Nervenn nicht weit.

Die Polizei behauptet sich „in einem neuen europäischen Diskurs“, klagt Christian Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). „Bewusst sei die Probleme nicht, wird die Verantwortung verweigert, wird die auf beschränkte Eingewanderten, wird die Verantwortung, sie bestimme das Gesicht der Rechtsprechung.“

Die Presse steht vor ähnlichen Problemen. Im Oktober 1993 veröffentlichte die Hamburger Zeitschrift „Die Woche“ auf der Titelseite eine Grafik, die unter der Rubrik „Rassendiskriminierung“ ungefähr 24,1 Prozent farbige und 77,8 Prozent deutsche Täter auswertete. „Die Mehrheit der opferlosen Täter wird von der Deutschen gestellt“ – hat vor der Zeit sichtbar vor der Grafik folgt.

WILL ÄNDERUNG der Polizeistatistik. CDU-Politikminister Heiner Gestermeier, „statistische Lügen“ geben „den Rechtsmedialen Futter“

IN VIELEN DEUTSCHBEREICHEN ein zunehmender Beitrag: Inmündige Minder Kinder und Ausländer Minderzahlen weiter gesammelt aufziehen

ANSTIEG NUR BEI NICHTDEUTSCHEN

Angaben in Tausend

| Jahr | Tatsächliches insgesamt | Wahrgenommene Tatsächliche |
|------|-------------------------|----------------------------|
| 1980 | 1200 | 1000 (8,3%) |
| 1985 | 1300 | 1100 (8,5%) |
| 1990 | 1400 | 1200 (8,6%) |
| 1995 | 1500 | 1300 (8,7%) |
| 2000 | 1600 | 1400 (8,8%) |
| 2005 | 1700 | 1500 (8,8%) |
| 2010 | 1800 | 1600 (8,9%) |

* Alle Bundesländer einzeln, Gesamt-Bundes

Schlagzeilen tun. Die 'linke' Position ist mit zwei, die 'rechte' mit ganz sechs Zeilen bedacht.

Weiter wird dieser optische Eindruck durch das Balkendiagramm auf der unteren rechten Seite abgestützt; die Überschrift: "ANSTIEG NUR BEI NICHTDEUTSCHEN".

Der steile Anstieg der Kriminalität seit 1989 ist „nicht hausgemacht“



BAZILIK: Fotoaufnahme kanarischer Drogenhändler. 65,8 Prozent der Tatverdächtigen im Drogenhandel waren 1992 Ausländer



BANDENKRIEG: Inhaftierte in einem Gangsterkeller



FÜR ALLER AUGEN: In Deutschland inhaftiert wird nur ein Drittel der ausländischen Straftäter

Obwohl die Ausländerkriminalität, wie eine Ehren-Umfrage zeigt, bei den Sorgen der Deutschen an die zweite Stelle rückt, beharrt die rechtsgerichtete - Politisierung des Problems auf eine sachliche Debatte. Entsprechend fallen die Bewertungen aus. Die „Freie Presse“ stellt sich einer „Lageanalyse der Ausländerkriminalität“, wo die CDU eine „Möglichkeit“ anspricht, was CDU-Politiker Heiner Guller für „staatliche Lügen“ hält, ist für seinen Parteikollegen und Innenminister Manfred Kanther „ein entscheidender Beitrag“ zur Gesellschaft.

Selbst die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), anamot über jeden Zweifelschalen, greift in diesem Punkt zurück: unter Beweis. Eine parteiübergreifende Faktion, zu der neben Guller und NRW-Innenminister Schaefer auch die Ausländerbeauftragte in der Bundesregierung Schmidt-Jacobsen, sowie Bundesjustizministerin Sabine Lauterbach-Schäfer (heute FDP) gehören, macht sich erheben dafür stark, daß die hohe Ausländerkriminalität nicht länger gesondert erfaßt werden sollen.

Laut PKS ist die Zahl der Tatverdächtigen relativ konstant - aber die Zahl nichtdeutscher Tatverdächtiger wächst permanent (Grafik S. 40). In den alten Bundesländern und Westberlin steigt ihr Anteil von 18,6 Prozent im Jahre 1981 auf 30,2 Prozent 1992 (alte Bundesländer: 30 Prozent), in der Bundesrepublik leben offiziell rund 6,5 Millionen Ausländer - ein Bevölkerungswachstum von acht Prozent. Ihre Kriminalitätsbelastung erscheint also um ein Fünftel höher als die der Deutschen.

Gegen diese Rechnung gibt es keine Einwände.

Unter dem Begriff Ausländer werden

Personen verstanden, die außer dem inländischen Staatsbürgerschaft haben.

In die Statistik fallen Flüchtlinge ein, die mit ihren Ausländern begangen werden können (Vergleichen gegen das Asyl- oder Ausländergesetz).

Die ausländische Wohnbevölkerung in Deutschland ist als Bezugsgröße angegeben, weil die Statistik nichtschweizer Ausländer (Eigene, Gastarbeiter, Studenten) auf die angerechnet werden.

Es handelt sich um eine Tatverdächtigenstatistik. Von den ausländischen Tatverdächtigen wird vor Gericht ein geringerer Prozentsatz verurteilt als von den Deutschen.

Ausländer sind in kriminalstatistisch relevanten Bereichen überrepräsentiert. Sie sind im Durchschnitt sozial schwächer als Deutsche (hohe Arbeitslosigkeit ist fast doppelt so hoch), leben überproportional in Ballungsräumen und stellen einen prozentual höheren Anteil der gerade stärker zu Städten migrierenden Altersgruppen (16-25 Jahre).

Die Polizeistatistik, so die Ausländerbeauftragte Schmidt-Jacobsen, stellt den türkischen Arbeitslosen und den türkischen Drogenhändler in diesem statistischen Bereich (Kriminalstatistik S. 74).

Tut sie das wirklich Oder bedarf es nur einer gewissen Lektüre?

Die 1992 nichtdeutschen Tatverdächtigen 1992 gliedern sich laut PKS an auf: 172 728 Asylbewerber, 200 286 Illegaler, Daueraufenthalter oder Transitler, 181 701 Arbeitsnehmer mit Grenzübertrittsbescheinigung, 77 239 Schüler und Studenten, 6288 Asylbewerber im Wartungszustand sowie 44 149 „Sonder“-Ewerksleute, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge.

Alle diese Zahlen, in Verbindung mit der Deutlichkeit, zeigen, wo die Probleme liegen - und wo nicht.

Asylbewerber: Von den registrierten Asylbewerbern verurteilt jeder dritte gegen den Ausländer- oder Asylverbotsgesetz, während zwei Drittel wegen einfacher Landverstoßes verurteilt werden - alles ohne Begleitdelikte, die

Jeder zehnte Tatverdächtige bei Raub, Vergewaltigung, Mord, Totschlag war 1992 ein Asylbewerber

Auch das Lay-Out der folgenden vier Seiten soll Ausgewogenheit suggerieren und den LeserInnen den Anschein journalistischer Objektivität vermitteln. Diese existiert aber nur auf den ersten Blick. Der Autor hat es sich zur Aufgabe gemacht, die von Kanther repräsentierte Position mit schlagenden Beweisen zu versehen!

Integrierte Ausländer sind ebensowenig kriminell wie Deutsche

Die Statistik unterbreitet, andererseits von 1990 jeder zehnte Tatverdächtige - Deutsche eingeschlossen - bei der Deliktart Mord, Mord-Totschlag, Mordanschlag und Vergewaltigung ein Ausländer ist.

Zweit war die Verteilung gegen das Ausländer- oder Asylgesetz von der Gesamtheit ab, beträgt der Tatverdächtigenanteil von Nichtdeutschen insgesamt auf alle Bundesländer, immer noch 24,8 Prozent.

Regale und Durchstreifen
Wie viele Ausländer sich tatsächlich in Deutschland aufhalten, ist unbekannt (FOCUS 4093). Nach Angaben von Innenminister Kasper kommen jedes Monat 14.000 (eigene Einwanderer nach Deutschland, ein- bis fünfjährig, „unregelmäßig“) Zahl.

Die Kunst-Kontrollen betrafen ebenso viele Tatverdächtige wie alle in Deutschland bei ausländischen Ausländern, ist es logisch, von einer „sportlichen Kriminalität“ (in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit Frieder Rätzke, SPD) zu sprechen. Die Kriminalitätsentwicklung von 1990, bestätigt IKA-Sprecher Thomas Blumhöfer, ist „nicht herausragend“.

In Bayern, so eine kriminologische Studie des Innenministeriums, gab sich 1990 nicht als die Hälfte der ausländischen Tatverdächtigen (64,6 Prozent) nicht mit hohem oder hohem Ausländeranteil. In Berlin lag ihr Anteil 1992 bei 43,5 Prozent.

Nachrichten statistische von 1984 zu 1992 bei ausländischen Tatverdächtigen einen Zuwachs von 271 Prozent. In Brandenburg beträgt der Anteil von Ausländern an der Wohnbevölkerung 1992 0,7 Prozent, bei den Tatverdächtigen 18,5 Prozent.

In Frankfurt am Main, ist als „Mordstadt“ am „Verbreiten“ apostrophiert, sank der Anteil deutscher Tatverdächtiger von 1984 bis 1992 um 2,3 Prozent, während der Ausländeranteil um 28 Prozent wuchs. 1992 waren 56,7 Prozent der Tatverdächtigen im Dienstbereich des Frankfurter Polizeipräsidiums Ausländer.

An der Organisierten Kriminalität (OK) in Baden-Württemberg und Berlin sind Nichtdeutsche zu 78 Prozent beteiligt. „Im OK-Bereich“, weiß der Direktor Organisationsrat Hans Jürgen Fichtelberg, „haben wir ein erhebliches Maß an Exklusivität auf Ausländern zu 90.“

Ausländische Wohnbevölkerung: Der Anteil sozialer Arbeitnehmer und Gewerbetreibender bei den ausländischen Tatverdächtigen sank von 32,6 Prozent (1984) auf 18 Prozent (1992). Auch in anderen Zahlen ist die Kriminalität in diesem Spektrum abnehmend. „In Baden-Württemberg“, so Einzel-Anwalt A.H. im Institut für Bevölkerungswissenschaften (IKA), „sind nicht häufiger, oft sogar seltener strafällig als Deutsche.“

Doch selbst, wenn man nur Tatverdächtige Arbeitnehmer, Gewerbetreibende, Schüler und Studenten - also Angehörige von sozial eher privilegierten Gruppen - und die ausländische Gesamtbevölkerung anschaute, ergibt sich auf einen Tatverdächtigenanteil

von 2,14 Prozent (139.000 auf 6,3 Millionen Einwohner) eine höhere Belastung als bei einheimischen Deutschen (1,26 auf 33,7 Millionen) - 1,74 Prozent.

Der Anteil von ausländischen Ausländern liegt, im Vergleich zu den Tatverdächtigen, im Vergleich niedriger als bei Deutschen - aber mit 15,8 Prozent an den Gesamtbevölkerungen jenseits letzten Zahlen statuten von 1980, immer noch

Der Anteil sozialer Ausländer bei den Tatverdächtigen sank von 32 % (1984) auf 18 % (1992)



MARKTZENTRALE Das Glas der Sozialen hält sich an die Regeln

WENIGER TATVERDÄCHTIGE



| Jahr | Anteil (%) |
|------|------------|
| 1984 | 32,6 |
| 1985 | 30,0 |
| 1986 | 28,0 |
| 1987 | 26,0 |
| 1988 | 24,0 |
| 1989 | 22,0 |
| 1990 | 20,0 |
| 1991 | 18,0 |
| 1992 | 18,0 |

Tatverdächtige auf 100.000 einheimische Arbeitnehmer mit hohem Wohnort in Deutschland

deutlich über dem offiziellen Bevölkerungsanteil von 0,7 Prozent. Überproportional war er bei Mord, Totschlag, Diebstahl und Raubverbrechen, bei Raub sogar in absoluten Zahlen.

In Westfalen wurden bei rassistischer Verbrechenstatistik 1988 80,4 Prozent mehr Nichtdeutsche verurteilt als 1986.

Der Ausländeranteil in den Gefängnissen übersteigt die Bevölkerungsanteile um das Drei- bis Fünffache. In Baden-Württemberg war im März 1992 jeder vierte Häftling ein Ausländer, in der Unterzahl der inhaftierten, Nordrhein-Westfalen verzeichnete zum selben Zeitpunkt 30 Prozent nichtdeutsche Straf- und 26 Prozent nichtdeutsche Unterzahlungsverhältnisse.

Entsprechend vorgegebener Themen, Ausländer werden aufgrund verschiedener Rassenmerkmale schlechter eingestuft als Deutsche. Zwei Argumente für die Differenz zwischen ausländischen und einheimischen Nichtdeutschen erheben ebenso ebenfalls:

- In der 1992 wurden auch Delikte

Interessant ist die Inszenierung des Themas als "Tabu". Und hier zeigen sich die diskursiven Spuren der Brandanschläge von Mölln, Solingen und anderswo: Einerseits ist der Verweis auf diese Vorfälle ein Beleg dafür, daß die Focus-Redakteure glauben, sich gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit schützen zu müssen. Ohne diesen Hin-



weis, so steht zu vermuten, ist aus der Sicht der Redakteure das Geschriebene nicht "schreibbar". Andererseits werden diese Vorfälle aber auch instrumentalisiert. Der Eindruck wird hergestellt, als hätten die Brandstiftungen die Mehrheit der Bevölkerung in die Defensive gedrängt, als könnte diese sich nicht mehr frei äußern. (Diese Sichtweise

fred Kanther, vorgestellt mit den Worten: "IN VIELEN DELIKTBE-REICHEN ein >erschreckender Beitrag<: Innenminister Manfred Kanther will Ausländer statistisch weiter gesondert aufführen." Die auf der linken Seite als Zitate montierten Zeitungsüberschriften tragen dazu bei, den von Focus behandelten Streitfall als dramatisch zu imaginieren. Unterstützt wird dies durch das Balkendiagramm auf der unteren rechten Seite mit der Überschrift: "ANSTIEG NUR BEI NICHTDEUTSCHEN".

Auch das Layout der folgenden vier Seiten soll >Ausgewogenheit< suggerieren und den LeserInnen den Anschein journalistischer >Objektivität< vermitteln.

In den Kopfzeilen werden vermeintlich widersprüchliche Aussagen präsentiert: Der steile Anstieg der Kriminalität ist "nicht hausgemacht". Was nicht zu Hause entsteht, kommt offenbar von außen. Implizit, doch im Zusammenhang mit dem Thema "Ausländerkriminalität" eindeutig wird hier die Kriminalität von Ausländern für die hohe Kriminalität in Deutschland verantwortlich gemacht. Dagegen lautet die Aussage in der Kopfzeile der rechten Seite (S.71): "Integrierte Ausländer sind ebensowenig kriminell wie Deutsche." Hier wird abgeschwächt, doch auch nicht so ganz. Denn schließlich ist hier nur von integrierten Ausländern die Rede. Auf diese Weise wird der Eindruck eines Gegenparts erstellt, ohne daß diese Konstellation wirklich vorliegt: die meisten Ausländer sind nicht integriert und deshalb hochgradig kriminell.

Ähnlich verhält es sich mit den beiden hervorgehobenen Zitaten auf Seite drei und vier. Nur der Anteil der seßhaften (= integrierten) Ausländer bei den Tatverdächtigen sei gesunken, während "Jeder zehnte Tatverdächtige ... ein Asylbewerber" gewesen sei. Die Betrachtung der graphischen Gestaltung zeigt bereits: Die Ausgewogenheit existiert nur auf den ersten Blick. Eine solche Mogelpackung läßt für den Gesamttext nichts Gutes erwarten.

Zum Text selbst: Klonovsky steigt mit der Beschreibung des "Tabus Ausländerkriminalität" ein, das zu "merkwürdigen Verrenkungen" führe und Neurosen erkennbar mache. Sogleich wartet er mit einem "Experten-Zitat" auf: GdP-Vorsitzender Hermann Lutz spreche von "einem nahezu auswegslosen Dilemma", in das dieses Tabu die Polizei treibe:

"Benennt sie die Probleme nicht, wird ihr Vertuschung vorgeworfen; weist sie auf besorgniserregende Entwicklungen hin, wird ihr unterstellt, sie betreibe das Geschäft der Rechtsextremisten." (Z. 1-42)

Eine "vordergründige Politisierung des Problems", die "eine sachliche Debatte" behindere, macht der Autor nicht nur bei Teilen der Presse (taz) und Heiner Geißler aus. "Eine parteiübergreifende Fraktion" wird für das alle Realitäten mißachtende Tabu verantwortlich gemacht. Ihre Forderung nach einer Änderung der "Polizeilichen Kriminalstatistik" (PKS) wird sogleich durch bedrohlich wirkende Zahlenkolonnen aus derselben konterkariert. (Z. 43-110) Darauf folgen die fünf Hauptargumente, die von der genannten links-liberalen Fraktion gegen die problematischen Kategorien der PKS ins Feld geführt werden - um sie anschließend wieder durch ein Spiel mit Zahlen auseinanderzunehmen! (Z. 111-167)

Klonovsky folgt dabei der Einleitung der Polizeilichen Kriminalstatistik und gliedert die registrierten "Tatverdächtigen Nicht-Deutschen" in "Asylbewerber", "Illegale", "Durchreisende und Touristen", "Arbeitnehmer und Gewerbetreibende", "Schüler und Studenten", "Angehörige der Stationierungskräfte", sowie in ">Sonstige< auf, wobei unter Sonstige "Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge" gefaßt werden. Vor diesem Hintergrund entwickelt er dann seine Kategorisierung der "Nicht-Deutschen":

"Asylbewerber" (Z. 168-186):

Hier wird das erste links-liberale Argument zu destruieren versucht, nach dem einige Strafdelikte nur von "Ausländern" begangen werden können. Die Zwischenüberschrift auf Seite 70 nimmt es bereits vorweg: "Jeder zehnte Tatverdächtige bei Raub, Vergewaltigung, Mord, Totschlag war 1992 ein Asylbewerber." Und auch nach Abzug der "Verstöße gegen das Ausländer- oder Asylgesetz von der Gesamtzahl", betrüge der Anteil "Nichtdeutscher" in der Statistik "immer noch 24,8 Prozent."

"Illegale und Durchreisende" (Z. 187-248):

Auch hier ist die Argumentation durch das Layout der Seite 70 gestützt: "Der steile Anstieg der Kriminalität seit 1989 ist >nicht hausgemacht<." (Z. 241f.; unsere Herv.) Focus beruft sich bei der Verortung der größten Gefahr in Gestalt einer "unerträgliche hohe(n) Zahl" illega-

ler Einwanderer, die von außen die "Innere Sicherheit" des deutschen Hauses bedrohten, auf Manfred Kanther, den baden-württembergischen SPD-Innenminister Frieder Birzele, der von "importierter Kriminalität" spricht, sowie auf den BKA-Sprecher Thomas Rindsfüßer. Das übliche Spiel mit den Zahlen folgt, um dann die Katze endgültig aus dem Sack zu lassen: ">Im OK-Bereich< ("Organisierte Kriminalität"), weiß der Berliner Oberstaatsanwalt Hans Jürgen Fätkinhauer, >haben wir es inzwischen fast ausschließlich mit Ausländern zu tun.<" (Z. 243-247)

Bei Organisierter Kriminalität gehen im Focus die Begriffe "Ausländerkriminalität" und "Organisierte Kriminalität" eine Symbiose ein! (Vgl. z.B. Focus 39/1994, Z. 114ff.) Das hat einen einfachen Grund: Die ohnehin schon verzerrende Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) reicht dem Focus nicht mehr aus (vgl. auch das weiter unten angeführte andere BKA-Zitat), um die Gefahr einer "Ausländerkriminalität" dramatisch genug in Szene setzen zu können. Es muß die "Organisierte Kriminalität" her, die rassistischen Spekulationen noch mehr Platz einräumt.

"Ausländische Wohnbevölkerung" (Z. 248-296)

Auch hier wird der Bezug auf das Layout des Artikels deutlich: Nach Ansicht der kritisierten hegemonial-multikulturellen Position stellt der >integrierte Ausländer< keine Bedrohung für die Sicherheit der deutschen Gesellschaft dar. Doch die Aussage des BKA'lers: "Insbesondere die traditionellen Gastarbeitergruppierungen sind nicht häufiger, oft sogar seltener straffällig als Deutsche", wird umgehend relativiert, denn ihr Tatverdächtigenanteil weise immer noch "eine höhere Belastung" auf "als bei sämtlichen Deutschen." Dies wird an einigen Zahlenspielen umgehend demonstriert.

Der Artikel enthält zudem eine beliebte Argumentationsstrategie, nämlich die, ein Gegenargument aufzunehmen, nur um es anschließend zu widerlegen. Hier geht es darum, daß >Ausländer< aufgrund "herrschender Ressentiments" häufiger angezeigt würden als >Deutsche<. Der Autor hält dem entgegen, daß ausländische Verbrecher-Clans häufig Minderjährige zur Ausführung von Diebstählen einsetzen, die nicht verurteilt werden können. Außerdem würden "viele tatverdächtige Ausländer" vor der Verhandlung abgeschoben oder tauchten unter. (Z. 297-

312)

Es folgt eine Zwischenbilanz: "Ausländer sind kriminell stärker belastet." Doch sei zu differenzieren zwischen dem "Gros der in Deutschland über längere Zeit fest ansässigen Ausländer" und "nichtseßhafte(n) Ausländer(n), die sich illegal in der Bundesrepublik aufhalten und oftmals in organisierten Verbrecherstrukturen agieren, sowie ausländische Jugendliche, deren wirtschaftliche und kulturelle Integration in Deutschland mißlang." (Z. 313-335) Diese >Differenz< wird durch das Layout der Seite 72 gestützt. Der Multi-Kulti-Schein wird gewahrt. In bekannter Manier wird hier zwischen den guten, berechtigten, assimilierten Ausländern und den schlechten, kriminellen und unberechtigten Ausländern unterschieden. Diese Differenz ist sowohl im Alltagsdiskurs wie auch in gesetzlichen Bestimmungen aufzufinden.

Es folgt eine Auflistung von vier Szenarien, die die Objektivität der "Bedrohungsängste in der Bevölkerung" belegen sollen:

- eine plündernde und vergewaltigende albanische Bande;
- Diebesgut hortende Roma;
- eine über 900 Straftaten verübende marokkanische Bande;
- mehrere Millionen Mark ansammelnde türkisch-kurdische Drogendealer. (Z. 336-388)

Der Übergang zum rassistisch aufgeladenen Diskurs über Organisierte Kriminalität ist schleichend: Das "organisierte Verbrechen" versuche "eine Art Gegenstaat zu etablieren." Grundlagen dieser Gegenstaaten seien ihre "ethnischen Gemeinsamkeiten", wie das BKA in seinem "Lagebild OK" zu berichten weiß. Es gebe einen rumänischen und jugoslawischen "Gegenstaat", der sich auf "Einbrüche und organisierte Diebstouren" spezialisiert habe; einen vietnamesischen beim Zigaretten-schmuggel, einen türkisch-libanesisch-marokkanisch-lateinamerikanischen >Rauschgift-Staat< und schließlich einen polnisch-russischen, der sich um den Kfz-Diebstahl kümmere. Rotlichtmilieu und Schutzgelderpressung seien dagegen "multikriminell" (!), und in Berlin baue die Russen-Mafia gerade ihren "Brückenkopf nach Westeuropa" aus. Erschüttert stellt der Focus-Autor fest, daß "Deutsche Kriminelle", ja sogar "in Deutschland lebende Ausländer Opfer" der "nichtdeutschen" Organisierten Kriminalität seien. (Z. 389-432) Für den Autor steht fest: Die "Organisierte Kriminalität" ist ein "nichtdeutsches" Problem.

Unter Berufung auf Hans-Magnus Enzensberger wird all dies als ">molekularer Bürgerkrieg<" charakterisiert, den der Focus-Autor "auf einem diffusen Gemisch aus Armut, ethnischer Differenzen, Konkurrenzdruck und Sozialneid" aufzufrühen sieht und der in deutschen Großstädten um sich greife.

Neben der Organisierten Kriminalität erreiche auch der >Terror< ausländischer Jugendgangs bedrohliche Zuwachsraten. Die "Jugendgruppengewalt" würde zunehmend zu einem "Ausländer-Problem". Dieser Krieg erwüchse aus Resignation: "Das >Modernisierungsgefälle<," so wird Enzensberger erneut referiert, "werde >nie mehr auszugleichen< sein - >selbst der dumpfe Schläger und der wirre Bandenchef haben es begriffen<." (Z. 433-481) Weitere "Experten" kommen ausführlich zu Wort; der Soziologe Richard Münch führt die Integrationskonflikte der Jugendlichen der zweiten und dritten EmigrantInnen-Generation ins Feld, um die gesteigerte Gewaltbereitschaft zu erklären. Und auch der >linke< Publizist Eberhard Seidel-Pielen wird mit dem Begründungsmuster "Machismo und Allmachtsgelüste" zur Absicherung der Focus-Argumentation herangezogen; ebenso der Ullstein-Autor Jochen Kummer, "der eine profunde Studie zu diesem Komplex" zusammengetragen habe; dieser beschwert sich: "anstatt über Lösungen des Problems nachzudenken, sinnen deutsche Politiker über eine Änderung der Statistik nach." (Z. 482-530)

Bezogen auf den "Streitfall Ausländerkriminalität" ist nun klar, welcher Position der Focus verstärkte Glaubwürdigkeit verleihen möchte. Und er holt noch einmal zu einem Generalangriff auf die "Verfechter der multikulturellen Gesellschaft" aus, die "den Preis nicht nennen" wollten: Die ">stark anschwellende (!) Einwanderung<" führe (nach Richard Münch) zur ">Schwächung der sozialen Ordnung und einem entsprechenden Ansteigen (!) der Kriminalität.<" Volkes Stimme rufe in England, Frankreich und Deutschland nach einer Beschränkung der EmigrantInnen-Rechte und bekunde zu 50%, daß zu viele "Nicht-EG-Ausländer" unter ihnen lebten. ">Volle Integration<" sei eben nur möglich, wenn sich ">die unteren sozialen Schichten im Aufnahmeland durch die Zuwanderer in ihrer sozialen Lage nicht bedroht sehen.<" (ebenfalls nach Münch) "Integrationserleichterung" durch doppelte

Staatsbürgerschaft sei die eine Seite, "das Thema Ausländerkriminalität die andere". (Z. 531-568)

Schließlich wird der GdP-Bundesvorstand mit seiner Warnung an die Politik zitiert, daß die Probleme nicht unter den Teppich gekehrt werden dürften, die viele Bürger und fast jeder Polizist nahezu täglich sähen. (Z. 568-573) Doch mit dieser Form der Politikberatung läßt es der Focus-Autor nicht bewenden und legt mit einem Zitat von Thomas Hobbes nach:

">Die Verpflichtung der Bürger gegen den Souverän<, erklärt der englische Philosoph und Staatsfetischist Thomas Hobbes vor 350 Jahren, >kann nur solange dauern, als dieser imstande ist, sie zu schützen.<"

Und der Autor setzt nach:

"Ist der Staat dazu nicht mehr in der Lage, so Hobbes, gilt >das natürliche Recht der Menschen, sich selbst zu schützen.<" (Z. 574-583)

Auch der argumentative Trick, mit dem Zitat eines bekannten Philosophen, der dazu noch als >Staatsfetischist< (>auf jeden Fall nicht staatsfeindlich<) gilt, wissenschaftlich-philosophische Autorität vorzutäuschen, kann nicht darüber hinwegtäuschen: Trotz scheinbarer Ausgewogenheit hat der Artikel eine klar Botschaft: Es geht darum, die "kriminell belasteten Nichtdeutschen" anzuprangern und Kriminalität und Ausländerexistenz in einen dichten assoziativen Zusammenhang zu stellen.

Dabei gibt sich der Focus-Autor betont seriös und demokratisch, indem er auch anderen Positionen Raum zu geben scheint, diese aber gleich mit dem Tabu-Verdacht als unwahrhaftig diskreditiert.

Insgesamt kann zum Focus gesagt werden,

1. daß die Art und Weise der Darstellung von "Rechtsextremismus" als politische Waffe eingesetzt wird, um die Aufmerksamkeit vom "rechten" Terror auf die angeblichen Gefahren von "links" zu lenken. Diese bestünden aus RAF-Sprengkommandos, Antifaschisten, Antikapitalisten und PKK-nahen Kurden, die für den größten Teil der "politisch motivierten Ausländerkriminalität" verantwortlich seien;
2. daß der Umgang mit den Themen Einwanderung, Flucht und Asyl mit dem zuerst beschriebenen Diskursstrang eine enge Verflech-

tung eingeht (z.B. PKK). Das hier analysierte typische Diskursfragment wiederum ist nicht nur dazu geeignet, dem latent vorhandenen rassistischem Denken vieler LeserInnen neue Nahrung zu geben, sondern legt diesem gleichzeitig noch gewaltförmige Handlungsmuster nahe und muß deshalb als rassistisch bezeichnet werden.

3. Auffällig ist zudem, daß der Focus seine Position durch zahlreiche Hinweise auf Expertenwissen und quasi-wissenschaftliche Schreibweise abzusichern sucht.
4. Anzumerken ist ferner, daß Focus überaus reichlichen Gebrauch der Kollektivsymbolik macht, die den hegemonialen Diskurs neokonservativer Prägung vernetzt (Ansteigen, Schwächung, anschwellen - um nur einige zu nennen).

Die Darstellung von Einwanderern und Flüchtlingen und die Behandlung des Rechtsextremismus in einer Artikelserie der Bild-Zeitung

Vorbemerkung

Im folgenden wird etwas genauer auf die massenwirksame Bild-Zeitung eingegangen, erstens, um deren regulative Macht zu verdeutlichen. Zweitens wird eine Artikelserie der Bild-Zeitung skizziert, in der grundsätzliche journalistische Muster dieser einflußreichen Zeitung sichtbar gemacht werden können.⁴⁴ Diese Serie, die sich thematisch mit anderen - etwa dem Sozialdiskurs - verschränkt, verfolgen wir über ca. 70 Ausgaben. Diese Variante von Diskursanalyse (als Tag-zu-Tag-Analyse) bietet sich hier einmal deshalb an, weil auf diese Weise ein diskursives Ereignis (= ein Ereignis, über das über einen längeren Zeitraum massiv berichtet wird), nämlich der rassistisch motivierte Brandanschlag in Solingen, exemplarisch erfaßt werden kann; die Befassung mit dieser Folge ist aber auch deshalb interessant, weil so die Arbeitsweise von Bild über die oft dürftigen Einzelartikel hinaus in vollem Umfang erfaßt werden und die Massenwirksamkeit von Bild auf diese Weise besser verständlich gemacht werden kann. Zugleich können dadurch die oben durchgeführten Überblicksanalysen weiter abgesichert werden.

44 Eine ausführlichere Darstellung enthält Jäger 1993c.

Grundthese

Zuerst aber eine allgemeine Einschätzung bzw. Grundthese zu Bild, die wir auch deshalb für notwendig halten, weil diese Zeitung gelegentlich als kaum noch kritikwürdig dargestellt⁴⁵ oder gar als BLÖD-Zeitung qualifiziert wird.⁴⁶ Dem gegenüber sind wir der Ansicht, daß Bild in der Gesellschaft der Bundesrepublik einen geradezu unheilvollen Einfluß ausübt, weil das Blatt eine Integration (zumindest von Teilen) völkisch-nationalistischer Ideologie in die "Mitte der Gesellschaft" betreibt, ohne sich äußerlich etwa mit "rechtsextremen" Positionen identifizieren zu wollen. Bild ist mit mindestens ca. 15 Millionen Lesern das größte und einflußreichste Massenblatt der Bundesrepublik Deutschland; es gibt vielfach die "großen" Themen für andere Medien vor⁴⁷ und hat eine Technik der Regulierung des Massenbewußtseins entwickelt, die äußerst wirkungsvoll ist.

Die Darstellung von Einwanderern und Flüchtlingen in der Bild-Zeitung

Bis in die 90er Jahre hinein waren die Asylsuchenden vornehmstes Zielobjekt der rassistischen Hetze der Bild-Zeitung.⁴⁸ Erst in der Hochphase der Kampagne um die Abschaffung des Artikel 16 des GG erfolgte ein Schwenk im Hinblick auf die "Zielgruppe". Die neue Zielgruppe "Türken" ist durch die Art und Weise der Berichterstattung über die Verbrechen von Mölln und Solingen diskursiv erzeugt worden: Sie wurde geradezu programmatisch in den Mittelpunkt gestellt. Diese Tatsache hat zumindest für eine kurze Zeit dazu geführt, daß es in Deutschland zu einem Hauch von Bürgerkrieg kommen konnte.

Bild verurteilte zwar die rassistisch motivierten Gewalttaten; sie schürte aber zugleich einen latenten Rassismus, der den Boden für neue Gewalttaten mit aufbereitete. Diese Doppelstrategie ist seit vielen Jah-

45 So etwa Enzensberger 1988.- In diesem Teil unseres Beitrags fassen wir zunächst die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchungen zusammen, die wir seit 1990 anhand der Bildzeitung im DISS durchgeführt haben.

46 So etwa durch den Schauspieler Manfred Krug in diversen Krimis.

47 Vgl. Huhnke 1993

48 Vgl. dazu etwa Quinkert/Jäger 1991 und Jäger 1993c.

ren zu beobachten gewesen.⁴⁹

In der "Normal"-Bevölkerung wurde dies so aufgenommen, daß die Terror-Anschläge zunehmend verurteilt wurden. Doch zugleich herrscht auch hier weiter die Ablehnung des Fremden, des "Unangepaßten" vor, wie mehrere Blöcke von Alltagsinterviews, die wir durchgeführt haben, zeigen.⁵⁰ Der Boden für weitere Anschläge blieb so erhalten.

Doch solche Taten wurden und werden in Bild (und in anderen Medien) kaum noch zur Kenntnis gebracht. Meist werden sie, wenn überhaupt, in kurzen Artikeln oder als knappzeilige Nachrichten versteckt.

Bild fördert und verstärkt so den Diskurs des Rassismus, der (in Teilen) der Bevölkerung Dispositionen zur Gewaltanwendung gegenüber Einwanderern, Flüchtlingen und ihren Kindern erzeugt, insbesondere wenn dieser Diskurs von einem Sozialdiskurs begleitet wird. (Vgl. dazu Jäger/Jäger 1993)

Bild verfährt so, daß die Verbrechen gegen Einwanderer und Flüchtlinge als Randgruppenproblem verharmlost werden. Die Täter werden als "Spinner", dumme Jungs oder als ein paar ausgeflippte "Rechtsextremisten" dargestellt. Dadurch wird davon abgelenkt, daß das Erstarken rassistischer Diskurse ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das "in der Mitte der Gesellschaft" angesiedelt ist.

Bild - wie fast ständig am Diskurs über Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende zu beobachten - unterscheidet zwischen guten und schlechten "Ausländern" und spaltet damit diese Gruppe. Gute Ausländer: das sind diejenigen, die sich anpassen (assimilieren): Dies sind insbesondere die sog. "Gastarbeiter", sofern diese sich "deutschen Sitten und Gebräuchen" mehr oder minder restlos unterwerfen.

Schlechte "Ausländer": das sind bei Bild diejenigen, die sich nicht an unsere deutsche "Normalität" anpassen, die ihre eigenen Sitten und Gebräuche pflegen, insbesondere ihre Religion (meist in Gestalt des Islam) praktizieren, die auf "unsere" Kosten leben usw. Dabei richtet sich BILD vor allem gegen Flüchtlinge und Asylsuchende, die sie fast durchweg "Asylanten" nennt.⁵¹

49 Siehe dazu DISS 1993.

50 Vgl. Jäger 1992, M. Jäger 1996a sowie Cleve in diesem Bericht.

Zwar wird gelegentlich auch ein "guter" Türke (z.B. als Schützenkönig von Soest) gefeiert, aber er muß ein "deutscher" Türke sein und zumindest mit Spitznamen "Siggi" heißen. Die nicht oder weniger assimilierten Türken sind für Bild im allgemeinen ein Ärgernis; sie sind für sie allesamt potentielle Gewalttäter, extrem, fremd und gehören nicht ins Bild einer "deutschen Gesellschaft".

Bild drängt die Politiker zur Verschärfung von Gesetzen, die die "innere Sicherheit" gewährleisten sollen, besonders aber von solchen, die sich gegen Einwanderer und Flüchtlinge richten.

Die Aufnahme von "Rechts-Extremismus" in der Bild-Zeitung:

Bei der Darstellung rassistisch motivierter Straftaten und der Darstellung von "Rechts-Extremismus" allgemein fährt Bild eine Technik der Normalisierung.⁵²

Um "Normalität" zu erzeugen bzw. wiederherzustellen, muß die durch den rassistischen Terror in der Bundesrepublik entstandene politische Schiefelage wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Bild tut dies, indem sie "linke" Aktivitäten diskursiv hochspielt und "Linke" aller Couleur ausgrenzt und tendenziell kriminalisiert. Dies war bereits in Verbindung mit der Verabschiedung des neuen Asyl-Artikels 16a des Grundgesetzes zu beobachten und erlangte einen langanhaltenden Höhepunkt mit den Festnahmen von mutmaßlichen Mitgliedern der RAF in Bad Kleinen sowie durch die Art und Weise, wie Bild die Fahndung nach mutmaßlichen RAF-Terroristen herausstellte, wie sie die Fahndungsspannen ins Bild setzte und diese kommentierte, um das Thema RAF weiter hochzuhalten. Der Eindruck, daß Deutschland eine Gefahr von "rechts" drohe, wurde damit aufgewogen und der grassierende Rassismus normalistisch integriert. Die politisch motivierten Verbrechen konnten ganz allgemein als Probleme des "Links"- und "Rechts"-Extremismus erscheinen. Damit einher geht die Klarstellung: Deutschland - "wir" Deutschen - sind eine ganz normale, keineswegs aggressive oder gar rassistische Gesellschaft, die nach "rechts" driftet. Zugleich konnte

51 Vgl. Link 1983

52 Zum Konzept des Normalismus vgl. Link 1992a

dieser Diskurs dazu genutzt werden, die Notwendigkeit der Verschärfung von Gesetzen zur Wahrung der "inneren Sicherheit" als unabdingbar erscheinen zu lassen.

Der Bezug von Bild auf Funktionäre "rechtsextremer" Parteien oder solcher Parteien und Organisationen selbst ist denn auch durchweg von heftiger Ablehnung gekennzeichnet.

Argumentations- bzw. Diskursstrategie in Bild⁵³

Doch wie geht die Bild-Zeitung im einzelnen vor: Bild manipuliert nicht nur, sie fälscht nicht nur, sie lügt nicht nur und verdreht nicht nur Tatsachen: Bild hat eine wirkungsvolle Weise der Ansprache entwickelt, mit der sie ihrem Publikum eine bestimmte völkisch-nationalistische Weltsicht zu vermitteln versucht. Sie verzichtet tendenziell auf rationale Argumentation und versucht statt dessen, direkt den "Bauch", die Emotionen bzw. das ohnedies recht "verrückte" Weltbild ihrer LeserInnen zu erreichen und zu "formen".

Das wird besonders deutlich, wenn man nicht nur den jeweils einzelnen Artikel betrachtet, sondern wenn man mehrere Artikel zu (scheinbar) verschiedenen Themen in ihrem "Zusammenspiel" beleuchtet.⁵⁴ Dabei ist eine Psychotechnik zu beobachten, die man nicht als bloße Manipulation im Sinne von Dressur charakterisieren kann, son-

53 Die Termini Argumentationsstrategien bzw. Diskursstrategien werden hier diskurstheoretisch etwas unscharf verwendet. Es handelt sich um im Diskurs zu beobachtende Strategien der Durchsetzung bestimmter "Wahrheiten" (= hegemonial gültige "Wahrheiten"), die aus den diskursiven Kämpfen resultieren.

54 Das kann im folgenden nur exemplarisch geleistet werden. Dabei wird aber bereits deutlich, wie die in *Bild* gefahrenen Themen Tag für Tag und über lange Zeiträume mit unterschiedlichem Material stereotyp immer wieder aufgenommen werden und auf diese Weise einen Strang bilden, der sich durch die Zeit zieht und durch den das Bewußtsein der LeserInnen reguliert wird. Das heißt, die LeserInnen werden fortlaufend in die entsprechenden Diskurse "verstrickt". Bereits daraus erklärt sich die "Macht der *Bild*-Diskurse", die dazu führt, das Bewußtsein der Leser auf bestimmte Weise zu formen und Haltungen und Einstellungen zu erzeugen, die auch die Basis für ganz bestimmte Handlungs- und Verhaltensweisen legen. Diese hier viel zu allgemein angesprochene Diskurstheorie ist im einzelnen entfaltet in Jäger 1993b.

dern als ein komplexes Verfahren der regulativen Subjektbildung durch Normalisierung des eigentlich Nicht-Normalen.

Brandanschläge im Inneren, Krieg vor der Haustür, drohender Sozialabbau und die Gefahr der Verstrickung Deutschlands in weltweite kriegerische Aktionen müßten eigentlich von der Bevölkerung als Bedrohung empfunden werden, als eine Welt, die aus den Fugen zu geraten droht. Doch ganz offensichtlich ist dies nur bei wenigen der Fall. Für die meisten ist die Welt noch in Ordnung. Jürgen Link fragt denn auch: "Wie können Menschen sich wohlfühlen in einem absolut arhythmischen, in punktueller Unwiederholbarkeit explodierenden Abenteuer?" Die Antwort heißt für ihn: Indem ihnen all dies als ganz "normal" dargestellt wird. Die Quintessenz dieser Technik lautet: "Daß du nicht merkst, daß du nichts merkst". (Link 1992a, S. 51)

Die Subjekte werden besonders durch die Medien-Diskurse, in die sie eingebunden sind, auf "Normalität", auf "Durchschnitte" hin reguliert. Zuspitzungen, Gefahren, dramatische Veränderungen werden auf diese Weise glattgebügelt. Dagegen werden andere Ereignisse, die als nicht "normal" angesehen werden sollen, als solche dargestellt, die im Sinne z.B. von Bild dringend "normalisiert" werden müssen.

Im Unterschied zur Manipulation, durch die verschiedenste Ziele erreicht und unterschiedlichste Interessen durchgesetzt werden sollen, bedeutet "Regulation" also eine Hinführung zu als "normal" unterstellten Haltungen und Einschätzungen und in deren Gefolge, Handlungsweisen. Dies erfolgt ähnlich wie bei der Manipulation auch durch rhetorisch-diskursive Praxen wie Aufbauschen, Verschweigen, etwas nahelegen, Vermengen von Themen, die nichts oder wenig miteinander zu tun haben, Verwendung suggestiver Bilder (brechende Dämme, uns überrollende Fluten, volle Boote etc.⁵⁵, die Bedrohungsgefühle auslösen etc.)

Bild spielt mit diesen rhetorischen Mitteln gleichsam auf der Klaviatur der Gefühle und Vorstellungen der Menschen, um ihnen eine

55 Solche angstmachenden Symbole sind in *Bild* seit langem äußerst beliebt. Schon 1986 konnte man hier in einer Überschrift lesen: "Asylantenflut - jetzt muß ein Gipfel her" (*Bild* vom 20.7.1986). Wie *Bild* dieses Thema seit dieser Zeit insgesamt bearbeitete, dazu vgl. Huhnke 1993.

Vorstellung zu vermitteln, was sie als "normal" und was sie als nicht normal anzusehen haben. Eine solche "Regulation" resultiert demnach in der Schaffung "normalistischer Subjekte" und "Kollektive", d.h. solcher Subjekte, die ständig das Bedürfnis nach der von Bild gewünschten "Normalität" empfinden. Wird ein solches Subjekt mit Vorstellungen, Ereignissen und Handlungen konfrontiert, die nach den in ihm erzeugten Normalitätsvorstellungen als "nicht normal" anzusehen sind, entsteht dringender Handlungsbedarf, diese Normalität u.U. mit allen Mitteln wieder herzustellen.

Die Bild fährt diese Strategie sehr gezielt, indem sie immer wieder auch die regionalen Besonderheiten und Sonderprobleme, regionale Stimmungen und Spezialereignisse aufgreift, so daß sie dicht an den (oft unverdauten) Erfahrungen ihrer LeserInnen ansetzen kann. Insofern muß gesagt werden, daß diese Zeitung wegen ihrer regulativen Macht, ihre oft völkisch-nationalistischen Vorstellungen von Normalität gesellschaftlich durchzusetzen, eine Gefahr für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Diese Gefahr wird dadurch noch verschärft, daß anerkannte PolitikerInnen wie etwa der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt dieses Blatt dadurch aufwerten, daß sie sich auf Bild als Sprachrohr für die deutsche Bevölkerung beziehen. Schmidt verkündete - und das wurde in Bild vom 2. April 1993 selbstredend in großen Lettern als Kopfleiste der Titelseite herausgestellt:

"Wer das Volk erreichen will, muß in BILD schreiben!"

In diesem Artikel richtet sich Schmidt zwar gegen "rechtsextreme" Terrorakte und meint, sie müßten genau so verfolgt werden wie die der RAF. Aber dennoch verwendet er Symbole, die dazu beitragen, daß sich rassistische Vorstellungen bei den LeserInnen verstärken, wenn er etwa vom "Zustrom von Asylbewerbern" und von "Scheinasylanten" spricht. Zudem verweist er auf die Türken und die Türkei, "deren Bevölkerungszahl sich alle 30 Jahre verdoppelt." Hier zeigt sich exemplarisch in aller Deutlichkeit, wie Medien und Politiker gemeinsam zur Stärkung rassistischer Diskurse beitragen.⁵⁶ Die Analyse der Bild bietet dafür ein aufschlußreiches Beispiel.

Die Regulation des Leserbewußtseins

Anhand einer Reihe konkreter Beispiele möchten wir nun zeigen, wie diese Regulation des Leser-Bewußtseins funktioniert.

Am Dienstag, dem 25. Mai 1993, einen Tag vor der entscheidenden Bundestagssitzung zur Änderung des Asyl-Artikels, erscheint auf der ersten Seite von *Bild* ein kleiner Artikel mit der Überschrift:

"Asyl. Ganz Bonn ist eine Festung"

Er enthält eine Warnung vor "linken" "Politrockern", die die Sitzung des Bundestags, in dem am 26. Mai der neue Asyl-Artikel verabschiedet werden soll, zu stören drohen. Der Bundestag wird als Festung bzw. Burg symbolisiert, die die MdBs nur noch über den Rhein (der wie eine Art Burggraben funktioniert) oder durch die Luft (mit Hubschraubern) erreichen können: Der Bundestag wird als "unser Herz", als "unsere Mitte" symbolisiert, die von Chaoten bedroht ist. Die Botschaft lautet trotz des grundgesetzlich garantierten Demonstrationsrechts: "Dieser Protest ist nicht normal. >Wir< sind von links bedroht. Hier besteht Handlungsbedarf, denn das darf nicht sein."

Die Schrägheit des Bildes wird dadurch hervorgerufen, daß die Gegner der Änderung des Artikel 16 ihre Aktion symbolisch verschlüsselt haben, daß der Bundestag von den Abgeordneten als "Deutschland" bzw. Fluchtburg erscheint, in die die Abgeordneten (als "Asylsuchende" symbolisiert) nicht hineingelassen werden. Diese Erfahrung sollte vermittelt und medial genutzt werden. Die Umkehrung dieser symbolischen Situation konnte *Bild* nicht ohne Brüche vollziehen: diejenigen, die hineinwollten, mußten als Opfer dargestellt werden, die am Betreten "ihres Hauses" gehindert wurden.⁵⁷ Das konnte nur deshalb gelingen,

56 Schmidt kommt nach diesem Auftakt in *Bild* mehrfach hintereinander zu Wort. Bei dieser "Serie" handelt es sich um Auszüge aus seinem Buch "Handeln für Deutschland", das vor einiger Zeit im Rowohlt-Verlag erschienen ist. Der Diskurs der Politik ist in der Regel Stichwortgeber für die Medien, die ihn aber je nach eigener politischer Option verändern, vergrößern oder simplifizieren und ihm damit nicht nur zu größerer Wirksamkeit verhelfen, sondern ihn auch prägen. Vgl. dazu auch van Dijk 1993. Der Rat Schmidts, die RAF im Auge zu behalten, wird später auf sehr eigenartige Weise befolgt werden; vgl. dazu weiter unten!

weil das Bild von der Festung Europa im hegemonialen Diskurs längst positiv besetzt war, was die Gegner der Grundgesetzänderung ganz offensichtlich unterschätzt haben.

Ein kleiner Artikel, auf der unteren Hälfte der Titelseite plaziert, wird auf S. 2 durch einen zweiten ergänzt. Dieser 2. Artikel wurde auf S. 1 mit dem Titel angekündigt:

"Der Kampf ums Asyl"

Auf der 2. Seite ist die Überschrift wie folgt umformuliert:

"Asyl. Polizeischutz für Abgeordnete"

Der auf S. 1 angekündigte Kampf wird hier im Sinne der Bild-Politik präziser gefaßt: als Angriff von "Chaoten" auf die zu erwartende "vernünftige (= normale) Entscheidung" der Mehrheit der Bundestagsabgeordneten.

Mittwoch, 26. Mai 1993: Auf der Titelseite findet sich wiederum nur ein kleiner Artikel zur "Asyl-Entscheidung", die an diesem Tag im Bundestag getroffen wird:

"Asyl-Trend: Klare Mehrheit"

Berichtet wird über die Vorabstimmung der SPD-Fraktion, die erst vor wenigen Monaten durch die Entscheidung des damaligen Kanzlerkandidaten Björn Engholm in die Richtung der von der Regierung favorisierten Änderung des Asyl-Artikels gedrängt worden war. Mit dem Mehrheitsvotum in der SPD-Fraktion für die Änderung des Artikels ist

57 Zur Verwendung von kollektiven Symbolen, wie sie hier mehrfach zu beobachten sind, vgl. noch einmal Link 1982 und 1992b. Sie können in Form sprachlicher Bilder, in Gestalt von Fotos oder Karikaturen etc. auftauchen. Sie werden als Kollektivsymbole bezeichnet, weil sie im Unterschied zu sonstigen Symbolen allgemeinverständlich und eingängig sind, das sie unmittelbar "Sinn machen". Solche Kollektivsymbole sind der "Kitt der Diskurse", weil sie ein *System* bilden, das die politische Landschaft der BRD repräsentiert; sie mäandern über den gesamten Diskurs bzw. überziehen diesen wie ein Netz und verleihen ihm Festigkeit indem sie Widersprüche glätten und disparate Themen verknüpfen helfen; dabei haben insbesondere auch sogenannte Katachresen (= Bildbrüche) eine vereinheitlichende Funktion.- Der Begriff "diskursive Grundfigur", den Busse 1997 verwendet, ähnelt dem Linkschen Kollektivsymbolbegriff, ohne mit ihm identisch zu sein. Als eine solche diskursive Grundstruktur behandelt Busse etwa "Eigenes/Fremdes" (vgl. Busse 1997, S. 17-27).

nun für Bild alles "klar". Gleichzeitig wird die Berichterstattung über anreisende "Chaoten" vom Vortag mit der Darstellung von Anschlägen auf Geschäftsstellen von CDU und SPD auf Seite 2 fortgesetzt:

"Asyl

Brandanschläge gegen Parteibüros"

Berichtet wird zunächst jedoch über Ministerpräsident Raus Aufruf an die Mitglieder der SPD-Fraktion, für den neuen Artikel 16a zu stimmen. Rau beschwört: "1949 war das Asylrecht ein Rettungsanker in der Not - aber nicht der Hafen für alle." Nur dieser eine Satz aus Raus Aufruf wird - fettgedruckt - zitiert. Als Botschaft an die Leser verbleibt: "Heute wird das Asylgesetz mißbraucht, und deshalb müssen wir es abschaffen. Es ist von der Zeit überholt."

Die dichte Seefahrtsmetaphorik verleiht diesem Satz scheinbare Widerspruchsfreiheit und Stringenz.

Für die Leser von Bild kommt aber weiter hinzu, daß hier eine Autorität zitiert wird, was dazu beiträgt, die Änderung des Grundgesetzartikels als absolut notwendig und völlig legitim erscheinen zu lassen.

Vor dem Hintergrund der zuvor gelaufenen Kampagne muß Rau so verstanden werden, daß die Grundgesetzänderung das einzige Mittel sei, den Mißbrauch Deutschlands durch die Asylsuchenden zu verhindern. Der zitierte Satz von Rau kann im übrigen vor dem Hintergrund der massenhaften Anschläge, aber auch auf dem Hintergrund der Kriegsberichterstattung über die "Chaoten", zudem von den Lesern als Aufruf zur Gewalt gegen Einwanderer und Flüchtlinge verstanden werden, ohne daß Rau dies expressis verbis gesagt hätte und sicherlich auch nicht beabsichtigt hat. Aber vielleicht ist er gerade deshalb für Bild besonders interessant.

Erst nach diesem Rau-Zitat wird das Thema der Überschrift aufgenommen: Brandanschläge gegen Parteibüros. In Pinneberg (Schleswig-Holstein), in Wolfsburg und in Wesel haben "Chaoten" - Bilds Lieblingsbezeichnung für "Linke" - Geschäftsstellen von CDU und SPD angegriffen. Im Klartext heißt dies: Die "Linken" sind noch schlimmer als die "rechten" Gewalttäter, denn sie greifen "unsere" staatlich-demokratischen Institutionen an.

Des weiteren wird die Abriegelung der Bannmeile begründet: Man

rechne mit 10.000 Demonstranten, darunter 2.000 Autonome, wie Bild sagt, "meist gewalttätig". Sie kommen auf dem Land- und Wasserweg (wie die "Asylanten"). Hervorgehoben wird eine Hamburger Parole gegen die ">Bonner Brandstifter<", kommentarlos.

Auf Seite 5 wird in Gestalt eines Interviews berichtet, daß die Täter von Mölln ihr Geständnis widerrufen haben:

"Die Mölln-Morde. Geständnis widerrufen
Ich hab' mit Mutti Schach gespielt"

Am Donnerstag, dem 27. Mai 1993, einen Tag nach der Abstimmung über den Artikel 16a im Bundestag, titelt Bild riesengroß und rot unterlegt auf der ersten Seite:

"Abgeordnete auf dem Weg ins Parlament
Asyl. Tritte/Schüsse/Schläge.
Und nachts sagen die Politiker Ja."

Doch Bild meint und läßt durch "SPD-Klose" sagen: "Wer für eine Änderung des Asylrechts ist, ist kein Ausländerfeind." Biblisch gibt sich "CDU/CSU-Schäuble": "Wer sagt, die Bundesrepublik schotte sich ab, redet falsches Zeugnis."

Über der Riesen-Balkenüberschrift des Asyl-Artikels findet sich eine die ganze Zeitungsbreite abdeckende interessante Dachzeile:

"Neuer AIDS Virus Urlauber in Gefahr"⁵⁸

Die Wörter "Neuer" und "Virus" sind rot unterstrichen. Der Virus

58 Der Strang des "Urlaubs-Diskurses" durchzieht übrigens die gesamte *Bild*-Berichterstattung. Insbesondere der Auslands-Urlaub wird immer wieder angesprochen. Sehr häufig sind Gefährdungen deutscher Touristen im Ausland Gegenstand der Berichte, seien dies die Überfälle auf Frauen in Florida oder die Anschläge auf Touristen in der Türkei. Auch diese Art der Darstellung erzeugt von latenten Nationalismus und Rassismus, der sich auf (Menschen) (bestimmte(r)) andere(r) Länder richtet. So wird vor Türkei-Urlauben gewarnt - wegen der PKK. So wird mit der "genüßlichen" Berichterstattung über Florida der American-Way-of-Life angezielt. Vor Urlauben in England dagegen wird keineswegs gewarnt - als ob es die IRA nicht gäbe bzw. gegeben hätte. Dieser Diskursstrang berührt das Thema unserer Analyse durchaus. Wir haben auf eine ausführlichere Analyse verzichtet, um uns auf den Diskurs über Einwanderer, Flüchtlinge und Asylsuchende, der sich gegen "den inneren Feind" richtet, konzentrieren zu können.

kommt aus Indien. Das ist deshalb äußerst interessant, weil Indien zur gleichen Zeit beim Hin-und-Her über die Neufassung des Art. 16 als Nicht-Verfolger-Staat zur Debatte steht. Auch wenn es hier um ein völlig anderes Thema zu gehen scheint, wird durch die Semantik des Wortes "Viren" der Inhalt transportiert, daß ein (von Deutschland, von "uns") nicht gewünschtes Einsickern oder Eindringen von außen (in unseren Körper) stattfindet. Auf diese Weise wird die Verbindung zur Asyldebatte hergestellt. Bild legt hier den Grund dafür, die Menschen gegen einwandernde Inder (und sonstige Flüchtlinge aus "sicheren Drittstaaten") einzustimmen.

An dieser Stelle zeigt sich eine zentrale Strategie von Bild, die sie durchgängig verwendet. Sie arbeitet nicht direkt und rational, sondern sozusagen hinten herum: Inder bringen Krankheiten, deshalb sollen sie dableiben, wo sie sind. Sie nennt ihr Anliegen nicht beim Namen, sondern bereitet den Boden dafür vor, daß Verständnis für bestimmte Maßnahmen entsteht, hier: daß Indien nicht auf die Liste der Verfolgerstaaten gesetzt wird, indische Asylbewerber also abgeschoben werden können.

Die transportierte Botschaft lautet allgemein: "Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir müssen den Angriff auf unseren Körper (= Deutschland) abwehren. Wir müssen uns abschotten."

Im folgenden wird ein Schlachtgemälde präsentiert:

"Chaoten schossen auf den Minister- Helikopter.

Das Protokoll der ASYL-Schlacht"

Das Chaos schlägt zu. Auf großen Fotos sieht man: "Chaoten" in Schlauchbooten versuchen den Bundestag zu erreichen und die Bannmeile zu durchbrechen. Symbolisch vermittelt wird: "Unsere Festung ist bedroht, aber die Chaoten können von der Polizei abgedrängt werden." Für Bild sind die "Chaoten" damit bereits ausreichend als Staatsfeinde markiert. Sie werden durch die Art und Weise der Darstellung, des Eindringens, mit den Asylsuchenden assoziiert, wodurch diese wiederum als "Chaoten" markiert werden.

Ein Groß-Foto auf S. 2 zeigt die "Chaoten" in Aktion:

Die Bildunterschrift lautet:

"Gezielter Haß! Eine Demonstrantin tritt mit schwarzen Springer-

stiefeln nach dem SPD-Abgeordneten Gert Weisskirchen - einem erklärten Gegner der Asylrechtsänderung. Eine Dame hebt schützend die Hände. Polit-Rocker brüllen >Haß<.

Abgesehen davon, daß durch den Verweis auf die "Springerstiefel", sonst Erkennungsmerkmal von Skinheads, wieder das "Rechts"="Links"-Schema reproduziert wird, ist dies eine völlig verfälschende Darstellung des Hergangs, wie eine am gleichen Tag erscheinende Foto-Folge im Düsseldorfer Express zeigt. Diese zeigt deutlich, daß die junge Frau bei einem leichten Gerangel von dem MdB Weisskirchen beiseite gedrängt worden ist und von den sie umgebenden jungen Leuten, die übrigens einen eher besonnenen Eindruck machen, aufgefangen wird.

Im Kommentar von Chefredakteur Larass (S. 2) ist erneut vom Zustrom von außen die Rede und von der Notwendigkeit, diesen "einzudämmen". Er spricht sich zugleich gegen Abschottung gegenüber Fremden in Deutschland aus. Larass verwendet weiterhin die sattsam bekannte Kollektivsymbolik, mit der seit Jahren die deutsche Bevölkerung in Panik und Bedrohungsgefühle gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen versetzt wird - bis hin zu Dispositionen zu Gewalt und Terror.⁵⁹

Am folgenden Tag (Freitag, 28. Mai 1993) berichtet Bild über Reaktionen des Auslands auf die faktische Abschaffung des Art. 16: Alle zitierten Zeitungen äußern Verständnis und Wohlwollen.

Es folgt ein Bericht über einen Brand in Dortmund. Der geschilderte Anschlag gilt nicht Flüchtlingen und Einwanderern - was aber nicht eigens gesagt wird. Daneben ein Kurzbericht über einen Brandanschlag auf einen Obdachlosen. Auf die Motive der beiden Täter wird nicht eingegangen.

In der Nacht zum Samstag, 29. Mai 1993 sind in Solingen fünf Türkinnen einem Brandanschlag zum Opfer gefallen. Bild kann an diesem Tag noch nicht über dieses Verbrechen berichten. Die Brandstiftung hatte in den frühen Morgenstunden nach Redaktionsschluß von Bild (gegen 2 Uhr) stattgefunden.

59 Vgl. dazu etwa Gerhard 1992, Link 1992b.

In dieser Ausgabe wird kurz die Polizei und der damalige Innenminister von NRW, Herbert Schnoor, wegen des angeblich zu laschen Polizei-Einsatzes gegen die "linken Chaoten" kritisiert, die den Bundestag abgeriegelt hatten. Diese "Chaoten" werden gleichmacherisch als "radikale Demonstranten" bezeichnet.

In einem weiteren Kurzartikel wird das Schicksal eines jungen Polen, dem Abschiebung droht, beklagt, weil dieser einen deutschen "Uropa" hatte und deshalb ja das Anrecht besitze, in Deutschland zu bleiben. Hier argumentiert Bild "völkisch"-biologistisch, wie übrigens immer, wenn es um Aussiedler geht, die ja "deutsches Blut" in den Adern haben.

Am Sonntag/Montag, dem 30./31. Mai 1993 (Pfingsten) erscheint die BamS mit der folgenden Titelseite:

"Wie in Mölln /Nazi-Attentat?/ 5 Tote!/ Wieder türkische Kinder verbrannt!"

Die vier Fotos (in Farbe!) zeigen: Feuerwehrleute tragen eine Bahre, das völlig ausgebrannte Haus, Fotos von Zweien der ermordeten Kinder.

Bild spielt den Mord als Tat von Einzelgängern herunter, und man darf auch sofort wieder jubeln: Unterhalb der Titelstory heißt es:

"2:1 - Jubel, Köln gerettet"

Und Bild ist so abgefeimt, daß sie auf der Doppel-Seite, auf der dieser Kommentar steht (S. 4 und 5), zugleich wieder gegen Einwanderer und Flüchtlinge hetzt:

Unter der Überschrift: "Die Woche, die unser Land veränderte" heißt es:

"Das neue Asylrecht und der geänderte Artikel 16 im Grundgesetz verändern den Alltag: Der Asylantenzustrom (!) wird gestoppt. Für viele Bürger eine Notwendigkeit, für viele aber auch ein Verlust an freiheitlicher Tradition."

Wieder wird der "Zustrom" beschworen, wieder ist die Rede von den "Asylanten" (die uns bedrohen).

Die faktische Abschaffung des Art. 16 wird denn auch als ein Ereignis gepriesen, "das unser Land verändert." Normalität ist eingekehrt, die Botschaft lautet: ">Wir< können endlich in breiter Form abschieben."

Die Morde von Solingen werden nicht einmal erwähnt. Statt dessen wird die Neufassung des Artikel 16 GG gefeiert:

"Mai - Mittwoch 26 /Asylantenstopp"

Im Text heißt es:

"Der Bundestag beschließt die Neuregelung des Asylrechts und des Artikel 16 im Grundgesetz. Damit werden künftig Abschiebungen erleichtert. Ausländer, die aus einem als sicher geltenden Drittstaat (EG-Länder und Nachbarstaaten) kommen, werden vom Asylverfahren ausgeschlossen. Das Asylgesetz tritt am 1. Juli in Kraft."

Das hat (und hatte immer wieder) Appell-Funktion und kann bei den Lesern folgendermaßen ankommen:

"Ja, wenn das so ist, daß die >Ausländer< hier nichts zu suchen haben, und wenn das so ist, wie viele Politiker sagen, daß die Gesetzesänderung nicht wirklich >greifen< wird, dann legen wir doch gleich selbst Hand an!"

Am Dienstag, 1.6.1993 titelt Bild auf Seite 1 riesengroß:

"Seht her, ihr Mörder"

Darunter sieht man ein Foto eines der schwerverletzten Mädchen von Solingen. Der strafende Blick richtet sich wieder nur gegen "die Rechtsradikalen". In einer zweiten Überschrift ist zu lesen:

"1. Festnahme: Ein Sechzehnjähriger"

Direkt darunter heißt es dann aber schon:

"Spirale der Gewalt: Türken schlagen zurück"

Sich zur Wehr setzende türkische Jugendliche, die Solingens Innenstadt "demoliert" hätten, werden scharf kritisiert.

Einige Blockaden von Autobahnen und Flughafenzufahrten provozieren Bild zu der Frage:

"Deutschland, wohin gehst Du?"

Gemeint sind in erster Linie die Demonstrationen, die mit einer "neuen Spirale von Gewalt" auf den Brandanschlag reagierten, nicht etwa die Morde Deutscher an den Türkinnen. Hier wird ein neues Feindbild geschaffen: Die Türken. Von den Türken, so will Bild verdeutlichen, droht die eigentliche Gefahr; sie tragen den Bürgerkrieg ins Land. Mit diesem Trick beginnt Bild ein symbolisches Gegengewicht gegen den sichtbaren "Rechts"-Trend in der Bundesrepublik zu installieren. Sie

versucht ihn zu normalisieren. Dabei ist unwichtig, ob die gemeinten Türken als "Links" oder "rechts" kodiert werden: sie fungieren im Diskurs als eine "andere" Gewalt, durch die der Blick von "rechter" Gewalt abgelenkt wird.

Direkt unter dieser Beschwörung einer türkischen Gefahr verkündet
"Kanzler Kohl: Eine Schande"

In seiner "Auf deutsch" und "Auf türkisch" verfaßten Botschaft verlautbart Kohl >Entsetzen<. Und wieder weist der dicke Finger auf ein paar "gemeingefährliche Kriminelle". Die Deutschen werden insgesamt dargestellt, als verurteilten sie "Ausländerfeindlichkeit und Gewalt". Und in fahrlässiger Offenheit meint der Kanzler:

"Deutschland muß ein weltoffenes Land bleiben, in dem Deutsche und Ausländer - und das gilt vor allem für unsere türkischen Mitbürger - in guter Nachbarschaft und Freundschaft leben."

Auf den nächsten Seiten folgen Reportagen, eine Chronik der Gewalt nach Solingen: "rechts" und "links" bunt gemischt. Kurze Erwähnung erfährt ein Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus, der angeblich von einem Türken durchgeführt wurde. Auch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen türkischen Gruppen werden ausgebreitet.

In den folgenden Tagen und Wochen behält Bild diese Technik bei. Insbesondere Türken und Kurden, die gegen den Krieg der Türkei gegen Kurdistan protestieren, werden auf die "linke Waagschale" gelegt, um den Ausschlag nach "rechts" weiter zu egalisieren. Da ist vom "Kurdenkrieg in Europa" die Rede. Da wird gefragt: "Kurde - wer bist du?" (25.6.1993) und getitelt: "Kurden-Terror: Nur der Anfang?" oder "Blutiger Sommer? Das war erst der Anfang" und "Terror in Deutschland: Die Polizei kann den Krieg der Kurden nicht kontrollieren" (26.6.).

Am 29. Juni 1993 erscheint neben den protestierenden Kurden ein neuer altbekannter Feind auf der Bühne: die RAF.

"RAF-Blutbad/ 3 Festnahmen im Ruhrgebiet"

Das paßt ins Bild. Durch die (möglicherweise inszenierte? und bis heute nicht wirklich aufgeklärte) RAF-Geschichte wird das "Links"- "Rechts"-Gleichgewicht wieder hergestellt. Auf der zweiten Seite folgt mangels Foto eine phantastische Zeichnung der angeblichen Festnah-

me-Situation (wilde Schießerei). Darunter die Fortsetzung von Seite 1: Hergang der Aktion und Festnahme, Hinweise auf Fehler der Polizei.

In der gleichen Ausgabe wird zudem über die Festnahme von 11 Personen berichtet, die bewaffnet zu einer Demonstration gegen Rassismus gehen wollten. Die Demonstranten sind die Gewalttäter. Auch dies funktioniert als Relativierung.

Bild nutzt die Gelegenheit, einen "Links=Rechts"-Ausgleich vorzunehmen. Zugleich soll der Terror von Deutschen hinter dem ausländischer Terroristen versteckt werden.

Am Donnerstag, 1. Juli 1993 triumphiert Bild:

"Jetzt wird abgeschoben"

Es wird daran erinnert, daß an diesem Tag der neue Asyl-Artikel in Kraft tritt. Einreisende aus "Nichtverfolgerstaaten" (z.B. aus Indien!) erhalten "Asylverfahren gleich am Flughafen."

Auf Seite 3 folgt die Überschrift:

"Wirbel um RAF-Einsatz der Polizei /Minister Schnoor gegen Generalbundesanwalt"

Eine großangelegte Fahndung gegen die RAF erweist sich als Flop. Hinweise auf eine bewußte Inszenierung werden in die Medien lanciert.

Das Thema beschäftigt Bild dennoch, trotz aller Pannen und Fehlmeldungen, den ganzen Juli 1993 hindurch. Die Berichterstattung ist sensationslüsternd und ausufernd. Parallel dazu wird das neue Asylrecht gefeiert, wobei Bild nicht davor zurückscheut, weitere Verschärfungen einzufordern. Am 19. Juli etwa titelt Bild in den bekannten knalligen Lettern:

"Asyl. Lassen Richter wieder alle rein?"

Zugleich werden Terroranschläge gegen Ausländer kaum zur Kenntnis genommen. So reicht am 12. Juli z.B. eine Meldung von sechs Zeilen, über einen Brandanschlag auf eine libanesische Familie zu berichten, bei dem sieben Menschen schwer verletzt wurden. Über Gegen-demonstrationen macht Bild sich lustig, wenn sie etwa am 20. Juli schreibt:

"Katzen demonstrieren gegen Ausländerhaß".

Am Sonntag, dem 1. August 1993 findet sich seit zwei Monaten erstmals keine Zeile aus dem Einwanderungs- und Flüchtlingsdiskurs.

Auch der RAF-Diskurs kommt nicht mehr vor.

Bild hat aber diese Diskursstränge weiter verfolgt und weiter Handlungsbedarf gegen Einwanderer und Flüchtlinge und gegen die "Linke" suggeriert, wenn auch nicht in der Schärfe der Zeit davor. Offiziell lehnt sie weiter den terroristischen Rassismus ab und schürt einen latenten Rassismus weiter. Damit leistet sie weiterhin ihren Beitrag dazu, daß in Deutschland Menschen verfolgt und geschlagen werden: Denn die latent rassistische Ansprache wird in der Bild-lesenden Bevölkerung weiter so zu Ende gedacht, daß "die Ausländer raus müssen - so oder so". Die Ermordung oder Vertreibung von Einwanderern und Flüchtlingen ist im latenten Rassismus als Handlungsanweisung impliziert. Gewalt-sames Vorgehen wird nahegelegt, ohne daß diese Handlungsanweisung ausgesprochen werden müßte.

Damit dürfte die Grundhaltung von Bild deutlich sichtbar geworden sein, und es ist geradezu "bewundernswert", mit welcher Leichtigkeit diese an den verschiedensten Themen und Ereignissen festgemacht wird. Diese Grundhaltung entspricht der offiziellen Politik des "rechten" Flügels der Union und drängt eher noch ein bißchen weiter nach "rechts". Sie ist die gleiche, die in Bild auch in Verbindung mit Hoyerswerda (23.9.91) und Hünxe (3.10.91) zu beobachten war und die auch nach Mölln (November 1992) weiter gefahren wurde: Doppelstrategie. Die Grenze zur Zustimmung zum "Rechtsextremismus" und zur Belobigung rassistisch motivierter Verbrechen wird nicht überschritten, auch wenn gelegentlich Ausflüge ins "rechtsextreme" Ideologiefeld vorkommen. Das wundert aber schon allein deshalb nicht, weil ein schwammiges Übergangsfeld zwischen "Rechts"-konservatismus und "Rechts"-extremismus existiert. Bild fährt einen "rechten" Populismus, der bis an die Grenze der Forderung nach einer faschistischen Bundesrepublik Deutschland geht, diese Grenze aber letztlich wahrt.

Erstaunlich ist dabei schon die Konstanz des "Sozialdiskurses", den wir hier nur gestreift haben. Hier wird kontinuierlich soziale Angst geschürt. Die Verschlingungen dieses Sozialdiskurses mit rassistischen Diskursen ist überdeutlich. Dabei trägt dieser Sozialdiskurs dazu bei, den rassistischen Diskurs zu stärken und ihm immer wieder neue Nahrung zu geben. Die zweite Funktion dieses Diskurses besteht darin, So-

zialabbau als nötig und "normal" erscheinen zu lassen. Als Schuldige für die Verschlechterung der sozialen Situation bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, zu denen in einem besonderen Maße das Gros der Bild-LeserInnen gehört, erscheinen "die Ausländer".

Die Normalisierungs-Strategie von Bild in bezug auf die politische Gesamtlage der Bundesrepublik besteht darin, dem einen Extrem, einem eskalierenden Rassismus, ein anderes entgegenzusetzen, den "linken" Terrorismus, so daß der Eindruck entsteht: Es gleicht sich alles wieder aus. So wird das "Nichtnormale" normalisiert, die Schrecken und Gefahren, die Verbrechen und Gemeinheiten werden in den Alltag integriert oder aber auch verschwiegen. Dort hausen sie als implizite Handlungsanweisungen, was sie um so leichter können, weil sie als Normalitäten aufgebaut worden sind.

Das Fazit: Bild trägt zumindest bei zum Entstehen eines "Extremismus der Mitte". Indem sie "rechte" und "linke" Extreme gegeneinander ausspielt, ergibt sich in der "Mitte" ein populistisches Vakuum, das sich inhaltlich sehr leicht auffüllen läßt. Das gilt nicht nur für die hier besonders beobachteten Diskursstränge, sondern insgesamt: Auch Nationalismus, Biologismus, Militarismus, Sexismus, Sportismus usw. werden in populistischer Manier reproduziert, das heißt: so verankert, daß die Grenze zum "Rechtsextremismus" erreicht, aber im allgemeinen nicht überschritten wird. Das manifestiert sich auch noch einmal anhand der offenen Ablehnung aller "rechtsextremen" Organisationen und aller "rechtsextremer" Politik, sofern diese sich entsprechend öffentlich markiert ist.

Bild betreibt im Kern "demagogische Hetze". Verbal bewegt sie sich dabei in der Regel auf "demokratischem" Felde; die in ihrer Publikumsansprache implizit enthaltenen Handlungsanweisungen (Nahelegungen) zielen jedoch auf ein Gelände, das "rechts" außerhalb dieses Spektrums liegt.

Biopolitik in den Medien⁶⁰

Als eines der Kernideologeme des Völkischen Nationalismus gilt ein biopolitisches Verständnis der Gesellschaft, oder wie es heißt: des Volkskörpers. Dieses Verständnis stellt alle bevölkerungspolitisch relevanten Maßnahmen unter das Primat der quantitativen Vermehrung und qualitativen Erhaltung der deutschen Bevölkerung.⁶¹

Wir haben deshalb die Medien unter der Fragestellung untersucht, wie sie über den komplexen Bereich biologischer Bezüge auf die Gesellschaft und ihre Mitglieder berichten.⁶²

Zuvor wenigstens eine knappe theoretische Anmerkung zu diesem Zusammenhang, um die gesellschaftliche Bedeutung dieses Komplexes zu verdeutlichen.

Was ist Biopolitik?

Michel Foucault hat in einer Reihe empirischer Analysen und theoretischer Reflexionen gezeigt, daß der umfassende Einsatz neuer Bio-Technologien, der spätestens seit Mitte des 18. Jahrhunderts zu beobachten gewesen ist, zu einer grundlegenden Änderung gesellschaftlicher Steuerungsmechanismen zumindest in den europäischen Ländern geführt hat.

Nach Foucault ist die Ausübung von Macht durch einen Souverän seit dem Zeitalter des Absolutismus, die Foucault als Repressionsmacht charakterisiert, allmählich durch eine andere Macht, wenn nicht völlig ersetzt, so doch erheblich ergänzt und modifiziert worden. Foucault nennt diese Macht Bio-Macht, ihr Wirken bezeichnet er als biopolitisch.

Die "Seele" der Menschen⁶³ wird nach Foucault biopolitisch erzeugt. Sie ist nicht mehr als

60 Vgl. dazu auch Jäger 1995b, sowie Jäger/Jäger/Ruth/Schulte-Holtey/Wichert (Hg.) 1997.

61 Vgl. Kellershohn 1992, S. 94f. sowie seinen Beitrag in diesem Bericht.

62 Vgl. dazu die umfassende Veröffentlichung Jäger/Jäger/Schulte-Holtey/Wichert 1997 sowie schon Putzker 1996.

63 Foucault spricht etwas ironisch von Seele; gemeint ist selbstverständlich menschliches Bewußtsein, unsere Art und Weise, die Dinge zu betrachten und tätig zu sein und deren Voraussetzungen.

"ein wiederbelebtes Relikt einer Ideologie (nämlich der christlichen, aufzufassen, S.J.) ... sondern (als) der Bezugspunkt einer bestimmten Technologie der Macht über den Körper ... Historische Wirklichkeit dieser Seele, die im Unterschied zu der von der christlichen Theologie vorgestellten Seele nicht schuldbeladen und strafwürdig geboren wird, sondern aus Prozeduren der Bestrafung, der Überwachung, der Züchtigung, des Zwanges geboren wird ... Die Seele: Effekt und Instrument einer politischen Anatomie. Die Seele: Gefängnis des Körpers." (Foucault 1991c, S. 41-42)

Foucault führt den Begriff der Biopolitik in doppelter Weise ein:

"Zuerst scheint sich der Pol gebildet zu haben, der um den Körper als Maschine zentriert ist. Seine Dressur, die Steigerung seiner Fähigkeiten, die Ausnutzung seiner Kräfte, das parallele Anwachsen seiner Nützlichkeit und seiner Gelehrigkeit, seine Integration in wirksame ökonomische Kontrollsysteme - geleistet haben all dies die Machtprozeduren der Disziplinen: politische Anatomie des menschlichen Körpers. Der zweite Pol ... hat sich um den Gattungskörper zentriert, der von der Mechanik des Lebenden durchkreuzt wird und den biologischen Prozessen zugrundeliegt. Die Fortpflanzung, die Geburten- und Sterblichkeitsrate, das Gesundheitsniveau, die Lebensdauer, die Langlebigkeit mit allen ihren Variationsbedingungen wurden zum Gegenstand eingreifender Maßnahmen und regulierender Kontrollen: Bio-Politik der Bevölkerung." (Foucault 1991a, S. 166)

Mit der Entdeckung der Bevölkerung als eines biologischen Körpers, dem die einzelnen Individuen untergeordnet sind, richtete sich - nach Foucault - die Macht zunehmend auf die Steuerung und Beeinflussung dieses Gebildes, das man Bevölkerung zu nennen begonnen hatte.

Die Entdeckungen der Medizin, der Biologie und die Erkenntnisse der Bevölkerungswissenschaften, der Demographie, stellten die dazu erforderlichen Instrumentarien bereit bzw. diese entwickelten sich parallel zu der Erkenntnis, daß das Funktionieren eines Staates und moderner (kapitalistischer) Ökonomie in erheblichem Umfang auch von der biologisch-medizinischen Steuerung des Volkskörpers bzw. der *Bevölkerung* abhängt; von einer Macht also, die nicht allein *repressiv* ist, nicht zentral von einem Souverän oder dem Staat ausgeübt wird, sondern die den *Corpus der Bevölkerung* durchdringt und reguliert.

Denn diese Macht kann nur wirken, weil sie die Menschen nicht nur schlicht und einfach unterdrückt und behindert, sondern weil sie *zugleich* den Individuen auch Handlungs- und Lebensspielräume eröffnet. Meist *haben* die Individuen auch *etwas davon* - um es salopp auszudrücken. Sie befinden sich somit in einer Gemengelage aus Unterdrückung und eigener Ausübung von Macht. Insofern kommt - wie Foucault sagt - zumindest ein Teil der Macht auch von unten.

Dies darf man sich jedoch nicht so vorstellen, daß die jeweiligen Anteile von Repressions- und Biomacht einfach gegeneinander aufzurechnen wären, sondern ihr Zusammenspiel ist so zu verstehen, daß die Individuen und, über sie, die Bevölkerungen leichter zu steuern und zu *regulieren* sind, wobei die große Regulationsinstanz, der Staat, zwar nicht überflüssig wird, aber einen Teil der Macht sozusagen delegieren kann, in alle gesellschaftlichen Bereiche und Institutionen hinein, von den Medien bis in die Schulen, die Familien und die einzelnen Individuen.

Mit der modernen und modernsten Bio-Medizin bzw. Bio-Wissenschaft allgemein hat diese Bio-Politik heute allerdings ein Stadium erreicht, in dem sie Potentiale zur Verfügung hat, die sich in erheblichem Maße auch *gegen das Leben* richten können. Der menschliche Körper und sein Genom ist zu einer Art "Rohstofflager" geworden (vgl. Paul 1994), das zunehmend auch ökonomische Begehrlichkeiten weckt.

Biopolitische Themen in den Medien

Zu den brisanten und zugleich umstrittensten Bereichen der Bio-Wissenschaft gehören inzwischen:

- die Transplantation menschlicher und tierischer Organe in den Menschen,
- die Herstellung von Embryonen zu Forschungszwecken,
- die Kältekonservierung von noch nicht gebrauchten Embryonen,
- Manipulationen an menschlichen Keimzellen,
- Eingriffe in die menschliche Keimbahn (Veränderungen von Ei- und Samenzellen),
- die Gleichsetzung des Hirntodes mit dem Tod des Menschen,
- Eingriffe in das menschliche Sterben,
- etc.

Durch Bio-Ethik-Institute, die für Akzeptanz und Durchsetzung dieser Verfahren sorgen sollen und die weltweit vernetzt sind, und durch eine Bio-Ethik-Konvention des Europarates, die solche Manipulationen ethisch absichern soll, sollen die moralischen Bedenken gegen diese Verfahren abgebaut werden.⁶⁴

Die in diesen Institutionen vertretene Ethik wurde durch den Mediziner Linus S. Geisler u.E. zu Recht als "Dinosaurier-Ethik" bezeichnet (FR vom 17.5.1995).

Medien als Mittler der Biopolitik

Im Rahmen eines vom DISS finanzierten und durchgeführten Forschungsprojekts, auf dessen Ergebnisse wir uns im folgenden beziehen, archivierten und analysierten wir - daneben, daß wir die Forschungsdiskussion zur Kenntnis nahmen - die Berichterstattung der Printmedien, wobei wir versucht haben, das politische "Rechts"- "Links"-Spektrum und das soziale "Oben"- "Unten"-Spektrum dieser Medien insgesamt in den Blick zu bekommen.

Die Leitfragen dieser Untersuchung, die wir anhand von 10 Tages- und Wochenzeitungen in einem Zeitraum von bis zu zwei Jahren durchführten, lauteten:

- Wird, und wenn ja, auf welche Weise wird der Versuch gemacht, durch biopolitische Strategien in den Medien die Akzeptanz von biopolitischen (und bio-ethischen) Maßnahmen in der Bevölkerung durchzusetzen?
- Um welche Maßnahmen und Themen handelt es sich?
- Welche Argumentationsstrategien werden dabei angewendet?
- Wo liegen die größten Schwierigkeiten der Durchsetzung? etc.

Dabei sind wir so verfahren, daß wir alle Artikel gesammelt und verschlüsselt haben, in denen das Verhältnis des Menschen zu seiner Körperlichkeit angesprochen war, inklusive der genetischen Ausstattung der Menschen etc. Hinzu kamen Bereiche, in denen genetische Experimente und Versuche durchgeführt werden, insofern sie möglicherweise Einfluß auf das menschliche Leben insgesamt haben. Insgesamt haben wir also den bio-politischen Diskurs auf der Ebene der Printmedien zu

64 Zu dieser Konvention und ihrer Gefährlichkeit vgl. Paul 1994 und 1996

erfassen gesucht, durch den Bewußtsein konstituiert und Applikationsvorgaben für zukünftige gesellschaftliche Entwicklungen erzeugt werden.⁶⁵

Die Analysen haben bisher ergeben, daß das Thema Biomacht (im definierten Sinne) in den untersuchten Medien in Gestalt von rund 70 Unterthemen angesprochen wird. Allein daraus wird bereits sichtbar, daß die Thematik breit gestreut ist und in einer Vielzahl von Verknüpfungen mit anderen Themen und Gegenständen im Bereich des biologisch-medizinischen Einwirkens auf die Gesellschaft bzw., wie es meistens heißt, auf die Bevölkerung, in Erscheinung tritt. Zugleich wird hier sichtbar, daß wir es mit einem Zusammenhang zu tun haben, der an der medialen Öffentlichkeit gar nicht als solcher in Erscheinung tritt: Biopolitik (gelegentlich auch als Soziobiologie bezeichnet) schleicht sich durch viele Kanäle und in Gestalt disparatester Themen in den "Gesellschaftskörper" hinein.

Ordnet man die in den Medien vorgefundenen biopolitischen Artikel und ihre Themen einander zu, so ergeben sich die folgenden sechs groben Oberthemen:

1. Krankheit/Gesundheit;
Dazu gehören etwa: Ausgrenzung von Kranken, Behinderte, Bio-Technik (auch Bionik genannt), Chromosomensuche, Gentherapie, Menschenversuche, Mißbildungen, pränatale Diagnostik, Sterbehilfe, Aids, Organ-Transplantation u.ä.;
2. Ernährung;
Dazu zählen etwa: Freilandversuche, Genlebensmittel, Ernährung der Weltbevölkerung u.a.;
3. Geburt/Leben;
In diesen Bereich gehören etwa: Embryonen, Bevölkerungskontrolle, pränatale Diagnostik, Samenbanken, künstliche Befruchtung, Leihmütter etc.;

65 Einige größere Bereiche, die zum biopolitischen Spektrum zu zählen sind, haben wir noch nicht untersuchen könne, so etwa Sexualität/Genderzuweisung/Erotik und Sport. Diese Themen sind in den Medien derart dominant, daß sie sich schlecht zusammen mit dem anderen riesigen Themenspektrum analysieren ließen. Wir hoffen, in Zukunft dazu eigene Untersuchungen anstellen zu können.

4. Tod/Sterben;
Dazu sind zu zählen: Abtreibung, Aids, Organhandel, Sterbehilfe, Sterben, Hirntod und Herztod, Apparatemedizin usw.;
5. Ökonomie/Standort Deutschland;
6. Ethik/Menschenbild (meist anhand der sog. Bio-Ethik-Konvention).

Quer zu den Themen 1-5 verläuft die ethische Diskussion. Sie wird an fast alle biopolitische Themen angekoppelt, besonders aber den folgenden: Abtreibung, Bevölkerungskontrolle, die Bio-Ethik-Debatte selbst, die Bio-Ethik-Konvention, Designer-Babies, Embryonen-Forschung, Gentest, Genpatente, Gentechnik allgemein, Gentechnische Unfälle, Homosexualität, Keimbahneingriffe, Mensch-Tier-Unterschiede, Mißbildungen, Sterbehilfe, u.a.

In den meisten Artikeln werden mehrere Themen zugleich angesprochen oder auch unter verschiedenen Gesichtspunkten diskutiert, etwa unter rein medizinischen, ethischen, technischen, sozialen, ökonomischen etc.

Dies verweist darauf, daß der Gesamtbereich eine gewisse Einheit darstellt, deren Behandlung in den Medien allerdings als ein verzweigter Diskursstrang mit vielen Verästelungen und Verbindungen einherkommt, aber in der Regel so, daß die Querverbindungen nicht expliziert werden.

Diskursanalytisch gesprochen, stellt jedes dieser Themen einen Unterstrang eines übergreifenden diskursiven Zusammenhangs dar und läßt sich auch nur in diesem übergreifenden Zusammenhang verstehen bzw. interpretieren.

Exemplarische Überblicksanalyse eines Focus-Artikels zu einem bio-politischen Thema

Wir möchten an einem typischen Beispiel vorführen, wie ein solches Thema in den Medien dargestellt und abgehandelt wird, welche Positionen vertreten werden und welche Strategien der Akzeptanzherstellung angewendet werden. Das kann hier wiederum selbstverständlich nur im Überblick geleistet werden.

In einem Focus-Artikel in der Ausgabe 52 vom 27. Dezember 1993 zur Keimbahntherapie mit dem Titel "Das letzte Tabu fällt. US-For-



scher wollen mit der Keimbahntherapie direkt ins menschliche Erbgut eingreifen" (s. Facsimile) geht es in der Tat um eine Technik, die in Deutschland noch als Tabu gilt.

Die SchreiberInnen des Focus-Artikels, Silvia Sanides und Gaby Miketta, wollen dieses Tabu angreifen, wobei sie sich einer durchaus ausgefeilten Diskursstrategie bedienen.

FORSCHUNG & TECHNIK

INTERVIEW

„Bei Menschen unmöglich“
Entwicklungsbiologin Prof. Christiane Nüsslein-Volhard über die Chancen der Keimbahntherapie



Prof. Dr. Christiane Nüsslein-Volhard

Prozent der behandelten Mäuse nach der Geburt neue genetische Defekte auf. In einem Fall entstanden die Tiere sogar an mehreren Stellen gleichzeitig. „Ein Fehler im Vorzeichen“, nennt der Biologe Robert Pellicci Kolobrat Horowitz, „bezieht sich auf unsere Nachbarn eine neue erbliche Krankheit. Da veranerbtergründete Wissenschaftler nicht versprechen können, daß ihre Experimente erfolgreich sein werden, sehr ich ethisch keinen Weg, transgene Mäuse zu machen.“ Die Befürworter betonen, sie würden diese technischen Mängel beheben.

Die Menschheit, so der Biochemiker Daniel Rothlauf, verleihe für Erfolg schon heute. „Wir schaffen heute Menschen ein Leben, die früher so krankhaft oder kindlicher gestorben wären.“ „Zivilisation wickelt sich auf die Keimbahn genauso stark wie Gentechnik ein“, so Rothlauf weiter. „Dabei ist mit Mäusen zu behandeln und so die Vererbung einer erblichen Krankheit zu fördern, während man diese genehmigt, wenn sie tatsächlich bereits sind. Dies ist ein genetisch nach außen zu behandeln und so die Vererbung einer erblichen Krankheit zu fördern, während man diese genehmigt, wenn sie tatsächlich bereits sind. Dies ist ein genetisch nach außen zu behandeln und so die Vererbung einer erblichen Krankheit zu fördern, während man diese genehmigt, wenn sie tatsächlich bereits sind.“

Kostendurchlauf nach der Produktion „bessere Menschen“ durch den gezielten Einsatz der Keimbahntherapie nicht prinzipiell als – Menschen erziehe, die – besser als Computer, bessere Musikanten, kognitiver können sind. Sie will nicht ausschließen, daß dies eine Art der Selektion ist, die in der nächsten Stufe der Menschheit notwendig sind.“

„Vermutlich wird der erste Eingriff in die menschliche Keimbahn in einer der zahlreichen Kliniken für künstliche Befruchtung stattfinden. In der „Juno-Klinik für Reproduktionsmedizin“ (Virginia), wo die erste amerikanische Befruchtung stattfand, werden schon heute genetische Diagnosen an Embryonen vorgenommen. Dazu sind erbliche Krankheiten, beispielsweise der Mukopolysaccharidose, lassen ihre Erben und Socken im Leben vererben. Die erblichen Defekte werden mit dem Mikroskopischen Gen getestet und nur gesunde Embryonen eingefügt. „Nachdem die Keimbahn wieder ist“, so der Vorsitzende der Klinik, William Gibbons, „das defekte Gen durch ein gesundes zu ersetzen.“ Der Eingriff würde sich auf sämtliche Nachkommen der Keimbahn vererben. „Die Keimbahn verändert“, in der Keimbahn oder früher werden manche Kliniken diesen Service anbieten.“

SILVA SCHNEIDER/ARTISTEN

FOCUS: Wilkard hat mit der Keimbahntherapie weiter diskutiert werden, sprechen über Keimbahntherapie. Was haben Sie davon?

Nüsslein: Man findet immer wissenschaftliche Wissenschaftler sehr viel häufiger dem fortschrittlichsten Typ. Ich würde allerdings nicht, daß viele Kollegen nicht wissen, daß die Keimbahntherapie gar nicht funktioniert kann.

FOCUS: Sie sind die Nachbarn?

Nüsslein: Ja. Ein genetisches Experiment bei der Maus geht mit einer Erfolgsrate von 1:100. Wenn Sie bei 100 Mäuseembryonen einen Angewandten, überleben 80, so fällt Sie in im Durchschnitt. In einer weiblichen Keimbahn angewandten können. Nur sehr Prozent davon werden geboren, und davon sind dann 15 bis 20 Prozent verküppelt. Das ist sehr viel. Die gesamte Keimbahntherapie ist nicht abgefragt, weil sich die bei Mäusen nie finden. Das meiste Gen setzt sich an irgendeine Stelle, per se eine erbliche Krankheit an. Erbgut oder selbst seine Funktion überträgt nicht. Außerdem erfolgt es nicht, das defekte Gen zu entfernen. All diese unkontrollierbaren Faktoren sind nicht kontrollieren können, und deshalb ist die Keimbahntherapie bei Menschen unmöglich.

FOCUS: Und wenn die Casuarinen noch fleißig leben?

Nüsslein: Auch wenn sie noch so viele leben, wird keiner verhindern können, daß erbliche Krankheiten unkontrolliert entstehen – weder bei der Maus noch beim Menschen. Das reicht so große Geschick des Experimentierens hat das auf keine Weise in der Forschung beim Menschen und Embryonen wenigstens in großer Zahl behandeln, und dann die

geringsten Interventionen. Beim Menschen glaube das nicht.

FOCUS: Was kann man in der fern abgestimmten Erzeugung eines Embryos alles leisten?

Nüsslein: Experimentieren ist immer sehr leicht. Das ist vielleicht, so die Kunst. Das Experiment ist nicht dafür gemacht, daß man von außen einfach DNA

einbringt. Es geht darum zu zeigen, wie stark ein noch so topographischer Fehler und nicht die Ursache.

FOCUS: Ist es eine Therapie überhaupt ein vorzuziehen?

Nüsslein: Nein. Was werden Sie mit dem Embryo machen, wenn Sie nicht wissen, ob sie genehmigt werden? In dieser Gänge, bis Sie das wissen. Dieses tolle Fortschritt kann man niemandem machen.

FOCUS: Was würde es kosten?

Nüsslein: Nur bei einem sehr seltenen Fall, wo möglich man Beispiel bei zygote Keimbahntherapie. Keimbahntherapie werden sich perfekt Kinder kriegen wollen. Das ist so ein, daß ich den meisten Antworten eine Keimbahntherapie nicht so genehmigt habe. In der alternativen Fall können Eltern durch die genetische Diagnose die Geburt eines erblichen Kindes verhindern, wenn sie das wollen. Und meine Meinung nach ist der Leitfaden nicht groß genug. Es gibt viele Gründe, weshalb Kinder glücklich zu werden.

FOCUS: Grundsätzlich können sich Mediziner aber berufen, zu helfen, wo sie können, helfen zu können?

Nüsslein: Also dieses Argument mag ich gar nicht. Denn es gibt so viele Fälle, wo man mit dem Geld, das man für die menschliche Entwicklung einer möglichen Keimbahntherapie ausgeben würde, leicht sehr viel größere Leid bei anderen Krankheiten lindern könnte.

sche Gentechnik ausspricht.

Darauf wird die US-amerikanische Situation sehr positiv geschildert und dargelegt, daß hier die ehemals vorherrschenden ethischen Bedenken gegen die Keimbahntherapie allmählich abgebaut worden seien.

Im Anschluß daran werden positive Anwendungsmöglichkeiten dieser Therapie geschildert: Es gehe um die Behebung genetisch be-

dingter Erbkrankheiten bis hin zur Behebung geistiger Störungen.

Im Unterschied dazu wird die deutsche Situation folgendermaßen ausgemalt: Sie zeichne sich bisher noch durch "schroffe Ablehnung" und große moralische Bedenken aus.

Daraufhin werden Gründe der deutschen Ablehnung aufgezählt: daß genetische Schäden entstehen können, die immer weiter vererbt werden und nicht reparabel seien etc. etc.

Danach kommen wieder die US-amerikanischen "Gen-Doktoren" zu Wort: Es seien nur noch einige *rein technische* Probleme zu lösen, bis die Keimbahntherapie zum Segen der Menschen angewendet werden könne etc. Insbesondere könnten genetische Defekte wieder repariert werden, auch durch die Eingriffe selbst verursachte Schäden.

Diese Strategie: *Aufzeigen möglicher Gefahren und Verfahren, diese zu verringern*, wird dann noch einmal in der gleichen Reihenfolge angewendet. Der Artikel endet mit der optimistischen Einschätzung, daß in Zukunft defekte Gene als Krankheitsverursacher ausgeschaltet werden könnten und bereits in etwa acht Jahren manche Kliniken diesen - wie es heißt - Service anbieten werden.

Obwohl auf der ersten Seite in einem Kasten die derzeitige ablehnende diskursive Situation skizziert wird - in Deutschland gilt der Embryo grundsätzlich im Unterschied zur Situation in den USA als zu schützen -, läuft die in diesem Beitrag insgesamt verfolgte Strategie auf eine Befürwortung der Keimbahntherapie hinaus. Dem Diskussionsstand in Deutschland wird zwar dadurch Rechnung getragen, daß auch deutsche Kritiker in zusätzlichen Kästen auf der zweiten Seite zu Wort kommen. Auch wird ein Interview mit einer deutschen Entwicklungsbiologin abgedruckt, die die Keimbahntherapie schlichtweg für technisch unmöglich hält. Das dient jedoch nur *auf den ersten Blick* dem Ausweis der Ausgewogenheit; bei genauerem Hinsehen stellt man fest, daß dies als rein taktischer Bezug angesehen werden muß: Die deutschen Kritiker haben entweder nur moralische Bedenken oder sie sind technikfeindlich.

Die Diskurstaktik der Focus-Darstellung besteht darin, daß man von der Einsicht ausgeht, einen etablierten Diskurs nicht frontal angreifen zu können; man muß versuchen, wenn man ihn zur Erosion bringen

will, gegendiskursive Elemente in ihn zu implantieren.

Diese Taktik verfolgt dieser Artikel allerdings massiv. Die Keimbahntherapie wird als durchaus segensreiche Errungenschaft in den deutschen Ablehnungsdiskurs sozusagen hineingeschmuggelt. Man kann nun auch über Keimbahntheorie offen sprechen; die einseitige Ablehnungsfront wird aufgebrochen.

Nun kann man diese Funktion selbstverständlich nicht einem einzigen Artikel zuschreiben. Betrachtet man diesen Artikel jedoch im Rahmen des biopolitischen Diskursstrangs insgesamt - in Focus und darüber hinaus -, dann wird sein eigentlicher Stellenwert erst sichtbar. Er erweist sich in gewisser Weise als prototypisch, und deshalb habe ich ihn auch für eine exemplarische Analyse ausgewählt.

Doch dieser Artikel hat auch noch eine weitere wichtige Funktion. Keimbahntherapie wird groß *als letztes Tabu* herausgestellt. Damit sind alle anderen biopolitischen Themen, insbesondere die ebenfalls umstrittene somatische Gentherapie, als im Grunde erledigt, als längst akzeptiert und nicht mehr in Frage zu stellen markiert. Das wird in aller Klarheit sichtbar, wenn man die Behandlung des Themas über längere Zeit in Focus (und natürlich in anderen Medien) genauer verfolgt. Der Diskursstrang wird fast in jeder Ausgabe von Focus erneut aufgenommen und kann insgesamt als befürwortend charakterisiert werden. Dabei steht, was auch in dem kurz behandelten Artikel anklingt, die Frage nach der Sicherheit des Wirtschaftsstandorts Deutschland für Focus im Mittelpunkt.

Argumentationsweisen

Vergleicht man die Art und Weise der Behandlung dieser Themen in den verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften, so ist zudem leicht festzustellen, daß sie jeweils stark leserbezogene Strategien verfolgen. Die Bild-Zeitung etwa verfährt mit gemütvoller Brutalität, die Zeit etwa will den Verstand ansprechen und führt die Debatte im Gewande intellektueller Auseinandersetzung.

Der Tenor der Befürwortung durchdringt die gesamte Presse, wobei allerdings die "links"-liberale FR eine gewisse Ausnahme darstellt, während etwa Die Zeit durch eine Pro- und Contra-Strategie die Sag-

barkeit des Diskurses verstärkt und das Reden über Gentherapie und Gentechnik erleichtert.

Völkisch-nationalistische Ideologeme in den Medien: Zusammenfassung

In diesem Kapitel konnten wir überblickshaft nur einige der Themen ansprechen, bei deren Behandlung in den Medien wir völkisch-nationalistische Tendenzen vermutet haben. Es hat sich gezeigt, daß neben rassistischen Konstruktionen innerer Feinde ein biopolitisches Verständnis des "Volkskörpers" auftritt, und zwar aufgesplittet in eine Vielzahl von Unterthemen.

Für die Schwerpunkte der hier vorliegenden Medienanalyse, die Untersuchung der Diskurse "Rechtsextremismus" und "Einwanderung, Flüchtlinge und Asylsuchende", hat sich zunächst einmal bestätigt, daß der hegemoniale (Print-)Mediendiskurs allgemein nach zwei Positionen unterteilt werden kann. Diese Zweiteilung verläuft zwischen der tendenziellen Unterstützung einer der beiden "Volksparteien" (CDU / SPD) und verweist damit auf die strukturelle Angebundenheit des Medien-Diskurses an den Politiker-Diskurs. Die hiermit gewährleistete "Ausgewogenheit" ist aber stets von einem "Konsens" eingerahmt (vgl. Hall 1989b, S. 145)⁶⁶. Dieser Umstand drückt sich bei den hier behandelten Themen folgendermaßen aus:

- **Rechtsextremismus**: Im hegemonialen Diskurs unterscheidet sich die >sozialdemokratische< von der >konservativen< Position darin, daß hier Versatzstücke der Kritik an der politischen >Rechtsdrift< der Bundesrepublik zu finden sind, so etwa Hinweise auf

⁶⁶ Hall betrachtet die miteinander strukturell verwobenen Konzepte "Ausgewogenheit" und "Konsens" am Beispiel der britischen >Volks<parteien Labour und Torys in unserem Sinne. Im weiteren interessiert ihn aber mehr die Ausgrenzung von Diskurspositionen, die den hegemonialen Konsens nicht teilen, wenn Hall insistiert: "Im großen und ganzen sind die Medien gewissenhaft und fair, unparteiisch und >ausgewogen< innerhalb des Bezugssystems des Konsenses." (ebd., S. 146) Wir bewegen uns in unserer Analyse gewissermaßen zwischen dem >Im-großen-und-ganzen<, d.h. es lassen sich bei den einzelnen Zeitungen Darstellungen beobachten, die in ihrer Tendenz eine der beiden Parteien untermauern.

ideologische Parallelen zwischen Äußerungen von Unions-PolitikerInnen und REPublikanern. Dies gestehen die konservativen Zeitungen (hier FAZ und Focus) insofern zu, als sie die Inhalte >republikanischer< Politik für diskussionswürdig erachten, andererseits aber den säbelrasselnden Populismus offen als unvernünftig brandmarken.

Der Konsens, der den hegemonialen "Rechtsextremismus"-Diskurs zusammenhält, besteht in der durchgängig vorzufindenden Pathologisierung derjenigen Gruppierungen, die sich uneingeschränkt zu den völkisch-nationalistischen Traditionen in Deutschland bekennen. Dies gilt in besonderem Maß, wenn es sich um "rechtsradikale Jugendliche", neonazistische Kader und Terroristen handelt. Zudem muß hier noch auf die relativierende Gleichsetzung von linkem und rechtem "Extremismus" hingewiesen werden, die in der konservativen Presse in ausgeprägterer Form auftritt. >Politisch motivierte Gewalt< wird unisono von ihrer jeweiligen inhaltlichen Ausrichtung losgelöst betrachtet und darüber hinaus auf einen Teilaspekt von einem gesamtgesellschaftlichen >Krankheitssymptom Gewalt< reduziert. Der Grund für diese >Krankheit< erscheint dabei als individuelles und nicht als ein Problem, das aus den gesellschaftlich-diskursiven Strukturen erwächst. Rechtsextremismus wird zum Problem einer marginalen Randgruppe erklärt.

- "Einwanderung, Flüchtlinge, >Ausländer<": Innerhalb des hegemonialen Diskurses stehen sich bei diesem Thema die Unionsposition einer sich restaurierenden Volkstumspolitik der sozial-liberalen Position des >Multikulturalismus< gegenüber. In der dafür exemplarisch herangezogenen Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft stößt das in Artikel 116 GG überwintertere >Blutrecht< auf eine Kritik, die sich auf den >westlichen< Status Quo einer von der >Abstammung< unabhängigen StaatsbürgerInnendefinition beruft. Der Konsens besteht dabei wiederum in einer Verschleierung sozial-diskursiver Prozesse durch die - wenn auch unterschiedliche - Bezugnahme auf Ethnizität. Der "Rasse"-begriff" verschiebt sich zum "Kultur"-begriff. Selbst die Deutschen mit türkischen Großeltern bleiben "Nichtdeutsche" oder "Eingedeutschte" auf Widerruf.

Die letzte Konsequenz aus dem Strukturmerkmal von "Ausgewogenheit" und "Konsens" hegemonialer Diskurse in den Metropolen drückt

sich in der Bundesrepublik mit der Dominanz neokonservativer Politik aus, der sich die parlamentarische Opposition >zahnlos< ausliefert ("Asylkompromiß", Remilitarisierung der Außenpolitik etc.).

Im "Mitte"-Diskurs zum Thema "Innere Sicherheit" ist es, verstärkt nach der Abwicklung des Asylrechts, zu einer Verschränkung der hier untersuchten Diskurse gekommen. Abgesehen von dem Teilaspekt, mit Bezug auf völkisch-nationalistische Gewalt auf der Straße die Forderung nach einem starken Staat zu verstärken, dominiert hier die von >Ausländern-organisierte-Kriminalität<.⁶⁷

Die Darstellung der Themen (Rassismus und Rechtsextremismus) in den Medien ist durch Naturalisierungen sozialer Gegebenheiten geprägt. Daher ist es auch nicht weiter verwunderlich, daß Foucault den Rassismus dem Bereich Biopolitik nicht nur zuordnet, sondern ihn geradezu mit Biopolitik gleichsetzt. Er schreibt:

"Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist es dazu gekommen, daß die Thematik des Blutes beschworen wird, um den in den Sexualitätsdispositiven wirkenden Typ politischer Macht mit einer geschichtlichen Mächtigkeit zu unterlegen. An diesem Punkt formiert sich der Rassismus - der moderne, staatliche, biologisierende Rassismus: eine ganze Politik der Bevölkerung, der Familie, der Ehe, der Erziehung, der gesellschaftlichen Hierarchisierung, des Eigentums und eine lange Reihe ständiger Eingriffe, in den Körper, in das Verhalten, in die Gesundheit, in das Alltagsleben haben ihre Färbung und ihre Rechtfertigung aus der mythischen Sorge um die Reinheit des Blutes und den Triumph der Rasse empfangen." (Foucault 1991a, S. 178)⁶⁸

Dagegen spricht auch nicht, daß auch kulturelle Argumente ins Spiel gebracht werden, um rassistische Argumentationsweisen abzusichern, denn verbreitet werden auch sozio-kulturelle Eigenheiten naturalisiert.

Der biopolitische Medien-Diskurs der Bundesrepublik Deutschland

67 Für diese radikale Konstruktion von MigrantInnen und ihren Kindes-Kindern als >gefährliche Klasse< steht der mediale Umgang mit dem Brandanschlag von Lübeck im Januar 1996: Nun handelt es sich nicht mehr um >wahn-sinnige Rechtsextremisten< - nun sind es >die Ausländer< selbst, die sich angeblich gegenseitig ermorden (vgl. Kretschmer/Jäger 1996, Vogel (Hg.) 1996).

68 Vgl. dazu jetzt auch Magiros 1995

kann in aller vorläufigen Annäherung, mit der er hier skizziert werden konnte, als Akzeptanzdiskurs verstanden werden. Er trägt zur Durchsetzung eines biologistisch-völkischen Bildes von Mensch und Gesellschaft bei, wie es derzeitiger neokonservativer Politik entspricht. Der einzelne Mensch verliert an Bedeutung. Im Mittelpunkt steht eine gesunde Bevölkerung als einheitlicher homogener Körper, den es zu schaffen und zu erhalten gilt.

Das bedeutet zugleich, daß Abweichendes, der Norm von Stärke und Gesundheit Widersprechendes an den Rand gedrängt bzw. ausgegrenzt werden kann.

Solche Vorstellungen erscheinen als sehr modern, auch wenn sie gedankliche Assoziationen an Praktiken nahelegen, die man als längst vergangen und obsolet ansehen möchte. Unter ethisch-moralischen Gesichtspunkten betrachtet, stellen sie die Würde des einzelnen Menschen in Frage, wie sie von den allgemeinen Menschenrechten noch beansprucht wird.⁶⁹

Diese Einsicht ergibt sich allerdings erst dann, wenn man die Vielfalt der Thematisierung des Problems im Zusammenhang sieht. Und das fällt nicht leicht, weil - wie unsere Analysen gezeigt haben - dieser Zusammenhang in den Medien und auf anderen Diskursebenen weder ausgesprochen noch als Problem thematisiert wird. Das ist einmal von der Gentomate die Rede und an anderer Stelle vom humanen Sterben, an der dritten vom genetischen Fingerabdruck, mit dem man die Verbrechensbekämpfung verbessern, oder vom genetischen Test, mit dem man die Tauglichkeit von Arbeitern für bestimmte Arbeiten herausfinden will. Daß es sich dabei nur um Facetten ein und derselben Strategie handelt, wird angesichts dieser Zersplitterung nicht sichtbar. Es handelt sich jedoch um Elemente einer allgemeinen biopolitischen Diskurs-Strategie, die immer zuerst diskursiv und, im Anschluß daran, auch praktisch durchgesetzt wird. Akzeptanz wird schrittweise erzielt, indem insbesondere die für die Individuen positiven Aspekte in den Vordergrund gerückt werden, die Gefahren jedoch eher verharmlost werden.

Es konnte exemplarisch deutlich gemacht werden, mit welchen for-

69 Vgl. dazu Paul 1996.

malen Argumentations- bzw. Diskursstrategien diese Themen in den Medien vorgebracht werden. Auffällig ist dabei besonders die Step-by-Step-Strategie, etwa in Focus, und die Strategie des Hintenherum in Bild, die nicht rational und argumentativ auf den Punkt hin diskutiert, sondern allgemeine Gefühle, das allgemeine Klima anspricht und tendenziell völkisch aufbereitet.

Es hat sich gezeigt, daß die untersuchten Medien (bei Einnahme durchaus unterschiedlicher Diskurs- bzw. ideologischer Positionen) das Massenbewußtsein tendenziell in Richtung eines völkischen Denkens regulieren und formieren können. Insofern kann bereits nach diesen exemplarischen Analysen gesagt werden, daß der Verdacht, daß sie zum Entstehen eines Extremismus der "Mitte" beitragen, berechtigt ist.

Die Medien sind es, die den Politikerdiskurs in den Alltagsdiskurs hineintransportieren und diesen je nach eigener Diskursposition zu regulieren versuchen, wobei sie oftmals die möglicherweise subtileren Aussagen der Politiker im allgemeinen verschärfen.

2.4. Alltag

Gabriele Cleve

Rassismus und völkisches Denken im Alltag

Vorbemerkung

Die Diskursebene des Alltags ist in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft diejenige, die am ehesten Auskunft über den Zustand des Demos als Souverän geben kann. Unsere Fragestellung bezieht sich zwar nur auf einen Ausschnitt des "gesunden Menschenverstandes": das Denken und Sprechen über Einwanderer, Flüchtlinge und Asyl sowie über den Rechtsextremismus. Und es wäre sicher reizvoll, weitere Gespräche mit den Normalbürgern (zwischen Putzhilfe und Oberstudienrat) zu führen, die unsere Gewährsleute waren; Gespräche zu weiteren Themen, nicht nur zu den von uns so genannten "brisanten Themen". Das muß leider zukünftigen Untersuchungen vorbehalten bleiben.¹

Was wir hier vorlegen können, sind Analysen von Gesprächen bzw. Interviews, durch die mancherlei Aspekte völkischen Denkens zum Vorschein kommen. Neben sehr humanen und liberalen Einstellungen und Wissensvorräten trafen wir auf reaktionärste und brutalste Vorstellungen - oft in ein und demselben Kopf.²

Das Alltagsbewußtsein, das sich in den Gesprächen äußerte, ist, wie Nachfragen nach den Quellen des Wissens und auch die jeweiligen Analysen selbst ergaben, stark durch den aktuellen Mediendiskurs geprägt, der selbst wiederum durch den Politikerdiskurs beeinflusst ist.

1 Das hier vorliegende Kapitel bezieht sich auf bereits abgeschlossene Projekte des DISS (S. Jäger 1992, M. Jäger 1996a) und berichtet über Ergebnisse eines von mir durchgeführten neuen Projekts (vgl. dazu auch Cleve 1997a); drei Interviewstaffeln mit zusammen 50 Interviews dienten insgesamt als Materialgrundlage.

Das Alltagsbewußtsein ist aber auch durch biographisch frühere diskursive Einflüsse (wie etwa die Erziehung im "Dritten Reich") geprägt, die an kommende Generationen und im sozialen Miteinander weitergegeben werden.

Unser primäres Interesse richtet sich in diesem Buch nicht auf das individuelle Denken und Sprechen, sondern auf den (sozialen) Diskurs, der sich aus den individuellen Bewußtseinsvorgängen speist, in gewisser Weise so etwas ist wie der gemeinsame Nenner des Denkens der vielen einzelnen Subjekte. Der (soziale) Diskurs aber interessiert uns deshalb, weil wir - in einem wichtigen politischen Teilbereich - nach einer Antwort auf die Frage suchen, in welchem Zustand sich unsere bundesdeutsche Gesellschaft derzeit befindet. Die Analyse des Alltagsbewußtseins rundet aber nicht allein unsere Gesamtanalyse ab, indem sie zeigt, welches die Folgen der politischen und medialen Ansprache an die Bevölkerung sind. Sie stellt auch die eigentliche Basis dar für Überlegungen, die sich auf die Frage beziehen, wie eine demokratische, antirassistische und gegen eine Rechtsentwicklung gerichtete Arbeit mit Jugendlichen angelegt sein könnte.

Einleitung und Überblick

Eine Reihe wissenschaftlicher Untersuchungen zum Diskurs über Einwanderer und Flüchtlinge hat gezeigt: Rassistische und andere völkische Denkmuster finden sich auch verbreitet im Alltagsdiskurs. Das Projekt "BrandSätze. Rassismus im Alltag", das Anfang 1992 abgeschlossen wurde (vgl. Jäger 1992) und eine weitere Erhebung aus dem Jahre 1994/95 (M. Jäger 1996) hatte ergeben, daß die deutschen Bürgerinnen und Bürger allzumal *mehr oder minder stark in den rassistischen Diskurs verstrickt sind*.³

Das im folgenden vorgestellte Projekt dient dazu, die Ergebnisse des

2 Vgl. dazu die Aussage Antonio Gramscis, daß sich im Alltagsverstand "Elemente des Höhlenmenschen" finden, aber auch "der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft", sowohl "lokale Vorurteile aller vergangenen geschichtlichen Phasen" als auch "Intuitionen einer zukünftigen Philosophie, die dem in der ganzen Welt geeinten Menschengeschlecht eigen sein wird." (vgl. Gramsci 1967, S. 130-133)

"BrandSätze"-Projekts zu aktualisieren, zu überprüfen und seine Fragestellung zu erweitern. Es stellt also

1. eine Kontrolluntersuchung zu "BrandSätze" dar und ist
2. darüber hinaus bemüht, in neuen Interviews einige weitere Themen zur Sprache zu bringen und analysierbar zu machen, in denen weitere völkisch-nationalistische Ideologeme bevorzugt aufzutauchen pflegen. Diese Erweiterung erfolgte, um auch die Diskursebene Alltag, die ja aus den anderen Diskursebenen gespeist wird und teilweise in diese anderen Ebenen eingeht, berücksichtigen zu können.⁴

Aus diesem Grund wurde der Interviewleitfaden, der für das Projekt "BrandSätze" entwickelt worden war,⁵ denn auch so ergänzt, daß die Analyse sich nicht nur auf Rassismen bezieht, sondern eine Ausweitung auf völkisch-nationalistische Ideologeme, die (möglicherweise) im Alltagsdiskurs zu finden sind, erfolgen kann. Die Diskursverschränkungen von Rassismus und Sexismus, die im Projekt "Fatale Effekte" (M. Jäger 1996b) herausgearbeitet wurden, weisen bereits darauf hin, daß rassistische Einstellungen an andere antidemokratische Haltungen gekoppelt sind. Aus diesem Grunde wurden Themen wie "Deutsch-sein", "Deutschland und die EU/NATO" etc. in den Interviews z.T. explizit

3 Eine weitere Untersuchung der "Alltagskommunikation" knüpft an das BrandSätze-Projekt an. Es handelt sich um Breuer-Al-Shomali 1997, in dem erste Ergebnisse mitgeteilt werden. Diese Arbeit ist deshalb interessant, weil sie teilweise mit Materialien arbeiten kann, die im "freien Feld" erhoben worden sind: bei Stammtischgesprächen, Gesprächen in der Mittagspause oder bei Fahrten zur Arbeit. Auf die Ergebnisse dieser Untersuchung, die zu einem Projekt "Der blockierte Dialog" an der Universität Koblenz/Landau unter der Leitung von Josef Klein gehört, darf man gespannt sein.

4 Wie zum Projekt "BrandSätze" (s. S. Jäger 1992) sind die Interviews, die für dieses Zusatzprojekt erhoben wurden, als Materialien erschienen und damit öffentlich zugänglich (Cleve 1997b). Entsprechendes gilt für die Interviews, die im Rahmen des Dissertationsprojektes von M. Jäger erhoben worden sind (vgl. M. Jäger 1996a und b).

5 Siehe S. Jäger 1992, S. 27-29. Dieser Leitfaden ist inzwischen vielfach angewandt und dabei je nach untersuchtem Gegenstand modifiziert worden. Vgl. dazu auch den Anhang von Jäger/Jäger/Schulte-Holtey/Ruth/Wichert (Hg.) 1997.

angesprochen.⁶

Dazu wurden im November 1994 und Januar/Februar 1995 zehn neue Interviews durchgeführt, transkribiert und diskursanalytisch ausgewertet. Im folgenden referiere ich die wichtigsten Ergebnisse im Überblick.

Rassismus als "Einfallstor" für rechtsextremes Denken

Die folgende Analyse der 1994/1995 neu erhobenen Interviews bestätigen die Ergebnisse der vorangegangenen Untersuchungen, was den Diskurs über Einwanderung, Flucht und Asyl angeht, in vollem Umfang.

Das erste Interview, das hier vorgestellt wird, wurde mit einem 62-jährigen Diplom-Ingenieur aus Duisburg-Walsum Ende November 1994 geführt.

Auf die Frage, welche Kontakte der Interviewte in seiner Wohnumgebung mit AusländerInnen habe, weist er zunächst "direkte" Kontakte von sich: "Hab ich direkt mit, äh, Ausländern nichts zu tun" (Z. 55).

Kurz darauf unterbricht er mich und konstatiert:

"...wir ham ja auch den ein oder andern Ausländer, unter anderem, äh, war hier `ne Ausländerin, die mit `nem Kollegen verheiratet ist..." (Z. 60f.).

Ihm fällt also erst während des Gesprächs ein, daß in der Nachbarschaft doch eine Ausländerin, eine Frau aus Venezuela, lebt, die

"hat sich mit ihren Kindern, die war also geschieden, hatte zwei Kinder, hat hier `nen jüngeren Mann hier aus W. geheiratet; die hat sich derart schnell integriert, daß unsere Kinder gar nicht gemerkt haben, daß da neue Kinder auf der Straße waren." (Z. 63ff.)

Interessant ist hier einmal die sofortige Positionierung der Frau als Mut-

6 In den Interviews zu "BrandSätze" (S. Jäger 1992) und "Fatale Effekte" (M. Jäger 1996a) werden solche Themen von den Interviewten ebenfalls angesprochen, obwohl sie nicht als Bestandteile des Interviewleitfadens vorgesehen waren. Ich erhoffte mir durch die explizite Thematisierung entsprechende Impulse, so daß eine systematischere Erfassung solcher Ideologeme möglich wäre.

ter, die er über die Kinder definiert (die Kinder wurden nicht mehr als AusländerInnen "bemerkt"). Zum anderen erfolgt die "Integration" der Frau und ihrer Kinder als Assimilation: sie und eben die Kinder waren nach kurzer Zeit von Deutschen nicht mehr zu unterscheiden.

Ein weiteres integratives Moment (wenn hier von "Integration" gesprochen wird, ist die Definition seitens des Interviewten gemeint) ist für den Interviewten eine "angepaßte" Wohnsituation:

"Ausländer (sollen) nicht in Gruppen wohnen, äh, und sich nicht, äh, im eigenen Saft bewegen." (Z. 71f.)

An dieser Gesprächsstelle vereinheitlicht der Interviewte alle Nicht-Deutschen unter der Kategorie Ausländer. Es findet hier keine Differenzierung statt, wenn er verlangt, daß Ausländer nicht in Gruppen wohnen sollten. Er unterstellt, daß alle Ausländer das Bedürfnis nach "Zusammenrottung" hätten. Das assoziiert in gewisser Weise Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit als Primitive. "Im eigenen Saft bewegen" - diese Redewendung lautet eigentlich "im eigenen Saft schmoren". Eine Gleichsetzung von Menschen mit Fleisch oder Tieren vollzieht der Interviewte allerdings nicht; er ändert die Redewendung entsprechend >human< um. Blieben sie so "auf einen Haufen", seien sie nicht in der Lage, sich zu assimilieren.

Vom Interviewten bereiste Länder sind "offen für Fremde" (Z. 97), und die Menschen pflegen die bei deutschen TouristInnen so beliebte "Gastfreundschaft" (Z. 111). Auch hier werden Länder und Menschen kontrafaktisch homogenisiert.

Während des Interviews nennt der Interviewte hauptsächlich Länder der sogenannten Dritten Welt, in denen er beruflich tätig war. Selbst ganze Erdteile imaginiert er als ein komplexes, homogenes Ganzes:

"das (die Gastfreundschaft, G.C.) war grad in Südamerika, äh, ist das sehr ausgeprägt, nich'?" (Z. 111f.).

Die Interjektion "nich'" fordert zur Zustimmung auf bzw. markiert die Erwartung, daß seine Ausführungen doch wohl gemeinsamer Konsens seien.

Die Erfahrungen mit AusländerInnen, die der Interviewte schildert, beziehen sich mit einer Ausnahme (der venezuelanischen Nachbarin)

auf Arbeitskontakte mit Südamerikanern in der BRD und in Venezuela.⁷ Diese Erfahrungen beschränken sich auf einen speziellen sozialen Kontext: Ingenieure, Akademiker, "high society".

"...mit den Leuten, mit denen wir zu tun haben, die sind doch nicht ... ausbildungsmäßig von der untersten Ebene." (Z. 150ff.)

An dieser Stelle differenziert er Menschen lediglich nach ihrem sozialen Status; die, die eine bessere Ausbildung haben und finanziell gut stehen, sind auch anpassungsfähiger, "(können) sich hier frei bewegen, ohne belästigt zu werden." (Z. 148f)

Wenn es um Themen wie Staatsangehörigkeit, Ausländerfeindlichkeit etc. geht, homogenisiert er ausländische Menschen, indem er immer pauschal von *den Ausländern* spricht.

Eine "Differenzierung" findet beim Asylthema statt. Hier unterscheidet der Interviewte "Langasylanten" (Z. 640) und "kürzlich hier Eintreffene" (Z. 641). Auch an dieser Stelle verweisen seine Äußerungen auf den Assimilationsgedanken; Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit seien aufgrund ihrer Kenntnisse der deutschen Lebensverhältnisse und ihrer Arbeit in der BRD in der Lage, sich anzupassen; während Flüchtlinge, die erst vor kurzem eingereist seien, sich diese Lorbeeren erst einmal verdienen müssen. Das "Kollektiv der Asylanten" (Z.628) stellt er dem "Wir" der bundesdeutschen Bevölkerung entgegen.

Ihm ist "bei der ganzen Asylgeschichte ... gar nicht so wohl" (Z. 620). Er rekurriert auf die Thematik, die in der Presse aktuell verhandelt wird. Zu der durchaus differierenden Berichterstattung kann er an dieser Stelle des Interviews keine eindeutige Aussage machen. Das emotionale "Nicht-wohl-fühlen" markiert seine Unsicherheit hinsichtlich des Themas Asyl. Ebenso emotional argumentiert er mit mangelnder "Lebenserfahrung". Seine Argumentation schwenkt dann von der "unsicheren" emotionalen Ebene auf die der Ökonomie. Sein sozialer Status bietet ihm eine sichere Argumentationsbasis.

Der Interviewte fordert aber eine Einwanderungsquotierung, die

7 Er erwähnt während des Interviews einen Arbeitsaufenthalt in China, berichtet aber nicht über eventuelle Arbeitskontakte.

"für die Volkswirtschaft hier ... ohne weiteres auch gesund" (Z. 685f) sei. Flüchtlinge werden hier als >Menschenmaterial< gesehen, die nur aufgrund ökonomischer Nützlichkeit eine Existenzberechtigung in der BRD hätten. Der Einfluß des Medien- und des Politikdiskurses wird deutlich, wobei vor allem die faktische Abschaffung des GG-Artikels 16 und darüber hinaus eine damit zu verbindende Quotenregelung als demokratisches Verfahren angesehen werden.

Die Binäropposition von "wir" und "die anderen" hat in diesem Interview u.a. die Funktion, die Deutschen als Maßstab aller Dinge zu konstituieren, die die Macht haben, über "die anderen" zu verfügen.

Das zweite Interview wurde mit einer 62-jährigen Putzfrau aus Duisburg-Meiderich Mitte Januar 1995 geführt.

Die Interviewte ist bemüht, ein positives Bild ihres Verhältnisses zu AusländerInnen zu zeichnen. An zwei Stellen erwähnt sie den Kontakt zu einem männlichen Türken, bei dem sie "jahrelang" gearbeitet habe (vgl. Z. 211f). Ansonsten beziehen sich ihre Äußerungen auf Frauen.

Beim Thema Einbürgerung wird trotz ihrer vorherigen positiven Aussagen deutlich, daß einzubürgernde AusländerInnen, "wenn die so lange hier sind" (Z. 388), bestimmte Voraussetzungen erst erfüllen müssen, um die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen zu können: eben lange Aufenthaltsdauer und der Wunsch, wie sie es nennt, "hier zu bleiben" (Z. 388). Dahinter versteckt sich möglicherweise der Assimilationsgedanke, das "Aufgehen ins Deutschein", so daß Unterschiede verwischt werden.

An anderer Stelle "gestattet" sie "den Völkern" (vgl. Z. 623ff.) durchaus eigenständige Entwicklungen. Es läge an der "Umgebung, wie man aufwächst, wie sich die Völker so entwickeln". Das klingt zunächst nach einer ethnopluralistischen Argumentation. Sie konstatiert Unterschiede, erklärt sie aber an dieser Stelle als bedeutungslos:

"Mein Gott nochmal, dat is denen ihre Mentalität..." (Z. 655ff).

In Deutschland lebende TürkInnen hätte sie gerne als NachbarInnen wegen des besseren Kontakts.

Die Interviewte kategorisiert ausländische (türkische) Frauen und deutsche Frauen in der Weise, daß sie ihnen - jedesmal als Kollektiv konstruiert - charakterliche Merkmal zuweist:

| | |
|-----------------------------|-----------------------|
| deutsche Frauen sind | türkische Frauen sind |
| neidisch, zänkisch (Z. 226) | lustig (Z. 226) |
| intolerant | tolerant (Z. 213) |
| brummig (Z. 228) | ehrlich (Z. 251) |
| mißgünstig | freundlich (Z. 342) |
| gehässig (Z. 229) | |
| denunzierend (Z. 235ff) | |

Negative Äußerungen produziert sie - außer bei den deutschen Frauen - ausschließlich über Menschen, deren Nationalität sie nicht nennt; es ist aber davon auszugehen, daß sie Deutsche meint.

Sie redet über:

1. die "gehässigen" Frauen, mit denen sie nicht zusammenarbeiten kann;
2. die "faulen" Arbeitslosen;
3. die "Kriminellen", von denen sie sich bedroht fühlt;
4. die "unfähigen Politiker", die "bei uns" alles so verkommen lassen. D.h., daß sie eigentlich ausschließlich einen "inneren Feind", den "illoyalen Deutschen", konstruiert, den man nur durch harte Bestrafungen bis hin zur Todesstrafe ("elektrischer Stuhl", Z. 356) unter Kontrolle bekommen könne, um "normale", "saubere" Verhältnisse zu schaffen.

Das dritte Interview führte ich Ende Januar 1995 mit einer 33-jährigen Realschullehrerin aus Essen.

Die Frau hat hauptsächlich aufgrund ihres Berufes Kontakte zu ausländischen Jugendlichen. Ihre Wohnung befindet sich in einer, wie sie selbst sagt, "bevorzugten Wohngegend" (Z. 19), in der keine ausländischen Menschen leben.

An ihrer Schule ist der AusländerInnenanteil relativ niedrig, "so pro Klasse...drei, vier..." (Z. 109). Sie nennt folgende Nationalitäten ihrer Schülerinnen und Schüler: Türken, Polen und - wie sie "glaub(t), Italiener noch" (Z. 118).

Ihre vermeintliche Unkenntnis formuliert sie floskelhaft mit Redewendungen wie:

"also so ganz hoch nicht, also ich kann Dir das jetzt nicht sagen, ... aber ich schätze mal ..., wenn man das mal so, so allgemein sieht." (Alle Redewendungen Z. 108ff.).

An dieser Stelle hatte ich wegen dieses "Gehaspels" den Eindruck, daß sie sich auf das Thema nicht gerne einlassen wollte. Allerdings bringt sie selbst einen Vergleich mit einer Hamburger Schule, an der sie vorher unterrichtet hatte, wobei sie sich auf den Zahlenanteil bezieht ("ungefähr 80%", Z. 130), um dann sofort, ohne daß ich nachgefragt hätte, eine Ausländerfeindlichkeit deutscher Jugendlicher gegenüber nicht-deutschen Jugendlichen nicht zu formulieren, sondern Probleme zu benennen, die ausländische Schülerinnen und Schüler verschiedener Nationalitäten untereinander gehabt hätten: "Die Türken mit den Polen, da gab es heftige Auseinandersetzungen." (Z. 139), die sie "seltsam" findet (vgl. Z. 146). Ihre Lösungsansätze sind Diskussionen mit den SchülerInnen, um sie von ihren eigenen Wertmaßstäben zu überzeugen; diese ihre Wertmaßstäbe sind:

- Menschlichkeit (Z. 351);
- gutes Zusammenleben (Z.356), d.h. ohne Aggressionen leben
- Ehrlichkeit (Z. 377);
- normale Verhaltensweisen (Z. 369), wie etwa andere ausreden lassen, sagen, was man denkt, aber im angemessenen Rahmen;
- Achtung vor dem Anderen (Z. 398);
- Gemeinschaftssinn (Z. 405), etwa u.a. Schwächeren helfen.

Die Vermittlung der ihr wichtigen Werte bezieht sie ausnahmslos auf alle Schülerinnen und Schüler.

Sie hält sich für einen unpolitischen Menschen, der sich keine "größeren Dinge" (vgl. Z. 357) anzugehen traut. Sie ist in ihrer Funktion als Fach- nicht als Klassenlehrerin durchaus realistisch, wenn sie versucht, "lieber (m)ein kleines Süppchen anner Schule (zu kochen)" (Z. 345f.)

Die Interviewte legt in ihrem Beruf großen Wert darauf, daß die SchülerInnen - und dabei spielt für sie die Nationalität keine Rolle - fair miteinander umgehen.

Die Verstrickungen in den rassistischen Diskurs äußern sich in ei-

nem Biologismus:

"Bei unseren ausländischen Schülern und Schülerinnen ist das so, daß... man das an der Sprache gar nicht feststellen kann,...nur am...Aussehen, dunklere Typen oder so" (Z. 411ff).

Da für sie aber eine gemeinsame gesprochene, erlernte Erst- oder Zweitsprache das Kommunikationsmittel für Verständigung und Verständnis ist, geht sie nach dem obigen Zitat sofort wieder auf dieses Thema zurück:

"Also sprachlich sind da gar keine Schwierigkeiten vorhanden..." (Z. 414).

Hier behauptet sie quasi, daß für das Funktionieren von Gemeinschaft (wie oben zitiert) lediglich das Beherrschen der - selbstverständlich - deutschen Sprache wichtig sei.

Bemerkenswert erscheint mir jedoch, daß diese Frau "die Flinte" angesichts dieser Problematik anscheinend nicht "ins Korn wirft", sondern eben "ihr Süppchen" an der Schule kocht, mit Schülern und Schülerinnen z.B. Probleme mit aggressivem Verhalten verhandelt etc.

Die Äußerungen lassen vermuten, daß - zumindest in diesem Interview - durchaus gegendiskursive Strategien im Rassismuskurs zu verorten sind.

Das vierte Interview (Code-Nr. 05) fand Anfang Februar 1995 im Haus eines Rentnerhepaares in Duisburg-Fahrn statt.⁸

Das gesamte Interview ist geradezu gespickt mit rassistischen (und "rechtsextremen") Äußerungen, von denen hier nur einige exemplarisch und symptomatisch vorgestellt werden können.

Außer mit zwei Indern, deren Vater Botschaftsangestellter in Bonn war, hat und hatte der Interviewte weder an seiner Arbeitsstelle auch in seinem privaten Umfeld einige wenige Kontakte zu EinwanderInnen.

Das hindert ihn jedoch nicht daran, von den Ausländern und über die Ausländer zu sprechen und zu urteilen, wobei er häufig männliche Tür-

8 Bei diesem Interview mit dem 67-jährigen Rentner schaltete sich nach kurzer Zeit dessen Ehefrau in das Gespräch ein; deren Äußerungen werden in der Analyse mitberücksichtigt.

ken meint, vor allem, wenn er über die Wohnsituation in Duisburg lebender AusländerInnen spricht:

"...wenn Se sich Bruckhausen ma angucken, dat is ja fast schon ein Getto..." (Z. 134f.), konstatiert er und behauptet, in "Bruckhausen (gehören) wieviel Häuser den Türken da." (Z. 197). Die Wohnungen standen dort wegen des Drecks von Thyssen lange leer, "was bot sich da an? Die Ausländer da reinzusetzen!" (Z. 190).

Die Stadt Duisburg als Wohnungseigentümerin bzw. Wohnungsgenossenschaften hat bzw. haben für diesen Stadtteil Renovierungs- bzw. Restaurierungsmaßnahmen finanziert und ausgeführt; allerdings hat der Interviewte "...immer so das Gefühl, als wenn da so Perlen vor die Säue geworfen werden." (Z. 240f.)

Er unterstellt damit den in Bruckhausen lebenden Türkinnen und Türken, daß sie

- sich ein Getto selber schaffen wollen (Getto = Dreck, Unordnung, Massen etc.);
- clever und gierig sind beim Häuserkauf, wobei er die vermeintlichen türkischen Hausbesitzer als hinterlistig und ihre "Landsleute" ausnutzend charakterisiert;
- dreckig sind (würdigen die Schönheitsreparaturen nicht), deutsche Tugenden wie Ordnung und Sauberkeit sind ihnen fremd.

Es folgen zahlreiche stereotype Rassismen, die die Rückständigkeit und Andersartigkeit der türkischen Menschen belegen sollen.

Ein weiteres Merkmal dieses Interviews ist die vom Interviewten geäußerte Bedrohung durch kriminelle Ausländer:

"...die ominösen Geschäfte da auf der Reeperbahn..., die werden doch heute schon nur noch von Ausländern getätigt,... sind in der Lage gewesen, die Deutschen da unterzubuttern..." (Z. 968ff.).

Dieser Gedankengang ist nahezu komisch und grotesk und erinnert an eine vor einiger Zeit gesendete Spiegel-TV-Reportage, die ähnliches berichtete (vgl. auch Focus vom 7.2.1995). Der Einfluß des Mediendiskurses ist an dieser Stelle offensichtlich. Für den Interviewten bieten sich Medienberichte zum Thema "Ausländerkriminalität" geradezu an, seine Strategie der Vereinheitlichung zu bestätigen. Es sind "*die* Ausländer", die *den* Deutschen die "ominösen Geschäfte" verbauen.

Wenn es denn aber Deutsche sind, die "ominöse Geschäfte" betreiben (gemeint sind wohl Prostitution, Drogenhandel etc.), geht das für den Interviewten in Ordnung. Aber selbst in diese deutsche Bastion sind schon Ausländer eingedrungen ...

Des weiteren nennt seine Frau dann die Gefahr seitens der

"Russenmafia, ... wir sind doch ein Land, wo alles auf-, wir liegen mit-tendrin, wo alles sich aufbaut, wo die ... sich auslassen können." (Z. 976ff).

Hier wird Deutschland als in der Mitte Europas liegend verortet, als Mittelpunkt, von dem aus die Welt gesehen wird.

Anschließend berichtet - nun wieder - der Mann von einem Mord-prozeß in Köln, bei dem ein türkischer Vater den mutmaßlichen Mörder seines Sohnes "rächte", indem er im Gerichtssaal auf den Angeklagten schoß. Über diesen Fall wurde in den Medien ausführlichst berichtet.

Der Interviewte meint:

"...so lange die sich gegenseitig umbringen, is nich so tragisch, aber wer sacht mir, dat der nich ma danebenzielt..." (Z. 1019f).

Ein ausländischer Mensch ist demnach dem Interviewten nichts wert, ein deutscher alles (wobei hier zudem noch impliziert wird, daß der türkische Vater und damit die Türken insgesamt ständig auf diese Weise ihre Konflikte lösen.)

Die hier zitierten Äußerungen sind Beispiele für viele andere, ähnliche in diesem Interview. Ich möchte nur noch einige weitere zum Thema Flucht und Einwanderung anführen.

Zunächst einmal verlangt der Interviewte von Flüchtlingen, daß sie "...nach den Sitten und Gebräuchen des Landes versuchen zu leben und nich jetzt Ansprüche geltend machen. Wo die schon so gnädig waren, haben mich aufgenommen, ... dat is dat erste, wat se sagen: >Asyl, wo sind die 400 Piepen, die müssen auf'n Tisch.<" (Z. 325ff)

Er simuliert an dieser Stelle eine eigene Betroffenheit und gibt Tips, wie man sich gefälligst - nämlich deutsch - zu verhalten habe; die EinwanderInnen müssen froh und dankbar sein, "hier" aufgenommen zu werden. Er bezieht sich hier auf die sogenannte finanzielle Großzügigkeit des bundesdeutschen Sozialsystems.

Die "falschesten Asylanten" sind für den Interviewten AfrikanerInnen, denen er den Zwang zur Flucht abspricht:

"...der soll in Afrika bleiben, da hat er bisher gelebt, und der kann auch weiter da leben, der is ja, die ham Bananen, Kokosnüsse, alles haben die da, die können sich ernähren, ne, und ersma haben die ne ganz andere Mentalität, als wir Europäer das ja auch haben, also braucht der gar nicht hierher zu kommen, da liegt der nämlich hier nur auch auf de faulen Haut..." (Z. 898ff).

Andere Fluchtursachen außer Hunger, der allerdings nur vorgetäuscht werde, kennt der Interviewte offenbar nicht. Frappierend ist m.E. das Leugnen von Hungersnöten in Afrika, über die in den Medien meist ausführlich berichtet wird, für die in Kirchen gespendet wird etc. Für ihn existiert der Afrikaner bloß als "fauler" Mensch, der in Afrika bleiben soll, weil er eben nicht nur "faul" sei, sondern obendrein eine "andere Mentalität" habe. Interessant ist hier u.a., daß er die *Mentalität des Afrikaners* von der *Mentalität der Europäer*, nicht der Deutschen, unterscheidet.

Ein Unterschied zu dem BrandSätze-Corpus (Jäger 1991b) deutet sich jedoch in der neuen Interview-Serie an: dadurch, daß mittlerweile in den Medien eine *normalisierende* Berichterstattung zum Thema Rassismus, Flucht und Einwanderung zu verzeichnen ist und sich die diskursive Situation "entschärft" hat - v.a. mit der Abschaffung des Asylrechtes und der sich daraus ergebenden Quoten-Berichterstattung, die mittels symbolischer Zahlen eine Orientierung und Normalisierung anbietet -, ist die Vorsicht, mit der z.T. in den BrandSätze-Interviews formuliert wurde, weggefallen; man kann deutlicher werden.⁹

In den Interviews aus "Fatale Effekte" (M. Jäger 1996b) kommt noch ein weiteres Argumentationsmuster zum Tragen: die Verweise auf die Unterdrückung der Muslima tragen dazu bei, rassistische Haltungen mit vermeintlichen feministischen bzw. emanzipatorischen Argumenten zu "überdecken". Hier werden zwei demokratische Gegenstände gegeneinander ausgespielt. Das bietet eine ähnliche Legitimation wie z.B. der Bezug auf das bundesdeutsche Grundgesetz.¹⁰

9 Zum Normalismus und seinen Auswirkungen vgl. Link 1992a und 1997b.

Die Hierarchisierung von nichtdeutschen Menschen scheint ein stabiles Moment im Diskurs über Einwanderung und Flucht zu sein.¹¹ Obwohl nahezu allen sogenannten AusländerInnen "fremde" Charaktereigenschaften zugewiesen werden, wird ein assimiliertes Verhalten erwartet, eine Änderung bzw. Anpassung scheint möglich. Die Assimilation kann dann dazu beitragen, daß AusländerInnen von akzeptiert und geduldet werden. Deutsch sein, nicht als AusländerIn auffallen, bezieht sich nicht nur auf das äußere Erscheinungsbild (so ist das Kopftuchtragen muslimischer Frauen nach wie vor mit Rückständigkeit, Unterdrückung usw. konnotiert). Auch das Beherrschen der deutschen Sprache wird als wichtiger Integrationsfaktor genannt. Dabei erscheint die bessere Verständigung, die damit einhergeht, nur vordergründig. Demgegenüber wird die deutsche Sprache eher als Merkmal von Deutschsein und Zugehörigkeit zur deutschen Nation begriffen.

Ein weiterer wichtiger Bereich bezüglich der Akzeptanz bzw. Ablehnung von Nichtdeutschen ist der ökonomische: Solange AusländerInnen in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten und Steuern zahlen (das trifft v.a. auf die sogenannten Gastarbeiter und Aussiedler zu), haben sie in Deutschland ihre Daseinsberechtigung. Sie stehen auf der "Ausländerbeliebtheitsskala" oben.¹² Nach unten geht eine Pyramide auf: alle ausländischen Menschen, die z.B. aufgrund ihres Status als AsylbewerberIn gar nicht arbeiten dürfen, werden abgelehnt. Verschränken sich noch andere Klassifizierungen, d.h., sind ausländische Menschen auch noch kriminell, drogenabhängig o.ä., sind Forderungen nach sofortiger Ausweisung (= Abschiebung) an der Tagesordnung.

10 Die türkischen Gastarbeiter werden in der neuen Interviewstaffel im Vergleich zu den "Fatalen Effekten" nicht differenziert. Lediglich die interviewte Lehrerin (III/03) bezieht sich explizit auf türkische Jugendliche und versucht so, Homogenisierungen zu vermeiden. Die interviewte Putzfrau (III/02) differenziert ihre Bekanntschaften mit einem türkischen Mann und mehreren türkischen Frauen.

11 Die Bezeichnung "stabil" bezieht sich hier auf den Vergleich der drei Interviewstaffeln.

12 Wertungen über US-AmerikanerInnen oder West-EuropäerInnen spielen hier keine Rolle; sie sind quasi "wie wir".

Der Mediendiskurs bot und bietet, auch unterstützt durch den Politikdiskurs) solche Einordnungsmöglichkeiten, was sofort ins Auge fällt, wenn man sich bspw. die Berichterstattungen über die sogenannte Ausländerkriminalität ansieht, bei der Ausländer und Kriminalität in dominanter Weise miteinander assoziiert werden.¹³

Nach wie vor findet sich auch weiterhin im Alltagsdiskurs der diskriminierende Begriff des "Asylanten"; diese Verwendung geht einher mit dem Platzmangelargument, Deutschland sei zu klein für den "Strom" von EinwanderInnen. Soziale und ökonomische Ängste und Bedrohungsgefühle werden hier in Gestalt von Kollektivsymbolen vorgetragen, die die drohende Gefahr als quasi naturhaft signalisieren.

In Interview Nr. 5 treten sämtliche Stereotypen auf, die im rassistischen Diskurs insgesamt vorhanden sind.

Die Homogenisierung von "Wir Deutsche" und Äußerungen wie "die Anderen", "Asylanten", "die Arbeitslosen", "das Äußere von denen", "dunkle Typen", "Mentalität", "Asylstopp" u.v.m. markieren den inneren Feind und tragen zur Ausgrenzung aller "nicht-normalen" Deutschen und Nicht-Deutschen bei.

Offenbar hat der Mediendiskurs auf zweierlei Weise dazu beigetragen, daß Rassismen einerseits offener, direkter geäußert werden (Bsp. Interview 5). Die Brisanz des Themas wird nicht mehr so deutlich hervorgehoben wie zu Zeiten der Anschläge in Mölln, Solingen, Hoyerswerda etc. Andererseits liefern der Medien- und der Politikdiskurs Argumentationshilfen bei Themen wie Einwanderung und Flucht, weil der Bezug zur Gesetzgebung (hier: Asylrecht/Quotierung) ein weiteres "demokratisches Deckmäntelchen" bereitstellt, mit dem man sozusagen verfassungskonform argumentieren kann (vgl. Interview 1). Nimmt man diese Strategie als Argumentationsbasis und Argumentationshilfe in Anspruch, darf man ja wohl kaum als "rassistisch" bezeichnet werden!

Damit erweist sich insgesamt, daß die aktuelle Beschaffenheit des Einwanderungsdiskurses keinerlei wirkliche Veränderungen gegenüber den vorangegangenen Untersuchungen aufweist, sieht man von kleine-

13 Vgl. etwa Kunz 1996, Galliker 1997.

ren thematischen Verschiebungen ab (stärkere Betonung der "Ausländerkriminalität"). Nur in einem Punkt scheint sich ein gewisser Wandel ergeben zu haben: Wahrscheinlich weil der Zuzug von Menschen aus der Ex-DDR in die alten Bundesländer nicht mehr so stark ist und man sich etwas stärker an das Vorhandensein der "neuen" Bundesländer gewöhnt hat, lassen sich in den neueren Interviews weniger ablehnende Haltungen analysieren als zur Zeit der BrandSätze-Erhebung. Die Aussagen beziehen sich dementsprechend nicht auf den Umzug der Ostdeutschen in den Westen der Republik, sondern - nach wie vor auch - auf den sogenannten Aufbau in der ehemaligen DDR. Die Benennung der BürgerInnen aus der Ex-DDR als "Ossis", "die von drüben" etc. verweist aber darauf, daß eine - zumindest verbale - Spaltung der deutschen Bevölkerung weiterhin besteht.¹⁴

Weitere völkisch-nationalistische Ideologeme im Alltagsdiskurs

Bei der neuen Interviewstaffel habe ich nun gezielter solche Themen angesprochen, in den bevorzugt weitere völkisch-nationalistische Ideologeme angetroffen werden können, als dies in den beiden vorangegangenen der Fall war. Ich werde mich im folgenden besonders diesen Themen zuwenden und der Art und Weise, wie sie von den Interviewten behandelt worden sind.

In den Interviews findet sich eine Vielzahl von Hinweisen auf "rechtsextremes" Denken und auf Ideologeme, die dem völkischen Nationalismus zuzuordnen sind. Diese werde ich im folgenden exemplarisch beleuchten.¹⁵

14 Über die Konstruktion der Ex-DDR-BürgerInnen als "innere Feinde" ist weiter unten zu lesen.

15 Ich werde zunächst wieder einige Passagen aus den bisherigen Interviews vorstellen. Dabei orientiere ich mich an den Kern-Ideologemen des Völkischen Nationalismus (vgl. Kellershohn in diesem Buch) und den Operationalisierungen bzw. Übersetzungen dieser Ideologeme in "neutrale Themen", wie sie weiter oben von Kretschmer/Jäger vorgenommen worden sind.

Das deutsche "Volk"

Ein Beispiel aus Interview Nr. 5 veranschaulicht die Homogenisierung und Überhöhung des "deutschen Volkes" als Kollektivsubjekt. Direkt vor dieser Interviewpassage ging es um das Thema Einwanderung. Der Interviewte meint hierzu:

"Wir sind kein Einwanderungsland." Zwischenfrage von mir: "Und warum nicht?"

"Ne, weil wir viel zu klein sind. Ich mein, da war ma ein, einer, den se den seligen Adolf genannt haben, ich mein, dem seine Worte sind mir nie maßgebend gewesen, aber da hatten wir noch alles: Schlesien, Ostpreußen, Westpreußen, da hatte der Mann davon gesprochen: >Wir sind ein Volk ohne Raum<, hat der damals schon gesagt, >Unser Blick ist nach Osten gerichtet<, also der wollte sich noch weiter ausweiten, ich mein, dat können wir vergessen. Aber ich meine nur, als wir noch alles hatten, hat der Mann schon davon gesprochen >Wir sind ein Volk ohne Raum<. Jetzt haben se uns alles genommen, zu Rechtsens, das ist das andere, aber die da gewohnt haben, sind ja auch noch zu uns übergekommen, dat waren ja auch noch mindestens sechs Millionen, ne, und die ganzen Ausländer, die jetzt gekommen sind, Sie sehen ja, jetzt ... zieht ja eins dat andere nach, und jetzt fangense vom Hochwasser an, alles wird zubetoniert, da ... waren früher so viel Rückhaltebecken, dat is ja alles gebaut worden, die Leute, die wollen ja alle Wohnungen haben. Was früher Brachland war, ist heute Bauland, und alles läuft in den Rhein, in die Mosel, inne Ahr und, und, und, kein Wunder." (Z. 358ff.)

Die Assoziationskette geht hier vom Thema Einwanderung über das Thema Nationalsozialismus und Expansion, Aussiedler, Ausländer, Hochwasser, Bebauung.

Der Interviewte argumentiert quasi historisch, wenn er konstatiert, daß "unsere Volksgemeinschaft" auf "zu kleinem Raum" lebe; daß hier auf Hitlers Großraumstreben angespielt wird, ist kein Zufall, auch wenn sich der Interviewte davon zu distanzieren versucht. Indem er sich der nationalsozialistischen Terminologie bedient: "Volk ohne Raum" etc., ist zu vermuten, daß er die "Volksgemeinschaft" als homogenisierte, naturwüchsige Gruppe versteht, die auf den "Bodenbesitz" Deutschland den Besitzanspruch hat (Blut-und-Boden-Topos). Andere, Fremde haben in Deutschland demnach nichts zu suchen.

Die Querverbindung/Assoziation zur Hochwasserkatastrophe im Februar 1995 mag zunächst nur naiv anmuten, untermauert aber doch seine These vom "Volk ohne Raum"; hier führt er praktisch einen Beweis an.

Europa - Deutschland zuerst

Deutschland wird in Europa in allen drei Staffeln häufig an die erste Stelle gesetzt. Da der Mythos vom Wirtschaftswunderland noch in den Köpfen geistert, setzen die Interviewten Deutschland vor allem im ökonomischen Sektor an die Spitze der EU. Die neue geographische Größe der Bundesrepublik hält in einigen Interviews sogar als Argument für diese Bedeutsamkeit her.

Beim Thema "Die Rolle Deutschlands in der EU" identifizieren sich nahezu alle Interviewten mithilfe des Pronomens "wir" mit den Staat BRD. Als Problem wird im Gegenzug zur erhofften positiven wirtschaftlichen Entwicklung eine nach Deutschland dringende Kriminalität verortet. Diesbezügliche Befürchtungen und Ängste beziehen sich auf Drogenhandel und Prostitution bis hin zu Autoschiebereien, Mafia u.ä. Diese Gefahren dringen quasi naturwüchsig durch die offenen Grenzen nach Deutschland ein. In erster Linie aber erwarten die Interviewten — liest man die drei Staffeln quer — von europäischer Zusammenarbeit Vorteile für Deutschland. Ein Interview fällt dabei allerdings etwas aus dem Rahmen; der Interviewte (33 Jahre, Zahnarzt) stellt sich unter der EU eine Gemeinschaft nach us-amerikanischem Vorbild vor und sieht die BRD als Bundesstaat in Europa.

Eine potentielle Zusammenarbeit, die u.U. darin besteht, auch anderen europäischen Staaten Lebensstandardsverbesserungen zu ermöglichen, wird so gut wie gar nicht angesprochen. Steht Deutschland für die Interviewten innerhalb der EU an erster Stelle, so sind die Aussagen zu "den Deutschen" ambivalent.

Der starke Staat

Zum Ideologem des "Starken Staates" und zur Konstruierung des Bildes des "anständigen Deutschen" möchte ich nun eine Passage aus dem In-

terview Nr. 2 vorstellen.

Meine Ausgangsfrage war, welche Maßnahmen die Interviewte ergreifen würde, wenn sie Bundeskanzlerin wäre. Als erstes bezieht sich die Interviewte auf Ausländerfeindlichkeiten, die "mal aufhören (sollten)". (Z. 334) und fährt dann fort:

"... und dann würd ich dafür sorgen, dat hier mal Deutschland en bißchen mehr, eh, wat noch kaputt is, aufgebaut wird, is nämlich noch sehr viel zu tun, und vor allen Dingen, daß mal die Grünanlagen, die Straßen, alles, alles schön sauber ist, dat man mal wirklich mit Stolz mal durch Deutschland gehen kann und sagen: >Haben wir das hier nicht herrlich?< Aber da, wo ich rumlaufe, seh ich nur Dreck und Mist. Und ich würde nich nur an mich denken, hier ich bin jetzt Gott weiß wat, Politiker und so, man muß sich da wirklich für einsetzen und nich nur mit em Arsch am Tisch sitzen und reden, reden, reden und fressen und saufen, Taten müssen folgen, Taten, regelrechte Taten. Man muß mit de Faust auf en Tisch hauen und nich die Gläser hochheben. Dat is - aber mal so richtig durchgreifen. Und dann ersmal gegen die Kriminalität auch angehen, nix da, och der klaut da wat, der da wat. Eine regelrechte Strafe, die sollen bestraft werden. Und mit Vergewaltigungen und Kinder mißbrauchen, die kämen nie mehr aus em Kasten raus. Entweder lebenslänglich drin oder auf en elektrischen Stuhl, dann würde das endlich aufhören, dann kann man auch mit den Kindern noch irgendwo hingehen, keiner traut sich mehr, mit den Kindern irgendwo hinzugehen. Entweder musse de Gaspistole inne Hand haben oder en Messer. Es läuft hier in Deutschland doch kaum noch einer rum, der keine Pistole inner Tasche hat oder en Messer; denn ich hab dat auch ... ich ließ mich von keinem, ließ ich mich überfallen, das wird dem schlecht bekommen. Der kriegt entweder dat Messer in de Balg gerammt oder ich puste ihm dat Gehirn raus." (Z. 344ff).

Aufgrund ihrer Diskursposition (sie arbeitet als Putzfrau, ihr Haushalt ist ihr Ein und Alles) sieht sie die zu lösenden Probleme als Bundeskanzlerin u.a. in diesem "Sauberkeits"bereich, wobei sie diese "deutsche Tugend" besonders vehement vertritt. Sie will "stolz sein auf Deutschland", auch nach außen hin, das heißt: anderen Staaten gegenüber. Sie will, daß alle Deutschen sagen können: "Haben wir das hier nicht herrlich!" Damit wird ein gemeinsames Interesse aller deutschen Staatsangehörigen an Deutschland imaginiert.

Ähnliches findet sich auch in einem anderen Interviewteil, in dem es um Spenden und um den Reichtum Deutschlands etc. geht. Die Interviewte übt weiter Kritik an den Politikern, die ihren Worten allerdings auch krasse Taten folgen lassen sollten; das geht soweit, daß sie die Todesstrafe fordert, die der Staat als Souveränitätsmacht auszuüben hat. Diebstahldelikte, Vergewaltigungen und Kindesmißbrauch werden der Kategorie "Kriminalität" zugeordnet, für die es entsprechend harte Strafen zu geben habe. Daß sich "keiner traut ..., mit den Kindern irgendwo hinzugehen", weil die Kriminalität so hoch ist, erinnert an den "Mythos" des Nationalsozialismus und die dort verortete, imaginierte Sicherheit: "damals konnte man noch nach Einbruch der Dunkelheit als Frau durch die Straßen gehen", "man brauchte sein Fahrrad nicht abzuschließen" etc. Da der Staat momentan nicht in der Lage sei, seine Bürger entsprechend zu schützen, wäre die Interviewte durchaus bereit, Selbstjustiz zu üben: diese Frau trägt ständig eine Waffe bei sich, um sich vor potentiellen Angriffen schützen zu können. Zur Rechtfertigung behauptet sie, daß das nahezu alle Menschen so machten.

Die von ihr ausgemachte hohe Kriminalität konstruiert den "inneren Feind" und den "unanständigen Deutschen". Ein "starker Staat" wäre nötig, um diese Mißstände zu beheben.¹⁶ In ihrer Assoziationskette, die von Dreck, Unordnung, Stolz auf Deutschland, die unfähigen Politiker, Kriminalität bis hin zur Todesstrafe und Selbstjustiz geht, benutzt sie folgende Begriffe, die ihr der völkisch-nationalistische Diskurs zur Verfügung stellt:

- Stolz (auf Deutschland),
- das saubere Deutschland,
- untätige Politiker,
- Taten müssen folgen - es kann nicht nur geredet werden (Kritik an

16 Siehe dazu den oben analysierten Focus-Artikel von Klonovsky. Mit diesem Hinweis soll nicht behauptet werden, daß die Interviewte ihre Ansichten aus dem Focus bezogen hätte. Wir treffen hier auf eine Eigentümlichkeit des Diskurses, die man als *Proliferation* bezeichnen kann: die Themen (und ihre ideologische Färbung) sickern gleichsam durch die verschiedenen Diskurse und Diskursebenen hindurch und werden zum Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses.

- demokratischen Verfahren?),
- Diebstahl (als furchtbares Vergehen),
 - Vergewaltigungen,
 - Kindesmißbrauch (sind die Verbrechen des "Unanständigen"),
 - Todesstrafe (im USA-Diskurs ständiges Thema).

Die Konstruktion des "inneren Feindes" läßt sich sowohl in diesem Interview an anderer Stelle als auch im Interview Nr. 3 an der Setzung der Arbeitslosen als Sündenböcke für die "mangelhafte Verwirklichung der Volksgemeinschaft" festmachen:

"Ehm, ja, ein paar Arbeitslose mehr oder weniger, das is natürlich auch sonne Sache, ne. Wennet immer mehr Arbeitslose gibt, dann, eh, weiß ich nich, ob das, ehm, so der Innenpolitik dann auch so sehr guttut, ne, also man sieht es ja auch, ich will ja wirklich gar keine Partei für irgendjemanden ergreifen, aber dieser Rechtsradikalismus und so, der kommt ja auch aus ner, teilweise aus ner ganz bestimmten Ecke, als die Grenzen aufgemacht wurden, der kam ja doch mehr, ehm, so aus, eh, Ostdeutschland. Es waren sehr viele Arbeitslose da und eh, dann wurd erstmal aufgemischt, weil die keine Arbeit hatten und teilweise sagen, eh: >Unsere ausländischen Mitbürger haben noch en Job und wir haben keinen mehr.< Dat is wat ganz Schwieriges, ich möcht da auch keine Entscheidung treffen..." (Z. 595ff).

Der "innere Feind" läßt sich also in der ehemaligen DDR verorten. Dorther kommen die "Rechtsradikalen", die aber nur eine Arbeit wollen. Interessant ist die Verwendung des Imperfekts, so als gäbe es diese Probleme mit den "rechten Arbeitslosen" mittlerweile nicht mehr. Das Zitat "unsere ausländischen Mitbürger", das die Interviewte den ostdeutschen "Rechten" in den Mund legt, ist von ihr recht naiv formuliert; kein "Rechtsextremer" würde diesen Euphemismus für Ausländer/Türken/Juden etc. benutzen. Die Interviewte möchte "keine Partei ergreifen", äußert aber mit dem Arbeitsplatzargument durchaus Verständnis für "Ausländer raus"-Haltungen. Daß hier arbeitslose Ostdeutsche mit "Rechtsradikalen" gleichgesetzt werden, verweist auf den Einfluß des Mediendiskurses, in dem immer wieder auftauchte, daß es überwiegend Leute aus dem Osten seien, die die Flüchtlingsunterkünfte in Brand steckten.¹⁷ Sie selbst möchte keine Verantwortung für irgendwelche Entscheidungen tragen, impliziert aber damit die Möglichkeit des Staa-

tes, bei entsprechenden Interventionen Lösungen schaffen zu können. Ihr Desinteresse an der Politik wird auch daran noch einmal deutlich, daß sie die PDS zu den "rechten" Parteien zählt (vgl. Z. 629f.)

Es gibt noch zahlreiche weitere Beispiele aus den anderen Interviews, worauf ich an dieser Stelle nur verweisen kann.

Am auffälligsten in nahezu allen Interviews ist die uneingeschränkte und unhinterfragte Verwendung des Pronomen "wir" zur Homogenisierung der deutschen Staatsangehörigen.¹⁸

Vor allem, wenn es darum geht, Probleme wie z.B. Quotierung der EinwanderInnen oder das der Kriminalität zu lösen, werden die Deutschen mit Regierung, Politik, Ökonomie in eins gesetzt, so als ob das "Kollektiv der Deutschen" tatsächliche Entscheidungen träge. Außerdem wird eine Betroffenheit imaginiert, die die gesamte "Volksgemeinschaft" angeht.

Trotz der geäußerten Kritik an der gegenwärtigen Regierung werden Forderungen erhoben, die den "idealen Staat" realisieren sollen.

Neben dieser imaginierten einheitlichen, nationalen Identität wird quasi "natürlicherweise" "der Fremde" entweder als Feindbild schlechthin konstituiert¹⁹ oder als anzupassendes, zu assimilierendes Wesen gesehen; wobei hier nicht nur Äußerlichkeiten, sondern hauptsächlich die Beherrschung der deutschen Sprache als integratives Element gesehen wird; hier fungiert Sprache als Symbol für nationale Einheit.

Der Diskurs stellt jedoch noch andere Feindbilder zur Verfügung: die faulen Arbeitslosen, die z.T. gleichgesetzt werden mit "Rechtsradikalen", die Kriminellen etc., die als "unanständige Deutsche", als "illoyale Bürger" die "Verwirklichung der Volksgemeinschaft" behindern.

Die Forderung nach einem "starken Staat" soll helfen, diese Mißstände zu beseitigen, dazu zum Schluß noch zwei kurze Zitate aus Interview Nr. 1:

17 Vgl. dazu Wichert 1993.

18 Bei der Materialaufbereitung der Interviews zeigte sich zwar, daß das Pronomen "wir" verschiedene Gruppen bezeichnet: Arbeitskollegen, Familie etc., aber *in erster Linie bedeutet wir = die Deutschen*.

19 Vgl. Interview Nr. 5: "die sollen doch in Afrika bleiben".

"(Man) muß wirklich alles ausschöpfen, was der Gesetzgeber so hergibt, um die irgendwie an die Kandare zu bekommen." (Z. 465ff.)

Und:

"...ohne staatliche Regelung geht das einfach nicht. So schade und traurig das manchmal ist, daß viele Dinge geregelt werden müssen. Aber da müssen wir alle noch viele Jahre zur Schule gehen...bis wir die perfekten Menschen hier haben... ohne staatliche Regelung läßt sich sowas nicht im Griff behalten. `S gäb `n zusätzliches Chaos, das wäre die alte Wildwest-Gesellschaft, äh, dat geht nicht." (Z. 693ff.)

Die Deutschen: Tugenden und Bewertungen

Während einige Interviewte die typischen "deutschen" Tugenden und Werte wie Ordnung, Fleiß, Disziplin, Sauberkeit u.ä. nennen, kritisieren andere das Verhalten "der Deutschen" als stur, arrogant, zu ernsthaft, pedantisch usw. Bei beiden Varianten werden aber die Deutschen nicht differenziert. Es findet sowohl bei den negativen wie positiven Charakterisierungen eine Homogenisierung von ca. 80 Millionen Deutschen statt, als handle es sich um einen in sich völlig homogenen "Kulturkreis".²⁰

Der Staat als Ordnungsmacht

Der Staat als solcher fungiert als Ordnungsmacht, die die Möglichkeiten hat, gesellschaftliche Probleme per Gesetz zu lösen. AusländerInnen, die u.a. ein gesellschaftliches "Problem" darstellen, werden an Lösungen und Entscheidungen nicht beteiligt. Es geht vor allem darum, die Deutschen mit Hilfe eines *starken Staates* vor "Überfremdung", "Arbeitslosigkeit", "kriminellen Drogendealern", "Russenmafia", "Aidskranken" u.v.m. zu schützen. Die Bedrohungen, die konstruiert werden, richten sich nicht nur gegen EinwanderInnen, sondern auch gegen Eingeborene, die eben bspw. wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit dem Staat und damit den "normalen" Deutschen zur Last fielen. Die Widersprüchlichkeit solcher Argumentation kann offenbar problemlos in Kauf genommen werden. Sie wird offenbar gar nicht als solche em-

20 Zur Problematik solcher Vorstellungen vgl. auch Jäger 1996b.

pfunden.

Der Staat und die private Sphäre

Auch daß der Staat das Recht hat, auch in private Bereiche einzugreifen, wird nicht infrage gestellt. Trotz vielfältiger Kritik an der Politik, respektive an den PolitikerInnen (so z.B. der Vorwurf der Bereicherung, des Nichtstuns, der Unkenntnis, der Inkompetenz etc), wird im allgemeinen ein starker Staat gewünscht, der in der Lage ist, "Volksinteressen" zu vertreten und durchzusetzen.

Der innere Feind: Die Anderen

Was die Interviewten über "die" Eingewanderten äußern, daß diese nämlich "anders" und "fremd" seien, daß sie z.B. andere Sitten und Gebräuche haben (vgl. u.a. II/08), einer anderen Kultur angehören und sich nicht anpassen könnten, verweist darauf, daß das imaginierte Deutschsein als Meßlatte für alle Menschen zu gelten habe, die in der BRD als "naturalisierte" BürgerInnen leben bzw. die in die BRD einwandern — unabhängig von ihrem Status als "GastarbeiterInnen" oder AsylbewerberInnen. Können oder wollen sie sich nicht assimilieren und integrieren, wird ihnen ein Aufenthaltsrecht abgesprochen.

Ostdeutsche

Während der "innere Feind" der Interviewten beim Projekt BrandSätze durchaus vor allem in der Ex-DDR zu verorten ist (vgl. S. Jäger 1992, S. 215 ff.), werden "die Ostdeutschen" im Projekt "Fatale Effekte" (vgl. M. Jäger 1996, S. 149) z.T. eher bemitleidet; meine Interviewstaffel zeigt hingegen, daß die Westdeutschen ihre neuen Bundesgenossen quasi auffordern, "ihren" Teil des Staates nach westlichem Vorbild aufzubauen. Schließlich zahlen die Westdeutschen ihren Solidaritätsbeitrag dazu — nun will man auch was sehen... Von einem innerdeutschen (kulturellem) Rassismus ist dagegen kaum noch etwas zu spüren, allenfalls von gewissen Ressentiments.

Die homogene Nation

Die Konstruktionen einer homogenen Nation ziehen sich durch die In-

terviews aller drei Staffeln. Es lassen sich — wie geschildert — Aussagen finden, die die Westdeutschen von den Ostdeutschen zu unterscheiden versuchen. Hauptsächlicher Gegenpol ist jedoch der "Fremde", der "Ausländer", der "Schwarze", kurz: der "Andere". Wie oben geschildert, finden sich auch solche "wir-und-die-anderen"-Konstruktionen in bezug auf deutsche Arbeitslose oder gar Kriminelle. In diesem Abschnitt wird jedoch auf die Konstituierung der "Anderen" eingegangen werden, die nicht-deutscher Nationalität sind. Dabei unterscheide ich nicht ausdrücklich nach kulturell-rassistischen, biologisch-rassistischen etc. Kriterien. In "BrandSätze. Rassismus im Alltag" ist gezeigt worden, daß auch kulturelle Unterschiede naturalisiert werden. (Jäger 1992S. 220 ff.) Hier geht es darum, zu zeigen, welche Aussagen sich überhaupt finden lassen und wie sich diese an das völkisch-nationalistische Ideologem der Volksgemeinschaft ankoppeln.

Familie, Partnerschaft, Gleichberechtigung

Interessanterweise werden in den Interviews bei Aussagen zur Familie hauptsächlich türkisch-muslimische Familien zum Vergleich herangezogen; aber auch generell "Südländer" (vgl. Interview II/01) dienen der Gegenüberstellung.

Traditionelle Bilder und Klischees wechseln sich ab mit der Konstatierung der gleichberechtigten Partnerschaft in der Ehe. So ist die Rede davon, daß in der Ehe der Mann nach wie vor das Sagen habe (vgl. II/04), und ebenso, daß die Gleichberechtigung bereits verwirklicht sei (vgl. I/02). Gleichberechtigung scheint aber auch Angst zu machen. So äußert bspw. ein Mann im Interview I/06, daß durch die imaginierte Gleichberechtigung der Frau die Idylle der Kleinfamilie zerstört würde (vgl. II/06, Z. 651 ff.). Der Mann habe schließlich als Ernährer der Familie zu fungieren (Z. 854 ff.).

Eine Interviewte konstatierte ihr schlechtes Gewissen bei der Beschäftigung mit der Emanzipationsdiskussion und plädiert für die Anerkennung des Berufs der Hausfrau (vgl. I/19, Z. 834 ff.). Diese Auseinandersetzung mit dem Thema der Gleichberechtigung führte bei ihr zu einer Unzufriedenheit mit ihrer eigenen Rolle innerhalb ihrer Familie.

Für eine andere Frau hingegen ist ein harmonisches Familienleben

sozusagen ihr Lebenszweck (vgl. III/04); sie präferiert für sich ein Dasein als Hausfrau und Mutter.

Daß verheiratete Frauen und Männer arbeiten gehen, sollte nur geschehen, wenn ökonomische Gründen dazu zwingen (vgl. I/16).

Ein anderer Faktor wird in einem Interview der dritten Staffel geäußert: für die Interviewte ist ihre Familie ein Ort der Zuflucht; sie (be-)nutzt sie, um dort ihre Probleme, die sie mit Freunden nicht bewältigen kann, abzuladen (III/03).

Eine andere Interviewte dieser Staffel findet es durchaus in Ordnung, selber einem Beruf nachzugehen, ihren Ehemann und Haushalt zu versorgen und sich zusätzlich noch um die Haushalte ihrer verheirateten Töchter und um die Enkelkinder zu kümmern (III/02).

Ein imaginiertes harmonisches Bild von Familie zeichnet ein Interviewter, der eine solche selbst nie kennenlernen konnte, da er seine Kindheit und Jugend als Sozialwaise in diversen Heimeinrichtungen verbringen mußte. Mit seiner peruanischen Frau will er versuchen, sein Idealbild zu realisieren. Auch hier findet sich das Stereotyp der südländischen idyllischen Familie (III/09).

Der Stellenwert der Familie als staatstragende und staatserhaltende Institution wird im Interview III/01 beschrieben. Ihr wird ein großer Einfluß auf die Kinder und Jugendlichen zugeschrieben, der dazu benutzt werden könnte, Toleranz gegenüber anderen, den sogenannten Fremden, anzuerziehen (Z. 520ff.u. 776ff.).

Wird die türkische Familie zum deutschen Vergleichsmaßstab, so lassen sich zwei Argumentationsformen unterscheiden. Zum einen wird positiv bewertet, daß die türkischen Familien ein *besseres* Familienleben hätten als die Deutschen (z.B. I/01 u. II/02). Außerdem wird konstatiert, daß die türkischen Frauen in der Familie das Sagen hätten (II/09) und sich fürsorglich um die Kinder kümmerten (I/11). Die andere Strategie markiert Frauen arabischer Länder als Menschen zweiter Klasse (I/19). Hauptsächlich jedoch wird auch hier von türkischen Familien gesprochen.

Die traditionelle Rollenverteilung in diesen türkischen Familien sei nach wie vor aktuell, während das bei deutschen Familien mittlerweile obsolet sei (II/13). Im Gegensatz zu der oben erwähnten Aussage, daß

türkische Frauen das Familienleben bestimmten, steht die, daß genau das Gegenteil der Fall sei (I/11) und sie sich hinter ihren Ehemännern versteckten (ebd.). Das wiederum wird dem Patriarchat in den türkischen Familienstrukturen zur Last gelegt (II/16).

Insgesamt kann hier festgestellt werden, daß — neben einzelnen stories des eigenen Familienlebens — die Opposition **deutsche** Familie versus *türkische* (resp. südländische) Familie dazu dient, eigene idealtypische Vorstellungen von einer harmonischen Familie nachzuzeichnen. Daß dabei die Gleichberechtigung der Frauen auf der Strecke bleibt, wird nicht diskutiert. Es scheint allgemein, d.h. von Männern und Frauen gleichermaßen, erwünscht, daß die traditionelle Rollenverteilung bestehen bleibt, da diese ein Garant für eine idyllische Familienexistenz zu sein scheint. Früher sei es in Deutschland mit den Verhältnissen in der Familie ähnlich wie in islamischen Familien gewesen (II/10). Lediglich finanzielle Gründe dürfen für die Berufstätigkeit von Frauen bestehen. Die Familie wird aber auch als Institution beschrieben, die für die Erziehung ordentlicher Menschen, die dem System angepaßt sind, verantwortlich ist. Die Familie bekommt hier einen absoluten Status als Vorbildfunktion für den funktionierenden Staat als *Gemeinschaft*. Die Familie wird als quasi naturhafte die Keimzelle des Staates betrachtet.

Arbeitsplatzbesitzer, Arbeitslose und Konkurrenten

Bei diesem Themenkomplex lassen sich zwei Oppositionen unterscheiden: zum einen werden Arbeitslose und Arbeitende verglichen, zum anderen deutsche Arbeitende und ausländische Konkurrenten. Hierbei ist meistens allgemein nur von *Ausländern* allgemein die Rede. Der äußere Feind braucht keine Nationalität, um als solcher konstituiert zu werden.

Das stereotype Argument, daß es faule Arbeitslose gäbe, die — so sie nur wollten — selbstverständlich eine Arbeits-Stelle bekommen könnten,²¹ findet sich durchgängig in Interviews aller drei Staffeln (bspw. II/07 o. III/04). Bei dieser Argumentationsform spielt die Nationalität offenbar auch keine erwähnenswerte Rolle. Arbeitslose Men-

21 Vgl. dazu Uske 1995, wo dargestellt wird, wie Arbeitslosigkeit in Politik und Medien diskursiv auf negative Weise konstituiert wird.

schen werden hier sozusagen als amorphe Masse konstituiert, die man mit rigorosen staatlichen Mitteln in den Griff zu bekommen habe (III/02). Damit wird ein Feindbild markiert, daß nicht von *außen* die Deutschen bedroht, sondern *innen* (im "Haus" der Bundesrepublik Deutschland selbst) zu verorten ist. Nichtsdestoweniger ist der arbeitslose Deutsche ein Feind, den es zu bekämpfen gilt. Ganz schlimm wird es dann mit den Arbeitslosen, wenn sie auch noch der Schwarzarbeit frönen (III/04). In diesem Fall werde das Ausnutzen der sozialen Hängematte²² offensichtlich; die Arbeitslosen lebten auf Kosten anderer.²³ Häufig wird in diesem Zusammenhang darauf verwiesen, daß durch die Wiedervereinigung Menschen aus der ehemaligen DDR den Arbeitsmarkt *belasten*. Aufgrund ihrer Erfahrungen mit der sozialistischen Planwirtschaft seien sie häufig nicht in der Lage, sich den westdeutschen marktwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen (I/15). Sie hätten sich zu großartige Vorstellungen vom Leben im goldenen Westen gemacht. Durch die häufige Konstatierung, daß sich *die* Ostdeutschen nicht in die kapitalistische Produktionsweise integrieren ließen (III/05), könnte man vermuten, daß sie keine so ernstzunehmenden Konkurrenten seien wie bspw. *die* Ausländer. Bei der Konstruktion solcher Gegensätze geht es aber eben nicht nur um Konkurrenz, sondern um die Konstituierung *unanständiger* Deutscher, die das Funktionieren der Volksgemeinschaft stören.

Arbeitslose Jugendliche neigen darüberhinaus dazu, sich rechtsradikalen Gruppierungen anzuschließen, da sie frustriert keinen anderen Weg kennen (III/03).

Zu benennen sind hier Argumentationen, die sich darauf beziehen, daß von einer quasi natürlichen Unterscheidbarkeit verschiedener Nationalitäten ausgegangen wird (I/01). Eine Trennung der Begriffe Staat und Nation findet nicht statt. Die Zugehörigkeit zu einer Nation und die damit gekoppelten imaginierten "Mentalitäten" sind nach dieser Argumentation nahezu genetisch vererbbar. Auch eine gemeinsame Sprache

22 Vgl. Jürgen Link 1997b.

23 Zur Information über die Diskursposition der Interviewten III/04 sei angemerkt, daß sie in dem Interview an anderer Stelle sich als "Schwarzarbeiterin" outet. Aber in ihrem Fall war das selbstverständlich etwas ganz anderes...

würde daran nichts ändern. Und je weiter ein Staat von Deutschland entfernt sei, desto inkompatibler seien die Menschen (II/06). "Deutsch denken" könnten vielleicht am ehesten Jugendliche, die in der Bundesrepublik geboren und aufgewachsen sind (III/09). Und wenn diese noch die deutsche Staatsangehörigkeit annähmen, dürften sie sogar wählen (I/11). Wichtig sei eben die "Naturalisierung" (III/01); das meint hier wohl, die Erlangung des deutschen Personalausweises. Interessanterweise wird in diesem Interview aber genau mit dieser biologistischen Formel argumentiert; es scheint außer Frage zu stehen, daß die Nationalität etwas mit "Natur" zu tun habe.

Gefährliche Erbschaft: Zusammenfassung

Völkische Ideologeme treten im deutschen Alltagsdiskurs in großer Variationsbreite auf. Sie treten selten zu geschlossenen Weltbildern zusammen, sondern treten eher diffus als ein Erbe der Vergangenheit auf, das allerdings auch durch heutige Politik und Medien genährt wird. Der folgende zusammenfassende Überblick ist geeignet, diese Behauptung zu untermauern.

Aussagen, die die Deutschen homogen zu charakterisieren versuchen, reichen von der positiven Attributpalette "fleißig, sauber, pünktlich, fortschrittlich, christlich, offen, politisch engagiert" usw. (in allen drei Interviewstaffeln) bis zu einer Negativliste: "stur, egoistisch, zu anspruchsvoll, unhöflich, pedantisch, arrogant, neidisch usw. Selten findet man Differenzierungen. Der Diskurs über die nationale Identität ist geprägt von stereotypen Äußerungen, die keine Rücksicht auf eine Vielfalt von ca. achtzig Millionen Menschen in diesem Staat nehmen, geschweige denn auf die Existenz von fünf bis sechs Milliarden Menschen auf der Erde. Aber weder die Deutschen noch die Anderen werden in sich unterschieden; lediglich in den Gesprächen, wenn sich der oder die Interviewte von dem Gesagten absetzen will (III/06) und selbst erlebte stories erzählt. Dann wird sozusagen von oben herab argumentiert und auf den Gemeinplatz *Die Ausnahme bestätigt die Regel* verwiesen, wenn es positive Erlebnisse zu erzählen gibt. Bei negativen Erlebnissen werden die Charakterisierungen auf eine "andere", homogenisierte *Volksgemeinschaft* bezogen. Die Argumentationen zielen

darauf ab, eine quasi natürliche Gemeinschaft der Deutschen zu konstituieren, die sich z.T. auch explizit auf den Blut-und-Boden-Mythos stützt (III/05). In diesem Kontext wird kollektivsymbolisch von dem "überfüllten Boot" Deutschland gesprochen (I/01), das seine Schotten abdichten muß, weil wir "ein Volk ohne Raum" seien (III/05).

Die Interviews verdeutlichen, daß "rechtsextremes" Denken eben nicht nur ein Bestandteil der Ideologien "rechter" Parteien ist, sondern daß solches Denken mittlerweile Einzug in die "Mitte der Gesellschaft" und in den Alltagsdiskurs gehalten hat.

Es ist anzunehmen, daß sich völkischer Nationalismus nicht mehr nur in "alten" Ideologemen ausdrückt wie z.B. "Volk ohne Raum" u.ä., sondern daß der Politikdiskurs z.B. mit Begriffen wie der sogenannten "Quotenregelung beim Zuzug von EinwanderInnen" neue diskursive Begriffe liefert und anbietet, die eine "demokratische" Auseinandersetzung und Argumentationsstrategie möglich machen.

Die Ideologeme des völkischen Nationalismus beziehen sich in erster Linie auf althergebrachte Begriffe, deren Vorhandensein im Diskurs nachzuzeichnen wäre, wie z.B. "Volksgemeinschaft", "Führer" etc., während sich im gegenwärtigen Diskurs Modifikationen finden lassen. So eignen sich Themen wie EU, Asylgesetzgebung, Angst vor Kriminalität oder vermeintliche kulturelle Differenzen dazu, ausgrenzende Haltungen und Meinungen zu legitimieren.

Zur Rolle der rechten Parteien im Alltagsdiskurs

Wie bei der Analyse der Medien, soll im folgenden dargestellt werden, wie die Einschätzung rechtsextremer Parteien im Alltagsdiskurs erscheint. In den Interviews der dritten Staffel wurde im Unterschied zu den vorangegangenen Interviewstaffeln zusätzlich versucht, Wissen und Ansichten über rechtsextreme Parteien direkt zu ermitteln. Zunächst einige Textpassagen, in denen rechtsextreme Parteien angesprochen werden:

In Interview 1, es spricht ein männlicher diplomierter Ingenieur, heißt es:

"Wenn sie (eine rechtsextreme Partei, G.C.), ich sag' einfach mal, die Spielregeln hier einhält für eine Parteigründung, hat auch 'n bestimmten

Zulauf, äh, es ist einfach erstmal 'n Faktum, was geschaffen wird, was vorhanden ist. Ich halt's auch auf der einen Seite für gut, weil die Dinge, die bekannt sind und, ich sag' mal, die Ansprechmöglichkeiten bieten, mit denen kann ich da auch in einen bestimmten Dialog treten."

"Können Sie das vielleicht mal konkreter...?"

"Ja, viel schlimmer find' ich, wenn bestimmte extreme Gruppen, ob links oder rechts, spielt doch wirklich keine Rolle, äh, ich sag' mal, außerhalb der öffentlichen Plattform arbeiten. Daß sie im Untergrund arbeiten, daß sie versteckt, ich sag' mal, um Mitgliedschaften, Sympathien werben. Solange sie das noch verbal tun, is' das alles in Ordnung. Wenn dann aber irgendwelche, ich sag' mal, kämpferischen Momente auf den Tisch kommen, äh, um den sogenannten Gegner da zu schwächen, dann isses, sagen wir, unmöglich, mit diesen Gruppen in Kontakt zu ge-, zu kommen. Hab' ich 'ne offizielle Einrichtung wie 'ne Partei, ist zumindest erstmal die Möglichkeit gegeben, in irgendner Form miteinander zu kommunizieren. Äh, wenn Sie grad den speziellen Fall der Republikaner hier anschneiden, äh, ist das 'ne Gruppierung, die, sagen wir, leider 'n gewissen Zulauf hatte. Offensichtlich ist der harte Kern relativ klein, weil -ich hab' bewußt >Zulauf< gesagt- ich glaube, es gibt 'ne Menge, mhm, spontane Sympathisanten, weil sie bestimmte Themen in der rechten Form bzw. rechten Form, den Menschen nahebringen und, äh, Leute, die nicht groß drüber nachdenken, die mal hinhören und irgendwelches, irgendwelche Vorstellungen und Ideen haben, die sind also schnell dabei, auch diese Leute noch zu wählen. Hat sich ja Gott sei Dank in den letzten Wahlen gezeigt, offensichtlich wirklich, daß nur der harte Kern (von der Größe hab' ich keine Ahnung), aber, immerhin, ich sag' mal, in einer Prozentzahl, die im Augenblick keinen Anlaß gibt, sehr unruhig zu werden. Unruhig muß man sein mit all den Gruppen, die sich dieser Partei vom Sinn her nahe fühlen. Da mein' ich, äh, muß man wirklich alles ausschöpfen, was der Gesetzgeber so hergibt, um die irgendwie an die Kandare zu bekommen." (Interview 1, Z. 429-467)

Der Interviewte zeigt sich als überzeugter Demokrat, wenn er auf rechtliche Bestimmungen rekurriert, die "den harten Kern" der Republikaner "an die Kandarre ... bekommen" sollten. Solange aber auch diese Partei rechtliche Rahmenbedingungen einhält, hat sie in der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft ihre Existenzberechtigung, da sie "die Spiel-

regeln einhält". Für untragbar dagegen hält der Interviewte "... extreme Gruppen, ob links oder rechts, spielt doch wirklich keine Rolle,...(die) außerhalb der öffentlichen Plattform arbeiten." (Z. 440ff.) Interessant ist die Gleichsetzung von "links" und "rechts", die uns ja aus Teilen des Mediendiskurses bereits bekannt ist, wobei der Interviewte auf die symbolische Achse des klassischen politischen Schemas anspielt und "die Mitte" als demokratischen Maßstab imaginiert.²⁴ Eine Rechtsentwicklung der Politik sieht der Interviewte nicht; er zeigt sich geradezu erleichtert über das schlechte Abschneiden der Republikaner bei der Bundestagswahl 1994 und verortet somit rechte Ideologien ausschließlich in dieser Partei.

In einem anderen Interview heißt es:

"Jetzt noch mal ne ganz andere Frage, eh, das is ne, das geht in diese politische Richtung, das, eh, fällt mir noch dabei ein, weil Du vorhin so Hitlers Geburtstag, April, rechte Gruppierung sagtest. Ehm, es gibt ja mittlerweile in einigen Parlamenten, eh, rechte, sogenannte rechte Parteien. Welche kennst Du da?"

"Jetzt vom Namen speziell her oder was? Was Rechtsradikale angeht oder so? Parteien? Weiß ich nich, wie die sich schimpfen."

"Weißt Du auch nicht, wo die irgendwo dann sitzen?"

"Nee, nein. Ich sach ma, ich, zum Beispiel auch jetzt mit dem Wählen, ne, also als das jetzt war, da wußt ich natürlich auch nich, wen ich wählen sollte, dat ist -, ziehn uns alle übert Ohr, dat is, dat is - keiner is richtig anne Macht oder wat, die machen, eh-, man kann sich ja wehren aufer Straße ohne Ende, man is ja irgendwie total machtlos, was die da mit uns machen, die führen da zack alles ein und dat muß bezahlt oder gemacht werden, ne. Und, eh, ne so rechtsradikal, weiß ich nich, ich kenn wohl so linksmäßig, sach ich mal, was, Kommunismus oder Sozialismus, wie die sich schimpfen, ne, die MLPD, da kenn ich auch Leute von, sach ich jetz ma."

"Aber so von diesem rechten Spektrum?"

"Gar nicht, da will ich auch gar nichts von wissen."

24 Vgl. das kollektivsymbolische Schema der politischen Struktur von Diselnkötter/Parr 1994.

"Warum nicht?"

"Weil die Leute haben nicht meine Ansichten. Und wenn ich mit nem -, mit Leuten nicht auf einer Wellenlänge basiere, wat soll ich mich mit denen abgeben, sach ich mir." (Interview Nr. 4, Z. 742-767)

Die Interviewte bezieht sich ebenfalls auf die Bundestagswahl 1994. Auch sie spielt auf die Gleichsetzung von "links" und "rechts" an, wenn sie behauptet, von allen "... übert Ohr" gezogen zu werden. Allerdings interessieren politische Belange die Interviewte nicht sonderlich, vor allem wenn sie nicht ihrer eigenen Meinung entsprechen; sie will davon - schlicht gesagt - "... auch gar nichts von wissen."

Sie unterstellt somit, daß für eine adäquate Auseinandersetzung sie persönlich mit "rechts" denkenden Menschen verhandeln müßte, da sie ja auch vom "linken" Spektrum Leute kennt. Die vermeintliche eigene Ohnmacht der Politik gegenüber wird angesprochen und führt bei ihr zur Unsicherheit bei der (Aus-)Wahl 1994.

Im Vergleich zum Interview Nr. 1 argumentiert die Interviewte viel emotionaler; demokratische "Spielregeln" interessieren sie nicht; sie lehnt sie ab: "keiner ist richtig anne Macht", was ja besagt, daß sie sich einen stärkeren Staat, möglicherweise eine Diktatur wünscht.

Das Interview Nr. 3 mit einer Realschullehrerin zeigt, daß rechte Parteien - worauf die anderen Interviews ebenfalls verweisen - im Alltagsdiskurs eine möglicherweise nur untergeordnete Rolle spielen (Z. 627-653):

"Welche rechten Parteien kennst Du?"

"Tja, die, eh, Republikaner, ehm, weiß ich jetzt gar nicht, ich glaub, die PDS zähl ich auch dazu." (Lachen)

"Also dazu?"

"Weiß ich nicht."

"In einigen Parlamenten, so in Kommunalparlamenten, sind ja Republikaner vertreten, ne?"

"Mhm, schlimm genug."

"Warum is dat schlimm?"

"Ja, weil ich mich mit, eh, deren Gesinnung überhaupt nich, eh, einverstanden erklären kann, also was, das, was die machen, find ich zum Beispiel teilweise unmenschlich, weil da die Men-, Menschenrechte."

"Kannst Du mir Beispiele nennen?"

"Wirklich nich mehr, nich mehr anerkannt werden, eh, ja, ganz krass gesagt, eh, mit Parolen >Ausländer raus<, es is für mich, eh, überhaupt nich tragbar, nee, also nich."

"Wenn Du Bundeskanzlerin wärs, ne, was würdest Du machen?"

"Solche Parteien verbieten."

Daß sie die PDS zu den rechten Parteien zählt, zeigt ihr Desinteresse an Politik.²⁵ Wichtiger scheint für sie die Einhaltung von Menschenrechten. Die Propagierung der Parole "Ausländer raus!" würde sie - wenn sie als Bundeskanzlerin zu entscheiden hätte - rigoros verbieten. Auch an anderen Stellen des Interviews verweist sie auf die Einhaltung von ihr wichtigen Werten wie z.B. Ehrlichkeit, Achtung vor anderen etc. (vgl. bspw. Z. 351ff.)

Im fünften Interview, in das sich die Ehefrau des Interviewten einschaltete, lassen sich dann ebenfalls Links-rechts-Gleichsetzungen finden (Z. 801-834):

"Das braucht doch auch nicht zu sein, is doch inner-, ne innere Sache, und wieviel sind da jetzt schon umgekommen, wieviel Menschen müssen darunter leiden, unter dieser Sache, ne. Ich kann mir nich vorstellen, daß das in Deutschland passieren kann, wenn nicht gerade die, die KP-, ach KPD is das ja heute nicht mehr, wenn die, die Rechten da, nicht mitmischen würden."

"Mhm."

"Dann wärs doch hier gut."

"Welche Rechten meinen Sie denn jetzt?"

"Die Radikalen."

25 Auch hier scheint eine Gleichsetzung auf der "rechts"/"links"-Achse zu erfolgen.

"Ja, meinen Sie da jetzt irgend ne Partei, oder?"

"Ja, ne, überhaupt, eh, eh, gegen Ausländerhaß und so weiter, ne, wenn das nicht wär, dann hätten wir doch hier en-, an sich en friedliches Leben, ich mein gut, ich bin auch nicht mit -, mit allem einverstanden, was, eh, von der Regierung aus gemacht wird, das ist ganz klar, wer ist da schon mit einverstanden, ne, aber im großen und ganzen könnten wir doch hier friedlich leben, ne, ohne daß da Krawalle sind und so weiter, daß da Anschläge gemacht werden gegen Ausländer, wir könnten doch hier friedlich leben."

"Ja, aber, wie erklären Sie sich denn, woher die kommen?"

"Was denn, diese Anschläge?"

"Ja, ja."

"Tja, hörnse ma, Jugend ist leicht zu beeinflussen, wir sind damals ja auch beeinflusst worden in den 30er Jahren, ne, und Jugend läßt sich, eh, eh, leicht beeinflussen, und wenn da noch welche sind, die keine Zukunft haben, die auf der Straße hängen -"

Die über 60-jährige Frau setzt hier die ehemalige KPD mit den "Radikalen" gleich; sie kann gar keine konkrete rechte Partei benennen. Außerdem scheint für sie das Problem ein Problem ausschließlich von Jugendlichen zu sein. Sie reduziert und verharmlost somit Anschläge und Ausländerfeindlichkeiten, wobei sie sich selbst im Nationalsozialismus als zu beeinflussendes Subjekt schildert.²⁶

Auch im Interview Nr. 7 wird die Jugend für rechtsradikales Denken und Handeln verantwortlich gemacht (Z. 499-512):

"Ja, aber was denken Sie denn, was solche Jugendliche dazu bewegen könnte, sich darauf, eh, also -"

"Sich aufspielen wollen oder sich zeigen wollen oder -, ich weiß nicht, was es ist. Ich finds nich gut, also, die Eltern können auch nichts dran machen, wenn se in diesen Cliquen reinraten, nicht, kann man sagen, ne, is schwer, ja."

²⁶ Sie nennt sich nicht allein so, sondern homogenisiert *die deutsche Jugend* in den 30er Jahren und impliziert somit die fehlende Schuld an den Greueln des Naziterrors.

"Ja, es sind ja nicht nur so rechte Jugendliche, eh, sondern es gibt ja auch, eh, Parteien-"

"Is klar, ganze Parteien gibt das."

"Können Sie ma en paar nennen, die Ihnen bekannt sind?"

"Könn ich gar nicht. Da hab ich mich an sich noch wenig mit befaßt, muß ich sagen, hab ich eigentlich auch wenig Zeit zu."

Die Reduktion auf eine behauptete labile, manipulationsbereite Jugend läßt selbstverständlich die Verantwortung für die ältere Generation außen vor. Da auch "... die Eltern ... nichts dran machen..." können, sollte man quasi abwarten, bis sich die Jugendlichen "ausgetobt" haben; sie werden mit dem Erwachsenwerden schon vernünftig... Die Interviewte, die in einem kleinen Ort am rechten Niederrhein lebt, bewegt sich in diesem Ort wie in einer Enklave. Das, was sich "draußen" (in den Städten) abspielt, ist tatsächlich außerhalb ihrer Erlebens- und Erfahrungswelt. Sie wählt obligatorisch und permanent die CDU, was dazu führt, daß sie die Parteien "am Rande" weder benennen kann noch kennt. Sie weiß lediglich, daß es welche gibt.

Alles nicht so wichtig: Zusammenfassung

Die Existenz rechter, rechtsextremer oder rechtsradikaler Parteien scheint im *Alltagsdiskurs* keine wesentliche Rolle zu spielen. Es wird konstatiert, daß es sie gebe; aber entweder wird deren Daseinsberechtigung vehement verneint (vgl. Interview Nr. 3) oder ihre Existenz als nicht so wichtig erachtet.

Zugleich zeigen die Analysen, daß völkisch-nationalistische Ideologeme im Denken der Menschen selbst eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Möglicherweise hat das schlechte Abschneiden rechtsextremer Parteien bei der Bundestagswahl 1994 und bei diversen Kommunalwahlen dazu geführt, daß sie im Denken der Menschen keine so große Rolle (mehr) spielen. Das heißt aber eben nicht, daß völkisch-nationalistische Optionen verschwunden wären: sie sind offensichtlich in das "normale" Alltagsdenken eingemeindet worden. Analysen der anderen diskursiven Ebenen konnten zeigen, wie sich die sogenannten völkischen Ideologeme produzieren und reproduzieren und wo es Anknüp-

fungspunkte für den Alltagsdiskurs gibt.

Siegfried Jäger / Margret Jäger

Deutschland driftet nach rechts: Zusammenfassung und Gegenstrategien

Ergebnisse und Gegenmaßnahmen

Die vorgenommenen exemplarischen Längs- und Querschnitte durch einige aktuelle Diskursstränge, die sich in den letzten Jahren in Gestalt einer spezifischen Reihe politisch brisanter Themen herausgebildet haben, die als Zusammenhang auf relevanten Diskursebenen prozessieren, lassen die Vermutung zu, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Zeit eine Art Rechtsdrift durchmacht. Diese äußert sich ideologisch insbesondere darin, daß bestimmte Themen mit Bewertungen einhergehen, die nicht selten in der Nähe der Ideologeme eines Völkischen Nationalismus liegen. Die Rechtsdrift äußert sich auch ökonomisch und sozial als Folge der Durchsetzung neo-liberaler Wirtschaftspolitik und damit einhergehendem Sozialabbau. Die soziale und wirtschaftliche Seite dieser Entwicklung ist aber nicht als Ursache für die ideologische zu betrachten: eher ist das Umgekehrte der Fall. In den Worten von Michael Müller, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion:

"Die Diktatur des Weltmarktes scheint gleichsam ein naturgegebener Prozeß im technischen und wirtschaftlichen Fortschritt. Das ist zwar barer Unsinn, denn die Globalisierung der Ökonomie hat eindeutige, über Jahre geschaffene Ursachen, die von der Freigabe des Devisenhandels über den erneuten Aufstieg der liberalistischen Wirtschaftslehre bis zum Verzicht auf internationale Rahmensetzungen reichen. Trotzdem lassen sich viele davon beeindruckt oder nehmen die Entwicklung als Vorwand für eine kräftige Korrektur der gesellschaftlichen Machtverhältnisse." (Müller 1996, meine Hervorhebung, S.J.)

Hier klingt an, was wir aus diskurstheoretischer Sicht nur unterstreichen können: Die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse richtet sich

weitgehend nach den ideologisch-diskursiven Applikationsvorgaben, die heute stark von neokonservativen Vorstellungen geprägt sind und über die Medien die breite Masse der Bevölkerung erreichen, so daß diese Entwicklung eindeutig als Rechtstrend bezeichnet werden muß. Unter dem Schlüsselwort von der "Globalisierung" wird diese diskursive Vorgabe zur Weichenstellung für eine andere Republik. In Verbindung damit sind längerfristige Umbauprozesse erforderlich, die selbstverständlich auch auf deren historische Verwurzeltheit und die bereits gestaltete Wirklichkeit bezogen sein müssen, diese aber durchaus grundsätzlich verändern können.

Alexander Demirovic charakterisiert diesen Prozeß wie folgt:

"Globalisierung und die Akzentuierung des Standorts Deutschland sind diskursive Mechanismen zur Erzeugung eines neuen Konsenses, also Teil eines Versuches, politisch durchzusetzen und zu plausibilisieren, was seit der Ankündigung der geistig-moralischen Wende vor allem erst einmal nur graduell durchgesetzt wurde. Globalisierung ist also kein Vorgang, der als solcher abläuft, sondern, wie Joachim Hirsch (1996) sagt, Klassenkampf. ... Globalisierung ist Teil einer Strategie, eines hegemonialen Projekts zur Reorganisation der Klassenbeziehungen in der Bundesrepublik und der Herausbildung eines historischen Blocks, der auf die Einheit von sowohl neuen Denkformen wie auch neuen Lebensgewohnheiten und materiellen Mustern zielt (vgl. Demirovic 1992). ... Globalisierung könnte also, wie prekär auch immer, auf die Organisation eines neuen Herrschaftskompromisses hinauslaufen, auf den Versuch also, eine Definitions- und Deutungsgewalt über den aktuellen gesellschaftlichen Krisenprozeß zu erlangen und den Krisenphänomenen eine bestimmte Bedeutung mit entsprechenden Handlungsorientierungen zu verleihen." Und er fährt fort: "Die unkritischen diskursiven Bedeutungsvermengungen in der Rede über Globalisierung haben Wirkungen. ... die diskursiv-imaginäre Dimension der Globalisierung von Wettbewerbsverhältnissen (hat) eine unmittelbare praktische, ökonomische Konsequenz." (Demirovic 1997, S. 296f.)

Diese hier angesprochene Rechtsdrift der Bundesrepublik, die auch von fortschrittlich-konservativen Politikern beobachtet, wenn auch anders erklärt wird, etwa von den CDU-MdBs Heiner Geißler (1994) und Friedbert Pflüger (1994a), bestätigte sich anhand einer größeren Anzahl empirischer Untersuchungen, die seit längerem im Duisburger Institut

für Sprach- und Sozialforschung durchgeführt worden sind.

Das zu beackernde Forschungsfeld ist allerdings sehr groß und viestaltig; unsere bisherigen empirischen Forschungen decken erst einen Teil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses ab, der insgesamt in Verbindung mit den "brisanten Themen" beobachtet und analysiert werden müßte. Trotzdem haben unsere Untersuchungen nicht allein seismographischen Charakter, da die untersuchten Ausschnitte aus dem Komplex politisch brisanter Themen sehr charakteristisch für den Zustand der Republik sind: Den Stand der Demokratie einer Gesellschaft wird man am besten daran erkennen, wie seine Bevölkerung mit den "Fremden" umgeht bzw. wen sie weshalb und wie lange als "fremd" konstruiert und wahrnimmt und ausgrenzt.¹

Auch die Analysen zum Alltagsdiskurs können und sollten erweitert und vertieft werden. Die bisherigen Untersuchungen zeigen ja einerseits, daß für die DurchschnittsbürgerInnen rechtsextreme Parteien und Organisationen nicht besonders interessant sind; entweder kennt man sie überhaupt nicht oder setzt sie mit Linksparteien, etwa der PDS, in eins, oder man lehnt sie und meist beide heftig ab und positioniert sich selber in der ominösen "Mitte" der Normalität. Im krassen Gegensatz dazu steht aber andererseits, daß diese Leute vielfach selbst - unabhängig von der Parteipräferenz oder gar -zugehörigkeit - völkisch-nationalistische Ideologeme teilweise stark verinnerlicht haben: Sie sind in völkisch-nationalistische Diskurse mehr oder minder stark verstrickt.

Analysen der Medien haben ergeben, daß hier denn auch die Applikationsvorgaben zu finden sind, die solche Ideologeme reproduzieren oder möglicherweise auch erst erzeugen.² Sie verbinden sich dabei sozusagen hinterrücks mit Denkmustern, die heute lebende Personen bei uns in einem sozio-historischen bzw. individuell-biographischen Pro-

1 Eine wichtige Diskursebene liegt bisher jedoch völlig brach, die des Erziehungsdiskurses in Familie, Schule und Betrieben. Hier besteht wichtiger Forschungsbedarf, zumal wenn es um die Entwicklung jugendbezogener Gegenstrategien geht. Zu verweisen ist hier auf die Schriften des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig, unter denen einige Arbeiten zu finden sind, die für eine umfassendere Analyse des Erziehungsdiskurses zumindest sekundäranalytischen Nutzen versprechen.

zeß mehr oder minder fest verinnerlicht haben. Man ist also nicht allein in die gegenwärtigen Diskurse verstrickt; diese ruhen auf vergangenen auf und erhalten dadurch besondere Festigkeit.³ Es ist kaum möglich, solchen Verstrickungen zu entrinnen, da Familie, Schule, Betrieb, Medien etc. diese historischen und verfestigten Diskurse immer wieder aufs Neue reproduzieren. Dabei handelt es sich nicht um einen linear-sequentiellen Prozeß, sondern um ein fluktuierendes Gewimmel von Inhalten und Themen, die einander durchdringen, einander stützen und die zu teilweise *fatalen Effekten* führen: Etwa zu Handlungsbereitschaften gegen angebliche innere und äußere Feinde.

Die Diskurse - auch die brisanten - sind gleichsam "überall": Auch derjenige, der nie eine Ausgabe einer häufig rassistisch argumentierenden Boulevardzeitung in der Hand gehabt hat, ist deshalb in diesen Teil des Einwanderungsdiskurses verstrickt, weil die Frau seines Kumpels etwa eifrige Bild-Leserin ist, die ihre Lektüre-Früchte ihrem Mann zum Abendessen aufischt und der sie dann am nächsten Morgen in der Kaffeebude zum besten gibt.

Die Untersuchung der politischen Ebene ist deshalb aufschlußreich, weil hier zu beobachten ist, daß Politiker - es sei denn, sie optierten offen für eine >neurechte< Wende wie Zitelmann und von Stahl - nur selten eindeutig völkisch-nationalistische Theorien verkünden, wie das in vielen Medien und im Alltag zu beobachten ist. Politiker nehmen meist gewisse Rücksichten, beachten Tabus und überschreiten nur selten die Grenze des problemlos Sagbaren, auch weil sie ihre politische Karriere nicht gefährden wollen. Das gilt teilweise selbst für Vertreter rechtsextremer Parteien. Doch auch wenn Politiker-Aussagen meist subtiler ausfallen, zeigt die Diskursanalyse von Gesprächen mit ihnen

2 Vgl. dazu auch Jäger/Link (Hg.) 1993 und andere Analysen, die im DISS durchgeführt worden sind. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt van Dijk (vgl. dazu den Überblick in ders. 1991b).

3 Diskursanalytische Überlegungen werden zunehmend auch in der psychologischen Fachdiskussion zur Kenntnis genommen und eingefordert, soweit diese nicht naturwissenschaftlich vereinseitigt ist. Vgl. dazu auch Jäger 1997a. Auch die "Kritische Psychologie" zeigt in dieser Hinsicht gewisse Annäherungen; vgl. dazu Holzkamp 1993, Osterkamp 1996.

(oder auch von Reden), daß sich hinter den vorsichtigen Formulierungen oft drastische Inhalte verbergen, die nur das Licht des Tages scheuen.

Deutlich wird hier jedoch, daß besonders den Medien eine sehr große Mit-Verantwortung für eine etwaige Rechtsdrift der BRD zukommt. Was Gegenstrategien angeht, müßte deshalb auch an den Medien vorrangig "der Hebel angesetzt" werden. Dabei kann es sich nicht um von außen oktroyierte Zensur oder dgl. handeln, sondern um den Versuch, über die Medien und in den Medien Diskussions- und Lernprozesse in Gang zu setzen, die die Macher für die Art und Weise der Darstellung brisanter Themen sensibilisieren, aktiv und passiv. Es muß ihnen ferner dabei geholfen werden, u.U. nicht gewollte diskursive Nötigungen in Richtung undemokratischer Ideologeme zu erkennen und vermeiden zu lernen.

Diejenigen JournalistInnen, die jedoch bewußt gegen demokratische Regeln verstoßen, sollten offen kritisiert werden (können). Das sollte tunlichst nicht durch eine wie auch immer geartete "Diskurspolizei" geschehen, sondern durch kritische Analysen in den Medien und in der Öffentlichkeit insgesamt offen ausgetragen werden.⁴

Das ist, selbst angesichts einer geballten Medienkonzentration, keineswegs utopisch. Eine Reihe von spektakulären Beispielen aus der jüngeren Vergangenheit zeigt, daß Macht und Herrschaft nicht allein eine Frage des ökonomischen Gewichts sind, sondern daß Veränderungen auf der diskursiven Ebene auch die mächtigste Macht ins Wanken bringen können. Beispiele, die diese These diskutierbar machen, wären etwa der Niedergang der DDR,⁵ die Produktion der 8-Milliarden AKW-Brache Kalkar oder auch der Niedergang der Stahlindustrie: die übriggebliebenen Branchen erinnern kaum noch an bis vor kurzer Zeit noch für unerschütterbar gehaltene ökonomische Macht. Da der Diskurs, der sie stützt, *der ihnen Bedeutung gab*, zusammengebrochen ist, sind sie

4 Zur Berichterstattung über Straftaten von Einwanderern und ihren rassistischen Gehalt vgl. auch M. Jäger/Cleve/Ruth/S. Jäger 1998 sowie S. Jäger/M. Jäger/Cleve Ruth 1998. Dabei handelt es sich um ein Projekt, das im Auftrag des MAGS NRW durchgeführt worden ist.

5 Vgl. dazu Lutz (Hg.) 1994.

selbst bedeutungslos geworden, und ihre Macht ist verschwunden, allerdings auch die damit verbundenen Arbeitsplätze.

Natürlich sollten politische Gegenstrategien nicht allein die Medien in Betracht ziehen, sondern auch die mit ihnen verschränkten anderen Diskursebenen, insbesondere selbstverständlich die politische Diskursebene selbst.

Die hier angeführten Analyse-Ausschnitte zeigen auch, wie subtile Formen eines Völkischen Nationalismus aussehen. Sie sind aber keineswegs harmlos und sollten mit allem politischen Gewicht geahndet werden, über die eine Opposition gegen eine Rechtsdrift in Deutschland verfügt.

Besondere Beachtung sollte - in diesem Zusammenhang - auch der Erziehungsdiskurs finden. Stichproben (und in anderen Ländern: größere Untersuchungen) zeigen, daß etwa Schulbücher, aber auch Lehrer und Erzieher selbst, ebenfalls zur Reproduktion und Verfestigung völkischen Denkens beitragen. Hier liegen für Deutschland besonders wichtige offene Forschungsdesiderate.

Hauptmittel der Entmächtigung fataler Diskurseffekte und brisanter Themen sowie ihrer Vergegenständlichungen und praktischen Institutionalisierungen ist die Kritik der sie stabilisierenden Macht und ihrer Wahrheits- und Rechtfertigungsansprüche. Zu fragen ist immer: Auf welches Wissen und auf welche Legitimationsbemühungen stützen sich die Machtansprüche? Insofern ist Kritikfähigkeit wichtiges, wenn nicht gar wichtigstes Moment demokratischer Gesellschaften. Dabei kann Kritikfähigkeit nicht meinen: Hohe Motivation, alles und jedes zu kritisieren, sondern zu lernen, überlieferte Werte und Normen als sozial geworden und somit veränderbar zu begreifen und verändern zu helfen, wenn diese demokratischen Grundsätzen widersprechen.

Damit einher geht zugleich die Erziehung zur Einsicht in globale Wert- und Norm-Relativitäten. Diese wiederum soll nicht zum Werte- und Normensturm verleiten, sondern zu Respekt vor Normen und Werten führen, die von eigenen Vorstellungen abweichen, sofern diese "anderen" Normen und Werte prinzipiell demokratischen Grundvorstellungen entsprechen, über die selbst wiederum ständig gestritten werden muß.

Dies beinhaltet selbstverständlich, daß zugleich gelernt werden muß, friedliche Formen des Austragens von Meinungsverschiedenheiten zu entwickeln.

Insgesamt geht es um so etwas wie demokratische Erziehung auf allen gesellschaftlichen Ebenen: Um mehr, nicht weniger Demokratie. Und es geht nicht allein um Jugendliche. Es ist an der Zeit, für die Entwicklung von solchen Konzepten erhebliche Mittel bereitzustellen. Der Zusammenbruch eines noch vorherrschenden demokratischen Diskurses würde ein Vielfaches dessen an Kosten verursachen, was für eine demokratische Prävention bereitgestellt werden müßte. Wenn es sonst nichts wäre, dann wäre dies eine Lehre aus Weimar, über die nicht mehr weiter diskutiert werden müßte.

Abschließen möchte ich mit einer ersten knappen Skizze von Konzepten demokratischer Jugendarbeit, so weit sie sich auf der Grundlage unserer Analysen anbieten.

Gegenstrategien für die Arbeit mit Jugendlichen

"An vielen Jugendtreffpunkten in Brandenburg hat der rechte Mainstream längst die kulturelle Hegemonie erobert." (Vera Gaserow in *Die Zeit* vom 29.11.1996)

Die folgenden Überlegungen zu Schlußfolgerungen und Gegenstrategien im Jugendbereich lehnen sich eng an unsere oben dargestellten Untersuchungen an. Sie verzichten darauf, andernorts vorgetragene Konzepte, die meistens aus dem Bereich der Sozialarbeit stammen, zu diskutieren.⁶ Es kann uns nicht darum gehen, "über die Dörfer" zu fahren und hier alle möglichen Ideen und Konzepte Revue passieren zu lassen.⁷ Ferner: Die Umsetzung unserer Vorstellungen kann nur in engster

6 Held/Horn/Marvakis 1996 berichten, daß solche Versuche an rechten Orientierungen nichts ändern, vgl. S. 276. Zu Praxiserfahrungen dieser Art vgl. auch Vera Gaserow in *Die Zeit* vom 29.11.1996: "Nigger, hau ab!" In Brandenburg wächst die rechte Gewalt - und stößt sogar auf Sympathie. Einen Überblick über solche Gegenstrategien ganz allgemein geben Butterwegge u.a. 1997.

7 Auf die fast schon unübersehbare Fülle solcher (teils höchst problematischer) Vorschläge verweisen Held/Horn/Marvakis 1996, S. 275.

Kooperation mit Praktikern und erfahrenen Pädagogen erfolgen. Diesen können wir möglicherweise eine Reihe von wichtigen Hinweisen geben, die sodann in geeignete Konzepte demokratischer Bildung umgesetzt bzw. in solche eingebettet werden können.

Im voranstehenden Kapitel habe ich bereits die wichtigsten Schlußfolgerungen aus unseren Analysen zusammengefaßt. Es geht nun darum, diese auf die Arbeit mit Jugendlichen zu transferieren. Dabei sind allerdings die Resultate neuester Jugendforschung zu beachten, worauf wir an dieser Stelle nur verweisen können.⁸ Zumindest sind jedoch die folgenden Probleme zu beleuchten und zu berücksichtigen:

1. Die *Hartnäckigkeit* einmal entstandener und verinnerlichter *diskursiver Positionen*, die nicht selten von tiefer "Gläubigkeit" geprägt sind;
2. die Schwierigkeit, einmal gemachten und falsch interpretierten *Erfahrungen* eine wirksame Aufklärungsarbeit entgegenzusetzen;⁹
3. die Tatsache, daß Jugendliche heute stark konventionalistisch geprägt sind und sich dadurch eine leichtere gesellschaftliche Integration erhoffen (können), zumal das Erwachsenenenumfeld selbst häufig bis vorwiegend eher konservativ und traditionalistisch eingestellt ist.¹⁰ Diese Erkenntnis ist von besonders gravierender Bedeutung, da - wie Held/Horn/Marvakis konstatieren - "Konventionalismus als wichtige Grundlage politisch rechter Orientierungen" anzusehen sind;¹¹

8 Neben den Untersuchungen etwa Wilhelm Heitmeyers nenne ich an dieser Stelle nur Held/Horn/Marvakis 1996, die sich auf der Grundlage international ansetzender empirischer Forschung auch kritisch mit den Arbeiten Wilhelm Heitmeyers auseinandersetzen. Vor allem der sog. Defizitansatz, nach dem besonders sozial benachteiligte Jugendliche für Rassismus und Rechtsextremismus anfällig sind, scheint heute nicht mehr haltbar zu sein.

9 Auf dieses Problem weist insbesondere Heitmeyer in zahlreichen Veröffentlichungen immer wieder hin.

10 Vgl. dazu Held/Horn/Marvakis 1996 passim und in der zusammenfassenden Schlußfolgerung S. 280. Konventionalismus ist nach dieser großangelegten empirischen Studie, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde, das hervorstechendste Kennzeichen heutiger Jugendlicher. (Über-)Angepaßtheit und Bravheit scheinen für den überwiegenden Teil der Jugendlichen in West und Ost die besten Zukunftsversprechungen mit sich zu bringen.

4. ist aber zu betonen, daß die Jugendlichen weitgehend nur Konsumenten der Kost sind, die andernorts zubereitet wurde und weiterhin zubereitet wird. Und das heißt auch, daß die im folgenden vorgeschlagenen Mittel nur greifen können, wenn sie von einer großangelegten politischen, medialen und erzieherischen Offensive für die Demokratisierung dieser Gesellschaft begleitet werden.

Zu beachten ist zudem

Die hier aufgelisteten Probleme interagieren und verschärfen sich gegenseitig. Ihnen ist - etwa durch eine aufklärende antirassistische oder anti-völkische Erziehung und Sozialarbeit - kaum beizukommen, wenn sich diese nicht mit neuen Erfahrungen und Erkenntnisprozessen der Jugendlichen verbinden lassen.

Wir werden im folgenden versuchen, einige Thesen und Vorschläge dazu zur Diskussion zu stellen, wie solche subjektiven Verhärtungen aufgehoben werden können. Dabei stützen wir uns auf grundsätzliche diskurstheoretische und daran anknüpfende (lern-)psychologische Einsichten:¹²

1. Zunächst ginge es darum, Jugendlichen Grunderfahrungen darüber zu vermitteln, daß sich in ihrem Denken und Sprechen nicht und nicht einmal in erster Linie nur Realität spiegelt, sondern daß menschliches Bewußtsein, das über Sprechen/Denken/Tun zustandekommt, die Voraussetzung allen menschlichen Tuns und Gestaltens ist. Es gibt immer nur historisch und kulturell jeweils gültige und deshalb auch veränderbare "Wahrheiten" und keine "ewigen" Wahrheiten.
2. Sodann sollten Jugendliche lernen, daß sprachlich gefaßte Sachverhalte (Diskurse) nicht Schall und Rauch sind. Da sie Bewußtsein bilden oder prägen, beeinflussen sie eigenes und fremdes Tun bis hin zu gesamtgesellschaftlichen Prozessen. Zu vermitteln ist also

11 Vgl. dies 1996, S. 67 ff. passim.

12 Vgl. dazu etwa Jäger 1997a. Auf die psychologische Komponente von Diskursanalyse möchte ich an dieser Stelle nur hinweisen. Sie ist in der Diskurstheorie Foucaults selbst angelegt und im sog. Duisburger Ansatz einer Kritischen Diskursanalyse durch die Tätigkeitstheorie weiter untermauert worden. Zentrale Aussage dieses Ansatzes ist, daß Bewußtsein und Wirklichkeit durch menschliche Tätigkeit vermittelt sind. Vgl. dazu Jäger 1993b.

nicht Rhetorik, sondern ein Wissen über die Bedeutung ihres Sprechens und Denkens für sie selbst und für andere.

3. Bewußtsein (im Sinne von Handlungsdispositionen) entsteht nicht auf einen Schlag, also nicht etwa durch *eine* Erfahrung, durch Lektüre *eines* Artikels, das Anschauen *eines* Films, durch *eine* Diskussion oder *ein* Gespräch, sondern es resultiert aus einer riesigen Fülle solcher Einwirkungen auf die Menschen und ihr Bewußtsein, mit anderen Worten: durch deren Einbettung in oft lang andauernde und die Individuen prägende Diskurse. Es ginge darum, dafür zu sensibilisieren, daß der Konsum von Medienangeboten aller Art auf Dauer von erheblichem Einfluß auf die Persönlichkeitsbildung ist und deshalb größte Vorsicht bei der Auswahl von Medienerfahrungen vonnöten ist. Drastisch ausgedrückt: Es sollte erfahrbar werden, daß die Dauerlektüre etwa einer bestimmten Boulevard-Zeitung unter bestimmten Bedingungen die Bereitschaft zum Mord erzeugen kann - auch bei einem selbst. Man sollte deshalb schon aus Gründen des Selbstschutzes darauf verzichten.
4. Die Vielzahl medialer Einwirkungen sollte als zusammenwirkende soziale Gegebenheit, also als *Diskurs* begriffen werden, der tiefe historische Wurzeln hat - als Bündel von vielen miteinander verwobenen Diskurssträngen, die sich insgesamt zu dem gesamtgesellschaftlichen Diskurs bündeln, in den sich die Individuen (zwangsläufig) verstricken lassen (müssen). Zugleich sollte verdeutlicht werden, daß es dieses "diskursive Gewimmel" ist, daß letztlich unsere Wirklichkeit formiert, indem es die entsprechenden Applikationsvorgaben, nach denen sich zukünftige Entwicklungen richten werden, bereitstellt.
5. Ferner sollte klar werden: In diesem Diskurs, der zwar beeinflusst, aber nicht etwa global in beliebige Richtungen gesteuert werden kann, gibt es herrschende ideologische Trends, die je nach Macht bzw. Herrschaft über die Diskurse verändert werden können.
6. Diese Macht ist nicht ohne weiteres mit ökonomischer etc. Verfügung über die Diskurse zu verwechseln. Alle Mitglieder einer Gesellschaft haben die Möglichkeit, auf Diskurse Einfluß zu nehmen: *Alle haben Power*. Die Macht kommt, wie Foucault sagt, eben *auch* von unten. Dies zu verdeutlichen, könnte auch zu einem Gegengewicht gegen Politikverdrossenheit ausgebaut werden. Man kann sich in demokratischen Gesellschaften eher dadurch an politi-

schen Entscheidungsprozessen beteiligen, daß man den Mund aufmacht, Debatten und Probleme zur Kenntnis nimmt, als allein durch die selten möglichen Stimmabgaben bei Wahlen.

7. Dieses hier knapp skizzierte allgemeine Hintergrundwissen, zu dessen Vermittlung geeignete Erfahrungsangebote und -konzepte entwickelt werden könnten, ist - für unsere spezifische Thematik - formal und inhaltlich zu entfalten.
8. Formale Entfaltung betrifft etwa Wissen und Erfahrungen über Institutionen (Institutionenkunde), über die Bedeutung der Medien (in demokratisch verfaßten Gesellschaften; Medienkunde) sowie Wissen und Erfahrungen über Grundprobleme von Wirtschaft und Gesellschaft sowohl in modernen Industriegesellschaften als auch in solchen Ländern, die durch diese in der einen oder anderen Form beherrscht werden. Dazu gehören ferner entsprechende analytische Grunderfahrungen und -fähigkeiten.
9. Die *inhaltliche* Entfaltung müßte sich zumindest auf die in diesem Bericht vorgestellten "brisanten Themen" beziehen. Zur Erinnerung: Diese ließen sich ohne weiteres auf die bei Kellershohn genannten Kernideologeme des Völkischen Nationalismus applizieren (s.o.), wobei jedoch von deren "neutralen" Operationalisierungen, wie diese in diesem Buch vorgenommen worden sind, ausgegangen werden sollte. Diese "brisanten Themen" sind - ich nenne hier nur noch einmal die wichtigsten Haupt-Stichwörter:
 - Verständnis von Volk und Nation,
 - Rolle des Staates,
 - Bild der Gesellschaft,
 - Bild des Individuums,
 - Einwanderer und Flüchtlinge,
 - Frau/Mann/Kind/Familie/Gesundheit/Geburt/Leben/Tod etc. (Biopolitik),
 - Militär,
 - soziale Widersprüche.

Da diese "brisanten Themen" in den letzten Jahren durch Ideologisierung und Bewertungen vorwiegend neokonservativ bis völkisch aufgeladen worden sind und konventionalistische Haltungen den Lohn leichter Integration der Jugendlichen versprechen, müßte die Beschäftigung von Jugendlichen damit so angelegt sein, daß ihnen demokratische Inhalte und Erfahrungen und eigene unabhängige

ge Gestaltungsmöglichkeiten ihrer Wirklichkeiten entgegengestellt werden.¹³

Demokratische Politik braucht den kritischen und unangepaßten Jugendlichen, auch wenn dieser auf den ersten Blick unbequemer ist als der angepaßte Konventionalist, der aber durch nichts mehr hinter dem Ofen hervorzulocken ist, es sei denn durch lukrative Konsumangebote.

10. Bezüglich der Umsetzung in Jugendarbeit denken wir nicht allein an schulische oder sonstige schulähnliche Konzepte wie Projekte oder didaktisch aufbereitete Materialien. Je nach Zugangsbereich sind sehr unterschiedliche Erfahrungen zu ermöglichen, zu erkunden und in konkrete Arbeitsmöglichkeiten der Jugendlichen umzusetzen. Hierbei hat der angesprochene Gesichtspunkt eigener Gestaltung, bei der die Jugendlichen erst wirklich ernstgenommen werden können und sich ernstgenommen fühlen können, Vorrang, da nur in diesem Rahmen gemachte Erfahrungen Frustration und vergangene Negativerfahrungen konterkarieren und konventionalistisches Duckmäusertum aufbrechen können. In Verbindung damit muß und kann eine neue Gesprächskultur zwischen den Jugendlichen und zwischen ihnen und den Lehrern und sonstigen Erwachsenen entstehen, die Raum schafft für die Entfaltung demokratisch orientierter Persönlichkeiten.

11. Als konkrete Zugangsbereiche zu Jugendlichen, die ohne Ausnahme auch ihre massiv problematischen Seiten haben, stellen wir uns vor: Schule, Gewerkschaften, Freizeitheime, Institutionen der beruflichen Bildung (Lehrwerkstätten), Bildungsangebote, (Jugend-)Medien (aller Art), Sportvereine etc. Zu ihnen könnte Kontakt aufgenommen werden und angeboten werden, darüber zu diskutieren, wie die "brisanten Themen" von ihnen verarbeitet werden könnten (analog der DISS-Kooperation mit WDR, Media Watch, Jugendamt der Stadt Duisburg, RWE).¹⁴ Für solche Kontakte kann im DISS ein Konzept, das sich u.a. an den Erfahrungen

13 Einen Versuch in dieser Hinsicht stellte das vom DISS durchgeführte RWE-Projekt dar, vgl. Jäger, M./Jäger, S./Müller/Pfennig 1994, wo wir die Schwierigkeit solcher Versuche darstellen und Auswege daraus diskutieren.

14 Vgl. dazu etwa Media Watch 1994, Monheim 1996 und den Bericht über die Arbeit mit Auszubildenden des RWE von Jäger, M./Jäger, S./Müller, A./Pfennig, J. 1994.

des RWE-Projektes orientieren könnte, entwickelt werden, wobei am Anfang die Durchführung von workshops stehen sollte, auf denen mit den VertreterInnen dieser Zugangsbereiche inhaltlich gearbeitet würde. Erstes Ziel sollte sein, Hinweise und Empfehlungen für die Behandlung der Thematik in dem entsprechenden Zugangsbereich zu erarbeiten.

12. Die konkrete Umsetzung vor Ort sollte durch wissenschaftliche Beratung langfristig begleitet werden.
13. Die bisher zu beobachtende konventionalistische Prägung der meisten/vieler Jugendlicher, die sich auch in wachsender Bereitschaft ausdrückt, konservative Parteien zu wählen, ist das Produkt einer demokratiefeindlichen neo-liberalen konservativen Politik. Diese Entwicklung wird sich eher verschärfen, mit allen Folgen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung, wenn es nicht gelingt, demokratiefreundliche politische Konzepte attraktiv zu machen, für die sich Jugendliche verantwortlich engagieren können, denn: "Ohne demokratische Jugend keine demokratische Zukunft!"

Literatur

- Alter, Peter 1985: Nationalismus, Frankfurt/M.
- Auernheimer, Georg 1993: Die unausweichliche welthistorische Konfrontation: Peter Scholl-Latours Fernsehserie "Das Schwert des Islam", in: Jäger/ Link (Hg.) 1993, S. 267-284
- Balibar, Etienne/ Wallerstein, Immanuel 1992: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, 2. Aufl., Hamburg/Berlin
- Beck, Ulrich 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt
- ders. 1988: Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit, Frankfurt
- Behrmann, Günter C./Schiele, Siegfried (Hg.) 1993: Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung? Schwalbach/Ts.
- Benz, Wolfgang (Hg.) 1992: Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte, München
- Biedenkopf, Kurt H. 1985: Die neue Sicht der Dinge. Plädoyer für eine freiheitliche Wirtschafts- und Sozialordnung, München
- Boehm, Max H. 1920: Körperschaft und Gemeinwesen, Leipzig
- ders. 1932: Das eigenständige Volk, Göttingen
- Böke, Karin/Jung, Matthias/Wengeler, Martin (Hg.) 1996: Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Georg Stötzel zum 60. Geburtstag gewidmet, Opladen
- Bredenhöft, Sonja/Januschek, Franz 1994: Doppelzüngler. Die Sprache der >Republikaner<, Duisburg
- Breuer, Stefan 1993: Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt
- Breuer-Al-Shomali, Ruth 1997: Vom >ausländischen Mitbürger< zur >schwarzen Sau<. Alltagskommunikation zum Thema Ausländer, in: Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.) 1997, S. 315-325
- Brosius, Hans Gert/Esner, Frank 1995: Eskalation durch Berichterstattung, Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt, Opladen
- Busse, Dietrich 1997: Das Eigene und das Fremde. Annotationen zu Funktion und Wirkung einer diskurssemantischen Grundfigur, in: Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.) 1997, S. 17-35
- ders./Teubert, Wolfgang 1994: Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik, in: ders./Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.), S. 10-28

- ders./Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.) 1994: Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen
- Butterwegge, Christoph 1996: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt
- Butterwegge, Christoph/Griese, Birgit/Krüger, Coerw/Meyer, Lueder/Niermann, Gunther: Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand - Fallstudien - Gegenstrategien, Opladen 1997
- Butterwegge, Christoph / Jäger, Siegfried (Hg.) 1992: Rassismus in Europa, 1. und 2. Aufl. Köln
- dies. (Hg.) 1993: Europa gegen den Rest der Welt? Flüchtlingsbewegungen - Einwanderung - Asylpolitik, Köln
- Cleve, Gabriele 1997a: Völkisches Denken im Alltag, in: Disselnkötter, Andreas/Jäger, Siegfried/Kellershohn, Helmut/Slobodzian, Susanne (Hg.) Duisburg, S. 244-260
- dies. 1997b: Völkisches Denken im Alltag. Materialband, Duisburg
- dies./Ruth, Ina/Schulte-Holtey, Ernst/ Wichert, Frank (Hg.). 1997: Wissenschaft Macht Politik. Interventionen in aktuelle gesellschaftliche Diskurse, Münster.
- Deleuze, Gilles 1992: Foucault, Frankfurt/M.
- Demirovic, Alex: Regulation und Hegemonie, in: ders. (Hg) 1992
- ders./Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.) 1992. Hegemonie und Staat, Münster
- ders. 1997: Tendenzen im Fluß. Globalisierung und die Krise des fordistischen Modells in Deutschland, in: Cleve/Ruth/Schulte-Holtey/Wichert (Hg.) 1997, S. 284-300
- Der Bundesminister des Innern 1993: Texte zur Inneren Sicherheit, Bd. 2: Extremismus und Gewalt, Bonn
- Der Direktor der Bundeszentrale für politischen Bildung (Hg.) 1967: Informationen zur politischen Bildung. Parlamentarismus Teil II. Folge 124, Bonn
- Deutscher Bundestag 1949-1993: Register zu den Verhandlungen des Deutschen Bundestages und Bundesrates, Sachregister der Plenarprotokolle/ Drucksachen, Bonn
- Deutscher Bundestag - Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) 1990: Der Deutsche Bundestag, Bonn
- Devantie, Rainer/Gawel, Christoph/Jäger, Siegfried/Jäger Margret/Kreft, Ursula/Uske, Hans (= Antifaschistischer Arbeitskreis Duisburg) (Hg.) 1986: Auf der Flucht. Asyl - ein Lehrstück über Rassismus in der Bundesrepublik, Bielefeld

- Dietzsch, Martin/Jäger, Margret/Jäger, Siegfried/Schulz, Ulrike (Hg.) 1997: Der Ruf des Muezzin. Ein Lehrstück über die Neigung deutscher BürgerInnen, eine Religion als Anlaß zu rassistischer Diskriminierung zu mißbrauchen statt religiöse Toleranz zu üben, Duisburg
- van Dijk, Teun A. 1991a: Rassismus heute: Der Diskurs der Elite und seine Funktion für die Reproduktion des Rassismus, 2. Aufl., Duisburg
- ders. 1991b: Racism and the Press, London
- ders. 1993: Eliten, Rassismus und die Presse, in: Jäger./Link, (Hg.) 1993, S. 80-130
- ders. 1992: Subtiler Rassismus in westlichen Parlamenten, in: Butterwegge, C./Jäger, S. (Hg.) 1992, S. 200-212
- diskurswerkstatt bochum 1994 (Ute Gerhard, Jan-Otmar Hesse, Wilfried Korngiebel, Matthias Thiele): Mit Rassisten in einem Boot? Die Asyldebatte in Politik und Medien von Beginn der 80er Jahre bis zur Grundgesetzänderung, (Hg. v. Bündnis 90/ DIE GRÜNEN), Leck
- DISS 1993: Schlagzeilen. Rostock: Rassismus in den Medien, 2. Aufl. Duisburg
- Disselnkötter, Andreas (Hg.) 1994: Wüstenstürme, Der Krieg des Nordens gegen den Süden? Duisburg
- ders./Parr, Rolf 1994: Kollektivsymbolsystem - Didaktisch aufbereitet, in: kultuRRevolution 30 (1994), S. 52-65
- Disselnkötter, Andreas/Jäger, Siegfried/Kellershohn, Helmut/Slobodzian, Susanne (Hg.) 1997: Evidenzen im Fluß. Demokratieverluste in Deutschland: Geschlecht - Model "D" - Rassismus - PC, Duisburg
- Drews, Axel/Gerhard, Ute/Link, Jürgen 1985: Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliographie, Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur, 1. Sonderheft, Forschungsreferate, S. 256-375 1985.
- Dreyfus, Hubert L./Rabinow, Paul 1987: Michel Foucault. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik. Frankfurt/M.
- Dubiel, Helmut 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.
- ders. (Hg.) 1986: Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M.
- Edelman, Murray 1990: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Neuausgabe, Frankfurt / M.
- Ehlich, Konrad (Hg.) 1989: Sprache im Faschismus, Frankfurt/M.,
- Elwert, Georg 1989: Nationalismus und Ethnizität, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 41 (1989), S. 440-464
- Faber, Richard (Hg.) 1991: Konservatismus in Geschichte und Gegenwart, Würzburg

- Faye, Jean-Pierre 1996: Redebeitrag in Levy-Strauss, S. 93-96
- Fehér, Ferenc/Heller, Agnes 1995: Biopolitik, Frankfurt/New York
- Fest, Joachim 1992: Nach den Utopien - Eine Betrachtung zur Zeit, Köln (Walter-Raymond-Stiftung, Kleine Reihe, Heft 53)
- Foucault, Michel 1976: Mikrophysik der Macht. Über Strafjustiz, Psychiatrie und Medizin, Berlin
- ders. 1989: Die Ordnung der Dinge. 8. Aufl., Frankfurt / M.
- ders. 1991a: Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit. Bd. 1, 4. Aufl., Frankfurt / M.
- ders. 1991b: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt / M.
- ders. 1991c: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 9. Aufl., Frankfurt / M.
- ders. 1992a: Leben machen und sterben lassen. Die Geburt des Rassismus, in: Reinfeldt/Schwarz/Foucault, Duisburg 1992, S. 27-50
- ders. 1992b: Archäologie des Wissens, 5. Aufl., Frankfurt / M.
- Frank, Manfred 1984: Was ist Neostukturalismus? Frankfurt / M.
- Funke, Hajo 1993: Brandstifter. Deutschland zwischen Demokratie und völkischem Nationalismus, Göttingen
- Galliker, Mark 1998: Die Fragmentierung des Diskurses. Zur Repräsentation von Gewalt und Gegengewalt im Mannheimer Morgen, Heidelberg (MS 28 S.)
- Gaserow, Vera 1996: "Nigger, hau ab!" In Brandenburg wächst die rechte Gewalt - und stößt sogar auf Sympathie, in: Die Zeit v. 29.11.1996, S. 4
- Geisler, Linus S. 1995: Dinosaurier-Ethik gegen die schöne neue Welt. Zu viel Moral oder zu wenig? Linus S. Geisler fragt: Brauchen wir eine neue Ethik, weil die alten Philosophien vor dem technischen Fortschritt kapitulieren müssen, FR-Dokumentation vom 17.5.1995
- Geißler, Heiner 1994: Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, München
- Gerhard, Ute 1992: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu Asylantenfluten werden - zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen, in: Jäger/Januschek (Hg) 1992, S. 163-178
- dies. 1994: Schiller als Religion. Literarische Signaturen des 19. Jahrhunderts, München
- dies.: Die diskursive Vernetzung des Rassismus mit der Politik der "Mitte", in: Bündnis 90/Die Grünen (Hg.): Rechte Gewalt und der Extremismus der Mitte, o.O., o.J., S. 31-44

- dies./Link, Jürgen 1991: Kleines Glossar neorassistischer Feindbild-Begriffe, in: Boehnke/ Wittich (Hg.): Bunesdeutschland, Ansichten zu einer multi-kulturellen Gesellschaft, Reinbek b. Hamburg 1991, S. 138-148
- Gessenharter, Wolfgang 1994: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München
- Gessenharter, Wolfgang/Fröchling, Helmut 1995: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 24, S. 275-287
- dies. 1996: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Deutschland, in: Mecklenburg, (Hg.) 1996, S. 550-571
- Goldendach, Walter v./Minow, Rüdiger 1994: "Deutschtum erwache!" Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, Berlin
- Goldhagen, Daniel Jonah 1996: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin
- Gramsci, Antonio 1967: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Hg. und übersetzt von Christian Riechers, Frankfurt
- Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, 31. Aufl., München/ Nördlingen 1994
- Habermas, Jürgen 1967: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt/Neuwied
- dies. 1981: Die Moderne - ein unvollendetes Projekt (1980), in: Ders.: Kleine politische Schriften (I - IV), Frankfurt / M., S. 444 - 464
- dies. 1987: Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der Zeitgeschichtsschreibung, in: Die Zeit 11.7.1986, abgedruckt in: "Historikerstreit" 1987, S. 62-76
- dies. 1992: Staatsbürgerschaft und nationale Identität, in: dies.: Faktizität und Geltung, Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt/M, S. 636-660
- Halbwachs, Maurice 1991: Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt / M.
- Hall, Stuart 1989a: Rassismus als ideologischer Diskurs, Das Argument H. 178 (1989), S. 913-921
- dies. 1989b: Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen, in: dies.: Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, Hamburg/Berlin, S. 126-149
- dies.: Rassismus und kulturelle Identität, Hamburg/Berlin 1994
- Haug, Wolfgang Fritz 1987/1992: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, 1. Aufl. Hamburg/Berlin (1987), 2. erw. Aufl. Hamburg (1993)

- Heinrich, Arthur 1996: Die neue, junge NATO. In: Blätter f. dt. u. int. Politik 7 (1996). S. 775-778.
- Heitmeyer, Wilhelm 1987: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen - Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation, Weinheim/München
- ders. (Hg.) 1994: Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt / M.
- Held, Josef/Horn, Hans/Leiprecht, Rudi/Marvakis, Athanasios 1991: "Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst ..." Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, Duisburg (DISS-Texte Nr. 18)
- Held, Josef/Horn, Hans-Werner/Marvakis, Athanasios 1996: Gespaltene Jugend. Politische Orientierungen jugendlicher ArbeitnehmerInnen, Opladen
- Hermund, Jost 1988: Der alte Traum vom neuen Reich. Völkische Utopien und Nationalsozialismus, Frankfurt / M.
- Hertz, Friedrich 1927: Wesen und Werden der Nation, in: Jahrbuch für Sozialpolitik, Bd.IV, 1. Erg.bd., Karlsruhe 1927, S.1-88
- Hirsch, Joachim 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin/Amsterdam
- ders. 1996: "Globalisierung ist Klassenkampf". Interview mit Joachim Hirsch, Blätter IZ3W, September 1996, Ausgabe 216
- "Historikerstreit" 1987: Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München/Zürich
- Höhne, Thomas 1995: Die ganz normale "Ausländerfeindschaft". Zur Soziologie von K. O. Hondrich. In: N.N.: Zugeschaut und Mitgebaut. Blaupausen für die Nation. Eine Textsammlung zu den Themen: Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton. 2. erw. Aufl. Frankfurt / M., S. 56-62.
- Hoffmann, Lutz 1990: Die unvollendete Republik. Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat, Köln
- ders. 1994: Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge, Köln
- Holzcamp, Klaus 1993: Lernen. Subjektwissenschaftliche Grundlegung, Frankfurt / M.
- Huber, Bertold 1983: Ausländer- und Asylrecht, München
- Huffschnid, Jörg 1994: Konzentration aufs Kerngeschäft. Hartes Geld und eine starke Armee, in: Blätter f. dt. u. int. Politik 11 (1994). S. 1347-1354.
- Huhnke, Brigitta 1993: Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen "Bild am Sonntag" und "Der Spiegel", in: Jäger./Link, (Hg.) 1993, S. 213-266

- Institut für Migrations- und Rassismusforschung (Hg.) 1992: Rassismus und Migration in Europa, Hamburg
- Jacob, Günther 1995: Gesetzlich garantiert: "Ethnische Identität". Nicht nur in den USA - auch in der BRD, in: 17°C, Heft 10, April/Mai/Juni 1995, S. 6-9
- ders. 1996: Proud to be a Kraut, in: konkret 10/96, S. 44-47
- Jäger, Margret 1996a: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg
- dies. 1996b: Fatale Effekte, Materialband, Duisburg
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried 1993: Verstrickungen - Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamtdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jäger./Link (Hg.) 1993, S. 49-79
- dies. (Hg.) 1995: Studien zu rechtsextremen und (neo-)konservativen Diskursen, DISS Forschungsbericht 1995, Duisburg
- dies. (Hg.) 1996: Baustellen. Beiträge zur Diskursgeschichte deutscher Gegenwart, Duisburg
- dies./Cleve, Gabriele/Ruth, Ina/Jäger, Siegfried: Medienberichterstattung über Straftäter ausländischer und deutscher Herkunft. Eine Analyse diskursiver Effekte, Duisburg 1998
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried/Müller, Angelika/Pfennig, Joachim 1994: Probleme antirassistischer Jugendarbeit. Entwicklung und Durchführung eines Projektes mit Auszubildenden des RWE. Ein Erfahrungsbericht, in: Jäger (Hg.) 1994d, S. 134-159
- Jäger, Margret/Wichert, Frank (Hg.) 1996: Rassismus und Biopolitik, Werkstattberichte, DISS-Forschungsbericht 1996, Duisburg
- Jäger, Margret/Jäger, Siegfried/Ruth, Ina/Schulte-Holtey, Ernst/Wichert, Frank (Hg.) 1997: Biomacht und Medien. Wege in die Biogesellschaft, Duisburg
- Jäger, Siegfried (Hg.) 1988: Rechtsdruck. Die Presse der Neuen Rechten, Berlin, Bonn
- Jäger, Siegfried 1989: Rechtsextreme Propaganda heute, in: Ehlich, Konrad (Hg.) 1989, S. 289-322
- ders. 1991a: Der Singer-Diskurs sowie einige Bemerkungen zu seiner Funktion für die Stärkung rassistischer und rechtsextremer Diskurse in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jäger/Paul 1991, S. 7-30
- ders. 1991b: Alltäglicher Rassismus. 22 Interviews mit Bürgerinnen und Bürgern aus Deutschland, Duisburg
- ders. 1992/1993/1996: BrandSätze. Rassismus im Alltag, 1. und 2. Aufl. (1992), 3. durchgesehene Aufl. (1993), 4. Aufl. (1996) Duisburg
- ders. 1993b: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Duisburg

- ders. 1993c: Der Großregulator. Analyse der Bild-Berichterstattung über den rassistisch motivierten Terror und die Fahndung nach der RAF im Sommer 1993, Duisburg
- ders. 1994a: Die Debatte um den Kulturbegriff in der Jungen Freiheit. Eiertanz um den heißen Brei, in: Kellershohn (Hg.): Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg 1994, S.153-180
- ders. 1994b: Die Diskurse der Rechten und der Linken im heutigen Deutschland und ihr Beitrag zum derzeitigen Zustand der Bundesrepublik, *Folia Linguistica* XXVII/3-4 (1994), S. 217-253
- ders. 1994c: Text und Diskursanalyse. Eine Anleitung zur Analyse politischer Texte, 5. Aufl. Duisburg
- ders.(Hg.) 1994d: Aus der Werkstatt: Anti-rassistische Praxen. Konzepte - Erfahrungen - Forschung, Duisburg
- ders. 1995a: "Oh! That Inhumanity!" Oder: Augsteins Traum, *BASTA* H. 2 (1995), S. 21
- ders. 1995b: Bio-Politik. Der Einsatz biologisch-medizinischer Techniken und seine sozial-politische Bedeutung, in: LSW Soest (Hg.) 1995, S. 1-15
- ders. 1996: Wörter im Diskurs. Das Beispiel Rassismus, in: Böke/Jung/Wengeler (Hg.) 1996, S. 391-402
- ders. 1996a: Wie die Rechten reden. Sprachwissenschaftliche und diskursanalytische Veröffentlichungen zu den Themen Faschismus, Rechtsextremismus und Rassismus. Eine kommentierte Bibliographie, Duisburg
- ders. 1996b: Kulturkontakt - Kulturkonflikt? In: Jäger /Jäger (Hg.) 1996, S. 170-194
- ders. 1997a: Zur Konstituierung rassistisch verstrickter Subjekte, in: Teo, /Mecheril, (Hg.): Psychologie und Rassismus, Reinbek b. Hamburg (i.E.)
- ders. 1997b: Die Anstifter der Brandstifter? Zum Anteil der Medien an der Eskalation rassistisch motivierter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland, in: Scheffer, Bern: Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen, Opladen (i.E.)
- ders. 1997c: Die Sprachauffassung Victor Klemperers. Vortrag in der Evangelischen Akademie Tutzing am 12.9.1997, MS Duisburg
- ders./Jäger, Margret 1990: Die Demokratiemaschine ächzt und kracht. Zu den Ursachen des Rechtsextremismus. Duisburg
- ders./Jäger, Margret/Cleve, Gabriele/Ruth, Ina 1998: Straftaten von Einwanderern in den Medien. Ein Leitfaden für Journalistinnen zur Vermeidung diskriminierender Berichterstattung, Duisburg
- ders./Januschek, Franz (Hg.) 1992: Der Diskurs des Rassismus, Oldenburg (OBST Nr. 46)

- ders./Kretschmer, Dirk 1995: Extremismus der Mitte und die Medien, in: Jäger/Jäger (Hg.) 1995, S. 146-177
- ders./Link, Jürgen (Hg.) 1993: Die vierte Gewalt. Rassismus und die Medien, Duisburg
- ders./Paul, Jobst 1991: Von Menschen und Schweinen. Der Singer-Diskurs und seine Funktion für den Neo-Rassismus, 2. Aufl. Dortmund (DISS-Texte Nr. 13)
- Januschek, Franz 1986: Arbeit an Sprache. Konzept für die Empirie einer politischen Sprachwissenschaft, Opladen
- ders. 1995: Diskursanalyse als >Arbeit an Sprache<, in: Schulte-Holtey (Hg.) 1995, S. 7-23
- Jaspers, Karl 1932: Philosophie. Bd. 1: Philosophische Wertorientierung, Berlin
- Jeismann, Michael/Ritter, Henning (Hg.) 1993: Grenzfälle. Über alten und neuen Nationalismus, Leipzig
- Johnston, Otto W. 1990: Der deutsche Nationalmythos. Ursprung eines politischen Programms, Stuttgart
- Jung, Matthias/Wengeler, Martin/Böke, Karin (Hg.) 1997: Die Sprache des Migrationsdiskurses, Opladen 1997
- Kalpaka, Annita/Räthzel, Nora (Hg.) 1990: Die Schwierigkeit, nicht rassistisch zu sein, 2. völlig überarbeitete Aufl. Leer
- Kellershohn, Helmut 1989: Der völkische Nationalismus der REPUBLIKANER. Ideologie und Programmatik, Duisburg (DISS-Texte Nr. 8)
- ders. 1992: "Unser Programm heißt Deutschland" - Der Beitrag der REPUBLIKANER zur Renaissance völkischen Denkens in Deutschland, in: Butterwegge/Jäger (Hg.) 1992, S. 86-104
- ders. 1993: Nach Solingen. Duisburg (MS)
- ders. (Hg.) 1994: Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg
- ders. 1994: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: ders. (Hg.) 1994, S. 17-50
- ders. 1996: Öffnung nach rechts. Wolfgang Schäubles Beitrag zur Strukturierung des neokonservativen Diskurses, in: Jäger./Jäger (Hg.) 1996. S. 91-106
- Klemperer, Victor 1987: LTI. Notizbuch eines Philologen, 4. Aufl. Köln
- ders. 1995a: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933-1941 und 1942-1945, 2 Bde, Berlin
- ders. 1995b: Und so ist alles schwankend, Tagebücher Juni bis Dezember 1945, Berlin 1995b

- Köfner, Gottfried 1983: Politik und Asylrecht. Rechtspolitische Entwicklungen und metajuristische Einflüsse auf die Praxis in Verwaltung und Rechtsprechung, in: ders./Nicolaus, Peter: Probleme des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland, München, Mainz 1983, S. 52ff
- Koepf, Peter 1992: Stichwort: Asylrecht, München
- Kohn, Hans 1962: Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution, o.O. (S. Fischer Verlag)
- Korngiebel, Wilfried 1984: Dossier: Asylrecht und Lager in der BRD, kultuR-Revolution Nr. 5 (1984), S. 27-29
- Kraushaar, Wolfgang 1994: Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialhistorischen Interpretationsfigur, In: Lohmann (Hg.) 1994, S. 23-50
- Kretschmer, Dirk 1996: Renaissance des Völkischen Nationalismus im nationalen Wettbewerbsstaat? In: Jäger/Wichert (Hg.) 1996, S. 62-67.
- ders./Jäger, Siegfried 1996: Von Irren, Chaoten und Fanatikern. Rechtsextremismus und Rassismus in den Medien, in: Mecklenburg (Hg.) 1996, S. 802-822
- Kühnl, Reinhard 1996: Die Entwicklung der extremen Rechten seit 1945, Ursachen - Etappen - Gegenstrategien, in: Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, Berlin, S. 124-143.
- Kunz, Thomas 1996: "Innere Sicherheit" und Rassismus, in: Jäger/Wichert (Hg.) 1996, S. 21-34
- Landshut, S. 1972: Nation und Nationalismus, in: Bernsdorf, W.: Wörterbuch der Soziologie, Band 2, Hamburg 1972
- Leggewie, Claus 1991: Rechts, ganz rechts - und die Ma-o-am-Partei. Die Lage(r) der Union, in: Faber 1991, S. 85-93
- Leiprecht, Rudolf 1991: Rassismus und Ethnozentrismus bei Jugendlichen. Zu den unterschiedlichen Formen dieser ausgrenzenden und diskriminierenden Orientierungen und Praxen und zur Notwendigkeit einer mehrdimensionalen antirassistischen Praxis, Dortmund
- Lemberg, Eugen 1964: Nationalismus, 2 Bde., Reinbek bei Hamburg
- Lenk, Kurt 1971: Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologie im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart
- ders. 1994: Rechts, wo die Mitte ist. Rechtsextremismus, Nationalismus, Konservatismus, Baden-Baden
- Lepsius, M. Rainer 1993: Nation und Nationalismus in Deutschland, in: Jeismann/Ritter (Hg.) 1993, S. 93-214
- Levy-Strauss, Claude 1996: Mythos und Bedeutung, Frankfurt (Sonderausgabe)

- Link, Jürgen 1982: Kollektivsymbolik und Mediendiskurse, *kultuRRevolution* 1 (1982), S. 6-21
- ders. 1983: Asylanten. Ein Killwort, *kultuRRevolution* 2 (1983), S. 36-38
- ders. 1984: Diskursive Rutschgefahren ins vierte Reich? Rationales Rhizom, *kultuRRevolution* Nr. 5 (1984), S. 12-20
- ders. 1986: Noch einmal: Diskurs. Interdiskurs. Macht, *kultuRRevolution* Nr. 11 (1986), S. 4-7
- ders. 1988a: Medien und Asylanten. Zur Geschichte eines Unworts, in: Thränhardt/ Wolken (Hg.): *Flucht und Asyl. Informationen, Analysen, Erfahrungen aus der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland*, Freiburg i.B. 1988, S. 50-61
- ders. 1988b: Über Kollektivsymbolik im politischen Diskurs und ihren Anteil an totalitären Tendenzen, *kultuRRevolution* Nr. 17/18 (1988), S. 47-53
- ders. 1992a: Normalismus. Konturen eines Konzepts, *kultuRRevolution* 27 (1992), S. 50-70
- ders. 1992b: Die Analyse der symbolischen Komponenten realer Ereignisse. Ein Beitrag der Diskurstheorie zur Analyse neorassistischer Äußerungen, in: Jäger/Januschek (Hg.) 1992, S. 37-52
- ders. 1997a: Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Wiesbaden
- ders. 1997b: Vom Loch zum sozialen Netz und wieder zurück. In: G. Cleve, I. Ruth, E. Schulte-Holtey, F. Wichert (Hg.). *Münster*, S. 194-207.
- Lohmann, Hans-Martin (Hg.) 1994: *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt
- LSW Soest (Hg.) 1995: *Grußworte und Beiträge zur Fachtagung SoTech vom 31.5.1995-1.6.1995*, Soest
- Lutz, Wolfgang (Hg.) 1994: "Das soziale Band ist zerrissen". *Sprachpraktiken sozialer Desintegration*, Leipzig
- Maas, Utz 1984: *Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand. Sprache im Nationalsozialismus. Versuch einer historischen Argumentationsanalyse*, Opladen
- Magiros, Angelika 1995: *Foucaults Beitrag zur Rassismustheorie*, Berlin
- Maler, Klaus 1996: Das Netzwerk der militanten Neonazis, in: Mecklenburg, (Hg.) 1996, S. 572-594
- Mecklenburg (Hg.) 1996: *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin
- Media Watch 1994: *Rassismus und Südberichterstattung. Kriterien für Medienkritik und Berichterstattung*, Köln
- Mendlewitsch, Doris 1988: *Volk und Heil. Vordenker des Nationalsozialismus im 19. Jahrhundert*, Rheda-Wiedenbrück

- Merten, Klaus 1994: Wirkungen von Kommunikation, in: ders./Schmidt./Weischenberg (Hg.) 1994, S. 291-328
- ders./Schmidt, Siegfried Jost/Weischenberg, Siegfried (Hg.) 1994: Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen
- Meyer, Thomas 1992: Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Essay-Montage, Frankfurt / M.
- Michal, Wolfgang 1995: Deutschland und der nächste Krieg, Berlin
- Miles, Robert 1991: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs, Hamburg
- Monheim, Gert 1993: "Wer Gewalt sät... Von Biedermännern und Brandstiftern", (Dokumentarfilm) WDR (Erstausstrahlung am 28.1.1993 in der ARD)
- ders. 1996: "Wer Gewalt sät" ... Von Brandstiftern und Biedermännern, Gespräch mit Gert Monheim, in: Jungk (Hg.) Zwischen Skandal und Routine. Rechtsextremismus in Film und Fernsehen, Marburg 1996, S. 67-75
- Mosse, George L. 1990: Die Geschichte des Rassismus in Europa, Frankfurt / M.
- ders. 1991: Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus (amerik. 1964), Frankfurt / M.
- Müller, Angelika 1992: Die Sicht der Fremden und der Gründe ihrer Anwesenheit in Deutschland im Alltagsdiskurs. Eine diskursanalytische Studie, unveröffentlichte Magisterarbeit, Duisburg
- Müller, Michael 1996: Die Ökonomie frißt die Demokratie. Oder: die Globalisierungsfälle. Anmerkungen zu der aktuellen Debatte in Bonn und einem neuen Buch, FR-Dokumentation vom 18.9.1996
- Münch, Ursula 1993: Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Entwicklungen und Alternativen, Opladen
- Narr, Wolf-Dieter 1993: Vom Extremismus der Mitte, PVS 1 (1993)
- Nolte, Ernst 1994: Links und Rechts. Über die Geschichte und Aktualität einer politischen Alternative, in: Schwilk/Schacht (Hg.) 1994, S. 145-162
- Oberndörfer, Dieter 1992: Vom Nationalstaat zur offenen Republik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 9/92, S. 21-28
- ders. 1993: Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik, Freiburg i.B.
- Orwell, George 1964: 1984. Ein utopischer Roman, 13. Aufl. Stuttgart
- Osterkamp, Ute 1996: Rassismus als Selbstentmächtigung, Hamburg

- Paul, Jobst 1991: Zur Erinnerung: Tiermetaphern und Ausgrenzung. Anmerkungen zur sogenannten Singer-Debatte, in: Jäger/Paul 1991, S. 31-45
- ders. 1994: Im Netz der Bioethik, Duisburg
- ders. 1996: Menschenwürde als Verhandlungssache. Der Griff der Wissenschaften nach politischer Macht, In: Jäger/ Jäger (Hg.) 1996, S. 298-312
- Pfahl-Traugber, Armin 1994: Die Extremisten, die aus der Mitte kommen. Wie aus einer soziologischen Kategorie ein politisches Schlagwort wurde, FAZ vom 14.12.1994
- Pflüger, Friedbert 1994a: Deutschland driftet. Die Konservative Revolution entdeckt ihre Kinder, Düsseldorf
- ders. 1994b: Avantgarde der Rückwärtsgewandten, in: Die Zeit v. 11.11.1994b
- Pinn, Irmgard/ Nebelung, Michael 1992: Vom klassischen zum aktuellen Rassismus in Deutschland - Das Menschenbild der Bevölkerungstheorie und Bevölkerungspolitik, Duisburg
- Prantl, Heribert 1994: Deutschland leicht entflammbar. Ermittlungen gegen die Bonner Politik, München/Wien
- Putzker, Karin 1996: "Bio-Macht" in den Medien. Erste Ergebnisse eines Analyse-Projekts, in: Jäger, M./Jäger, S.(Hg.) 1996, S. 338-344
- Quinkert, Andreas/ Jäger, Siegfried 1992: Warum dieser Haß in Hoyerswerda? Die rassistische Hetze von BILD im Herbst 1991, 2. Aufl. Duisburg
- Raschke, Joachim 1993: Die Grünen, o.O.
- ders./ Schmitt-Beck, Rüdiger 1994: Die Grünen, in: Bürklin/Roth. (Hg.): Das Superwahljahr Deutschland vor unkalkulierbaren Mehrheiten, o.O., S.160-184
- Reinfeldt, Sebastian/ Schwarz, Richard 1992: Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten, in: dies./Foucault, Michel: Bio-Macht, Duisburg (= DISS-Texte Nr. 25)
- dies. 1994: >Ethnopluralismus< made in Germany, in: Kellershohn (Hg.) 1994 S. 213-232
- Saage, Richard 1983: Neokonservatives Denken in der Bundesrepublik, in: ders.: Rückkehr zum starken Staat? Studien über Konservatismus, Faschismus und Demokratie, Frankfurt / M., S. 228 - 282
- Salecl, Renata 1993: Phantasmen des Krieges. Patriarchat und Mutterland - Heimat und Rassismus, Lettre international 21 (1993), S. 8-11
- Schäuble, Wolfgang 1994a: Und der Zukunft zugewandt, Berlin
- ders. 1994b: Der Platz in der Mitte. Sonderwege und Staatsräson ("What's right?"-Reihe der FAZ), FAZ 6. Juli 1994, S. 29
- ders. 1994c: "Das Nationale nutzen", Spiegel-Gespräch m. W. Schäuble. In: Der Spiegel 38/1994, S. 30-34

- ders. 1995: Politische Heimat der Vertriebenen, in: Deutschland-Magazin 9 (1995), S. 22-23
- Schmidt, Helmut 1993: Handeln für Deutschland, Reinbek
- Schmitt, Carl 1979: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 5. Auflage, Berlin
- ders. 1927: Der Begriff des Politischen, in: Archiv für Sozialwiss. u. Sozialpolitik, 58 (1927), S. 1-33
- ders. 1928: Verfassungslehre, (1928), (5. Auflage, Berlin, 1970)
- Schneider, Michael 1995: "Volkspädagogik" von rechts, Ernst Nolte, die Bemühungen um die "Historisierung" des Nationalsozialismus und die "selbstbewußte Nation", Bonn
- Schobert, Alfred 1994: Geschichtsrevisionismus à la carte, in: Kellershohn (Hg.) 1994, S. 269-296
- ders. 1995: "Keineswegs von vornherein", Ernst Nolte: Nazistisches durch die Hintertür, in: Stimmen zur Zeit 1 (1995), S. 15f.
- ders. (Hg.) 1998: Die Junge Freiheit - Zombie auf dem Zeitungsmarkt, i.E.
- Schoeps, Julius H. (Hg.) 1996: Ein Volk von Mördern. Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hamburg
- Schulte-Holthey, Ernst (Hg.) 1995: Grenzmarkierungen. Normalisierung und diskursive Ausgrenzung, Duisburg
- Schultz, George P. 1994: Die Bitburg-Lektion, in: Blätter f. dt. u. int. Politik 6 (1994), S. 707-723.
- Schwarz, Richard 1991: Aspekte einer neuen Machttheorie. Michel Foucault, Mainz
- Schwilk, Heimo/Schacht, Ulrich (Hg.) 1994: Die selbstbewußte Nation: "Anschwellender Boxgesang" und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Frankfurt / M., Berlin
- Sieferle, Rolf Peter 1995: Die Konservative Revolution, Fünf biographische Skizzen, Frankfurt / M.
- Sieyès, Emmanuel Joseph 1988: Was ist der Dritte Stand? Hg. von Otto Dann, Essen
- Singer, Peter 1984: Praktische Ethik, Stuttgart
- Sontheimer, Kurt 1994: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, 4. Aufl.
- Späth, Lothar 1985: Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft, Reinbek bei Hamburg
- Sternberger, Dolf 1979: Verfassungspatriotismus, in: FAZ 23.5.1979, abgedruckt in: Behrmann/Schiele 1993, S. 2 - 4

- Stöss, Richard 1990: Rechtsextremismus: Begriff - Struktur - Analysen, in: Bodewig, et al (Hrsg.): Die schleichende Gefahr, Essen, S.61-76
- ders. 1995: Die "neue Rechte" in der Bundesrepublik, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die Wiedergeburt des nationalistischen Denkens. Gefahr für die Demokratie, Bonn, S. 111-127
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin 1995: Kontroverse Begriff., Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela 1989: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist, Berlin
- Teubert, Wolfgang 1996: Zum politisch-gesellschaftlichen Diskurs im Postsozialismus, Mannheim 1996 (Manuskript, 31 Seiten)
- Tolmein, Oliver 1990: Geschätztes Leben. Die neue "Euthanasie"-Debatte, Hamburg
- Toman-Banke, Monika 1994: Die Wahlslogans von 1949-1994, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52, Bonn
- Trittin, Jürgen 1993: Gefahr aus der Mitte. Die Republik rutscht nach rechts, Göttingen
- Uske, Hans 1995: Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit, Duisburg
- Vogel, Wolf-Dieter (Hg.) 1996: Der Lübecker Brandanschlag, Berlin
- Voigt, Rüdiger (Hg.) 1989: Politik der Symbole, Symbole der Politik, Opladen
- Wagner, Benno 1992: Im Dickicht der politischen Kultur. Parlamentarismus, Alternativen und Mediensymbolik vom Deutschen Herbst bis zur Wende, München
- Wallraff, Günter 1977: Der Aufmacher. Der Mann, der bei >Bild< Hans Esser war, Köln
- ders. 1979: Zeugen der Anklage. Die >Bild<-Beschreibung wird fortgesetzt, Köln
- Weimer, Daniel/Galliker, Mark 1996: Explizite und implizite Bedeutung. Zur Kategorisierung und Bewertung im öffentlichen Diskurs am Beispiel eines Zeitungsartikels über eine Fragestunde mit dem Bundeskanzler, in: Jäger/Jäger (Hg.) 1996, S. 54-72
- Weißmann, Karlheinz 1991: Vom Nutzen der Nation, in: Fragmente 9 (1991), S. 13-27
- ders. 1993: Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung, 2. erw. Aufl., Berlin, Frankfurt / M.
- ders. 1994: Die Nation denken. Wir sind keine Verschwörer ("What's right?"-Reihe der FAZ), FAZ 22. April 1994. S. 33

- Weizsäcker, Friedrich v. 1987: Nachdenken über Patriotismus, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 119, 11.11.1987, S. 1021 - 1024
- Wichert, Frank: Im wilden Osten. >Rostock< als Problem der Ostdeutschen, in: DISS (Hg.) 1993, S. 29-31
- Wichert, Frank 1994: Das Grundrecht auf Asyl. Eine diskursanalytische Untersuchung der Debatten im deutschen Bundestag. (unveröffentlichte Magisterarbeit). Duisburg
- Wichert, Frank 1995: Die konjunkturelle Entwicklung des Themas Asyl im Deutschen Bundestag, in: Schulte-Holtey (Hg.): Grenzmarkierungen, Duisburg
- Wiedemann, Charlotte 1996: Die Themen der rechten sind die Themen der Mitte, in: Mecklenburg (Hg.) 1996, S. 823-836
- Winkler, Heinrich August 1979: 1866 und 1878: Der Machtverlust des Bürgertums, in: Wendepunkte deutscher Geschichte 1848 - 1945, hg. von H.A. Winkler und C. Stern, Frankfurt / M. 1979, S. 37 - 60
- ders. 1985: Der Nationalismus und seine Funktionen (Einleitung), in: ders. (Hg.): Nationalismus. 2. erw. Aufl., Königstein/Ts.
- Winkler, Jürgen R. 1994: Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1993, in: Kowalsky und Schröder (Hg.) (1994): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 69-88.
- Wodak, Ruth/ Matouschek, Bernd/ Januschek, Franz 1993: Österreichs Einstellungen zu seinen osteuropäischen Nachbarn. Studien zum fremdenfeindlichen öffentlichen Diskurs Österreichs während und nach der Wende von 1989, Wien
- Wolken, Simone 1986: asylantenfluten im deutschen bundestag, in: kultuRRRevolution Nr. 12 (1986), S. 6-9
- Zitelmann, Rainer/Weißmann, Karlheinz/Großheim, Michael (Hg.) 1993: Westbindung, Chancen und Risiken für Deutschland, Berlin-Frankfurt / M.
- ders. 1994a: Position und Begriff. Über eine neue demokratische Rechte, in: Schwilk /Schacht (Hg.) 1994, S. 163-181
- ders. 1994b: Wohin treibt unsere Republik? Frankfurt / M., Berlin